



Der
Rechnungshof

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2005

Band 1

Republik Österreich

BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS

FÜR DAS JAHR

2005

Band 1

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss

Wien, im September 2006

Der Präsident des Rechnungshofes

Dr. Josef Moser



INHALT

BAND 1: BERICHT ZUM BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS 2005

	Seite
1. Allgemeine Bemerkungen	15
1.1 Rechtliche Grundlagen	15
1.2 Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen	15
1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse	15
1.4 Statistische Daten	16
1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen	16
1.5.1 Verrechnungsverfahren	16
1.5.2 Abschlussrechnungen	18
2. Gesamtwirtschaft und Finanzwirtschaft des Bundes	20
2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen	20
2.1.1 Verschiedene Wirtschaftsindikatoren	20
2.1.2 Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts	23
2.1.3 Nationaleinkommen	23
2.1.4 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens	25
2.2 Der Bundeshaushalt und verschiedene konjunkturpolitische Saldenrechnungen	26
2.2.1 Der Bundeshaushalt 2005 im Überblick	26
2.2.2 Konjunkturpolitische Saldenrechnungen	27
2.3 Der Staatshaushalt im Licht EU-rechtlicher Verpflichtungen („Maastricht-Kriterien“)	28
2.4 Der Bundeshaushalt und der Österreichische Stabilitätspakt	34
2.5 Finanzwirtschaftliche Betrachtung des Allgemeinen Haushalts des Bundes	35
2.6 Fiskalische Gesamtbelastung	37
3. Gesamtergebnisse der Haushaltsführung des Bundes	40
3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung	40
3.1.1 Gesetzliche Grundlagen	40
3.1.2 Verfügungen des Bundesfinanzgesetzgebers	41
3.1.3 Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen	41
3.2 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	42
3.2.1 Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag	42
3.2.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln gegliedert	43
3.2.3 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert ...	48
3.2.4 Gliederungen der Einnahmen und Ausgaben nach verschiedenen Gesichtspunkten	50
3.2.4.1 Gesamtausgaben	50
3.2.4.2 Personalausgaben	50
3.2.4.3 Sachausgaben	51
3.2.4.4 Gesamteinnahmen	51
3.2.5 Vorjahresvergleich des Gesamthaushalts in finanzwirtschaftlicher Gliederung	52
3.3 Gesamtergebnis der Jahresbestandsrechnung	52

INHALT

	Seite
3.3.1	Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs 52
3.3.2	Gesamtstand des Vermögens 53
3.3.3	Gesamtstand der Schulden 54
3.3.4	Betriebsähnliche Einrichtungen 55
3.4	Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung 55
3.5	Abgang des Allgemeinen Haushalts 57
3.6	Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 59
3.7	Voranschlagsabweichungen 60
3.7.1	Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen 60
3.7.2	Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts 60
3.7.3	Voranschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts 62
3.7.4	Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben-Voranschlagsansätzen 63
3.7.5	Überwachung von Voranschlagsansatzabweichungen 64
3.8	Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen 65
3.8.1	Rückstände an öffentlichen Abgaben 65
3.8.2	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten 66
3.9	Vorgriffe auf künftige Finanzjahre 66
3.9.1	Gesamtstand der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre 66
3.9.2	Gesamtstand der Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre 67
3.9.3	Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden 67
3.9.4	Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen 68
3.9.5	Leasing- und Bauträgerverpflichtungen sowie -schulden 69
3.10	Haushaltsrücklagen 69
3.11	Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur Europäischen Union 71
3.11.1	Besondere Einnahmen-Rücklage 73
4.	Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung 74
4.1	Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen 74
4.2	Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben 75
4.3	Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen 163
	Kapitel (Ausgaben/Einnahmen)
	01 Präsidentschaftskanzlei - / -
	02 Bundesgesetzgebung 75/ -
	03 Verfassungsgerichtshof - / -
	04 Verwaltungsgerichtshof - / -
	05 Volksanwaltschaft - / -
	06 Rechnungshof - / -
	10 Bundeskanzleramt 76/163
	11 Inneres 77/163

	Seite
12 Bildung und Kultur	83/164
13 Kunst	90/ -
14 Wissenschaft	90/166
15 Soziale Sicherheit	95/167
16 Sozialversicherung	97/168
17 Gesundheit und Frauen	98/169
19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz	100/169
20 Äußeres	104/170
30 Justiz	107/171
40 Militärische Angelegenheiten	109/172
50 Finanzverwaltung	112/172
51 Kassenverwaltung	119/175
52 Öffentliche Abgaben	- /178
53 Finanzausgleich	122/185
54 Bundesvermögen	125/186
55 Pensionen	128/190
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	130/191
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	137/197
61 Umwelt	146/199
63 Wirtschaft und Arbeit	148/199
65 Verkehr, Innovation und Technologie	154/202
5. Erläuterungen der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung	206
6. Erläuterungen der Veränderungen der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung	212
7. Bericht zur Finanzierung des Bundeshaushalts und zum Stand der Bundesschulden	219
7.1 Allgemeines	219
7.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden	220
7.3 Gliederung des Ausgleichshaushalts	221
7.4 Finanzschulden	222
7.4.1 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens	222
7.4.2 Aufnahme nach Schuldgattungen	222
7.4.3 Tilgung	222
7.4.4 Zinsendienst und sonstiger Aufwand	223
7.4.5 Entwicklung und Stand der Finanzschulden sowie der diesbezüglichen Zinsen	223
7.4.6 Finanzschulquote	225
7.5 Währungstauschverträge	226
7.5.1 Kapitaltausch und Verzinsung	226
7.5.2 Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge sowie der diesbez. Zinsen	226
7.6 Netto-Gesamtbetrachtung der Finanzschulden einschließlich der Währungstauschverträge	228



INHALT

	Seite
7.6.1 Nettozinsenaufwand	228
7.6.2 Nettostand	228
7.7 Kreditoperationen zur Kassenstärkung	229
7.8 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen	229
7.8.1 Umwandlung von Finanzschulden	229
7.8.2 Kreditoperationen gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c BHG	230
7.9 Rechtsträgerfinanzierung	230
8. Bericht zu den Bundeshaftungen	232
8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen	232
8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen	233
9. Bericht zu den Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger	234
9.1 Allgemeines	234
9.2 Ausstehende Abschlussrechnungen	234
9.3 Reservefonds für Familienbeihilfen	235
9.4 Erstmals veröffentlichte Abschlussrechnungen	235
9.5 Nachträglich veröffentlichte Abschlussrechnungen	235
9.6 Agrarmarkt Austria (AMA).....	235
Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	237
Verzeichnis der Abkürzungen	238

BAND 2: ABSCHLUSSRECHNUNGEN UND ÜBERSICHTEN ZUM BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS 2005

		Seite
A	Voranschlagswirksame Verrechnung	
1.	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages 2005	
A.1.1	Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung	11
A.1.2	Zusammenfassung der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln .	12
A.1.3	Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlages.....	14
	Kapitel (Ausgaben/Einnahmen)	
	01 Präsidentschaftskanzlei	14/ 81
	02 Bundesgesetzgebung	15/ 82
	03 Verfassungsgerichtshof	17/ 83
	04 Verwaltungsgerichtshof	18/ 84
	05 Volksanwaltschaft	19/ 85
	06 Rechnungshof	20/ 86
	10 Bundeskanzleramt	21/ 87
	11 Inneres	24/ 89
	12 Bildung und Kultur.....	28/ 91
	13 Kunst	35/ 95
	14 Wissenschaft	37/ 96
	15 Soziale Sicherheit	40/ 98
	16 Sozialversicherung	42/ 99
	17 Gesundheit und Frauen.....	43/100
	19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz.....	46/101
	20 Äußeres	48/102
	30 Justiz	50/103
	40 Militärische Angelegenheiten	52/104
	50 Finanzverwaltung	53/105
	51 Kassenverwaltung	57/107
	52 Öffentliche Abgaben	58/109
	53 Finanzausgleich	59/111
	54 Bundesvermögen	60/112
	55 Pensionen	62/114
	58 Finanzierungen Währungstauschverträge	63/115
	60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	66/118
	61 Umwelt.....	71/121
	63 Wirtschaft und Arbeit	72/122
	65 Verkehr, Innovation und Technologie.....	77/125
2.	Gesamtübersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung	
A.2.1.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben	128
A.2.1.2	Gesamtübersicht über die Ausgaben getrennt nach Personal- und Sachausgaben	129
A.2.1.3	Gesamtübersicht über die Sachausgaben getrennt nach erfolgswirksamen Ausgaben und bestandswirksamen Ausgaben	130
A.2.1.4	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) getrennt nach Gebarungsgruppen	131



INHALT

	Seite
A.2.2.1	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach erfolgswirksamen Einnahmen und bestandswirksamen Einnahmen 132
A.2.2.2	Gesamtübersicht über die Einnahmen getrennt nach zweckgebundenen Einnahmen und sonstigen Einnahmen 133
A.2.3.1	Gesamtübersicht über die Ausgaben und Einnahmen (Zahlungen) gegliedert nach Aufgabenbereichen 134
A.2.3.2	Gesamtübersicht über die Sachausgaben (Zahlungen) gegliedert nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen 135
3.	Übersichten zur Voranschlagsvergleichsrechnung
A.3.1.1	Übersicht über die Verpflichtungen 136
A.3.1.2	Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren 137
A.3.2.1	Übersicht über die Schulden 138
A.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden getrennt nach Finanzjahren 139
A.3.3.1	Übersicht über die Berechtigungen 140
A.3.3.2	Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre getrennt nach Finanzjahren 141
A.3.4.1	Übersicht über die Forderungen 142
A.3.4.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen getrennt nach Finanzjahren 143
4.	Nachweise über die Abschreibungen von Forderungen
A.4.1	Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen 144
5.	Nachweise über die Haushaltsrücklagen
A.5.1	Nachweis über die Gebarung aus zweckgebundenen Einnahmen 145
A.5.2	Nachweis über die allgemeinen Rücklagen 167
A.5.3	Nachweis über die besonderen Rücklagen 172
A.5.4	Nachweis über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU)..... 176
A.5.5	Nachweis über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen 178
A.5.6	Nachweis über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel 186
A.5.7	Nachweis über die Ausgleichsrücklage 188
B	Bestands- und Erfolgsverrechnung
1.	Bestandsverrechnung
B.1	Jahresbestandsrechnung des Bundes 2005..... 189
2.	Gesamtübersichten zur Jahresbestandsrechnung
B.2.1	Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes nach Vermögensarten 190
B.2.2	Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes nach Schuldarten 194
3.	Übersichten zur Jahresbestandsrechnung
B.3.1	Übersicht über das unbewegliche (einschließlich in Bau befindliche) Anlagevermögen .. 196

	Seite
B.3.2	Übersicht über die Beteiligungen des Bundes 198
B.3.3.1	Übersicht über die Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen 202
B.3.3.2	Übersicht über die allgemeinen Rücklagen 204
B.3.3.3	Übersicht über die besonderen Rücklagen 207
B.3.3.4	Übersicht über die besonderen Einnahmen-Rücklagen (EU) 209
B.3.3.5	Übersicht über die besonderen Aufwendungen-Rücklagen..... 210
B.3.3.6	Übersicht über die Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel..... 214
B.3.3.7	Übersicht über die Ausgleichsrücklage 215
4.	Erfolgsverrechnung
B.4	Jahreserfolgsrechnung des Bundes 2005..... 216
5.	Gesamtübersichten zur Jahreserfolgsrechnung
B.5.1	Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes nach Aufwandsarten 217
B.5.2	Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes nach Ertragsarten 219
6.	Abschlussrechnung der betriebsähnlichen Einrichtung
B.6.1	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig 221
C	Finanzierung des Bundeshaushalts; Rechtsträgerfinanzierung; Bundeshaftungen
1.	Finanzierung des Bundeshaushalts
C.1.1	Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung) 222
C.1.2	Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen) 223
C.1.3	Kapitel 51 und 58 – Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen) 224
C.2.1	Kapitel 54 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt..... 225
C.2.2	Kapitel 54 und 58 – Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt..... 229
C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Finanzschulden getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58..... 233
C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Finanzschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58..... 234
C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 235
C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 236
C.3.3.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 237
C.3.3.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 238
C.3.4.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 239

INHALT

	Seite	
C.3.5.1	Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 240	240
C.3.5.2	Übersicht über sonstige nichtfällige Forderungen getrennt nach Finanzjahren – Kapitel 58 241	241
C.4	Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts..... 242	242
C.5.1	Nachweis über Konversionen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen 261	261
C.5.2	Nachweis über Aufnahmen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen gemäß § 65b Abs. 3 Z 1 lit. c BHG..... 263	263
C.6.1	Übersicht über die Finanzschulden – Kapitel 58..... 265	265
C.6.2	Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58 274	274
C.6.3	Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen – Kapitel 58 276	276
C.7.1.1	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld im Jahr 2005 – Kapitel 58 280	280
C.7.1.2	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in fremder Währung im Jahr 2005 – Kapitel 58 282	282
C.7.1.3	Übersicht über die Entwicklung der Finanzschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2005 – Kapitel 58 286	286
C.7.2.1	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2005 – Kapitel 58 290	290
C.7.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2005 – Kapitel 58 292	292
C.7.2.3	Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2005 – Kapitel 58 294	294
C.7.3.1	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2005 – Kapitel 58 296	296
C.7.3.2	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2005 – Kapitel 58..... 298	298
C.7.3.3	Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2005 – Kapitel 58 302	302
2.	Rechtsträgerfinanzierung	
K56.C.1.1	Übersicht über den Nettoaufwand (Voranschlagsvergleichsrechnung)..... 306	306
K56.C.1.2	Übersicht über den Nettoaufwand (Zahlungen)..... 307	307
K56.C.1.3	Übersicht über den Nettoaufwand in künftigen Jahren (Schulden und Forderungen, Verpflichtungen und Berechtigungen)..... 308	308
K56.C.2.1	Voranschlagsvergleichsrechnung, Allgemeiner Haushalt..... 309	309
K56.C.2.2	Voranschlagsvergleichsrechnung, Ausgleichshaushalt..... 311	311
K56.C.3.1.1	Übersicht über die Zinsen (Verpflichtung) für nichtfällige Rechtsträgerschulden getrennt nach Finanzjahren..... 313	313
K56.C.3.1.2	Übersicht über die nichtfälligen Rechtsträgerschulden (Tilgung) getrennt nach Finanzjahren..... 314	314
K56.C.3.2.1	Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren..... 315	315
K56.C.3.2.2	Übersicht über die nichtfälligen Forderungen an Rechtsträger getrennt nach Finanzjahren..... 316	316

	Seite
K56.C.3.3.1 Übersicht über die Zinsen (Verpflichtungen) für nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren.....	317
K56.C.3.3.2 Übersicht über die nichtfälligen Schulden (Tilgung) aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren.....	318
K56.C.3.4.1 Übersicht über die Zinsen (Berechtigung) für nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren	319
K56.C.3.4.2 Übersicht über die nichtfälligen Forderungen aus Währungstauschverträgen getrennt nach Finanzjahren.....	320
K56.C.3.5.1 Übersicht über sonstige nichtfällige Verpflichtungen getrennt nach Finanzjahren	321
K56.C.3.6.1 Übersicht über sonstige nichtfällige Berechtigungen getrennt nach Finanzjahren.....	322
K56.C.4 Nachweis über die Gebarung des Ausgleichshaushalts.....	323
K56.C.5.1 Nachweis über Aufnahmen von Rechtsträgerschulden gemäß § 65c Abs. 2 BHG	328
K56.C.6.1 Übersicht über die Rechtsträgerschulden	329
K56.C.6.2 Übersicht über die Forderungen an Rechtsträger	331
K56.C.6.3 Übersicht über die Schulden aus Währungstauschverträgen.....	332
K56.C.6.4 Übersicht über die Forderungen aus Währungstauschverträgen.....	334
K56.C.7.1.1 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld im Jahr 2005.....	338
K56.C.7.1.2 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in fremder Währung im Jahr 2005.....	340
K56.C.7.1.3 Übersicht über die Entwicklung der Rechtsträgerschuld in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2005.....	342
K56.C.7.2.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger im Jahr 2005.....	344
K56.C.7.2.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in fremder Währung im Jahr 2005	346
K56.C.7.2.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen an Rechtsträger in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2005.....	348
K56.C.7.3.1 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen im Jahr 2005.....	350
K56.C.7.3.2 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2005	352
K56.C.7.3.3 Übersicht über die Entwicklung der Schulden aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2005.....	354
K56.C.7.4.1 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen im Jahr 2005.....	356
K56.C.7.4.2 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in fremder Währung im Jahr 2005	358
K56.C.7.4.3 Übersicht über die Entwicklung der Forderungen aus Währungstauschverträgen in der jeweiligen Fremdwährung im Jahr 2005.....	360
3. Bundeshaftung	
C.8.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen im Jahr 2005.....	362
C.8.2.1 Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in heimischer Währung im Jahr 2005.....	363

INHALT

	Seite	
C.8.2.2	Übersicht über die Entwicklung der Bundeshaftungen in fremder Währung im Jahr 2005.....	364
C.8.2.3	Übersicht über die Entwicklung der nach Fremdwährungen aufgegliederten Bundeshaftungen im Jahr 2005	365
C.8.2.4	Übersicht über die Entwicklung der in Fremdwährungen zusammengefassten Bundeshaftungen im Jahr 2005	366
C.8.3	Nachweis der Bundeshaftungen	367
D	Abschlussrechnungen vom Bund verwalteter Rechtsträger (wenn nicht anders vermerkt, für das Jahr 2005)	
1.	Parlamentsdirektion	
D.1.1	Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus	376
D.1.2	Allgemeiner Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus	378
D.1.3	Margaretha-Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie	380
2.	Bundeskanzleramt	
D.2.1	Österreichisches Filminstitut.....	382
D.2.2	Bundesanstalt Statistik Österreich.....	384
D.2.3	Künstler Sozialversicherungsfonds.....	386
3.	Bundesministerium für Inneres	
D.3.1	Wiener Stadterweiterungsfonds	388
D.3.2	Gendarmeriejubiläumsfonds 1949	390
D.3.3	Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei.....	392
D.3.4	Österreichischer Integrationsfonds (für das Jahr 2004).....	394
D.3.5	Österreichischer Integrationsfonds	396
D.3.6	Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes (für das Jahr 2004).....	398
4.	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
D.4.1	Stiftung Theresianische Akademie	400
D.4.2	Kunsthistorisches Museum mit Museum für Völkerkunde und Österreichischem Theatermuseum, Wien.....	402
D.4.3	Österreichisches Institut für Sportmedizin.....	404
D.4.4	Naturhistorisches Muesum, Wien	406
D.4.5	ERP-Fonds	408
D.4.6	Albertina	410
D.4.7	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst.....	412
D.4.8	Technisches Museum Wien mit Österreichischer Mediathek	414
D.4.9	Österreichische Galerie Belvedere	416
D.4.10	Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien	418
D.4.11	Österreichische Nationalbibliothek	420

	Seite
5. Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz	
D.5.1 Ausgleichstaxfonds	422
D.5.2 Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung.....	424
D.5.3 Kriegsoffer- und Behindertenfonds.....	426
D.5.4 Erzbischof Ladislaus von Pyrker- und Erzherzog Albrecht-Gasteiner-Badestiftung; Kurhaus Ferdinand Hanusch	428
D.5.5 Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung – Hilfsfonds	430
D.5.6 Reservefonds für Familienbeihilfen	432
D.5.7 Bundesstelle für Sektenfragen	434
D.5.8 Härteausgleichsfonds.....	436
6. Bundesministerium für Gesundheit und Frauen	
D.6.1 In-Vitro-Fertilisationsfonds	438
D.6.2 Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen	440
D.6.3 Fonds „Gesundes Österreich,“	442
7. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	
D.7.1 Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland	444
D.7.2 Diplomatische Akademie Wien.....	446
8. Bundesministerium für Landesverteidigung	
D.8.1 Vereinigte Altösterreichische Militärstiftungen	448
9. Bundesministerium für Finanzen	
D.9.1 Finanzmarktaufsichtsbehörde	450
D.9.2 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	452
D.9.3 Buchhaltungsagentur des Bundes (für das Jahr 2004)	454
10. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	
D.10.1 Agrarmarkt Austria	456
D.10.2 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.....	458
11. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	
D.11.1 Arbeitsmarktservice Österreich.....	460
D.11.2 Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds.....	462
D.11.3 Bundeswohnbaufonds.....	464
12. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	
D.12.1 Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.....	466



INHALT

Seite

E	Tabellen zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2005	
1.	Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes nach Abzug der Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige	
E.1	Gesamtübersicht über die wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und funktionellen Gesichtspunkten	468
2.	Wirksame Ausgaben und Einnahmen des Bundes – Gesamtgebarung nach der Gliederung des Bundesvoranschlages	
E.2.1	Gesamtübersicht der wirksamen Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten	469
E.2.2	Gesamtübersicht der Gesamtausgabengebarung nach ökonomischen Gesichtspunkten .	470
E.2.3	Aufgliederung der Instandhaltungsausgaben	471
E.2.4	Aufgliederung der Bruttoinvestitionen	472
E.2.5.1	Aufgliederung der Investitionsförderung (Kapitaltransfers)	473
E.2.5.2	Aufgliederung der Investitionsförderung (Darlehen)	474
E.2.6.1	Aufgliederung der Vermögensgebarung (Ausgaben)	475
E.2.6.2	Aufgliederung der Vermögensgebarung (Einnahmen)	476
E.2.7.1	Aufgliederung der Ausgaben an andere Stellen des öffentlichen Sektors	478
E.2.7.2	Aufgliederung der Einnahmen von anderen Stellen des öffentlichen Sektors	479
	Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung	480
	Verzeichnis der Abkürzungen	481



ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1.1 Rechtliche Grundlagen

Der Rechnungshof (RH) legt gemäß Art. 121 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes und gemäß § 9 Abs. 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) i.d.g.F. den von ihm verfassten Bundesrechnungsabschluss (BRA) für das Jahr 2005 zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Der gemäß § 9 Abs. 2 RHG vorzulegende Nachweis über den Stand der Bundesschulden ist darin enthalten (TZ 7.).

Der BRA enthält gemäß § 98 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, i.d.g.F., die Voranschlagsvergleichsrechnung in der Gliederung des Bundesvoranschlags, die Jahresbestandsrechnung und die Jahreserfolgsrechnung des Bundes. Der Textteil des BRA (= Band 1: Bericht zum Bundesrechnungsabschluss) wurde vom RH angefertigt. Der Zahlenteil (= Band 2: Abschlussrechnungen und Übersichten) wurde vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Wege der Bundesrechenzentrum GmbH unter Berücksichtigung der vom RH veranlassten Richtigstellungen erstellt und durch die vom RH geprüften Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger vervollständigt.

Der vom RH verfasste BRA wurde gemäß § 9 Abs. 1 RHG dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt. Der Bundesminister für Finanzen hat keine Stellungnahme abgegeben.

Die Bilanzen sowie die Gewinn- und Verlustrechnungen der betriebsähnlichen Einrichtungen, die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger sowie ein Nachweis der Bundeshaftungen sind gesondert dargestellt (siehe Band 2, Tabellen B.6 und C.8 sowie Tabellen des Abschnittes D).

1.2 Prüfung und Richtigstellung der Jahresrechnungen

Gemäß § 9 Abs. 1 RHG hat der RH die ihm vorgelegten Jahresrechnungen geprüft. Diese Prüfung umfasste die Feststellung der formalen und rechnerischen Richtigkeit sowie die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften bei der Vollziehung des Bundesfinanzgesetzes (BFG). Zu diesem Zweck wurde an Ort und Stelle bei den Buchhaltungen der anweisenden Organe stichprobenweise Einsicht in die Verrechnungsaufschreibungen und Belege genommen. Vorgefundene Mängel wurden im unmittelbaren Verkehr mit den rechnungslegenden Stellen behoben.

Eine eingehende Überprüfung des Budgetvollzuges wird im Rahmen zahlreicher laufender Gebärungsüberprüfungen des RH im Bereich der gesamten öffentlichen Verwaltung durchgeführt. Über deren Ergebnis geben die Tätigkeits- und Wahrnehmungsberichte des RH Auskunft.

1.3 Kontinuität der Rechnungsabschlüsse

Der BRA für das Jahr 2004 wurde vom Nationalrat mit Bundesgesetz, BGBl. I Nr. 147/2005, genehmigt. Der mit Abschluss des Finanzjahres 2004 ausgewiesene Bestand der flüssigen Mittel,



ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

der sich aus den in der Jahresbestandsrechnung des Bundes 2004 (BRA 2004, Band 2, Tabelle B.1) in den Punkten II.4 bis II.9 ausgewiesenen Teilbeständen des Umlaufvermögens zusammensetzt, stimmt mit dem diesbezüglichen anfänglichen Gesamtbestand des Finanzjahres 2005 überein, wie er in Übersicht 11 über das Ergebnis der geldwirksamen Gebarung im vorliegenden BRA ausgewiesen ist.

In den Entwicklungs- und Vergleichstabellen wurden die Beträge für die Jahre vor 2002 von ATS in EUR umgerechnet. Aufgrund vorgenommener Rundungen entsprechen die EUR-Beträge für diese Jahre, sowie die daraus errechneten Vergleichszahlen, nicht immer exakt den ursprünglichen ATS-Beträgen in früheren BRA.

Im BRA 2001 wurden die ATS-Beträge erst nach eventuellen Summenbildungen in EUR umgerechnet. Da seit dem BRA 2002 die Beträge in EUR ermittelt werden, erfolgt die Aufsummierung zweckmäßigerweise auch für frühere Jahre nur noch mit bereits umgerechneten EUR-Werten. Dadurch können sich bei Summenzahlen für die Jahre bis 2001 Abweichungen von den im BRA 2001 enthaltenen EUR-Beträgen ergeben.

Rundungen können in allen Tabellenrechnungen Rechendifferenzen ergeben.

1.4 Statistische Daten

Soweit im BRA für das Jahr 2005 Daten der Statistik Austria, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) sowie des Institutes für Höhere Studien, Wien (IHS) verwendet werden, entsprechen sie – soweit nicht anders angegeben – dem Stand vom Juni 2006 und haben teilweise noch vorläufigen Charakter. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2004 enthaltenen – und zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls noch vorläufigen – Daten ergeben.

1.5 Grundsätze der Bundeshaushaltsverrechnung und Begriffsbestimmungen

1.5.1 Verrechnungsverfahren

Das in der Verrechnung des Bundes angewandte Verrechnungssystem beruht auf einer Zusammenführung finanzplanerischer und doppischer Elemente. Es ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- Alle rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge in der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Bundes werden nach einheitlichen Grundsätzen dezentral von den einzelnen Buchhaltungen erfasst und an die Bundesrechenzentrum GmbH zur zentralen Verarbeitung weitergeleitet.
- Die Verrechnung der einzelnen Geschäftsfälle erfolgt in einem oder mehreren Verrechnungskreis(en), deren Ergebnisse jeweils zum Ende eines Verrechnungszeitraumes (Monats- und Jahresende) für die Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes unmittelbar zur Verfügung stehen.

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

- Ein Verrechnungskreis stellt eine selbständige, in sich geschlossene Verrechnungseinheit gleichartiger Konten zwecks zusammenfassender Darstellung von Verrechnungsgrößen dar. Die Verrechnungskreise sind derart miteinander verbunden, dass ein Geschäftsfall durch eine einzige Buchung gleichzeitig in mehreren Verrechnungskreisen erfasst wird und die Salden sofort verändert werden (Simultanbuchführung). Bei den Verrechnungskreisen ist zwischen Haupt- und Nebenverrechnungskreisen zu unterscheiden.
- Hauptverrechnungskreise stellen zwingend vorzusehende Verrechnungskreise dar und umfassen die voranschlagswirksame Verrechnung (VWV) für das laufende Finanzjahr und für die künftigen Finanzjahre (zur Erfassung der Vorberechtigungen und Vorbelastungen) sowie die Bestands- und Erfolgsverrechnung (BEV).
- Nebenverrechnungskreise werden zur gesonderten Erfassung abgrenzbarer Tätigkeiten eines Aufgabenträgers gebildet und sind entweder in die Buchführung integriert (z.B. Kostenstellen-, Kostenträgerrechnung, Projekt- und Vorhabensabrechnung) oder dieser vorgelegt (z.B. Besoldung der Bundesbediensteten, Bundespensionen, Abgabeneinhebung der Finanz- und Zollämter); sie werden einzeln oder zusammengefasst in die Hauptverrechnungskreise übernommen.

Die voranschlagswirksame Verrechnung stellt das "Kernstück" des Rechnungswesens des Bundes dar und enthält die aufgrund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen einzuhebenden Einnahmen und zu leistenden Ausgaben des Bundes, wie sie im Bundesvoranschlag finanzgesetzlich genehmigt wurden. Gemäß § 16 Abs. 1 BHG sind in den Bundesvoranschlag sämtliche im folgenden Finanzjahr zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) aufzunehmen.

In der VWV werden die rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge im Gebarungsaufbau festgehalten (§ 78 BHG); sie dient vor allem der Überwachung der Jahresvoranschlagsbeträge und der Aufstellung der Voranschlagsvergleichsrechnung. Sie stellt ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Budgeterstellung und den Budgetvollzug dar.

Die voranschlagsunwirksame Verrechnung enthält jene Einnahmen und Ausgaben, die nicht endgültig solche des Bundes oder die aufgrund gesetzlicher Anordnung nicht zu veranschlagen sind. Es sind dies nach § 16 Abs. 2 BHG beispielsweise die einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge von Bediensteten des Bundes oder Konversionen und Prolongationen von Finanzschulden und Währungstauschverträgen.

Der im § 75 Abs. 1 BHG enthaltene Grundsatz der Bruttoverrechnung wird in Ausnahmefällen (§§ 16 Abs. 2 ff. sowie 78 Abs. 7 und 8 BHG) durchbrochen. In diesen Fällen können Ausgaben oder Einnahmen auf den Konten der ursprünglichen Zahlungen rückverrechnet werden (absetzbare Zahlungen). Dies erfolgt beispielsweise bei Rückzahlungen von Einnahmen oder Ausgaben (Stornobuchungen) sowie bei der vermittlungsweisen Leistung von Zahlungen für ein anderes anweisendes Organ. Ab 1. Jänner 1995 sind auch die an die Europäische Union abzuführenden Mittel, die gemäß Art. 269 (= alt 201) des EG-Vertrages zur Finanzierung des Gesamthaushalts dienen, als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben zu veranschlagen (§ 16 Abs. 3a BHG i.d.F. BGBl. Nr. 297/1995).

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

In Zusammenhang mit der Absetzbarkeit von Zahlungen werden Schulden und Forderungen als Ersatzschulden und Ersatzforderungen festgehalten, sofern die Rückzahlung noch nicht durchgeführt wurde.

1.5.2 Abschlussrechnungen

Die Voranschlagsvergleichsrechnung entspricht in ihrer Form der im Bundesvoranschlag festgelegten Gliederung. Sie enthält das Ergebnis aller rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge von der Genehmigung der Voranschlagsansätze bis zur Verwirklichung der Einnahmen und Ausgaben und spiegelt den Budgetvollzug wider.

Die Jahresbestandsrechnung ist grundsätzlich einer Bilanz nachgebildet: Sie gibt Aufschluss über Stand und Struktur des Bundesvermögens am Ende des Verrechnungszeitraumes.

Wenn auch der RH weiterhin bemüht ist, das Vermögen des Bundes möglichst vollständig zu erfassen, ist der Aussagewert der Vermögensrechnung des Bundes allerdings eingeschränkt und mit der Bilanz einer Unternehmung nicht vergleichbar, weil beispielsweise wesentliche Vermögensteile mangels Bewertbarkeit überhaupt nicht erfasst sind (wie etwa historische Bauwerke, Kunstschatze oder der Musealbesitz) und das Verwaltungsvermögen bei den Amtsorganen bereits bei der Anschaffung mit 50 % abgeschrieben wird. Daraus folgt, dass jüngere Vermögenswerte unterbewertet und ältere Vermögenswerte überbewertet werden. Weiters werden – einer internationalen Übung folgend – militärische Anlagen und Ausrüstungsgegenstände nicht in die Bestandsrechnung aufgenommen. Auch wird die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" als bedeutsam erachtete Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert.

Die sich in der Verwaltung von Straßensondergesellschaften befindlichen Vermögensteile (Autobahnen und Schnellstraßen) werden seit dem Jahre 1984 wertmäßig erfasst und dargestellt. Die wertmäßige Erfassung des übrigen Bundesstraßenvermögens erfolgte erstmals im Jahre 1985.

Bemerkenswert ist weiters, dass der Kapitalausgleich (119 446,01 Mill. EUR) unter den Aktiva ausgewiesen wird. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den zuvor erwähnten Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens. Der Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Die Jahreserfolgsrechnung ist grundsätzlich einer Gewinn- und Verlustrechnung nachgebildet. Durch die Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen entspricht sie einer finanzwirtschaftlichen Saldorechnung. Der mit 2 862,99 Mill. EUR ausgewiesene Vermögenszugang stellt ebenfalls eine rechentechnische Ausgleichsposition dar. Von der voranschlagswirksamen Verrechnung unterscheidet sich die Jahreserfolgsrechnung durch die Periodenabgrenzung der Zahlungsströme, durch die Ausgrenzung der bloß bestandswirksamen Zahlungen und durch bestimmte Bewertungsvorgänge.



ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Die Jahresbestandsrechnung wird ebenso wie die Jahreserfolgsrechnung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Doppik erstellt, weshalb der Kontenplan des Bundes in Anlehnung an den Einheitskontenrahmen der österreichischen Wirtschaft erstellt wurde.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



2. GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Die Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft ging im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr 2004 zurück und lag sowohl nominell als auch real etwas unter der bei Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Höhe. Sie verblieb jedoch weiterhin deutlich über den schwachen Wachstumsraten der Jahre 2001 bis 2003.

Der Leistungsbilanzsaldo setzte 2005 den Anstieg des Vorjahres fort. Die Arbeitslosenquote und der Beschäftigtenstand nahmen weiterhin zu. Die Inflationsrate stieg im Jahr 2005 weiter an.

Der Referenzwert der "Maastricht-Kriterien" bezüglich des Staatsdefizits wurde eingehalten. Hingegen überstieg der Schuldenstand des Gesamtstaates die Marke von 60 % des BIP trotz sinkender Tendenz noch um über drei Prozentpunkte. Das im Stabilitätsprogramm enthaltene Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts im Jahr 2008 stellt nach Ansicht des Rechnungshofes eine große Herausforderung dar.

Der seit dem Jahr 2001 feststellbare Rückgang der steuerlichen Gesamtbelastung der Bevölkerung hat sich im Jahr 2005 weiter fortgesetzt.

Die Gebarungssalden des Bundes (Saldo Allgemeiner Haushalt "administrativer Saldo", BIP-relevanter Saldo und Primärsaldo des Bundes) veränderten sich von 2004 auf 2005 im Vergleich zu früheren Jahren in geringerem Ausmaß. Der Primärsaldo des Bundes stieg erstmals seit 2001 wieder an, während sich der Primärsaldo des Staates im Jahr 2005 um 0,5 % des BIP verringerte. Trotz des Rückganges der Ausgabenquote hat sich die während der konjunkturschwachen Jahre 2001 bis 2003 entstandene Differenz zwischen Bundesausgaben und -einnahmen im Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 kaum verringert. Der Rechnungshof hält daher, um eine tatsächliche und nachhaltige Budgetsanierung zu erzielen, die Setzung von strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen weiterhin für geboten.

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Verschiedene Wirtschaftsindikatoren

Der Bundesvoranschlag wurde gemäß Art. III Abs. 1 BFG 2005 auf der Grundlage einer nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 4,2 % erstellt.

Nach den bisherigen und vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Juli 2006) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 2005 zu laufenden Preisen auf 245,10 Mrd. EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (235,82 Mrd. EUR) um nominell 3,9 %. Die Wachstumsrate lag damit um 0,3 Prozentpunkte unter der bei der Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Wachstumsrate.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Mit einer jahresdurchschnittlichen realen Zunahme des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 % (2004: + 2,4 %) lag Österreich damit über dem Durchschnitt der EU-Euro-Länder (+ 1,3 %). Im Vergleich: USA + 3,5 %, Deutschland + 1,0 %, Japan + 2,6 % und OECD insgesamt + 2,7 %.

Bei der vom AMS ermittelten Arbeitslosenrate trat eine weitere Verschlechterung ein (Jahresdurchschnitt 2005: 7,3 %, Jahresdurchschnitt 2004: 7,1 %); die Ermittlungsmethode nach EU-ROSTAT ergab einen Anstieg von 4,8 % auf 5,2 %.

Der Preisauftrieb (= Veränderung der Verbraucherpreise im Jahresabstand) stieg im vergangenen Jahr weiter an. Er belief sich im Jahresdurchschnitt 2005 auf + 2,3 % (2004: + 2,1 %).

Der Leistungsbilanzsaldo verbesserte sich von + 0,36 Mrd. EUR oder + 0,2 % des BIP (für 2004 rückgerechnet) auf + 3,02 Mrd. EUR oder + 1,2 % des BIP im Jahr 2005.

Die im § 2 BHG als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 2005 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

	Gegenüberstellung	
	2004	2005
BIP-Wachstum real ("Sicherung des Wachstumspotentials")	+ 2,4 %	+ 2,0 %
Inflationsrate ("hinreichend stabiler Geldwert")	+ 2,1 %	+ 2,3 %
Arbeitslosenquote *)	7,1 %	7,3 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT **)	4,8 %	5,2 %
Unselbständig Beschäftigte ("hoher Beschäftigtenstand")	+ 0,7 %	+ 1,0 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut)	+ 0,36 Mrd.EUR	+ 3,02 Mrd.EUR
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) ("Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts")	+ 0,2 %	+ 1,2 %

*) Die österreichische Arbeitslosenquote stellt das Verhältnis von im Jahresdurchschnitt bei den Geschäftsstellen des AMS vorgemerkten Arbeitslosen zum Arbeitskräftepotential (= unselbständig Beschäftigte laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger und vorgemerkte Arbeitslose) dar.

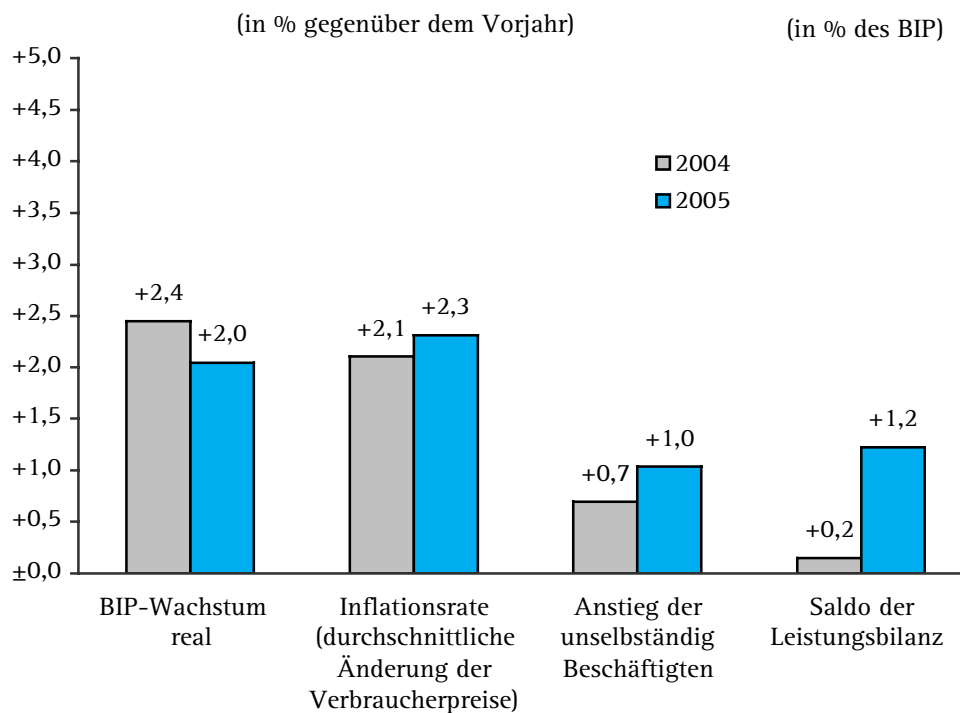
***) Die Arbeitslosenquote des EUROSTAT ist der Anteil an den nach den Kriterien des EUROSTAT definierten Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (Summe von Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Diese Quote wird aufgrund des Mikrozensus und einer Befragung nach einem standardisierten Fragenprogramm ermittelt (hinsichtlich der Fragestellungen und der Berechnungshinweise darf auf die Statistischen Nachrichten Nr. 5/1996, Seiten 357 ff. hingewiesen werden).

Quellen der Arbeitslosenquote: AMS; WIFO; Statistik Austria.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Ausgewählte Daten zur Wirtschaftsentwicklung 2005



Quellen: WIFO – Juni-Prognose 2006, Statistik Austria.

Die weitere Ausgangslage der österreichischen Wirtschaft lässt sich auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie der sich gegen Jahresmitte 2006 abzeichnenden Wirtschaftslage anhand ausgewählter Indikatoren folgendermaßen darstellen:

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für 2005 und 2006	Gegenüberstellung in %	
	2005	2006
BIP-Wachstum, real	+ 2,0	+ 2,6
Privater Konsum, real	+ 1,7	+ 1,9
Brutto-Anlageinvestitionen, real	+ 0,3	+ 3,6
Warenexporte, real	+ 4,0	+ 8,0
Warenimporte, real	+ 2,9	+ 6,9
Unselbständig Beschäftigte	+ 1,0	+ 1,3

Quellen: WIFO – Juni-Prognose 2006, Statistik Austria.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

2.1.2 Entstehung des Brutto-Inlandsprodukts

Bei der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen waren 2005 gegenüber dem Vorjahr folgende prozentuelle Veränderungen zu verzeichnen:

Land- und Forstwirtschaft	- 2,7
Bergbau	- 4,9
Sachgütererzeugung	+ 2,6
Energie- und Wasserversorgung	- 0,8
Bauwesen	+ 2,1
Handel	+ 0,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 1,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 4,0
Kredit- und Versicherungswesen	+ 6,9
Realitätenwesen	+ 1,7
Öffentliche Dienste	+ 1,7
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,8

Aus der Bruttowertschöpfung kann das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) abgeleitet werden. Nominell betrug es im Jahr 2005 245,10 Mrd. EUR und stieg gegenüber dem Vorjahr real um 2,0 %.

Quelle: Statistik Austria.

2.1.3 Nationaleinkommen

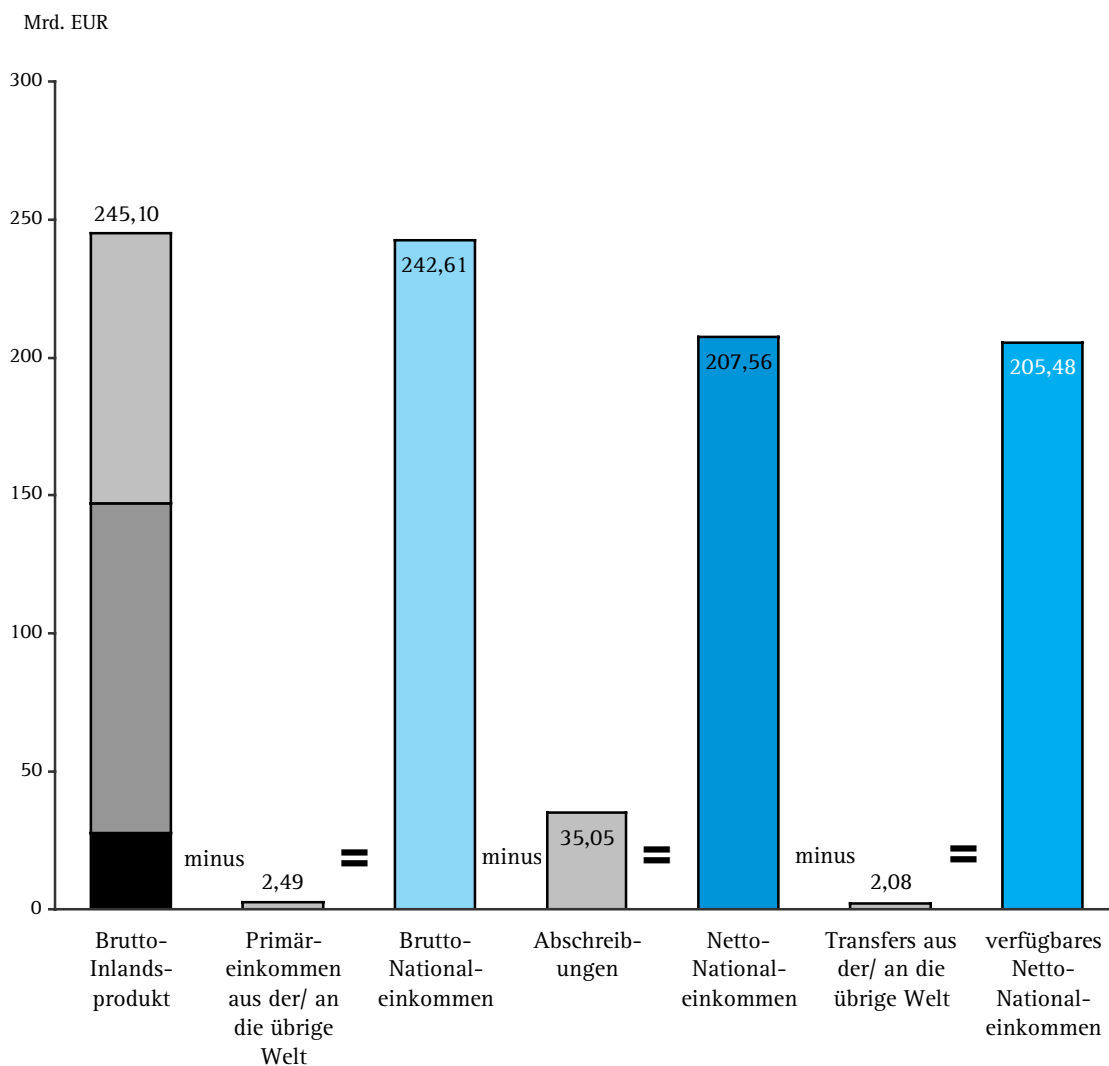
Die Steigerung des Bruttonationaleinkommens zu laufenden Preisen betrug 2005 + 4,1 % (2004: + 3,9 %), wobei die Arbeitnehmerentgelte um 2,9 % und die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen um 5,4 % stiegen. Das verfügbare Nettonationaleinkommen erhöhte sich von 2004 auf 2005 von 196,84 Mrd. EUR auf 205,48 Mrd. EUR (Quelle: Statistik Austria).

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Vom BIP zum verfügbaren Netto-Nationaleinkommen

- Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen 98,13 Mrd. EUR
- Arbeitnehmerentgelte 119,40 Mrd. EUR
- Einkommen des Staates aus der Produktion (Produktionsabgaben minus Subventionen) 27,57 Mrd. EUR



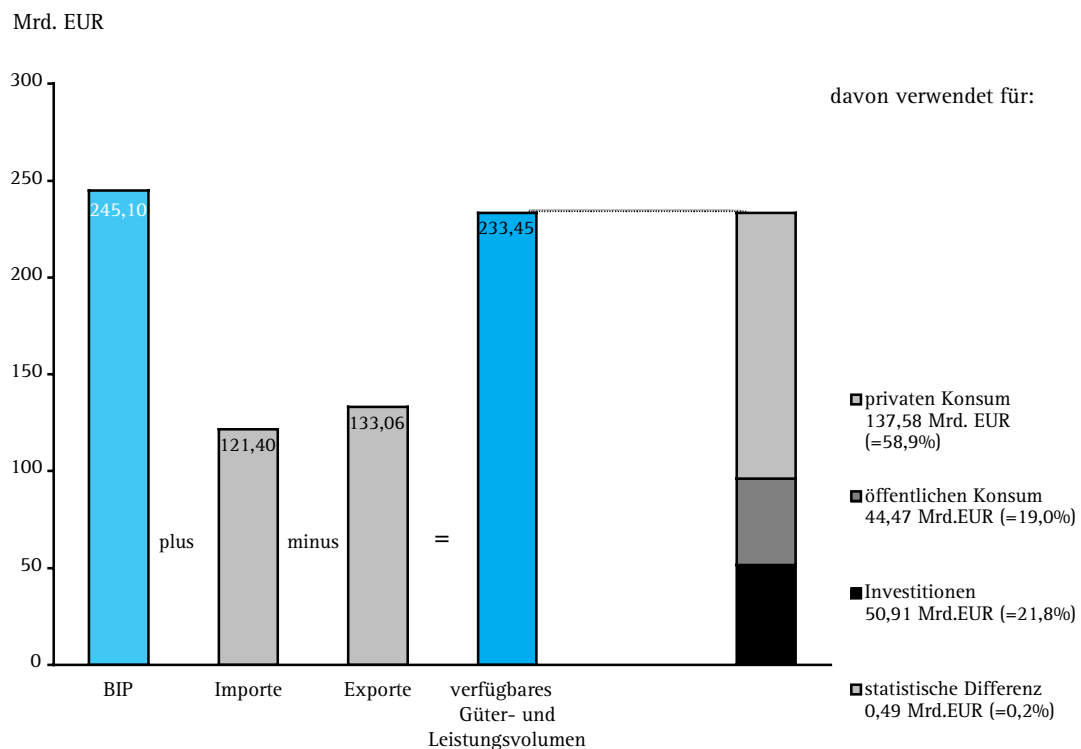
Quellen: WIFO, Statistik Austria.

2.1.4 Verwendung des Güter- und Leistungsvolumens

Werden vom BIP (245,10 Mrd. EUR) die Exporte (133,06 Mrd. EUR) abgezogen und die Importe (121,40 Mrd. EUR) hinzugerechnet, so ergibt sich daraus das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen für 2005 in der Höhe von 233,45 Mrd. EUR.

Die Steigerungsrate der Exporte i.w.S. (Waren und Dienstleistungen, nominell) betrug gegenüber 2004 + 9,3 %, und jene der Importe i.w.S. (Waren und Dienstleistungen, nominell) + 8,7 %. Der private Konsum stieg gegenüber 2004 um 3,4 %, der öffentliche um 4,1 %.

Brutto-Inlandsprodukt und Verwendung des nominellen verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens



Quelle: Statistik Austria.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



2.2 Der Bundeshaushalt und verschiedene konjunkturpolitische Saldenrechnungen

2.2.1 Der Bundeshaushalt 2005 im Überblick

Zusammengefasst zeigt der Bundeshaushalt für 2004 und 2005 folgende Ergebnisse:

	Bundesrechnungs- abschluss 2004 Mrd. EUR	Bundesvor- anschlag 2005 Mrd. EUR	Bundesrechnungs- abschluss 2005 Mrd. EUR	Veränderungen BRA 2004 : 2005 %
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	64,977	64,420	66,041	+ 1,6
Einnahmen	60,347	58,969	61,493	+ 1,9
Saldo (= Abgang)	- 4,630	- 5,451	- 4,548	- 1,8
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	30,226	49,104	32,271	+ 6,8
Einnahmen	34,856	54,555	36,819	+ 5,6
Saldo (= Überschuss)	+ 4,630	+ 5,451	+ 4,548	- 1,8

Bezogen auf das nominelle BIP-Wachstum von + 3,9 % lagen die Zuwächse der Ausgaben um 2,3 und jene der Einnahmen um 2,0 Prozentpunkte unter diesem Wert. Im Budgetvollzug wurden die veranschlagten Ausgabenansätze des Allgemeinen Haushalts um 1,622 Mrd. EUR überschritten, wobei jedoch auch Rücklagenzuführungen in der Höhe von 0,972 Mrd. EUR getätigt wurden. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts, von denen 0,693 Mrd. EUR aus Rücklagenbeständen stammten, stiegen gegenüber dem Voranschlag um 2,524 Mrd. EUR.

Das Haushaltsjahr 2005 schloss mit einem Abgang von 4,548 Mrd. EUR; das entspricht einem Anteil von 1,9 % am BIP. Dieser Anteil ist etwas niedriger als im vorangegangenen Jahr 2004 (2,0 %). Ohne Rücklagenbewegungen wäre statt des zuvor angeführten Abganges ein solcher von 4,269 Mrd. EUR entstanden.

Eine Bereinigung durch Ausblendung der durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben, deren schwankende Höhe die Ableitung mittelfristiger Trends beeinträchtigt, liefert für die Jahre 2004 und 2005 folgendes Bild:



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Modifizierte Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts

	Bundesrechnungs- abschluss 2004	Bundesrechnungs- abschluss 2005	Veränderungen BRA 2004 : 2005
Allgemeiner Haushalt	Mrd. EUR	Mrd. EUR	%
Ausgaben gesamt	64,977	66,041	+ 1,6
- Durchlaufer	- 1,056	- 0,846	- 19,9
Ausgaben bereinigt	63,921	65,195	+ 2,0
Einnahmen gesamt	60,347	61,493	+ 1,9
- Durchlaufer	- 1,056	- 0,846	- 19,9
Einnahmen bereinigt	59,291	60,647	+ 2,3

2.2.2 Konjunkturpolitische Saldenrechnungen

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts – der dem Überschuss des Ausgleichshaushalts zu entsprechen hat, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können – kann als Saldo für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirksamer Gesichtspunkte nicht alleine herangezogen werden.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts ("administrativen Saldo") um die vermögenswirksamen Transaktionen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, dass die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermögenserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

Der Primärsaldo des Bundes wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Die genannten Größen stehen zueinander in folgender Beziehung:

	BRA 2004	BRA 2005
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Saldo laufender Transaktionen	+ 1,545	+ 1,481
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 5,117	- 5,922
BIP-relevanter Saldo	- 3,572	- 4,440
Saldo vermögenswirksamer Transakt. und Rücklagenzufühhg. (netto)	- 1,058	- 0,108
Saldo Allgemeiner Haushalt	- 4,630	- 4,548
Zinsen (abzüglich Swap-Zins-Einnahmen)	+ 7,008	+ 7,592
Primärsaldo des Bundes	+ 2,378	+ 3,044

Während die Salden des Allgemeinen Haushalts, der laufenden Transaktionen sowie der Rücklagegebarung relativ moderate Änderungen aufwiesen (weniger als 100 bzw. weniger als 200 Mill. EUR), bewegten sich der BIP-relevante Saldo und der Vermögenstransaktionssaldo von 2004 auf 2005 um etwa eine Mrd. EUR jeweils in die gegensätzliche Richtung. Dies ist zum größten Teil damit erklärbar, dass Ausgaben zur Finanzierung des Schienenverkehrs in Milliardenhöhe in den beiden Jahren mittels unterschiedlicher Finanzierungsformen getätigt wurden (Zuschüsse für die Schieneninfrastruktur in der Größenordnung von etwa einer Mrd. EUR wurden 2004 als laufender Transfer und 2005 als Kapitaltransfer verbucht. 2004 wurde auch eine Kapitalerhöhung der ÖBB durchgeführt, die den Vermögenstransaktionssaldo belastete).

Auch die Steigerung des Primärsaldos des Bundes ist zu einem Großteil darauf zurückzuführen, dass infolge der Schuldübernahme des Bundes von ÖBB und SCHIG im Jahr 2004 ab dem Jahr 2005 erhöhte Zinsenzahlungen für den Bund anfielen, während geringere Zahlungen an die ÖBB geleistet wurden. Somit wurde der administrative Saldo des Jahres 2005 durch diese Schuldübernahme praktisch nicht verändert, sehr wohl jedoch der Primärsaldo des Bundes durch das Ausmaß der Zinsenzahlungen.

Im Vergleich zu früheren Jahren veränderten sich die Gebarungssalden des Bundes von 2004 auf 2005 – insbesondere angesichts der oben erwähnten Effekte – relativ wenig.

Quellen: WIFO, Staatsschuldenausschuss, eigene Berechnungen.

2.3 Der Staatshaushalt im Licht EU-rechtlicher Verpflichtungen ("Maastricht-Kriterien")

Der Vollständigkeit der Betrachtung der gesamt- und finanzwirtschaftlichen Situation halber werden auch die Eckdaten der "Maastricht-Kriterien" und ihre Erfüllung im BRA 2005 veröffentlicht.

Nach Artikel 104 (= alt 104c) des EG-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und sich zur Haushaltsdisziplin verpflichtet. Diese ist dann gegeben, wenn



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

- a) die Defizitquote entweder erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes (= 3 % des BIP) erreicht hat oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und
- b) die Staatsschuldenquote den Referenzwert (= 60 % des BIP) nicht überschreitet, es sei denn, dass das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Neben den genannten Kriterien der öffentlichen Verschuldung sieht der Vertrag von Maastricht noch die Kriterien der Preisstabilität, der Wechselkurse und der Zinsen vor, deren Erfüllung für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion maßgeblich war.

Die nähere Ausgestaltung der "Maastricht-Kriterien" erfolgte im Stabilitäts- und Wachstumspakt¹⁾, der im Jahr 2005 (in Richtung einer teilweisen Lockerung) reformiert wurde²⁾.

Den Hintergrund für die Fiskalkriterien bildet die Zielsetzung nach einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der Mitgliedsstaaten (Artikel 121[= alt 109j] Abs. 1, zweiter Spiegelstrich des EG-Vertrages). Diese Vorgabe gilt nicht alleine für den Bund, sondern für den gesamten öffentlichen Sektor. Bei einer Evaluierung der Zielerreichung ist daher die budgetmäßige Darstellung nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) aufzubereiten und das öffentliche Defizit der weiteren Analyse zugrunde zu legen.

Für die Darstellung des öffentlichen Defizits nach der EU-Berechnungsweise ist das Finanzierungsdefizit des Bundes in das Finanzierungsdefizit des Bundessektors nach VGR-Kriterien überzuleiten (plus/minus Finanzierungsdefizite bzw. -überschüsse z.B. der Bundeskammern) und sind die Finanzierungsdefizite bzw. -überschüsse der Gebietskörperschaften sowie weiterer öffentlicher Rechtsträger (z.B. Landeskammern und Sozialversicherungsträger) zu berücksichtigen. Die Darstellung folgt dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995 Verordnung). Das öffentliche Defizit nahm in den Jahren 2001 bis 2005 folgende Entwicklung:

¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit, sowie Entschließung des Europäischen Rats vom 17. Juni 1997.

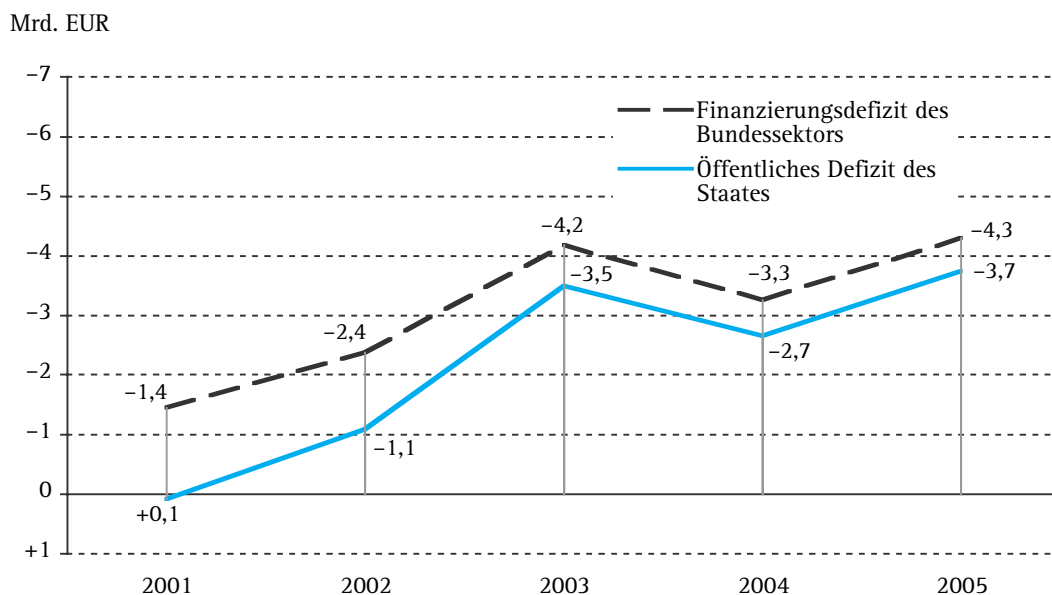
²⁾ Verordnung (EG) Nr. 1055/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und Verordnung (EG) Nr. 1056/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



	2001	2002	2003	2004	2005
	Mrd. EUR				
Finanzierungsdefizit des Bundes laut ESVG 95	- 1,784	- 2,235	- 4,003	- 3,332	- 4,339
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut ESVG 95	- 1,447	- 2,368	- 4,178	- 3,255	- 4,299
Finanzierungsüberschuss der Landesebene laut ESVG 95	+ 0,984	+ 0,763	+ 0,356	+ 0,334	+ 0,200
Finanzierungssaldo der Gemeindeebene laut ESVG 95	+ 0,555	+ 0,551	+ 0,392	+ 0,364	+ 0,361
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung laut ESVG 95	- 0,005	- 0,033	- 0,052	- 0,100	± 0,000
Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95	+ 0,088	- 1,087	- 3,483	- 2,658	- 3,738

Öffentliches Defizit



Quelle: Statistik Austria (Stand März 2006, BIP: Juli 2006).

Der Schuldenstand im Sinne des Maastrichter Vertrages wird definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Bereichen des Staatesektors. Einzelheiten und Begriffsbestimmungen wurden mit EG-Rats-Verordnung festgelegt.³⁾ In dieser Verordnung hat der Rat in großem Umfang auf

³⁾ Verordnung (EG) Nr. 3603/93 des Rates vom 13. Dezember 1993 zur Festlegung der Begriffsbestimmungen für die Anwendung der in Artikel 104 und Artikel 104b Absatz 1 des Vertrages vorgesehenen Verbote.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Begriffe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) Bezug genommen und die Schlüsselbegriffe "öffentlich", "Defizit" und "Schuldenstand" klargestellt. Dabei stehen weniger rechtlich formale Gegebenheiten als die Art der wirtschaftlichen Aktivität im Vordergrund.

Gegliedert nach Sektoren hat sich der öffentliche Schuldenstand in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

	2001	2002	2003	2004	2005
	Mrd. EUR				
Verschuldung des Bundes*)	128,9	132,2	136,0	144,9	151,3
- Eigene Bundestitel	7,5	8,2	9,1	9,3	10,0
- Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds	2,5	2,6	2,5	2,4	2,0
+ Verschuldg. Bundesfonds**), ausgegl. Bundeseinheiten	0,9	0,8	0,6	0,4	0,1
+ Finanzierungen des Bundes für Dritte	10,1	12,6	12,0	6,7	6,1
+ Kredittranchen Eurofighter***)				0,5	0,6
- Intergovernmentale Forderungen des Bundessektors	2,6	2,7	3,3	3,7	5,5
Verschuldung des Bundessektors	127,5	132,2	133,7	137,2	140,7
Verschuldung der Länder ohne Wien	7,2	5,5	5,2	6,2	6,8
Verschuldung der Gemeinden mit Wien	7,4	6,6	5,9	5,9	5,9
Verschuldung der Sozialversicherungsträger	1,0	1,3	1,2	1,4	1,7
Verschuldung des Staates	143,0	145,6	146,1	150,6	155,1
Bruttoinlandsprodukt	215,9	220,8	226,2	235,8	245,1
	in % des BIP				
Verschuldung des Staates in % des BIP	66,3	65,9	64,6	63,9	63,3

*) Finanzschulden des Bundes laut BRA, zuzüglich Swap-Schulden, abzüglich Swap-Forderungen.

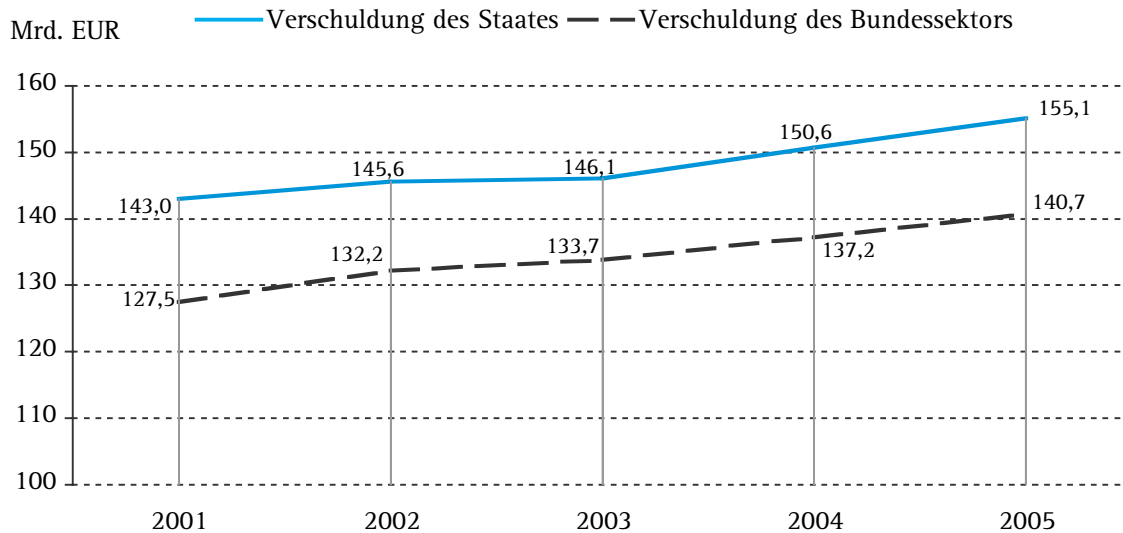
**) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds und IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen).

***) Diese Position wurde innerstaatlich nicht als Schuld, sondern lediglich als Verpflichtung verrechnet.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Öffentliche Verschuldung



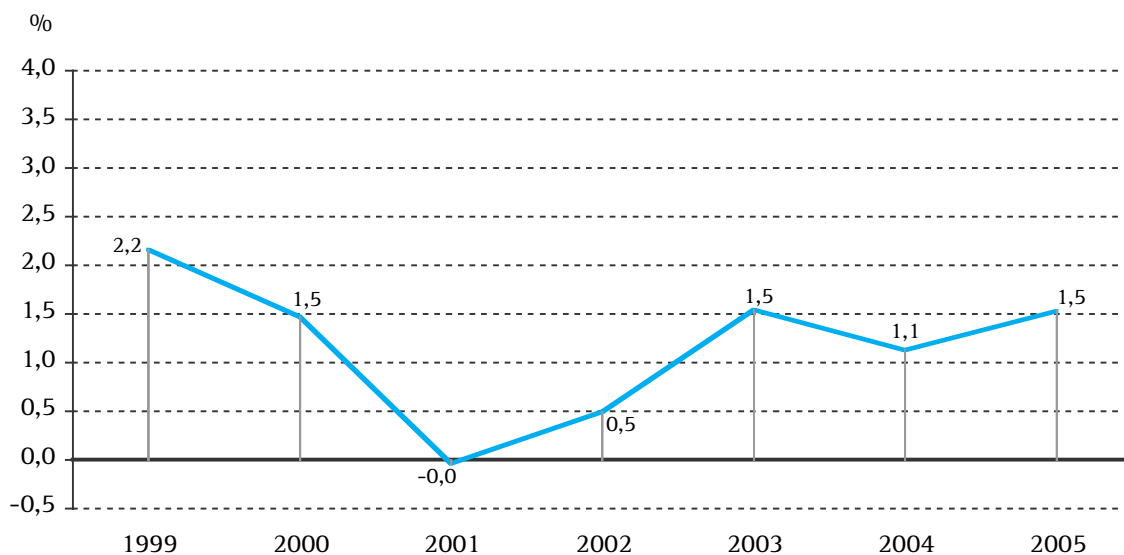
Quellen: Staatsschuldenausschuss, Statistik Austria (Stand März 2006, BIP: Juli 2006).

Die Entwicklung des öffentlichen Defizits, des öffentlichen Schuldenstandes und des Primärsaldos des Staates (dieser gibt Aufschluss über das aktuelle Einnahmen- und Ausgabenverhältnis, wobei Schuldenbelastungen aus der Vergangenheit nicht berücksichtigt werden) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahre zeigen die folgende Übersicht sowie die beiden Diagramme:

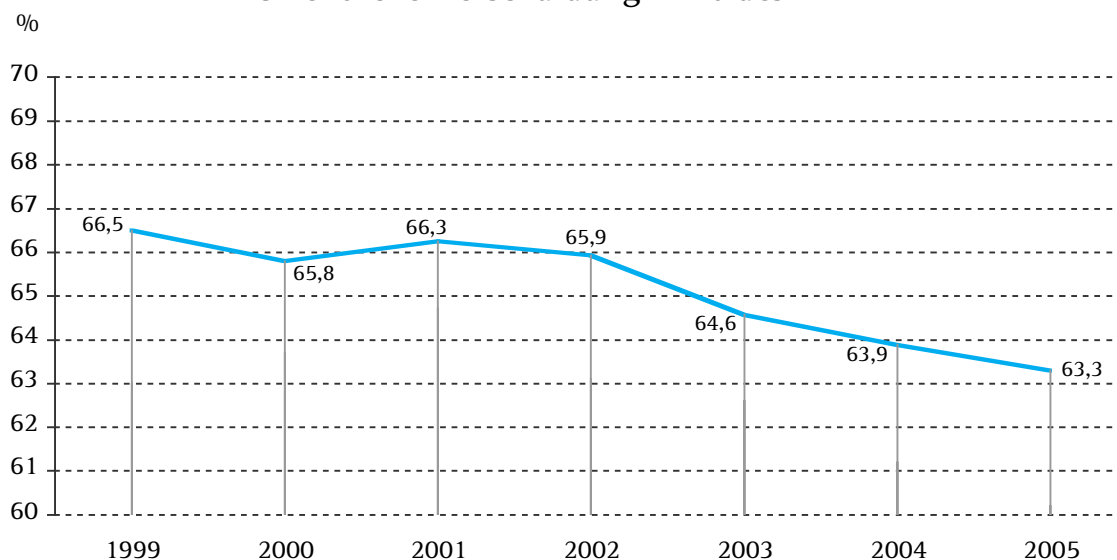
	BIP		öffentliches Defizit bzw. Überschuss		öffentlicher Schuldenstand		Primärsaldo des Staates	
	Mrd. EUR	in % d. BIP	Mrd. EUR	in % d. BIP	Mrd. EUR	in % d. BIP	Mrd. EUR	in % d. BIP
1999	200,03		- 4,32	2,2	133,00	66,5	2,49	1,2
2000	210,39		- 3,09	1,5	138,42	65,8	4,29	2,0
2001	215,88		+ 0,09	0,0	143,02	66,3	7,53	3,5
2002	220,84		- 1,09	0,5	145,59	65,9	5,82	2,6
2003	226,24		- 3,48	1,5	146,08	64,6	3,11	1,4
2004	235,82		- 2,66	1,1	150,65	63,9	4,03	1,7
2005	245,10		- 3,74	1,5	155,14	63,3	3,06	1,2

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Öffentliches Defizit in % des BIP



Öffentliche Verschuldung in % des BIP



Quellen: Statistik Austria. Primärsaldo des Staates: OeNB (Stand März 2006, BIP: Juli 2006).

Die Übersicht und die beiden Diagramme geben die Ende März 2006 von der Statistik Austria bekanntgegebene Notifizierung, aktualisiert mit den BIP-Werten von Juli 2006, wieder.

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Der Termin für die Herbst-Notifizierung wurde im Dezember 2005 von jeweils Ende August auf Ende September verlegt.⁴⁾ Die zum Zeitpunkt der Vorlage des BRA an den Nationalrat (30. September) aktuelle Notifizierung konnte daher in den BRA nicht mehr aufgenommen werden. Sie wird jedoch in der Anfang Oktober erscheinenden Kurzfassung des BRA berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der hier wiedergegebenen Werte für das öffentliche Defizit und den Schuldenstand wird angemerkt, dass diese vorbehaltlich der Anerkennung – insbesondere der defizitsenkenden Maßnahmen – durch EUROSTAT und die EU-Kommission zu sehen sind.

Das nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu erstellende Stabilitätsprogramm Österreichs (bzw. dessen Fortschreibung Ende 2005) für 2005 bis 2008 sieht u.a. eine Senkung des gesamtstaatlichen Defizits und im Jahr 2008 das Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts vor. Der Rat der EU hielt in seiner Stellungnahme dazu das mittelfristige Ziel des Programms für angemessen, da es innerhalb der vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebenen Spanne liegt. Der Haushaltspfad für 2005 und 2006 erschien dem Rat plausibel. Die für die Jahre 2007 und 2008 für die Erreichung des Nulldefizits nötigen Konsolidierungsmaßnahmen konnte er dem Programm jedoch nicht entnehmen. Weiters war die Glaubwürdigkeit der angestrebten Verbesserung nach Meinung des Rates eng mit der Effizienz des Österreichischen Stabilitätspakts 2005 verknüpft. Die Erfahrungen mit dem Österreichischen Stabilitätspakt 2001 hätten nur wenig dazu beigetragen, die Wahrscheinlichkeit der Zieleinhaltung zu beurteilen. Hingegen erschien dem Rat die Einhaltung der Defizitmarke von 3 % des BIP sowie eine hinreichende Rückläufigkeit der Schuldenquote genügend abgesichert.

2.4 Der Bundeshaushalt und der Österreichische Stabilitätspakt

In der Endabrechnungsbestimmung des bis einschließlich 2004 laufenden Österreichischen Stabilitätspakts 2001 war vorgesehen, im folgenden Jahr (2005) eine Betrachtung über den gesamten Geltungszeitraum vorzunehmen und festzustellen, ob die Verpflichtungen zur Erbringung der vereinbarten Stabilitätsbeiträge eingehalten wurden. Die vorliegenden Daten⁵⁾ lassen erkennen, dass die vereinbarten Stabilitätsbeiträge teilweise nicht erbracht wurden.

Der neue Österreichische Stabilitätspakt 2005 regelt die Haushaltsdisziplin der Gebietskörperschaften in den Jahren 2005 bis 2008. Er ist mittlerweile für alle Vertragsparteien rückwirkend mit 1. Jänner 2005 – für drei Bundesländer⁶⁾ jedoch erst mit Wirkung ab dem Jahr 2006 – in Kraft getreten.

Inhaltlich ist der neue Stabilitätspakt ähnlich ausgestaltet wie der ausgelaufene. Für Bund und Länder sind für die Jahre 2005 bis 2007 jedoch (teilweise deutlich) niedrigere Stabilitätsbeiträge vorgesehen als für die Jahre davor. Einen wesentlichen Unterschied zum Stabilitätspakt 2001

⁴⁾ Verordnung (EG) Nr. 2103/2005 des Rates vom 12. Dezember 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

⁵⁾ Quelle: Statistik Austria.

⁶⁾ Burgenland, Kärnten, Steiermark.



GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

stellt die Art der Ermittlung der Haushaltsergebnisse für die Jahre 2007 und 2008 dar. Während bis dahin die Auslegungsregeln des ESVG 95 zum Stand 16. Oktober 2000 maßgebend sind, gelten für 2007 und 2008 die dann aktuellen (von Eurostat angewendeten) Auslegungsregeln. So wird beispielsweise die Tatsache, dass Eurostat seit Anfang 2006 die "Maastricht-neutrale" Verbuchung der Finanzierung von Landeskrankenanstalten teilweise nicht mehr akzeptiert, die Erfüllung des Österreichischen Stabilitätspakts beträchtlich erschweren.

Laut Auskunft des BMF wurde der Termin für die Berichterstattung über die Haushaltsergebnisse des jeweiligen Vorjahres - ebenso wie die Maastricht-Notifizierung - von Ende August auf Ende September verschoben. Der zum Zeitpunkt der Vorlage des BRA an den Nationalrat (30. September) aktuelle Bericht über das Haushaltsjahr 2005 konnte daher in den BRA nicht mehr Eingang finden. Er wird jedoch in der Anfang Oktober erscheinenden Kurzfassung des BRA berücksichtigt werden.

2.5 Finanzwirtschaftliche Betrachtung des Allgemeinen Haushalts des Bundes

Setzt man die bereinigten Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts (siehe oben, TZ 2.2.1) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so sank die Ausgabenquote auf 26,6 % (2004: 27,1 %). Die Einnahmenquote sank von 25,1 % (2004) auf 24,7 % (2005).

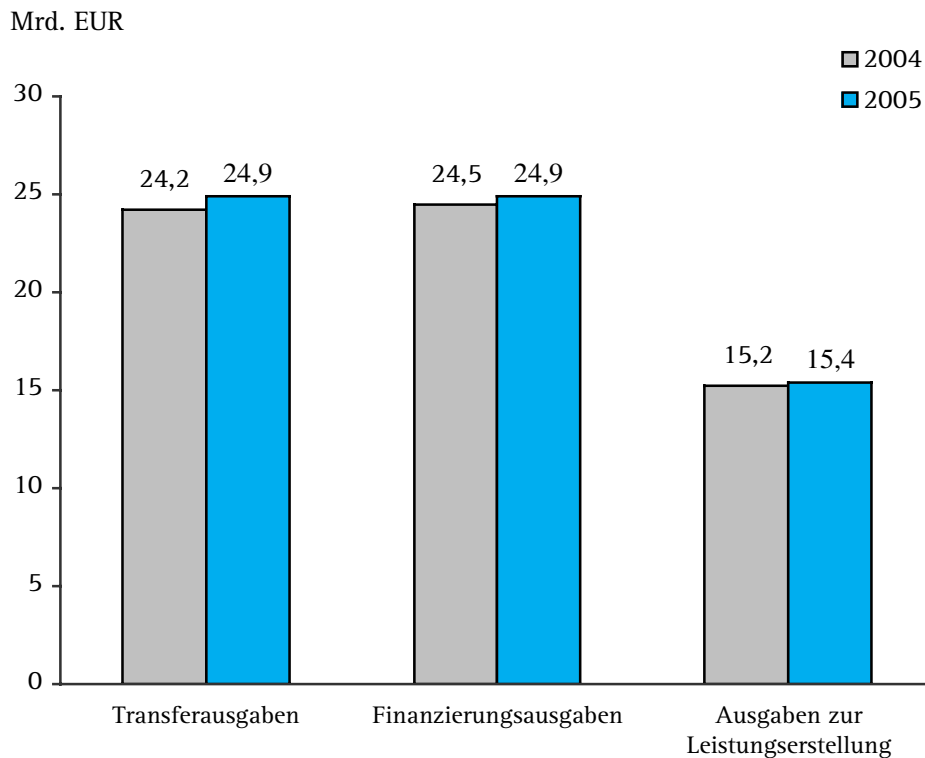
Die bereinigten Ausgaben des Bundes (65,195 Mrd. EUR) stiegen im Jahresabstand um 1,274 Mrd. EUR oder 2,0 % an, wobei sie nach ökonomischen Kriterien gegliedert folgendes Bild zeigen:

- Auf die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen entfielen 2005 15,380 Mrd. EUR oder 23,6 % (2004: 23,8 %) der bereinigten Bundesausgaben. Im Gegensatz dazu betragen die Ausgaben für Investitionen einschließlich Liegenschaftserwerb bloß 0,271 Mrd. EUR; das entspricht einem Anteil von 0,4 % der bereinigten Ausgaben (2004 ebenfalls 0,4 %). Dazu ist allerdings festzustellen, dass aufgrund der Ausgliederungen öffentliche Investitionen in beträchtlichem Ausmaß auch außerbudgetär erfolgen.
- Auf die Transferausgaben entfielen 24,912 Mrd. EUR oder 38,2 % der Bundesausgaben; als größte Ausgabenpositionen sind dabei die Pensionen für die ÖBB- und Postbeamten, Bundesbediensteten und Landeslehrer (insgesamt 6,883 Mrd. EUR) und der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (einschließlich Pflegegeld: 9,011 Mrd. EUR) sowie die Familienbeihilfen (einschließlich Geburten- und Schulfahrtbeihilfen: 3,021 Mrd. EUR) anzuführen.
- Auf die Finanzierungsausgaben entfielen 2005 24,903 Mrd. EUR oder 38,2 % (2004: 38,3 %).

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Bereinigte Ausgaben des Bundes in ökonomischer Gliederung



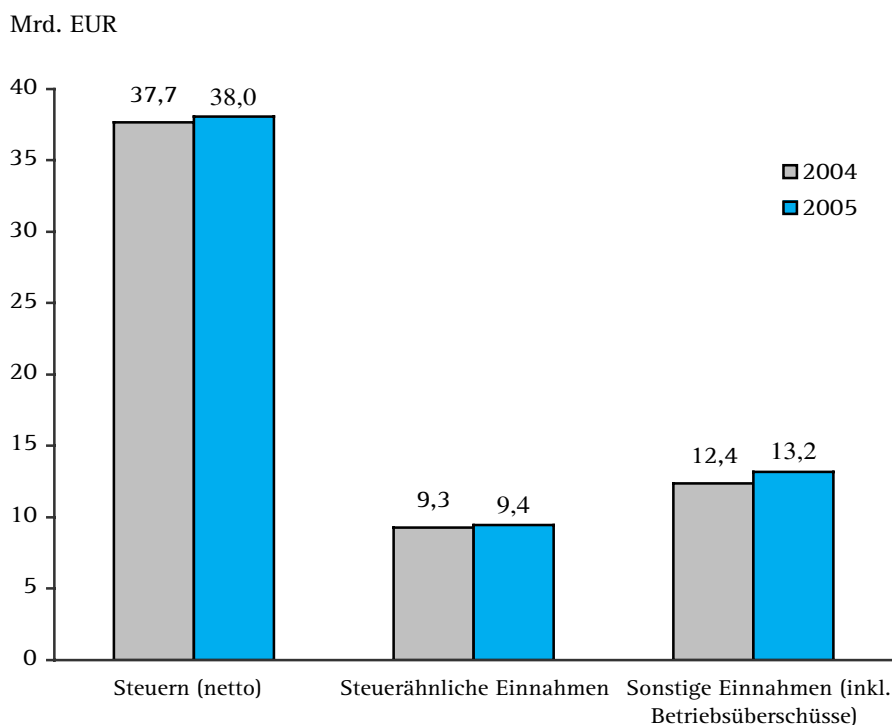
Quellen: WIFO, eigene Berechnungen.

Die bereinigten Einnahmen des Bundes (60,647 Mrd. EUR) in ökonomischer Gliederung stellen sich für 2004 und 2005 wie folgt dar:

- Das Steueraufkommen erbrachte 2005 Gesamteinnahmen von brutto 57,156 Mrd. EUR (+ 1,7 % gegenüber 2004) bzw. nach Abzug der Überweisungen netto 38,038 Mrd. EUR (+ 1,0 %). Dabei stammten ca. 90 % der Einnahmen aus lediglich acht der über hundert in Österreich bestehenden Steuerarten.
- Gegenüber 2004 fiel das Steueraufkommen bei der Lohnsteuer von 17,119 Mrd. EUR auf 16,930 Mrd. EUR und bei der veranlagten Einkommensteuer von 2,819 Mrd. EUR auf 2,539 Mrd. EUR; die Körperschaftsteuer fiel auf 4,418 Mrd. EUR (2004: 4,471 Mrd. EUR). Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer I und II betragen 2005 2,072 Mrd. EUR (2004: 1,884 Mrd. EUR).

- Die Umsatzsteuer stieg von 18,155 (2004) auf 19,442 Mrd. EUR (2005). Weitere Steuereinnahmen betragen bei der Mineralölsteuer 3,565 Mrd. EUR (2004: 3,594 Mrd. EUR) und bei der Tabaksteuer 1,340 Mrd. EUR (2004: 1,318 Mrd. EUR).

Bereinigte Einnahmen des Bundes in ökonomischer Gliederung



Quellen: WIFO, eigene Berechnungen.

2.6 Fiskalische Gesamtbelastung

Gemessen am Brutto-Inlandsprodukt belief sich der Anteil der Abgaben aller Gebietskörperschaften und der abgabenähnlichen öffentlichen Einnahmen (wie Kammerumlagen, Beiträge an die Träger der Sozialversicherung und Fonds) 2005 auf 41,9 % (2004: 42,6 %).

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES

Die Berechnung der Abgabenquote nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfolgt nach dem sogenannten "accrual-principle", d.h. dass der Zeitpunkt der Abgabefälligkeit maßgebend ist. Im Gegensatz dazu arbeitet die OECD-Steuerliste nach dem "cash-principle" oder "Kassenprinzip". Entscheidend für die Zuordnung ist diesfalls der Zahlungszeitpunkt.

Die Darstellung der Quote nach der OECD-Steuerliste, die für zwischenstaatliche Vergleiche besser geeignet ist, zeigt einen Rückgang von 42,8 % (2004) auf 42,0 % (2005).

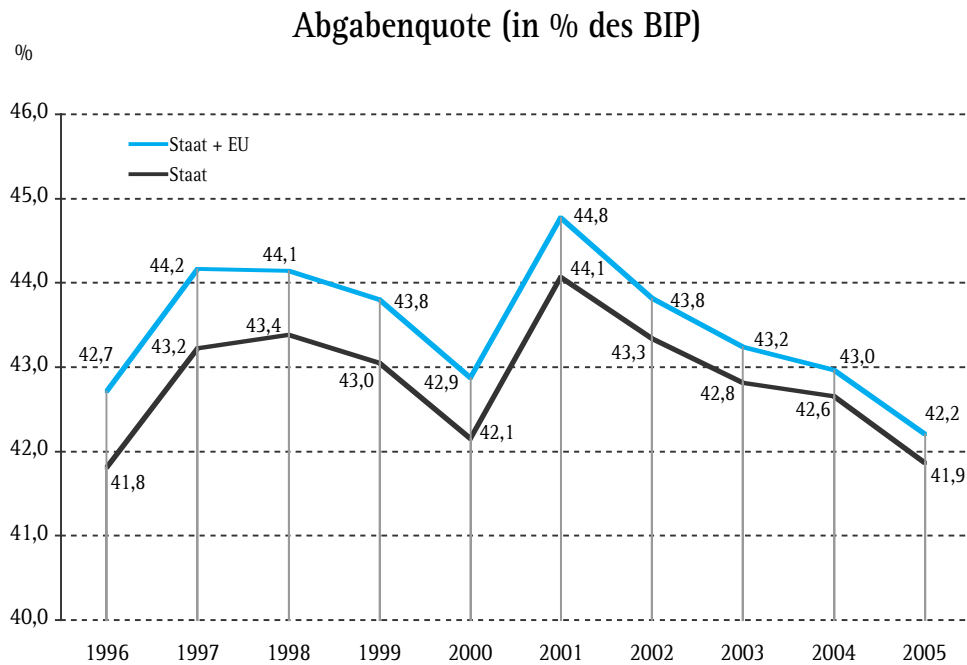
Übersicht 1

Entwicklung der fiskalischen Gesamtbelastung

Abgaben (Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge) ¹⁾

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Millionen EUR									
Bundessektor	38.414	41.319	43.382	44.833	46.347	51.319	51.843	52.606	54.411	54.861
Landessektor	6.094	6.244	6.587	6.685	6.841	7.135	7.026	6.861	7.176	7.246
Gemeindesektor	9.416	9.693	10.001	10.218	10.487	11.057	10.729	10.558	11.015	11.193
Sozialversicherung	22.115	22.761	23.481	24.350	25.002	25.614	26.108	26.817	27.967	29.295
Staat (Summe)	76.039	80.016	83.451	86.086	88.677	95.124	95.707	96.842	100.569	102.595
Beiträge zum EU-Haushalt ²⁾	1.640	1.735	1.468	1.523	1.514	1.527	1.054	976	742	843
Staat + EU (Summe)	77.679	81.752	84.919	87.609	90.191	96.652	96.760	97.819	101.311	103.438
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	181.872	185.141	192.384	200.025	210.392	215.878	220.841	226.243	235.819	245.103
Abgaben in % des BIP										
Staat (Summe)	41,8	43,2	43,4	43,0	42,1	44,1	43,3	42,8	42,6	41,9
Staat + EU (Summe)	42,7	44,2	44,1	43,8	42,9	44,8	43,8	43,2	43,0	42,2
Anmerkungen:										
1) Daten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Stand: März 2006.										
2) Einschließlich an der nicht-österreichischen Außengrenze des EU-Binnenmarktes eingehobener Importabgaben.										
OECD-Steuerliste										
in Mill. EUR	77.084	81.212	84.424	87.110	89.701	96.179	96.353	97.431	100.937	103.038
in % des BIP	42,4	43,9	43,9	43,5	42,6	44,6	43,6	43,1	42,8	42,0

GESAMTWIRTSCHAFT UND FINANZWIRTSCHAFT DES BUNDES



Quellen: Statistik Austria. Berechnungsstand März 2006. BIP Stand Juli 2006. Berechnungsstand der Steuereinnahmen der OECD – Juni 2006.

GESAMTERGEBNISSE

3. GESAMTERGEBNISSE DER HAUSHALTSFÜHRUNG DES BUNDES

Gemäß §§ 94 bis 96 BHG hat die Rechnungslegung eine Voranschlagsvergleichsrechnung, eine Jahresbestandsrechnung und eine Jahreserfolgsrechnung zu enthalten.

Die gesetzlichen Anforderungen an die Haushaltsführung des Bundes waren nach den für die Erstellung des BRA vorliegenden Daten im Allgemeinen erfüllt.

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts hat sich nach einem kontinuierlichen Anstieg zwischen den Jahren 2001 und 2004 im Jahr 2005 wieder etwas verringert.

Die schwankenden Verläufe einiger Hauptpositionen in der Bestands- und Erfolgsrechnung der letzten Jahre, insbesondere bei Erträgen und Aufwendungen, sind größtenteils auf Finanzierungsvorgänge im Bereich der ÖBB sowie auf die Umsetzung des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 zurückzuführen.

3.1 Rechtliche Grundlagen der Gebarung

3.1.1 Gesetzliche Grundlagen

Bindende Grundlage der Ausgaben- und Einnahmegerbarung waren gemäß § 37 Abs. 1 BHG

- das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2005 (Bundesfinanzgesetz 2005 – BFG 2005), BGBl. I Nr. 132/2004, in der Fassung
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2005 geändert wird (BFG-Novelle 2005), BGBl. I Nr. 17/2005,
 - des Bundesgesetzes, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, das Finanzstrafgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Bundesfinanzgesetz 2005, das Bundesfinanzgesetz 2006, das Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), das Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden (Bundesfinanzierungsgesetz) und das Bausparkassengesetz geändert werden – Wachstums- und Beschäftigungsgesetz 2005, BGBl. I Nr. 103/2005,
 - des Bundesgesetzes, mit dem ein Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2005 – HWG 2005 erlassen wird, das Katastrophenfondsgesetz 1996, das Bundesfinanzgesetz 2005, das Bundesfinanzgesetz 2006, das Umweltförderungsgesetz, das Einkommensteuergesetz 1988, das Gebührengesetz 1957 und das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955 geändert werden und abgabenrechtliche Sondermaßnahmen für Opfer von Naturkatastrophen vorgesehen werden, BGBl. I Nr. 112/2005, und

- des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2005 geändert wird (4. BFG-Novelle 2005), BGBl. I Nr. 149/2005,

sowie

- das Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen von Ausgabenansätzen der Anlage I des Bundesfinanzgesetzes 2005 bewilligt werden (Budgetüberschreitungs-gesetz 2005 – BÜG 2005), BGBl. I Nr. 148/2005.

3.1.2 Verfügungen des Bundesfinanzgesetzgebers

Der Bundesfinanzgesetzgeber hat gemäß Art. I BFG 2005 in der geltenden Fassung den Ausgabenrahmen des Allgemeinen Haushalts mit 64 419,77 Mill. EUR bewilligt und zu dessen Bedeckung Einnahmen von 58 969,12 Mill. EUR vorgesehen. Weiters wurde verfügt, dass sich der Abgang des Allgemeinen Haushalts von 5 450,65 Mill. EUR um jene Beträge zu vermindern habe, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2005 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie der Art. IV bis VIII BFG 2005 oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen heranzuziehen sind.

Der in Art. I BFG 2005 dargestellte Abgang des Allgemeinen Haushalts zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen abzüglich der Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen war gemäß Art. II BFG 2005 durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag war um jene Beträge zu vermindern, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2005 für die Rückzahlung von Finanzschulden nicht in Anspruch genommen und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V, VI und VIII Abs. 2 BFG 2005 herangezogen werden. Schließlich erhöhte sich die Bedeckungsermächtigung noch um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen gemäß Art. III und VII BFG 2005 sowie gemäß § 41 Abs. 3 Z. 1 BHG ergeben, sofern diese Überschreitungen nicht durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen bedeckt werden können.

Im Ausgleichshaushalt war bei Ausgaben von 49 104,31 Mill. EUR und Einnahmen von 54 554,96 Mill. EUR ein Überschuss von 5 450,65 Mill. EUR vorgesehen, der damit dem Abgang des Allgemeinen Haushalts entsprach. Daraus ergab sich ein veranschlagter Rahmen des Gesamthaushalts von 113 524,08 Mill. EUR.

3.1.3 Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen

Art. III Abs. 1 BFG 2005 ermächtigte den Bundesminister für Finanzen, bei einem sich abzeichnenden Konjunkturrückgang und einem Zurückbleiben der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts einen höheren Abgang durch zusätzliche Kreditoperationen im Höchstausmaß von 3 % der veranschlagten Einnahmen des Allgemeinen Haushalts zu bedecken. Ein eigener Konjunkturausgleichs-Voranschlag war im BFG 2005 nicht vorgesehen.



GESAMTERGEBNISSE

Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, einen gegenüber dem veranschlagten Betrag aufgrund der Eigenmittelvorschriften der EU entstehenden Mehrbedarf für den Beitrag an dem Gesamthaushalt der EU bis zu 20 % des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushalts zu bedecken.

Von diesen Ermächtigungen hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht.

Zusätzlich zu den für den Bundeshaushalt nötigen Finanzierungen war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Kreditoperationen für die Finanzierung von Ländern und von Rechtsträgern und Sonderkonten des Bundes zu tätigen. Dieses Ermächtigungsvolumen in der Höhe von 20 % des Gesamthaushalts wurde nur zu einem geringen Teil genützt.

3.2 Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Für die zeitliche Zugehörigkeit zur Rechnung des Finanzjahres ist bei den Zahlungen gemäß § 52 Abs. 1 BHG der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind (Grundsatz der Jährlichkeit und des Kassenbudgets). Dieser Grundsatz wird durch den "Auslaufzeitraum" (§ 52 Abs. 2 bis 4 und 6 BHG) und den "Vorlaufzeitraum" (§ 52 Abs. 5 BHG) durchbrochen.

3.2.1 Hauptergebnisse der Gebarung im Vergleich zum Voranschlag

Im Finanzjahr 2005 wurden für Rechnung aller Voranschlagsansätze im Allgemeinen Haushalt 66 041,23 Mill. EUR ausgegeben und 61 492,88 Mill. EUR eingenommen. Verglichen mit dem Bundesvoranschlag wurde die bewilligte Ausgabensumme um 1 621,46 Mill. EUR (+ 2,5 %) und die Einnahmensumme um 2 523,76 Mill. EUR (+ 4,3 %) überschritten. Der Abgang von 4 548,35 Mill. EUR lag somit um 902,29 Mill. EUR (- 16,6 %) unter dem in Art. I BFG 2005 ausgewiesenen Betrag. Das Gesamtergebnis ist in Band 2, Tabelle A.1.1, dargestellt.

Der Ausgleichshaushalt erbrachte bei Ausgaben von 32 270,65 Mill. EUR und Einnahmen von 36 819,00 Mill. EUR einen Überschuss von 4 548,35 Mill. EUR in Höhe des Abgangs des Allgemeinen Haushalts. Dabei war gegenüber dem Voranschlag bei den Ausgaben eine Unterschreitung von 16 833,66 Mill. EUR (- 34,3 %) und bei den Einnahmen eine Unterschreitung von 17 735,95 Mill. EUR (- 32,5 %) zu verzeichnen. Daraus ergibt sich - spiegelbildlich zum Allgemeinen Haushalt - eine rechnerische Unterschreitung des veranschlagten Überschusses um 902,29 Mill. EUR (- 16,6 %).

Der Gesamthaushalt belief sich auf 98 311,88 Mill. EUR und unterschritt den Voranschlag um 15 212,20 Mill. EUR (- 13,4 %). Unter Verwendung der Schlusssummen zeigt der Bundesrechnungsabschluss 2005 folgendes Ergebnis:



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 2

		Einnahmen		Ausgaben		Überschuss	Abgang
		in Mill. EUR					
	Bundesvoranschlag 2005		58.969,12		64.419,77		5.450,65
Allgemeiner Haushalt	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	+	2.523,76	+	1.621,46	-	902,29
	Bundesrechnungsabschluss		61.492,88		66.041,23		4.548,35
+	Bundesvoranschlag 2005		54.554,96		49.104,31		5.450,65
Ausgleichshaushalt	Veränderungen im Rahmen des Budgetvollzugs	-	17.735,95	-	16.833,66	-	902,29
	Bundesrechnungsabschluss		36.819,00		32.270,65		4.548,35
=	Bundesvoranschlag 2005		113.524,08		113.524,08		
Gesamthaushalt	Gesamtveränderungen	-	15.212,20	-	15.212,20		
	Bundesrechnungsabschluss		98.311,88		98.311,88		

Von den Ausgaben wurden insgesamt 2 081,25 Mill. EUR (2004: 2 249,70 Mill. EUR) während des Auslaufzeitraumes vom 1. bis zum 20. Jänner 2006 noch zu Lasten der Voranschlagsätze für das Finanzjahr 2005 vollzogen, das sind 2,1 % der Ausgaben des Gesamthaushalts.

3.2.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln gegliedert

Eine Aufgliederung der Ergebnisse der Voranschlagsvergleichsrechnung nach Gruppen und Kapiteln ist in Band 2, Tabelle A.1.2 enthalten. Die Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben und Einnahmen in kapitelweiser Aufgliederung für die Finanzjahre 1996 bis 2005 sowie deren Anteil am Gebarungrahmen kann den Übersichten 3 und 4 entnommen werden.

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 3

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	1996		1997		1998		1999	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei	4,51	0,0	4,43	0,0	4,43	0,0	5,16	0,0
02	Bundesgesetzgebung	138,73	0,2	137,21	0,2	139,17	0,2	108,79	0,1
03	Verfassungsgerichtshof	4,43	0,0	4,65	0,0	4,80	0,0	5,38	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	9,16	0,0	9,37	0,0	9,88	0,0	10,76	0,0
05	Volksanwaltschaft	3,27	0,0	3,20	0,0	3,56	0,0	3,71	0,0
06	Rechnungshof	19,04	0,0	19,11	0,0	20,06	0,0	22,02	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	364,24	0,6	392,65	0,6	430,22	0,5	430,30	0,5
11	Inneres	1.529,84	2,4	1.551,27	2,1	1.625,98	2,0	1.717,48	2,0
12	Bildung und Kultur	4.887,32	7,6	4.920,90	6,8	5.161,08	6,3	5.409,18	6,2
13	Kunst	82,41	0,1	85,54	0,1	84,88	0,1	140,04	0,2
14	Wissenschaft	1.973,58	3,1	1.870,31	2,6	2.001,99	2,5	2.093,12	2,4
15	Soziale Sicherheit	6.707,56	10,4	6.457,85	8,9	6.324,28	7,8	6.444,12	7,3
16	Sozialversicherung	5.060,28	7,9	5.102,21	7,0	5.258,17	6,5	5.478,88	6,2
17	Gesundheit und Frauen	714,88	1,1	800,20	1,1	822,00	1,0	855,80	1,0
18	Umwelt	171,00	0,3	214,53	0,3	257,33	0,3	291,49	0,3
19	Familie, Generationen, Konsumentenschutz	4.039,30	6,3	3.995,63	5,5	4.116,70	5,1	4.210,52	4,8
20	Äußeres	283,64	0,4	287,57	0,4	319,54	0,4	297,81	0,3
30	Justiz	714,59	1,1	727,82	1,0	761,47	0,9	793,66	0,9
40	Militärische Angelegenheiten	1.503,82	2,3	1.535,72	2,1	1.552,29	1,9	1.602,87	1,8
50	Finanzverwaltung	1.810,64	2,8	2.981,98	4,1	3.302,33	4,1	3.353,71	3,8
51	Kassenverwaltung	667,65	1,0	512,85	0,7	1.130,28	1,4	881,30	1,0
52	Öffentliche Abgaben	9,01	0,0	9,52	0,0	11,12	0,0	10,17	0,0
53	Finanzausgleich	2.595,95	4,0	2.964,76	4,1	3.173,11	3,9	3.191,94	3,6
54	Bundesvermögen	1.322,57	2,1	1.377,51	1,9	712,48	0,9	775,56	0,9
55	Pensionen	4.936,23	7,7	5.253,88	7,2	5.349,16	6,6	5.509,25	6,3
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	99,93	0,1	253,70	0,3
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.275,50	11,3	7.268,52	10,0	7.658,55	9,4	8.026,57	9,1
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.119,29	3,3	1.933,32	2,7	1.828,30	2,2	1.749,16	2,0
61	Umwelt neu	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	224,85	0,4	255,88	0,4	270,85	0,3	281,24	0,3
64	Bauten und Technik	1.975,68	3,1	7.509,79	10,3	1.295,10	1,6	1.234,42	1,4
65	Verkehr, Innovation und Technologie	1.770,89	2,8	2.117,61	2,9	2.556,56	3,1	1.905,12	2,2
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	-	-	-
71	Bundestheater	219,98	0,4	218,75	0,3	224,78	0,3	155,81	0,2
75	Alkohol (Monopol)	17,30	0,0	-	-	-	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	134,59	0,2	-	-	-	-	-	-
78	Post- und Telegraphenverwaltung	1.560,87	2,4	-	-	-	-	-	-
	Summe Allgemeiner Haushalt	54.852,58	85,30	60.524,55	83,30	56.510,40	69,40	57.249,04	65,10
Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	250,36	0,4	3.843,38	5,3	3.713,22	4,6	11.077,67	12,6
54	Bundesvermögen	138,81	0,2	-	-	-	-	-	-
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	6.953,77	8,5	4.737,25	5,4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	9.075,02	14,1	8.317,26	11,4	14.219,68	17,5	14.839,94	16,9
	Summe Ausgleichshaushalt	9.464,18	14,7	12.160,64	16,7	24.886,67	30,6	30.654,85	34,9
	Gesamtausgaben	64.316,77	100,0	72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 3

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Kap.	2000		2001		2002		2003		2004		2005	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
01	4,87	0,0	5,89	0,0	5,66	0,0	5,37	0,0	6,43	0,0	6,49	0,0
02	105,01	0,1	269,83	0,3	119,42	0,1	112,63	0,1	115,14	0,1	185,09	0,2
03	5,16	0,0	5,45	0,0	5,61	0,0	6,68	0,0	7,37	0,0	7,57	0,0
04	10,97	0,0	11,19	0,0	11,31	0,0	11,56	0,0	11,86	0,0	12,21	0,0
05	3,85	0,0	4,00	0,0	4,33	0,0	4,48	0,0	4,56	0,0	4,75	0,0
06	21,80	0,0	22,38	0,0	22,99	0,0	22,94	0,0	22,73	0,0	23,44	0,0
10	316,49	0,3	566,92	0,6	308,82	0,3	396,26	0,4	434,12	0,5	425,61	0,4
11	1.668,93	1,4	1.671,33	1,7	1.695,88	1,8	1.728,38	1,5	1.831,40	1,9	1.985,31	2,0
12	5.533,16	4,5	5.733,01	5,9	5.769,30	6,0	5.870,06	5,2	5.901,95	6,2	6.187,15	6,3
13	215,91	0,2	246,36	0,3	218,17	0,2	217,20	0,2	217,71	0,2	224,63	0,2
14	2.244,36	1,8	2.386,50	2,5	2.529,26	2,6	2.506,18	2,2	3.228,45	3,4	3.259,32	3,3
15	2.822,69	2,3	1.852,94	1,9	1.880,84	2,0	1.871,78	1,7	1.840,01	1,9	1.899,53	1,9
16	4.997,27	4,1	5.398,94	5,5	5.944,16	6,2	6.978,12	6,2	6.717,95	7,1	6.937,09	7,1
17	626,73	0,5	507,18	0,5	520,13	0,5	571,87	0,5	602,48	0,6	620,05	0,6
18	26,02	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
19	4.322,14	3,6	4.493,58	4,6	4.531,89	4,7	4.959,52	4,4	5.476,65	5,8	6.099,64	6,2
20	326,96	0,3	328,77	0,3	314,33	0,3	308,18	0,3	342,77	0,4	378,59	0,4
30	803,18	0,7	859,50	0,9	872,52	0,9	908,54	0,8	922,47	1,0	989,06	1,0
40	1.733,68	1,4	1.665,88	1,7	1.664,45	1,7	1.760,47	1,6	1.802,93	1,9	1.796,66	1,8
50	2.213,54	1,8	2.291,16	2,4	2.156,53	2,2	2.220,61	2,0	1.853,22	1,9	1.797,00	1,8
51	1.577,51	1,3	2.074,08	2,1	1.948,24	2,0	921,35	0,8	1.130,26	1,2	1.195,22	1,2
52	7,12	0,0	6,83	0,0	4,91	0,0	4,70	0,0	1,99	0,0	2,23	0,0
53	3.279,94	2,7	3.451,81	3,5	4.587,59	4,8	4.251,49	3,8	4.000,32	4,2	4.350,73	4,4
54	774,84	0,6	822,44	0,8	729,59	0,8	639,17	0,6	642,58	0,7	625,26	0,6
55	5.739,63	4,7	5.992,09	6,1	6.204,92	6,4	6.534,62	5,8	6.796,94	7,1	6.871,06	7,0
56	562,27	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	8.677,65	7,1	8.195,39	8,4	8.485,50	8,8	8.343,88	7,4	8.677,31	9,1	9.608,93	9,8
60	1.952,06	1,6	1.924,09	2,0	1.993,82	2,1	2.023,59	1,8	2.075,03	2,2	2.293,51	2,3
61	289,02	0,2	370,27	0,4	409,09	0,4	508,43	0,4	503,55	0,5	492,55	0,5
63	3.990,97	3,3	5.291,96	5,4	6.008,30	6,2	5.348,11	4,7	5.845,58	6,1	5.527,27	5,6
64	601,51	0,5	174,49	0,2	202,87	0,2	-	-	-	-	-	-
65	2.732,50	2,3	3.706,17	3,8	2.589,14	2,7	2.329,76	2,1	3.963,62	4,2	2.235,30	2,3
70	59,08	0,1	78,70	0,1	78,49	0,1	21,22	0,0	-	-	-	-
71	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
77	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
78	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	58.246,84	47,90	60.409,15	61,90	61.818,06	64,00	61.387,15	54,3	64.977,38	68,3	66.041,23	67,2
51	39.234,03	32,2	22.664,48	23,4	14.328,46	14,9	-	-	-	-	-	-
54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	6.427,04	5,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	17.757,17	14,6	14.449,61	14,8	20.368,53	21,1	51.622,91	45,7	30.226,10	31,7	32.270,65	32,8
	63.418,24	52,1	37.114,09	38,1	34.696,99	36,0	51.622,91	45,7	30.226,10	31,7	32.270,65	32,8
	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 4

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt

Kap.	Bezeichnung	1996		1997		1998		1999	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0
02	Bundesgesetzgebung	4,43	0,0	4,29	0,0	2,47	0,0	2,18	0,0
03	Verfassungsgerichtshof	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0	0,07	0,0
04	Verwaltungsgerichtshof	0,36	0,0	0,36	0,0	0,29	0,0	0,29	0,0
05	Volksanwaltschaft	0,15	0,0	0,15	0,0	0,07	0,0	0,15	0,0
06	Rechnungshof	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0	0,15	0,0
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	59,66	0,1	53,92	0,1	56,76	0,1	51,96	0,1
11	Inneres	88,81	0,1	92,66	0,1	92,80	0,1	97,67	0,1
12	Bildung und Kultur	67,51	0,1	58,28	0,1	62,50	0,1	63,44	0,1
13	Kunst	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,94	0,0
14	Wissenschaft und Forschung	70,27	0,1	59,23	0,1	61,34	0,1	58,07	0,1
15	Soziale Sicherheit	4.475,63	7,0	4.345,40	6,0	4.252,96	5,2	4.245,62	4,8
16	Sozialversicherung	105,88	0,2	15,92	0,0	12,43	0,0	379,86	0,4
17	Gesundheit und Frauen	159,37	0,2	59,30	0,1	59,96	0,1	54,72	0,1
18	Umwelt	0,73	0,0	0,80	0,0	10,97	0,0	171,51	0,2
19	Familie, Generationen, Konsumentenschutz	3.964,09	6,2	4.027,96	5,5	4.530,72	5,6	4.373,02	5,0
20	Äußeres	9,08	0,0	8,28	0,0	14,61	0,0	10,46	0,0
30	Justiz	462,05	0,7	486,91	0,7	509,95	0,6	544,10	0,6
40	Militärische Angelegenheiten	33,07	0,1	49,13	0,1	41,06	0,0	40,70	0,0
50	Finanzverwaltung	1.028,25	1,6	1.450,26	2,0	1.416,90	1,7	1.399,90	1,6
51	Kassenverwaltung	2.552,12	4,0	1.657,16	2,3	1.537,18	1,9	2.322,91	2,6
52	Öffentliche Abgaben	27.867,85	43,3	30.027,62	41,3	33.445,49	41,1	32.678,28	37,2
53	Finanzausgleich	275,65	0,4	359,51	0,5	338,58	0,4	351,01	0,4
54	Bundesvermögen	1.972,99	3,1	9.269,35	12,7	1.845,31	2,3	1.737,17	2,0
55	Pensionen	1.182,10	1,8	1.597,35	2,2	1.369,66	1,7	1.368,07	1,5
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	99,93	0,1	253,70	0,3
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	841,48	1,3	820,26	1,1	1.404,48	1,7	1.380,86	1,6
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	185,82	0,3	184,44	0,2	196,87	0,2	190,04	0,2
61	Umwelt neu	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Wirtschaft und Arbeit	68,24	0,1	70,49	0,1	60,68	0,1	67,22	0,1
64	Bauten und Technik	457,18	0,7	188,00	0,3	165,91	0,2	171,00	0,2
65	Verkehr, Innovation und Technologie	554,35	0,9	699,11	1,0	67,08	0,1	242,51	0,3
70	Öffentliche Leistung und Sport	-	-	-	-	-	-	-	-
71	Bundestheater	53,63	0,1	53,12	0,1	54,80	0,1	35,54	0,0
75	Alkohol (Monopol)	7,12	0,0	-	-	-	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	147,38	0,2	-	-	-	-	-	-
78	Post- und Telegraphenverwaltung	1.662,54	2,6	-	-	-	-	-	-
	Summe Allgemeiner Haushalt	48.358,10	75,20	55.639,56	76,60	51.712,03	63,50	52.293,19	59,50
Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung	250,36	0,4	3.843,52	5,3	3.726,74	4,6	11.089,29	12,6
54	Bundesvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-
56	Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	-	-	-	-	6.953,77	8,5	4.737,25	5,4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	15.708,31	24,4	13.202,11	18,1	19.004,53	23,4	19.784,16	22,5
	Summe Ausgleichshaushalt	15.958,66	24,8	17.045,63	23,4	29.685,04	36,5	35.610,71	40,5
	Gesamteinnahmen	64.316,77	100,0	72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 4

Entwicklung der voranschlagswirksamen Einnahmen im Gesamthaushalt (Fortsetzung)

Kap.	2000		2001		2002		2003		2004		2005	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
01	0,07	0,0	0,07	0,0	0,12	0,0	0,11	0,0	0,11	0,0	0,05	0,0
02	2,11	0,0	4,51	0,0	2,91	0,0	3,17	0,0	3,50	0,0	8,14	0,0
03	0,07	0,0	0,07	0,0	0,05	0,0	0,25	0,0	0,58	0,0	0,51	0,0
04	0,29	0,0	0,22	0,0	0,25	0,0	0,21	0,0	0,18	0,0	0,15	0,0
05	0,15	0,0	0,15	0,0	0,14	0,0	0,16	0,0	0,18	0,0	0,18	0,0
06	0,15	0,0	0,15	0,0	0,12	0,0	0,12	0,0	0,11	0,0	0,13	0,0
10	20,28	0,0	17,01	0,0	14,96	0,0	19,17	0,0	13,00	0,0	13,67	0,0
11	95,64	0,1	83,86	0,1	82,86	0,1	79,24	0,1	78,58	0,1	87,12	0,1
12	77,98	0,1	77,91	0,1	80,40	0,1	79,02	0,1	99,97	0,1	72,45	0,1
13	3,34	0,0	3,34	0,0	3,35	0,0	3,19	0,0	2,94	0,0	3,00	0,0
14	43,31	0,0	112,13	0,1	205,21	0,2	197,86	0,2	648,74	0,7	641,62	0,7
15	810,37	0,7	31,69	0,0	24,50	0,0	40,17	0,0	22,58	0,0	46,99	0,0
16	398,76	0,3	28,56	0,0	346,45	0,4	17,23	0,0	222,41	0,2	408,07	0,4
17	56,61	0,0	65,41	0,1	57,20	0,1	51,70	0,0	65,44	0,1	65,45	0,1
18	1,45	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
19	4.312,41	3,5	4.481,37	4,6	4.519,46	4,7	4.869,20	4,3	5.053,03	5,3	5.408,60	5,5
20	7,56	0,0	4,80	0,0	5,24	0,0	10,12	0,0	3,13	0,0	3,42	0,0
30	569,83	0,5	620,41	0,6	630,03	0,6	660,40	0,6	692,53	0,7	709,60	0,7
40	44,40	0,0	45,35	0,0	58,65	0,1	50,39	0,0	63,40	0,1	45,31	0,0
50	1.416,61	1,2	1.373,44	1,4	1.347,23	1,4	1.275,22	1,1	1.159,03	1,2	1.168,45	1,2
51	3.071,81	2,5	2.005,62	2,1	2.731,30	2,8	3.538,49	3,1	2.665,89	2,8	2.702,53	2,7
52	33.041,36	27,1	37.932,89	38,9	36.666,23	38,0	35.468,41	31,4	37.660,20	39,6	38.037,69	38,7
53	382,11	0,3	368,89	0,4	885,53	0,9	467,17	0,4	374,89	0,4	381,11	0,4
54	2.376,69	1,9	2.913,45	3,0	2.605,94	2,7	2.211,84	2,0	1.931,37	2,0	1.644,72	1,7
55	1.411,74	1,2	1.456,29	1,5	1.463,99	1,5	1.450,95	1,3	1.593,93	1,7	1.575,90	1,6
56	562,27	0,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	1.685,07	1,4	1.732,08	1,8	1.916,79	2,0	2.052,65	1,8	2.422,19	2,5	3.102,21	3,2
60	196,80	0,2	244,47	0,3	223,27	0,2	172,82	0,2	209,55	0,2	216,44	0,2
61	187,64	0,2	218,67	0,2	244,47	0,3	258,73	0,2	287,51	0,3	290,69	0,3
63	3.520,27	2,9	4.747,50	4,9	4.987,56	5,2	4.615,26	4,1	4.829,59	5,1	4.709,17	4,8
64	73,11	0,1	37,79	0,0	42,50	0,0	-	-	-	-	-	-
65	1.022,14	0,8	385,17	0,4	280,41	0,3	295,84	0,3	242,69	0,3	149,51	0,2
70	0,94	0,0	1,24	0,0	0,96	0,0	0,44	0,0	-	-	-	-
71	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
75	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
77	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
78	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	55.393,34	45,50	58.994,50	60,50	59.428,08	61,60	57.889,53	51,2	60.347,25	63,4	61.492,88	62,5
51	39.234,03	32,3	22.664,55	23,2	14.328,51	14,8	-	-	-	-	-	-
54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
56	6.427,04	5,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	20.610,67	16,9	15.864,19	16,3	22.758,46	23,6	55.120,53	48,8	34.856,23	36,6	36.819,00	37,5
	66.271,74	54,5	38.528,74	39,5	37.086,97	38,4	55.120,53	48,8	34.856,23	36,6	36.819,00	37,5
	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0

GESAMTERGEBNISSE

3.2.3 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen gegliedert

Zwecks besserer inner- und zwischenstaatlicher Vergleichbarkeit werden die einzelnen Voranschlagsansätze in Anlehnung an ein von den Vereinten Nationen empfohlenes Schema einem oder mehreren Aufgabenbereichen zugeordnet und durch entsprechende finanzstatistische Kennziffern unterschieden. Dieser funktionellen Gliederung kommt jedoch nicht die Eigenschaft von Voranschlagsansätzen und daher auch keine Bindungswirkung zu.

Über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der funktionellen Gliederung für die Finanzjahre 1996 bis 2005 gibt die Übersicht 5 Aufschluss.

Übersicht 5

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur

Kz	Aufgabenbereiche Bezeichnung	1996		1997		1998		1999	
		Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
Ausgaben									
Bildungssektor:									
11	Erziehung und Unterricht	4.918,28	7,6	4.958,98	6,8	5.232,66	6,4	5.459,69	6,2
12	Forschung und Wissenschaft	2.091,81	3,2	2.118,34	2,9	2.268,26	2,8	2.386,94	2,7
13	Kunst	625,64	1,0	617,86	0,8	636,03	0,8	631,82	0,7
14	Kultus	42,73	0,1	42,66	0,1	43,31	0,1	44,04	0,1
	Summe	7.678,47	11,9	7.737,84	10,6	8.180,27	10,1	8.522,49	9,7
Sozialsektor:									
21	Gesundheit	616,99	1,0	1.461,74	2,0	1.835,50	2,3	1.859,70	2,1
22	Soziale Wohlfahrt	15.897,04	24,7	15.608,45	21,5	15.767,61	19,4	16.187,15	18,4
23	Wohnungsbau	1.840,08	2,9	1.835,50	2,5	1.826,34	2,2	1.822,78	2,1
	Summe	18.354,11	28,6	18.905,69	26,0	19.429,45	23,9	19.869,62	22,6
Wirtschaftssektor:									
32	Straßen	1.186,53	1,8	6.785,03	9,3	551,22	0,7	533,85	0,6
33	Sonstiger Verkehr	6.439,25	10,0	5.948,49	8,2	6.367,16	7,8	5.816,59	6,6
34	Land- und Forstwirtschaft	2.128,15	3,3	1.798,43	2,5	1.693,13	2,1	1.602,73	1,8
35	Energiewirtschaft	10,17	0,0	5,67	0,0	3,20	0,0	1,82	0,0
36	Industrie und Gewerbe	1.236,31	1,9	906,88	1,2	891,62	1,1	832,98	1,0
37	Öffentliche Dienstleistungen	240,69	0,4	277,61	0,4	314,82	0,4	339,96	0,4
38	Private Dienstleistungen	415,76	0,7	325,86	0,5	226,01	0,2	259,01	0,3
	Summe	11.656,87	18,1	16.047,98	22,1	10.047,16	12,3	9.386,93	10,7
Hoheitssektor:									
41	Landesverteidigung	1.521,91	2,4	1.555,34	2,1	1.574,75	1,9	1.622,28	1,8
42	Staats- und Rechtssicherheit	1.963,26	3,0	2.007,37	2,8	2.103,44	2,6	2.194,28	2,5
43	Übrige Hoheitsverwaltung	23.142,16	36,0	26.430,96	36,4	40.061,99	49,2	46.308,29	52,7
	Summe	26.627,33	41,4	29.993,68	41,3	43.740,18	53,7	50.124,85	57,0
	Gesamtausgaben	64.316,77	100,0	72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0
Einnahmen									
	Bildungssektor	207,04	0,3	186,48	0,2	189,68	0,2	164,53	0,2
	Sozialsektor	8.732,22	13,6	8.576,19	11,8	8.998,86	11,1	8.131,29	9,2
	Wirtschaftssektor	6.113,46	9,5	5.711,94	7,9	4.179,49	5,1	4.014,59	4,6
	Hoheitssektor	49.264,04	76,6	58.210,58	80,1	68.029,04	83,6	75.593,48	86,0
	Gesamteinnahmen	64.316,77	100,0	72.685,19	100,0	81.397,06	100,0	87.903,90	100,0



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 5

Entwicklung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Fortsetzung)

AB Kz	2000		2001		2002		2003		2004		2005	
	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%	Millionen EUR	%
11	5.562,67	4,6	5.650,31	5,8	5.657,27	5,8	5.745,05	5,1	5.767,35	6,1	6.070,30	6,2
12	2.387,16	1,9	2.484,18	2,6	2.566,06	2,7	2.581,27	2,3	3.458,35	3,6	3.583,19	3,6
13	563,94	0,5	608,05	0,6	643,96	0,7	613,01	0,5	450,96	0,5	468,30	0,5
14	44,48	0,0	45,20	0,0	45,42	0,0	46,98	0,0	47,72	0,1	48,45	0,0
	8.558,24	7,0	8.787,74	9,0	8.912,71	9,2	8.986,31	8,0	9.724,38	10,2	10.170,24	10,3
21	839,08	0,7	747,95	0,8	792,37	0,8	871,16	0,8	830,24	0,9	834,19	0,8
22	15.763,90	12,9	16.890,04	17,3	18.206,32	18,9	18.882,22	16,7	19.623,61	20,6	20.309,38	20,7
23	1.819,22	1,5	1.811,81	1,8	1.807,31	1,9	1.805,44	1,6	1.803,21	1,9	1.803,63	1,8
	18.422,20	15,1	19.449,79	19,9	20.806,00	21,6	21.558,82	19,1	22.257,06	23,4	22.947,20	23,3
32	494,76	0,4	550,71	0,6	570,98	0,6	574,69	0,5	600,85	0,6	655,21	0,7
33	6.006,12	4,9	6.807,56	7,0	6.155,42	6,4	6.004,57	5,3	7.550,50	7,9	5.732,31	5,8
34	1.770,75	1,4	1.728,52	1,8	1.797,73	1,8	1.834,78	1,6	1.875,45	2,0	2.093,06	2,1
35	2,47	0,0	1,09	0,0	1,55	0,0	2,11	0,0	1,92	0,0	0,05	0,0
36	919,53	0,8	917,42	0,9	872,30	0,9	759,29	0,7	755,75	0,8	600,66	0,6
37	311,77	0,3	330,08	0,3	346,43	0,4	357,27	0,3	387,78	0,4	424,75	0,4
38	446,07	0,4	274,78	0,3	179,37	0,2	231,76	0,2	256,76	0,3	262,46	0,3
	9.951,45	8,2	10.610,16	10,9	9.923,78	10,3	9.764,47	8,6	11.429,01	12,0	9.768,50	9,9
41	1.690,52	1,4	1.627,44	1,7	1.624,33	1,7	1.720,94	1,5	1.766,03	1,9	1.760,93	1,8
42	2.165,87	1,8	2.231,42	2,3	2.253,42	2,3	2.343,86	2,1	2.418,82	2,5	2.543,34	2,6
43	80.876,80	66,5	54.816,68	56,2	52.994,81	54,9	68.635,66	60,7	47.608,18	50,0	51.121,67	52,0
	84.733,18	69,7	58.675,54	60,2	56.872,56	58,9	72.700,46	64,3	51.793,03	54,4	55.425,94	56,4
	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0
BS	160,10	0,1	227,54	0,2	323,03	0,2	313,61	0,3	783,11	0,8	749,32	0,8
SS	7.046,14	5,8	7.149,70	7,3	7.697,59	7,3	7.233,85	6,4	8.336,63	8,8	8.526,12	8,7
WS	4.298,31	3,5	4.628,17	4,8	4.411,31	4,8	4.198,56	3,7	3.502,16	3,7	3.207,45	3,3
HS	110.160,53	90,6	85.517,83	87,7	84.083,12	87,7	101.264,04	89,6	82.581,58	86,7	85.828,99	87,3
	121.665,08	100,0	97.523,24	100,0	96.515,05	100,0	113.010,06	100,0	95.203,48	100,0	98.311,88	100,0



GESAMTERGEBNISSE

3.2.4 Gliederungen der Einnahmen und Ausgaben nach verschiedenen Gesichtspunkten

3.2.4.1 Gesamtausgaben (98 311,88 Mill. EUR)

Gliederung

	Mill. EUR	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:		
Erfolgswirksame Ausgaben	64 288,57	65,4
Bestandswirksame Ausgaben	34 023,31	34,6
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:		
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	44 913,44	45,7
Ermessensausgaben	53 398,44	54,3
(Eine genauere Aufteilung – kapitelweise dargestellt und den Voranschlagsbeträgen gegenübergestellt – ist in Band 2, Tabelle A.2.1.1 enthalten.)		
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:		
Personalausgaben (Ges. Verpfl. im Allg. Haushalt)	10 472,75	10,7
Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	55 568,48	56,5
Sachausgaben des Ausgleichshaushalts	32 270,65	32,8
(Die kapitelweise Aufteilung enthält die Tabelle A.2.1.2 in Band 2.)		

3.2.4.2 Personalausgaben (10 472,75 Mill. EUR)

	Mill. EUR	%
Davon entfielen auf:		
Aktivbezüge	7 516,43	71,8
Pensionen	2 956,32	28,2

Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:

Geldbezüge für Beamte	4 608,39	61,3
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1 303,43	17,3
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1 604,61	21,3

Von den Abweichungen gegenüber dem Voranschlag der Personalausgaben (das sind alle Ausgaben-Voranschlagsansätze mit der Unterteilung 0) entfielen auf

Aktivbezüge	- 31,64	- 0,4
Pensionen	- 177,58	- 5,7



GESAMTERGEBNISSE

3.2.4.3 Sachausgaben (87 839,13 Mill. EUR)

Gliederung

	Mill. EUR	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:		
Erfolgswirksame Ausgaben	53 815,83	61,3
Bestandswirksame Ausgaben	34 023,31	38,7
- nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:		
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	34 440,70	39,2
Ermessensausgaben	53 398,44	60,8
- nach Gebarungsgruppen:		
Anlagen	432,48	0,5
Förderungen	4 219,75	4,8
Übrige Sachausgaben (Aufwendungen) des Allgemeinen Haushalts	50 916,25	58,0
Sachausgaben (Aufwendungen) des Ausgleichshaushalts	32 270,65	36,7
(Einzelheiten zu den Sachausgaben sind in Band 2, Tabellen A.2.1.3 und A.2.3.2 dargestellt.)		

3.2.4.4 Gesamteinnahmen (98 311,88 Mill. EUR)

Gliederung

	Mill. EUR	%
- nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:		
Erfolgswirksame Einnahmen	60 164,12	61,2
Bestandswirksame Einnahmen	38 147,76	38,8
(Eine kapitelweise Aufgliederung enthält Band 2, Tabelle A.2.2.1.)		
- nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:		
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgelegt aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	11 585,46	11,8
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbdeckung)	86 726,42	88,2
(Eine kapitelweise Aufgliederung enthält Band 2, Tabelle A.2.2.2.)		
- nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:		
Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	38 037,69	38,7
Weitere Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	23 455,19	23,9
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	36 819,00	37,5



GESAMTERGEBNISSE

3.2.5 Vorjahresvergleich des Gesamthaushalts in finanzwirtschaftlicher Gliederung

Gegenüber dem Finanzjahr 2004 stiegen die Ausgaben des Gesamthaushalts um 3 108,40 Mill. EUR oder 3,3 %. Dies ist auf folgende Veränderungen zurückzuführen (Band 2, Tabellen A.2.1.2 und A.2.1.4):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. EUR	%
Personalausgaben	+ 239,33	+ 2,3
Ausgaben für Anlagen	- 1 332,01	- 75,5
Ausgaben für Förderungen	+ 174,61	+ 4,3
Übrige Sachausgaben des Allgemeinen Haushalts	+ 1 981,92	+ 4,1
Sachausgaben des Ausgleichshaushalts	+ 2 044,55	+ 6,8

Die gegenüber 2004 erzielten Mehreinnahmen im Gesamthaushalt von insgesamt 3 108,40 Mill. EUR (3,3 %) setzen sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle A.1.2):

	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	Mill. EUR	%
Nettoaufkommen an öffentlichen Abgaben (Kapitel 52)	+ 377,49	+ 1,0
Einnahmen der übrigen Budgetkapitel des Allgemeinen Haushalts	+ 768,14	+ 3,4
Einnahmen des Ausgleichshaushalts	+ 1 962,77	+ 5,6

Als Summe der Veränderungen aller Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergab sich die Veränderung des Abgangs, der 2005 um 81,78 Mill. EUR oder um 1,8 % niedriger als im vorangegangenen Jahr lag.

3.3 Gesamtergebnis der Jahresbestandsrechnung

3.3.1 Allgemeines zur Darstellung des Vermögens und der Schulden sowie des Kapitalausgleichs

Das Vermögen des Bundes umfasst grundsätzlich die Gesamtheit der in der Verfügung des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach



GESAMTERGEBNISSE

ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Rechnerisch werden hier die Endbestände der aktiven Bestandskonten dargestellt.

Dabei können die Ergebnisse der Jahresbestandsrechnungen bzw. der Bilanzen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die in der VWV behandelten Berechtigungen und Verpflichtungen sind in der Bestandsrechnung nicht enthalten (siehe TZ 3.9).

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Rechnerisch werden hier die Endbestände der passiven Bestandskonten dargestellt.

Die Gliederung der Jahresbestandsrechnung des Bundes entspricht den Vorgaben des § 21 RLV und des Kontenplanes des Bundes.

Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes, sodass der Darstellung des Kapitalausgleichs lediglich die Bedeutung einer rechnungstechnischen Bilanzausgleichsposition zukommt. Deren Aussagewert ist beschränkt, weil das Anlagevermögen hohe Bewertungsreserven enthält und weil die finanzwissenschaftlich für eine "Staatsbilanz" bedeutsame Steuerkraft der Bevölkerung nicht aktiviert ist. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen zur Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung in den Begriffsbestimmungen (TZ 1.5.2) verwiesen.

Der anfängliche Kapitalausgleich des Jahres 2005 entspricht dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 2004. Die unentgeltlichen Zu- und Abgänge im Anlage- und Umlaufvermögen sind in der Kapitalerhöhung und Kapitalverminderung enthalten. Der Vermögenszugang ist im Band 2 in den Tabellen B.1 (Aktiva) und B.4 (Aufwendungen) und in der Übersicht 8 jeweils als letzte Position ausgewiesen.

Details zum Stand der Schulden und der Forderungen finden sich auch in den TZ 7 und 3.9, die Rücklagen werden in der TZ 3.10 ausführlich dargestellt.

3.3.2 Gesamtstand des Vermögens

Dem Vermögensnachweis liegt das erfasste Vermögen des Bundes zugrunde, das in den Bestandsrechnungen für das Jahr 2005 der anweisenden Organe enthalten ist.



GESAMTERGEBNISSE

In der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind zur periodengerechten Abgrenzung unter anderen auch die vor dem 1. Jänner 2006 zu Lasten des Finanzjahres 2006 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des Vermögens erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, wobei die Amtsorgane gemäß § 57 Abs. 3 BHG pauschal abzuschreiben haben.

Die Übersicht zeigt die Entwicklung des Vermögens von 1996 bis 2005:

Übersicht 6

Bezeichnung	Jahresbestandsrechnung des Bundes									
	Aktiva									
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Mill. EUR									
I. Anlagevermögen	34.766,53	24.460,18	25.593,43	26.562,78	27.621,10	24.075,41	15.554,46	15.643,51	16.666,75	15.272,33
II. Umlaufvermögen	25.640,36	25.099,93	26.721,41	38.934,87	47.680,88	42.494,96	44.805,86	45.199,52	46.133,51	51.669,54
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	1.373,20	1.356,29	1.893,44	1.816,15	1.145,14	1.311,29	1.376,18	2.247,16	2.615,37	1.544,81
IV. Grundkapital u. Kapitalausgleich	78.242,69	79.571,15	85.197,07	93.484,05	94.510,70	99.751,59	109.454,25	111.951,28	122.281,59	119.446,01
Summe Aktiva	140.022,78	130.487,54	139.405,34	160.797,84	170.957,82	167.633,25	171.190,75	175.041,47	187.697,22	187.932,69

In den letzten drei Jahren ist die Höhe des Anlagevermögens im Vergleich zu früheren Jahren relativ stabil geblieben. Die beträchtliche Steigerung des Umlaufvermögens in den Jahren 1999 und 2000 resultierte hauptsächlich aus der Ausweitung des Volumens der Währungstauschverträge in der Bundesfinanzierung. Der deutliche Anstieg des Umlaufvermögens im Jahr 2005 ergab sich ebenfalls größtenteils durch gestiegene Forderungen aus Währungstauschverträgen.

Eine weitere Aufgliederung der Aktiva nach Vermögensarten, getrennt nach Amtsorganen (früher: Hoheitsverwaltung) und betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.1).

3.3.3 Gesamtstand der Schulden

Dem Schuldennachweis liegen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen für das Jahr 2005 der anweisenden Organe enthalten sind.

In der Passiven Rechnungsabgrenzung sind unter anderen auch die gemäß § 52 Abs. 2 BHG im Jahr 2006 (Auslaufzeitraum) zu Lasten des Finanzjahres 2005 geleisteten Zahlungen enthalten.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Passiva von 1996 bis 2005:



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 7

Jahresbestandsrechnung des Bundes Passiva

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Mill. EUR									
I. Rücklagen	1.393,94	1.568,58	2.359,18	2.152,39	2.428,20	3.715,57	4.298,76	3.083,11	3.163,86	3.443,19
II. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
III. Schulden	137.466,99	127.602,16	135.380,87	156.621,17	166.883,05	162.377,02	165.379,81	169.623,30	181.203,04	182.151,42
IV. Rückstellungen	86,76	-	-	-	-	-	-	-	-	-
V. Passive Rechnungsabgrenzung	1.075,10	1.316,81	1.665,30	2.024,29	1.646,56	1.540,67	1.512,18	2.335,06	3.330,33	2.338,08
Summe Passiva	140.022,78	130.487,54	139.405,34	160.797,84	170.957,82	167.633,25	171.190,75	175.041,47	187.697,22	187.932,69

Eine weitere Aufgliederung der Passiva nach Schuldarten, getrennt nach Amtsorganen und betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabelle B.2.2).

Der erhebliche Anstieg der Schulden im Jahr 2004 ist größtenteils auf die Übernahme der Schulden von ÖBB und SCHIG durch den Bund zurückzuführen. Der nur sehr geringe Anstieg im Jahr 2005 ergab sich wegen der Ausbuchung von Forderungen von SCHIG und ÖBB an den Bund in der Höhe von über sieben Mrd. EUR.

3.3.4 Betriebsähnliche Einrichtungen

Gemäß § 98 Abs. 2 Z. 4 BHG sind in den BRA die Vermögens- und Schuldenrechnungen (die Bilanzen) der betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes aufzunehmen (Band 2, Tabellen B.6.1). Die bundeseinheitliche Gliederung ist vom RH im Einvernehmen mit dem BMF festzulegen. Siehe dazu aber auch TZ 3.3.1.

3.4 Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

§ 98 Abs. 2 Z. 3 bzw. 4 BHG sieht die Aufstellung von Erfolgsrechnungen für den gesamten Bereich des Bundes vor. Für die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes ist der Abschluss der Erfolgsrechnung in der Gestalt einer Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtend vorgeschrieben, deren Form und Gliederung durch die Rechnungslegungsverordnung bundeseinheitlich festgelegt ist. Dabei können die Ergebnisse der Erfolgsrechnungen bzw. der Gewinn- und Verlustrechnungen von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen – doppelten – Buchführung abweichen, weil für die voranschlagswirksame Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend ist, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die Darstellung des Gesamtergebnisses aller Stellen des Bundes in der Erfolgsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge des Bundes, so dass der Darstellung des Vermögensabgangs bzw. -zugangs lediglich die Rolle einer rechnungstechnischen Ausgleichsposition zukommt, die für Abstimmzwecke als Mindestvoraussetzung erforderlich ist (siehe Band 2, Tabelle B.4 sowie Übersicht 8 bzw. 9). Die einschränkenden Bemerkungen hinsichtlich der Aussagekraft des Kapitalausgleichs in der Jahresbestandsrechnung (TZ 3.3.1) gelten sinngemäß.



GESAMTERGEBNISSE

Die Darstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes ist ein Nachweis für die ordnungsgemäße Verrechnung und Rechnungslegung bezüglich der Bestands- und Erfolgsverrechnung für den gesamten Bereich des Bundes und erfüllt somit wesentliche Grundsätze einer ordnungsgemäßen Buchführung.

Die Erstellung der Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung des Bundes führt beispielsweise zur Aufdeckung von unzulässigen Salden und ist für die Abstimmung der Verrechnungsdaten erforderlich.

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.4). Die Übersichten 8 und 9 zeigen die Entwicklung der gesamten Aufwendungen und Erträge während der Jahre 1996 bis 2005.

Übersicht 8

Jahreserfolgsrechnung des Bundes Aufwendungen

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
I. Aufwand für Bedienstete	10.158,74	9.810,68	10.064,57	10.355,09	10.442,67	10.545,39	10.569,66	10.708,38	10.342,46	10.537,17
II. Öffentliche Abgaben	66,54	45,25	38,89	35,96	31,86	20,77	21,92	20,33	36,40	17,31
III. Abschreibungen u. Wertbericht.	1.145,62	922,96	567,63	603,96	567,34	422,83	673,47	698,82	1.186,67	1.122,01
IV. Übrige Aufwendungen	14.701,81	16.028,79	14.323,21	17.830,83	18.372,62	16.091,25	20.323,26	15.540,35	22.145,60	15.221,90
V. Bestandsminderung	31,64	24,64	79,41	259,08	43,88	751,31	59,95	112,11	11,85	1.900,04
VI. Transfers	27.632,45	28.304,60	29.528,05	31.535,46	29.257,11	31.155,80	32.914,63	34.064,99	35.972,11	38.660,72
VII. Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VIII. Vermögenszugang	-	1.599,04	-	-	-	-	-	-	-	2.862,99
Summe Aufwendungen	53.736,79	56.735,96	54.601,76	60.620,38	58.715,48	58.987,35	64.562,89	61.144,97	69.695,08	70.322,13

Übersicht 9

Jahreserfolgsrechnung des Bundes Erträge

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
I. Haupterträge (Erlöse, Abgaben)	43.196,27	43.333,83	43.650,04	45.969,85	47.834,96	49.494,51	51.381,99	49.560,00	51.017,81	53.127,00
II. Nebenerträge	30,29	9,89	9,46	8,92	5,75	4,66	5,67	5,05	5,14	5,95
III. Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IV. Übrige Erträge	4.461,29	11.259,37	3.517,	4.201,63	6.761,79	5.250,2	9.107,44	5.779,6	5.436,13	13.170,11
V. Aktivierte Eigenleistungen	168,77	9,76	12,08	9,33	0,59	1,16	2,37	2,92	0,28	0,42
VI. Bestandsmehrungen	11,62	43,16	36,39	396,97	37,44	733,87	12,84	7,55	12,92	7,01
VII. Transfers	1.987,00	2.079,95	1.809,26	1.607,02	2.313,08	1.833,73	2.191,91	2.438,26	3.470,86	4.011,63
VIII. Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IX. Vermögensabgang	3.881,56	-	5.567,54	8.426,67	1.761,86	1.669,21	1.860,67	3.351,59	9.751,94	-
Summe Erträge	53.736,79	56.735,96	54.601,77	60.620,38	58.715,48	58.987,35	64.562,89	61.144,97	69.695,08	70.322,13

Eine weitere Aufgliederung nach Aufwands- und Ertragsarten, getrennt nach Amtsorganen und den betriebsähnlichen Einrichtungen, ist gesondert dargestellt (Band 2, Tabellen B.5.1 und B.5.2).

Bei den Aufwendungen zeigt sich ein deutlicher Trend zu einem stetigen Anwachsen der Transferleistungen.



GESAMTERGEBNISSE

Die Spitzenwerte bei den Positionen “Übrige Aufwendungen“ und “Übrige Erträge“ im Jahr 2002 sind größtenteils auf Umbuchungen zurückzuführen, mittels derer die Berichtigungen verbucht wurden, die der RH bezüglich der Vermögensabgrenzung zwischen dem Bund und der Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH (SCHIG) (ohne Saldierung der Aufwendungen und Erträge) vorgenommen hat.

Der Spitzenwert der Übrigen Aufwendungen im Jahr 2004 ist größtenteils auf die Übernahme der Schulden von ÖBB und SCHIG durch den Bund im Jahr 2004 zurückzuführen. Infolge des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 wurden hingegen Forderungen der SCHIG und ÖBB an den Bund in Höhe von über sieben Mrd. EUR erst im Jahr 2005 ausgebucht, wodurch sich der starke Anstieg der Übrigen Erträge in diesem Jahr erklärt.

Der hohe Aufwand für Bestandsminderungen im Jahr 2005 geht ebenfalls auf die Umstrukturierung der ÖBB zurück: Nachdem im Jahr 2004 eine Kapitalzufuhr in Form einer Kapitalerhöhung der ÖBB um 1,4 Mrd. EUR stattgefunden hatte, ergab sich durch Vermögenseinbringungen bzw. Fusionierungen in die neu gegründete ÖBB-Holding AG im Jahr 2005 für den Bund eine Kapitalherabsetzung in etwa derselben Größenordnung.

Die starken Schwankungen des Vermögensabgangs bzw. -zugangs in den Jahren 2004 und 2005 sowie die Tatsache, dass 2005 ein Vermögenszugang des Bundes ausgewiesen werden konnte, ist auf die zeitliche Abfolge von Finanzierungsvorgängen und Schuldenausbuchungen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der ÖBB infolge des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 zurückzuführen.

3.5 Abgang des Allgemeinen Haushalts

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts gemäß Art. I BFG 2005 war in Verbindung mit Art. II und den Ermächtigungen gemäß Art. III durch Erlöse aus Schuldaufnahmen zu bedecken. Diese werden im Ausgleichshaushalt verrechnet.

Von der im Art. III Abs. 1 BFG 2005 eingeräumten Ermächtigung, einen – infolge eines sich abzeichnenden Konjunkturrückganges entstehenden – höheren Abgang durch zusätzliche Kreditoperationen zu bedecken, hat der Bundesminister für Finanzen keinen Gebrauch gemacht, weil die Voraussetzungen hierfür nicht vorlagen.

Für die Bedeckung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts waren die im Folgenden dargestellten Ermächtigungen vorgesehen:

	Mill. EUR
Bedeckung des veranschlagten Abgangs des Allgemeinen Haushalts aufgrund der	
Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 1 BFG 2005	5 450,65
+ Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 2 BFG 2005	1 331,24
+ Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 3 BFG 2005	50,87
Gesamter Bedeckungsrahmen	6 832,76

GESAMTERGEBNISSE

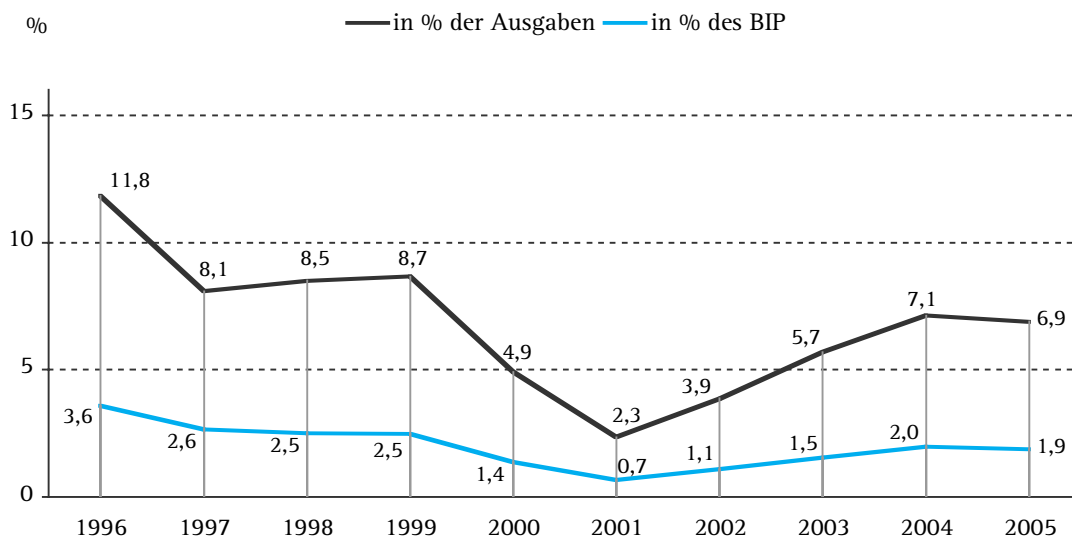
Von den Ermächtigungen gemäß Art. II Abs. 2 Z. 2 und 3 BFG 2005 wurde kein Gebrauch gemacht. Der tatsächliche Abgang des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 4 548,35 Mill. EUR war dadurch haushaltsrechtlich bedeckt.

In Übersicht 10 und dem folgenden Diagramm wird die Entwicklung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts dargestellt und zum Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung gesetzt.

Übersicht 10

Bezeichnung	Entwicklung des Abgangs									
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Millionen EUR (Index 1996 = 100)									
1 Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	54.852,58 (100)	60.524,55 (110)	56.510,40 (103)	57.249,04 (104)	58.246,84 (106)	60.409,15 (110)	61.818,06 (113)	61.387,15 (112)	64.977,38 (118)	66.041,23 (120)
2 Einnahmen des Allgemeinen Haushalts	48.358,10 (100)	55.639,56 (115)	51.712,03 (107)	52.293,19 (108)	55.393,34 (115)	58.994,50 (122)	59.428,08 (123)	57.889,53 (120)	60.347,25 (125)	61.492,88 (127)
3 Abgang des Allgemeinen Haushalts	6.494,48 (100)	4.885,00 (75)	4.798,37 (74)	4.955,85 (76)	2.853,50 (44)	1.414,65 (22)	2.389,98 (37)	3.497,62 (54)	4.630,14 (71)	4.548,35 (70)
4 3 in % von 1	11,8	8,1	8,5	8,7	4,9	2,3	3,9	5,7	7,1	6,9
5 Brutto-Inlandsprodukt	181.872 (100)	185.141 (102)	192.384 (106)	200.025 (110)	210.392 (116)	215.878 (119)	220.841 (121)	226.243 (124)	235.819 (130)	245.103 (135)
6 3 in % von 5	3,6	2,6	2,5	2,5	1,4	0,7	1,1	1,5	2,0	1,9

Abgang des Allgemeinen Haushalts



Der von 2001 bis 2004 kontinuierlich angestiegene Abgang hat sich im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas verringert.



GESAMTERGEBNISSE

3.6 Ergebnis der geldwirksamen Gebarung

Sie ergänzt die Darstellung des Ergebnisses der voranschlagswirksamen Gebarung durch die voranschlagsunwirksame Gebarung. Die daraus ermittelte kassenmäßige Gesamtgebarung erhöhte den anfänglichen Gesamtbestand von 5 260,06 Mill. EUR um 96,73 Mill. EUR auf 5 356,79 Mill. EUR (+ 1,8 %). Den weitaus größten Teil der Kassenbestände machten Guthaben bei Kreditunternehmungen aus.

Gesetzliche Bestimmungen über die Verwendung von Kassenbeständen in Bezug auf die Bedeckung des Abgangs gibt es nicht.

Übersicht 11

Bezeichnung	Ergebnis der geldwirksamen Gebarung 2005		
	Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)
	EUR		
1. Voranschlagswirksame Gebarung			
1.1 Allgemeiner Haushalt			
Ausgaben	64.419.765.000,00	66.041.229.709,03	- 1.621.464.709,03
Einnahmen	58.969.119.000,00	61.492.877.663,74	+ 2.523.758.663,74
Abgang	5.450.646.000,00	4.548.352.045,29	+ 902.293.954,71
1.2 Ausgleichshaushalt			
Ausgaben	49.104.310.000,00	32.270.650.258,00	+ 16.833.659.742,00
Einnahmen	54.554.956.000,00	36.819.002.303,29	- 17.735.953.696,71
Überschuss	5.450.646.000,00	4.548.352.045,29	- 902.293.954,71
2. Voranschlagsunwirksame Gebarung			
Ausgaben		100.980.422,08	
Einnahmen		197.709.737,76	
Überschuss		96.729.315,68	
3. Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		96.729.315,68	
4. Gesamtbestand			
Anfänglicher Gesamtbestand		5.260.059.153,46	
Kassenmäßiger Gesamtüberschuss		96.729.315,68	
Schließlicher Gesamtbestand		5.356.788.469,14	



GESAMTERGEBNISSE

Der in Übersicht 11 ausgewiesene schließliche Gesamtbestand der geldwirksamen Gebarung (5 356,79 Mill. EUR) setzt sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabelle B.2.1):

	Mill. EUR
Bargeld	+ 8,43
Wertzeichen	+ 2,02
Guthabenbestände bei:	
Österreichische Postsparkasse AG	+ 241,56
Oesterreichische Nationalbank	+ 0,00
Sonstige Kreditunternehmungen	+ 6.202,81
Schecks	+ 0,02
Schwebende Geldgebarung	- 1.098,05
Summe flüssige Mittel	+ 5.356,79

3.7 Voranschlagsabweichungen

3.7.1 Rechtliche Grundlagen der Voranschlagsabweichungen

Neben § 41 Abs. 3 BHG enthält das BFG 2005 in seinen Art. IV bis VIII Ermächtigungen zum Abweichen von den grundsätzlich als unüberschreitbare Höchstbeträge anzusehenden Voranschlags-Ausgabenansätzen. Die Bedeckung der bewilligten Ansatzüberschreitungen sollte zum Teil in Mehreinnahmen sowie in Einsparungen bei anderen Ausgabenansätzen (Ausgabenrückstellungen), zum Teil auch in Erlösen aus zusätzlichen Kreditoperationen und in Einzelfällen durch Entnahmen aus Haushaltsrücklagen gefunden werden.

Der in einem Voranschlags-Ausgabenansatz bzw. in einer bewilligten Ansatzüberschreitung enthaltene Betrag wird dem betreffenden anweisenden Organ zur Inanspruchnahme zugewiesen. Seit Geltung der RLV ist bei Ausgabenansätzen zu begründen, wenn aufgrund der buchmäßigen Erfassung von Anordnungen jener gemäß § 78 Abs. 3 BHG im Finanzjahr zur Verfügung gestandene Betrag nicht eingehalten wurde. Aus diesem Grund ist in Band 2, Tabellen A.1.2 und A.1.3 eine Spalte "Verfügungsrest" enthalten, aus der kapitel- und ansatzweise ein positiver bzw. allenfalls auch ein negativer Verfügungsrest ersichtlich ist.

3.7.2 Neue Ausgaben und Mehrausgaben (außer- und überplanmäßige Ausgaben) sowie Minderausgaben, Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bei den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts erfolgten gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen Mehrausgaben (Überschreitungen) von 5 422,15 Mill. EUR und Minderausgaben (Einsparungen) von 3 800,68 Mill. EUR. Überschritten wurden die VA-Ansätze für Personalausgaben um 126,90 Mill. EUR, die VA-Ansätze für Sachausgaben um 5 295,25 Mill. EUR, hievon erfolgswirksam 4 146,78 Mill. EUR und bestandswirk-



GESAMTERGEBNISSE

sam 1 148,46 Mill. EUR. Erspart wurden bei VA-Ansätzen für Personalausgaben 336,12 Mill. EUR, bei VA-Ansätzen für Sachausgaben 3 464,56 Mill. EUR, hievon erfolgswirksam 3 033,05 Mill. EUR und bestandswirksam 431,51 Mill. EUR.

Bei den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts ergaben sich gegenüber den einzelnen Voranschlagsansätzen Mehreinnahmen von 4 946,87 Mill. EUR und Mindereinnahmen von 2 423,11 Mill. EUR. In der erfolgswirksamen Gebarung beliefen sich die Mehreinnahmen auf 4 317,72 Mill. EUR und die Mindereinnahmen auf 1 956,61 Mill. EUR. In der bestandswirksamen Gebarung waren Mehreinnahmen von 629,15 Mill. EUR und Mindereinnahmen von 466,50 Mill. EUR zu verzeichnen.

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen haben sich zum Teil finanziell ausgeglichen und wirken sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus. Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betragen 8 747,55 Mill. EUR. Da die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel für die Bedeckung der Mehrausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen von zusammen 7 845,26 Mill. EUR (das sind 11,9 % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts) ausreichten, erfolgte durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges eine Verminderung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts um 902,29 Mill. EUR.

Übersicht 12 gibt über das jeweilige Ausmaß der Flexibilität des Budgetvollzuges in den Finanzjahren 1996 bis 2005 Auskunft.

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 12

Entwicklung der Mehr- und Minderausgaben sowie der Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Millionen EUR									
1.1 Gewonnene zusätzliche Deckungsmittel										
Minderausgaben:										
Personalausgaben	95,71	98,11	73,47	134,88	136,99	353,12	302,95	164,72	412,60	336,12
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	1.078,68	3.394,69	1.552,07	2.374,80	2.360,70	3.034,16	3.187,14	1.865,75	3.250,65	3.033,05
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	360,53	705,65	501,95	421,79	475,43	765,03	502,38	417,25	383,08	431,51
Mehreinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	1.773,80	7.675,63	3.510,90	3.913,94	3.879,64	5.288,47	4.239,32	2.367,53	3.931,87	4.317,72
bestandswirksame Gebarung	302,39	1.517,99	294,40	558,71	727,89	338,00	658,12	714,48	1.053,31	629,15
Summe 1.1	3.611,11	13.392,07	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,78	8.889,91	5.529,73	9.031,52	8.747,55
1.2 Erhöhung des Abgangs	-	-	-	-	-	-	1.563	-	1.200	-
Summe 1	3.611,11	13.392,07	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,78	10.452,44	5.529,73	10.231,52	8.747,55
2.1 Verwendung der zusätzlichen Deckungsmittel										
Ausgleich der Mindereinnahmen:										
erfolgswirksame Gebarung	1.324,17	2.568,11	1.479,18	2.295,37	1.858,24	2.653,50	3.550,25	2.282,44	3.519,52	1.956,61
bestandswirksame Gebarung	551,66	346,79	525,72	568,88	175,21	395,19	465,57	324,46	355,28	466,50
Bedeckung der Mehrausgaben:										
Personalausgaben	99,27	236,40	152,10	258,79	73,98	96,51	141,27	103,87	213,00	126,90
Sachausgaben – erfolgswirksame Gebarung	1.075,49	8.782,00	1.934,99	3.263,37	2.514,41	3.269,33	4.497,20	1.686,45	3.725,50	4.146,78
Sachausgaben – bestandswirksame Gebarung	528,11	1.405,27	1.747,56	875,85	1.840,88	2.397,62	1.798,15	689,22	2.418,22	1.148,46
Summe 2.1	3.578,70	13.338,57	5.839,55	7.262,26	6.462,72	8.812,15	10.452,44	5.086,44	10.231,52	7.845,26
2.2 Verminderung d. Abgangs	32,41	53,49	93,24	141,86	1.117,93	966,62	-	443,30	-	902,29
Summe 2	3.611,11	13.392,06	5.932,79	7.404,12	7.580,65	9.778,77	10.452,44	5.529,74	10.231,52	8.747,55
3. Summe 1 bzw. 2 in % der Ausgaben des Allgemeinen Haushalts	6,6	22,1	10,5	12,9	13,0	16,2	16,9	9,0	15,7	13,2

3.7.3 Vorschlagsabweichungen des Ausgleichshaushalts

Diese entsprechen in Summe genau den Abweichungen des Allgemeinen Haushalts. Details dazu sind aus TZ 7.3 ersichtlich.

3.7.4 Negative Verfügungsreste bei den Ausgaben-Voranschlagsansätzen

Ein positiver Verfügungsrest entsteht, wenn ein haushaltsleitendes bzw. anweisendes Organ die ihm zur Inanspruchnahme zugewiesenen Beträge nicht zur Gänze ausgenützt hat, sodass dessen Ausgabenermächtigung durch Bindungen und durch eingegangene Geschäfte, die zu Verpflichtungen, Schulden und Zahlungen führten, eingehalten wurde. Ein negativer Verfügungsrest bedeutet hingegen wirtschaftlich gesehen eine "Überziehung des Kontos", das heißt eine Art "Vorgriff" auf künftige Haushalte, auch wenn es nicht durch Auszahlungen zu Mehrausgaben gekommen ist. Er zeigt an, dass über die Verfügungsermächtigungen hinaus Bindungen oder Verpflichtungen (etwa durch Bestellungen) eingegangen wurden, Schulden (insbesondere durch Lieferungen oder Leistungen) entstanden sind, deren Richtigkeit dem Grunde und der Höhe nach bereits feststeht, oder Zahlungen erfolgt sind. Damit wird ein negativer Verfügungsrest zu einer wichtigen Kennzahl zur Beurteilung der Finanzmittelbewirtschaftung eines haushaltsleitenden bzw. anweisenden Organs. Die Ursachen der damit zum Ausdruck kommenden Entwicklung können beispielsweise entweder im Vollzug des Haushalts ("Überziehung" der Ausgabenermächtigung) oder in einer unzureichenden Veranschlagung begründet liegen. Andererseits können zum Jahresende offen gebliebene positive Verfügungsreste bedeuten, dass Verfügungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden (z.B. durch überhöhte Veranschlagung, sparsamen Budgetvollzug oder ausgebliebene Lieferungen).

Zu Ende des Finanzjahres 2005 waren im Gesamthaushalt bei 114 Ausgabenansätzen negative Verfügungsreste von insgesamt 1 020,66 Mill. EUR, hievon 971,98 Mill. EUR für nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen, zu verzeichnen. In Übersicht 13 sind kurze Begründungen zu jenen negativen Verfügungsresten enthalten, die 5 % der Voranschlagsbeträge, jedoch mindestens den Betrag von 100 000 EUR überstiegen und dementsprechend zu erläutern waren.

GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 13

Negative Verfügungsreste bei Ausgabenansätzen im Gesamthaushalt 2005

Kap.	Anzahl der Ansätze	Gesamtbetrag in EUR	B e g r ü n d u n g der zu erläuternden Positionen
01	1	16.386,38	War nicht zu erläutern.
03	1	10.515,05	War nicht zu erläutern.
04	1	565,79	War nicht zu erläutern.
10	4	510.491,80	Mittel-Umschichtung im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich des Staatsarchivs, zeitlich unrichtig zugeordnete Verbuchung von Rechnungen im Rahmen der Sportförderung.
11	15	4.796.275,84	Mittel-Umschichtung im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich der Sicherheitsakademie.
12	29	1.861.531,44	Waren nicht zu erläutern.
13	1	15.640,33	War nicht zu erläutern.
14	1	27.777,30	War nicht zu erläutern.
15	3	5.999.233,65	Mehrbedarf für Maßnahmen für Behinderte.
17	1	792,68	War nicht zu erläutern.
20	2	420.761,44	Waren nicht zu erläutern.
30	15	13.382.620,20	Offene Rechnungen, hauptsächlich von Krankenanstalten, und Mittel-Umschichtung im Rahmen der Flexibilisierungsklausel im Bereich der Justizanstalten.
40	4	127.945,12	Waren nicht zu erläutern.
50	2	1.422.248,64	Mängelbehebung gemäß § 31 RLV.
51	6	971.984.187,56	Nicht veranschlagbare Rücklagenzuführungen.
58	2	491.376,75	Eingelöste fällige Finanzschulden in fremder Währung.
60	17	717.796,33	Waren nicht zu erläutern.
61	2	203.748,38	Waren nicht zu erläutern.
63	5	18.534.592,78	Offene Rechnungen in der Zentralstelle aufgrund fehlerhafter Periodenzuordnung des Ausgleichs im Auslaufzeitraum.
65	2	140.479,80	Waren nicht zu erläutern.
01 – 65	114	1.020.664.967,26	

3.7.5 Überwachung von Voranschlagsansatzabweichungen

Gemäß § 1 Abs. 2 RHG hat der RH Ausgaben, die vom Bundesvoranschlag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Natur abweichen (überplanmäßige Ausgaben) laufend überwacht und insbesondere geprüft, ob in allen derartigen Gebarungsfällen die gesetzlich erforderliche Bewilligung vorlag und ob die vorgesehenen Bedeckungsmaßnahmen eingehalten wurden. In den ansatzweisen Erläuterungen zur Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 4.2 und 4.3) wird vom RH nur bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, ab einem Betrag von 50 000 EUR auf diesen Mangel hingewiesen.

Da im Jahr 2005 keine derartigen Mängel vorlagen, entfällt die Übersicht 14.

3.8 Ausfälle und Rückstände bei Einnahmen

3.8.1 Rückstände an öffentlichen Abgaben

Die auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückstände an vom Bund einzuhebenden und allenfalls nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gebietskörperschaften aufzuteilenden öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) betragen insgesamt 6 829,08 Mill. EUR (2004: 6 567,03 Mill. EUR). Diesen fälligen und nichtfälligen Abgabenrückständen standen Guthaben von 1 058,49 Mill. EUR (2004: 1 185,12 Mill. EUR) gegenüber, so dass mit 31. Dezember 2005 Nettorückstände von 5 770,59 Mill. EUR (2004: 5 381,91 Mill. EUR) verblieben (Band 2, Tabelle A.1.3). Bezogen auf die Brutto-Einnahmen beim Kapitel 52 (57 156,07 Mill. EUR) waren dies 10,1 % (2004: 9,6 %).

Von den auf Abgabekonten ausgewiesenen Rückständen (6 829,08 Mill. EUR) entfallen 6 266,40 Mill. EUR auf fällige Forderungen und 562,69 Mill. EUR auf nichtfällige Forderungen.

Eine Aufgliederung der fälligen Abgabenrückstände nach Abgabenarten für die Jahre 1996 bis 2005 zeigt die Übersicht 15.

Von den bei den Finanzämtern und Zollämtern zum 31. Dezember 2005 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 2 926,01 Mill. EUR in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 2 582,07 Mill. EUR war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß den §§ 212a und 231 Bundesabgabenordnung ausgesetzt. Für 356,31 Mill. EUR waren zu diesem Stichtag Ansuchen um Zahlungserleichterungen angemerkelt bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 1 063,93 EUR auf Insolvenzverfahren.

Übersicht 15

Entwicklung der fälligen Abgabenrückstände (Kapitel 52) gemäß BHG

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Einkommen- und Vermögensteuern	1.873,80	1.929,83	2.009,40	2.166,30	2.285,20	2.275,31	2.457,06	2.497,65	2.545,49	2.528,66
Umsatzsteuern	2.390,65	2.512,81	2.588,75	2.726,25	2.923,06	2.785,91	3.060,56	2.948,82	2.833,60	2.769,27
Einfuhrabgaben	47,24	60,39	65,84	73,54	89,40	97,25	92,63	113,40	115,40	118,18
Verbrauchssteuern	73,98	116,28	111,04	128,34	139,15	161,99	167,60	209,01	236,21	217,53
Stempel- und Rechtsgebühren	121,00	138,59	124,71	126,81	117,86	117,69	114,17	112,23	114,94	113,49
Verkehrssteuern	70,71	67,51	78,34	72,96	82,10	84,34	100,66	100,14	89,51	92,29
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	434,37	468,23	485,02	517,58	539,94	535,02	561,66	620,99	428,74	426,98
Gesamtsumme Kapitel 52	5.011,75	5.293,64	5.463,10	5.811,78	6.176,71	6.057,51	6.554,33	6.602,24	6.363,88	6.266,40
Entwicklung der Guthaben von Abgabepflichtigen										
Guthaben	1.090,67	1.081,81	988,93	1.101,65	1.264,22	1.368,20	1.563,10	1.264,54	1.185,12	1.058,49

GESAMTERGEBNISSE

3.8.2 Nachweis über die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen sowie von Abgabenschuldigkeiten

Gemäß § 13 der Rechnungslegungsverordnung (RLV), BGBl. Nr. 150/1990, sind dem Rechnungshof die Abschreibungen von Forderungen und Ersatzforderungen nachzuweisen. Dieser Nachweis ist in zusammengefasster Form in Band 2, Tabelle A.4.1 enthalten.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Nachsichten) betragen 527,97 Mill. EUR (2004: 445,47 Mill. EUR).

Die von den Zollämtern gemäß den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Erlassungen) betragen rd. 7,86 Mill. EUR (2004: 11,30 Mill. EUR).

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kapitel 52 (57 156,07 Mill. EUR) betragen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahre 2005 (535,83 Mill. EUR) 0,9 % (2004: 0,8 %).

3.9 Vorgriffe auf künftige Finanzjahre

Vorbelastungen und Vorberechtigungen werden in einem eigenen Verrechnungskreis erfasst. So wie die VWV kennt auch dieser Verrechnungskreis Verpflichtungen und Berechtigungen sowie Schulden und Forderungen. Bei Letzteren handelt es sich beispielsweise um die erst in künftigen Finanzjahren fällig werdenden Schulden bzw. Forderungen. (Der Unterschied zwischen einer Verpflichtung/Berechtigung einerseits und einer Schuld/Forderung andererseits liegt in der unterschiedlichen Konkretisierungsstufe der betreffenden Belastung/Berechtigung. Während beispielsweise ein Liefervertrag meist eine Verpflichtung/Berechtigung begründet, entsteht eine Schuld/Forderung erst mit der gelegten Rechnung). Im Folgenden werden jeweils die Gesamtstände des Verrechnungskreises "Vorbelastungen und Vorberechtigungen" zu Ende des Finanzjahres 2005 zuzüglich der sich zu Jahresende aus der VWV ergebenden, aus dem Vollzug im Finanzjahr 2005 offen gebliebenen Stände angeführt. Der Gesamtstand der Schulden erfasst beispielsweise somit den Stand der nichtfälligen (erst in künftigen Finanzjahren fälligen) Schulden zuzüglich der aus dem Finanzjahr 2005 offen gebliebenen (fälligen) Schulden einschließlich der empfangenen Anzahlungen und der Ersatzschulden.

3.9.1 Gesamtstand der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre in Band 2, Tabelle A.3.1.2, weist eine Gesamtsumme von 82 652,46 Mill. EUR aus (2004: 70 701,28 Mill. EUR). Der größte Teilbetrag von 71 102,23 Mill. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschuld, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen des Kap. 58 in künftigen Jahren und wird in Band 2, Tabellen C.3.1.1, C.3.2.1 und C.3.4.1 aufgeschlüsselt. Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2005 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 143,31 Mill. EUR hinzuzuzählen. Sie sind in Band 2, Tabelle A.1.3,

ansatzweise in einer eigenen Spalte bei den Ausgaben ausgewiesen und werden kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.1.1, zusammengefasst. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2005 beträgt somit 82 795,77 Mill. EUR (2004: 70 858,74 Mill. EUR), wobei die Verpflichtungen in den Bereichen Finanzschuld und Währungstauschverträge u.a. aufgrund der Zinsentwicklung am stärksten gestiegen waren. Im Gesamtstand der Verpflichtungen sind auch die Vorbelastungen aus der 2003 erfolgten Anschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen enthalten. Diese zivilrechtlichen Schulden wurden in der Haushaltsverrechnung als Verpflichtung verbucht.

Die Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes in den Jahren 1996 bis 2005 ist in Übersicht 16 dargestellt.

Übersicht 16

Bezeichnung	Entwicklung der Verpflichtungen des Bundes									
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Millionen EUR (Index 1996 = 100)									
Verpflichtungen des Bundes	63.342,81 (100)	58.593,78 (93)	58.448,29 (92)	64.827,51 (102)	69.923,40 (110)	64.281,39 (101)	64.027,28 (101)	71.519,02 (113)	70.858,74 (112)	82.795,77 (131)

3.9.2 Gesamtstand der Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zugunsten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.3.2) weist 19 111,24 Mill. EUR (2004: 14 815,06 Mill. EUR) aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2005 offen gebliebenen Berechtigungen (ansatzweise bei den Einnahmen in Band 2, Tabelle A.1.3, kapitelweise in Band 2, Tabelle A.3.3.1 dargestellt) in Höhe von 76,00 Mill. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2005 von 19 187,25 Mill. EUR (2004: 14 858,96 Mill. EUR). Der deutliche Anstieg im Jahr 2005 ist größtenteils auf die Ausweitung der Währungstauschverträge sowie auf die Zinsentwicklung zurückzuführen.

3.9.3 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden

Der Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Schulden belief sich zum Jahresende 2005 auf 177 640,13 Mill. EUR (Band 2, Tabelle A.3.2.1) und lag damit um 2 012,70 Mill. EUR oder 1,1 % über dem Wert des Vorjahres (2004: 175 627,43 Mill. EUR). Der Gesamtstand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.2.1 und A.3.2.2):



GESAMTERGEBNISSE

	Mill. EUR
Empfangene Anzahlungen (fällige)	0,00
Ersatzschulden (fällige)	0,20
Fällige Finanzschulden (Tilgung)	0,51
Fällige sonstige Schulden	238,36
Nichtfällige Finanzschulden (Kap. 58)	151.074,25
Nichtfällige Währungstauschvertragsschulden (Kap. 58)	22.278,55
Nichtfällige sonstige Schulden (Kap. 58)	0,00
<u>Nichtfällige sonstige Schulden</u>	<u>4.048,26</u>
Summe VAV-Schulden	177.640,13

Die zivilrechtlichen Schulden aus der 2003 erfolgten Anschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen wurden in der Haushaltsverrechnung als Verpflichtung verbucht und sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.

Der starke Rückgang bei den sonstigen nichtfälligen Schulden ist auf die Ausbuchung der Forderungen von SCHIG und ÖBB an den Bund, die im Jahr 2005 erfolgte, zurückzuführen (siehe TZ 3.4).

Über die Zusammensetzung der nichtfälligen Finanzschulden (Kap. 58) von 151 074,25 Mill. EUR und die Fälligkeiten der künftigen Tilgungsraten, getrennt nach Finanzjahren, gibt Band 2, Tabelle C.3.1.2 Aufschluss. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand von 142 818,87 Mill. EUR beträgt + 5,8 %.

Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Ausweisungen im Bericht des Staatsschuldenausschusses über die öffentlichen Finanzen 2005 und jenen des vorliegenden Bundesrechnungsabschlusses wird auf TZ 7 verwiesen.

Die Entwicklung des Schuldenstandes des Bundes, der Zinsenverpflichtungen sowie der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen für die Jahre 1996 bis 2005 wird in den Übersichten 19 bis 22 unter TZ 7 dieses Berichtes dargestellt.

3.9.4 Gesamtstand der voranschlagsverbundenen Forderungen

Der Gesamtbestand an voranschlagsverbundenen Forderungen betrug zum Jahresende 2005 42 715,56 Mill. EUR und lag damit um 5 148,57 Mill. EUR oder 13,7 % über dem Vergleichswert des Vorjahres (37 566,99 Mill. EUR). Die Erhöhung gegenüber dem Jahr 2004 ist vor allem auf gestiegene Forderungen aus Währungstauschverträgen zurückzuführen. Der Forderungsbestand setzte sich wie folgt zusammen (Band 2, Tabellen A.3.4.1 und A.3.4.2):



GESAMTERGEBNISSE

	Mill. EUR
Anzahlung für Anlagen	0,68
Sonstige gegebene Anzahlungen	193,23
Ersatzforderungen	254,66
Fällige Darlehensforderungen	12,46
Sonstige fällige Forderungen	7.786,74
Nichtfällige Darlehensforderungen	10.246,35
Nichtfällige Forderungen aus Währungstauschverträgen (Kap. 58)	22.048,00
<u>Sonstige nichtfällige Forderungen</u>	<u>2.173,43</u>
Summe VAV-Forderungen	42.715,56

3.9.5 Leasing- und Bauträgerverpflichtungen sowie –schulden

Die sich aus Leasingverträgen ergebenden Verpflichtungen sind im Zeitpunkt des Abschlusses des Rechtsgeschäftes voll zu erfassen und werden in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Leasingraten für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Leasingverträgen (zusammen 240 181,95 EUR) sind nachgewiesen: Im Bereich BMBWK 2 253,60 EUR für Büro- und Geschäftsausstattung sowie in den Bereichen VfGH 40 279,20 EUR, BKA 52 706,56 EUR und BMA 144 942,59 EUR für Dienstkraftfahrzeuge.

Beim Abschluss von Bauträgerverträgen werden die Verpflichtungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtbaukosten voll erfasst und in die Darstellung der Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (Band 2, Tabelle A.3.1.2) einbezogen.

Verpflichtungen für bereits erbrachte Leistungen werden unter den fälligen Schulden nachgewiesen.

An Verpflichtungen und nicht fälligen Schulden aus Bauträgervorhaben sind im Bereich BMWA 2,69 Mill. EUR für Kulturbauten nachgewiesen.

3.10 Haushaltsrücklagen

Der Bundesminister für Finanzen war gemäß § 53 Abs. 1 BHG sowie Art. X Abs. 1 Z. 1 BFG 2005 ermächtigt, nicht in Anspruch genommene Teile bestimmter Ausgabenansätze einer Haushaltsrücklage zuzuführen (Allgemeine Rücklage). Gemäß § 53 Abs. 2 BHG war er zur Rücklagenzuführung hinsichtlich der während des Finanzjahres nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen verpflichtet (Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage). Ferner hatte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 3 BHG einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen und einen Ausgabenüberschuss im Ge-



GESAMTERGEBNISSE

samthaushalt durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Anderen als den in § 53 Abs. 1 bis 3 BHG angeführten Rücklagenzuführungen durfte der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 4 BHG nur aufgrund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung zustimmen. Diese Zuführungsermächtigung wurde in Art. X Abs. 1 Z. 2 BFG 2005 ausgesprochen (besondere Rücklage). Gemäß Art. X Abs. 3 BFG 2005 war der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2005 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter Voranschlagsansätze der Budgetkapitel 12, 14, 51 und 65 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage). Weiters wurde der Bundesminister für Finanzen mit Art. X Abs. 2 BFG 2005 ermächtigt, durch Zahlungen nicht in Anspruch genommene bestimmte Voranschlagsbeträge der Ausgabenansätze mit der Unterteilung 8 (Ermessensausgaben) in Höhe von 50 % im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Aufwendungen-Rücklage) für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr zu reservieren. Nach § 17a Abs. 4 und 5 BHG war der Bundesminister für Finanzen verpflichtet, für die der Flexibilisierungsklausel unterliegenden Verwaltungseinheiten den jeweiligen Unterschiedsbetrag, der sich zwischen deren Gesamtabgang/überschuss und dem jeweiligen Voranschlag ergab, einer Rücklage zuzuführen bzw. zu entnehmen (Flexibilisierungs-Rücklage). Zu Entnahmen aus Haushaltsrücklagen, die aus früheren Finanzjahren stammen, war der Bundesminister für Finanzen gemäß § 53 Abs. 6 BHG ermächtigt, wobei gemäß § 53 Abs. 7 erster Satz BHG von dieser Ermächtigung insoweit Gebrauch zu machen ist, als dies der Erfüllung fälliger Verpflichtungen dient. Gemäß § 53 Abs. 7 zweiter Satz BHG sind jene Haushaltsrücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und zur Bedeckung des gesamten Ausgabenbedarfs des Bundes zu verwenden, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach weggefallen ist.

Über Stand und Entwicklung der Haushaltsrücklagen geben die Übersichten 17 und 18 Auskunft. Betragliche Einzelheiten können den Tabellen A.5.1 bis A.5.7 sowie B.3.3.1 bis B.3.3.7 im Band 2 entnommen werden.

Übersicht 17

Stand der Haushaltsrücklagen

Bezeichnung	Anfänglicher Stand 2005	Entnahmen	Auflösungen Verringerung		Zuführungen	Schließlicher Stand 2005
			in Millionen EUR			
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	808,53	- 175,20	- 15,69		+ 157,98	775,63
Allgemeine Rücklage	375,45	- 73,49	- 12,01		+ 36,63	326,32 *)
Besondere Rücklage	1.385,93	- 336,30	- 7,55		+ 665,53	1.707,60
Besondere Einnahmen-Rücklage	93,94	- 0,65	-		+ 53,84	147,13
Besondere Aufwendungen-Rücklage	253,12	- 10,61	- 19,02		+ 52,73	276,49 *)
Rücklagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel	10,31	- 2,26	- 0,91		+ 5,51	12,65
Ausgleichsrücklage	236,58	- 39,23	-		+ -	197,36
Summe	3.163,86	- 637,73	- 55,18		+ 972,24	3.443,19

*) Darin sind Umbuchungen in der Höhe von 0,27 Mill. EUR enthalten.



GESAMTERGEBNISSE

Übersicht 18

Entwicklung der Rücklagen des Bundes

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	in Millionen EUR					2005
					2000	2001	2002	2003	2004	
Haushaltsrücklagen	1.393,94	1.568,58	2.359,18	2.152,39	2.428,20	3.715,57	4.298,76	3.083,11	3.163,86	3.443,19

3.11 Zahlungsflüsse im Rahmen der Mitgliedschaft zur Europäischen Union

In der Folge werden jene Kapitel bzw. jene Bereiche angeführt, zu deren Gunsten bzw. Lasten Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der EU-Zahlungen erzielt bzw. geleistet wurden (Bruttonachweisung).

Zu den Einnahmen werden Zuschüsse, Förderungen, Rückerstattungen, Einhebungsvergütungen, Kostenersätze und Kostenbeiträge gerechnet. Zu den Ausgaben zählen Eigenmittel, Mitgliedsbeiträge, Ausfuhrerstattungen, Auszahlungen von überwiesenen EU-Mitteln, Kofinanzierungen bzw. Vorfinanzierungen (EU-Anteil und nationaler Bundesanteil), EU-Dienstreisen und besondere Verwaltungsaufwendungen für die EU.

Es handelt sich somit einerseits um Zahlungen zwischen dem Bundeshaushalt und den EU-Haushalten, insbesondere dem Gesamthaushalt der EU, sowie andererseits um EU-induzierte Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushaltes zu Lasten bzw. zu Gunsten von Wirtschaftsteilnehmern in Österreich.

Weiters wird bemerkt, dass durch die derzeitige Verrechnung (z.B. Bruttovorfinanzierung) einer projektbezogenen Verrechnung der EU-Mittel, die eine leichtere Nachvollziehbarkeit gewährleisten würde, oft nicht Rechnung getragen wird.



GESAMTERGEBNISSE

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben
		(voranschlagswirksam verrechnet)	
		in EUR	
02	Bundesgesetzgebung	106.157,09	2.231.288,48
10	Bundeskanzleramt	52.217,36	119.029.066,43
11	Inneres	1.587.901,09	6.151.669,17
12	Bildung und Kultur	4.193.708,65	9.039.456,80
14	Wissenschaft	2.868.403,00	9.642.772,23
15	Soziale Sicherheit	62.938,83	739.676,75
17	Gesundheit und Frauen	2.441.416,80	245.768,73
19	Familie, Generationen, Konsumentenschutz	-	689.220,21
20	Äußeres	23.471,80	1.779.610,47
30	Justiz	15.183,04	185.895,92
40	Militärische Angelegenheiten	163.398,32	872.935,32
50	Finanzverwaltung	63.548.761,92	43.826.968,80
51	Kassenverwaltung	1.546.330.923,35	53.844.860,05
52	Öffentliche Abgaben	226.807.304,07	2.313.705.088,83 *)
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	27.396.203,08	1.388.208.632,51
61	Umwelt	168.538,00	9.501.570,00
63	Wirtschaft und Arbeit	251.429,38	179.650,43
65	Verkehr, Innovation und Technologie	293.460,87	1.224.395,73
		(nicht voranschlagswirksam verrechnet)	
		in EUR	
Bereich 63	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	187.656.077,61	-
Bereich 65	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	30.890.599,36	30.890.599,36
	Gesamtsumme	2.094.858.093,62	3.991.989.126,22

*) Beitrag zur EU (2/52904)

Insgesamt flossen daher 1 897 131 032,60 EUR im Rahmen der EU-Gebarung, die aber nicht "Nettozahlungen an die EU" gleichgesetzt werden dürfen, weil – wie oben ausgeführt – auch nationale Anteilzahlungen in den Ausgaben enthalten sind.



GESAMTERGEBNISSE

3.11.1 Besondere Einnahmen-Rücklage

Wie in TZ 3.10 ausgeführt, war der Bundesminister für Finanzen gemäß Art. X Abs. 3 BFG 2005 ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 2005 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen bestimmter, EU-Zahlungen betreffender Voranschlagsansätze der Budgetkapitel 12, 14, 51 und 65 einer besonderen Einnahmen-Rücklage zuzuführen (siehe auch Band 2, Tabelle A.5.4).

Der Endbestand dieser Rücklage beträgt aufgrund von Entnahmen in der Höhe von 0,65 Mill. EUR und Zuführungen von 53,84 Mill. EUR Ende 2005 147,13 Mill. EUR (2004: 93,94 Mill. EUR).



ABWEICHUNGEN VOM VORANSCHLAG

4. ERLÄUTERUNGEN DER ABWEICHUNGEN VOM BUNDES- VORANSCHLAG IN DER VORANSCHLAGSVERGLEICHS- RECHNUNG

4.1 Erklärung der Darstellung der ansatzweisen Erläuterungen

Bei den Erläuterungen ist im Folgenden einnahmen- und ausgabenseitig aufgrund der Haushaltsgliederung gemäß § 16 Abs. 1 BHG vom Rahmen des Gesamthaushalts in der Höhe von 98 311,88 Mill. EUR auszugehen.

Unterschiede zwischen Voranschlag und Zahlungen (Voranschlagsabweichungen) von mehr als 1 Mill. EUR werden ansatzweise (in der Regel mit Angabe des Prozentsatzes der Abweichung) unter TZ 4.2 und 4.3 erläutert.

Bei jenen Gebarungsfällen, bei denen Mehrausgaben ohne gesetzliche Grundlage oder nicht eingehaltene Bedeckungsmaßnahmen (Ansatzbindungen) festzustellen waren, wird auf diesen Mangel ansatzweise ab 50 000 EUR in den Erläuterungen hingewiesen.

Die finanziell bedeutsamsten Voranschlagsabweichungen werden jeweils vor den Erläuterungen zu den Ausgaben bzw. Einnahmen (TZ 4.2 bzw. 4.3) kapitelweise zusammengefasst. Dabei werden jene Budgetkapitel besprochen, bei denen die Summen der ansatzweisen Mehr- oder Minder Ausgaben bzw. Mehr- oder Mindereinnahmen den Betrag von 10 Mill. EUR übersteigen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

4.2 Ansatzweise Erläuterungen zu den Ausgaben

1/02 Bundesgesetzgebung

Mehrausgaben in Höhe von 74 Mill. EUR entstanden hauptsächlich für Leistungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen (55 Mill. EUR) sowie für Anlagen (14 Mill. EUR) und Aufwendungen (2 Mill. EUR) der Parlamentsdirektion.

Die Minderausgaben betragen 0,6 Mill. EUR.

1/021 Nationalrat

1/02106
Förderungen
(+ 26,6 %)

+ 1 160 000,-- EUR

Mehrausgaben infolge erhöhten Mittelbedarfs für den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus.

1/02118
Leistungen im Zusammenhang mit Restitutionsfragen

+ 55 047 789,26 EUR

Mehrausgaben für Zuwendungen des Bundes an den Allgemeinen Entschädigungsfonds für Vorlaufkosten und wegen der Überweisung des Bundeszuschusses in Höhe von 60 Mill. USD nach Eintreten des Rechtsfriedens vor amerikanischen Gerichten im Sinne des Entschädigungsfondsgesetzes.

1/024 Parlamentsdirektion

1/0240 Parlamentsdirektion

1/02403
Anlagen
(+ 523,7 %)

+ 14 056 709,97 EUR

Mehrausgaben für Baumaßnahmen und Leitungsanlagen infolge der Generalsanierung der Parlamentsrampe und der Errichtung des Besucherfoyers (11,6 Mill. EUR) sowie bei der Amts- und Parlamentseinrichtung (2,8 Mill. EUR).

1/02408
Aufwendungen
(+ 11,3 %)

+ 2 317 929,77 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen, unter anderem für die Buchhaltungsagentur und für Reinigungsleistungen (1,0 Mill. EUR), Entgelten an Einzelpersonen (0,7 Mill. EUR) für Architektenleistungen sowie



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

für sonstige Miet- und Pachtzinse (0,5 Mill. EUR) wegen zusätzlicher Anmietungen.

1/10 Bundeskanzleramt

Mehrausgaben in Höhe von 37 Mill. EUR entstanden vorwiegend für die Förderung der Fußball-EM 2008 (18 Mill. EUR), für Förderungen-Gesetzliche Verpflichtungen von Sportangelegenheiten (7 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen der Zentralleitung (6 Mill. EUR).

Die Minderausgaben beliefen sich auf 14 Mill. EUR und betrafen überwiegend Aufwendungen für regional- und strukturpolitische Maßnahmen (10 Mill. EUR).

1/100 Bundeskanzleramt

1/1000 Zentralleitung

1/10003
Anlagen
(+ 53,9 %)

+ 1 100 988,76 EUR

Mehrausgaben vor allem wegen der Anschaffung von ADV-Hardware für den Ersatz des Zentralrechners im zentralen Ausweichsystem.

1/10006
Förderungen
(+ 38,7 %)

+ 1 352 432,58 EUR

Mehrausgaben im Rahmen der Vorbereitung der EU-Präsidentschaft bei Zuschüssen an Unternehmungen (1,9 Mill. EUR) sowie bei Förderprojekten zum Gedenkjahr 2005 (0,5 Mill. EUR).

Minderausgaben bei den sonstigen Subventionen aufgrund geringerer Förderansuchen (0,9 Mill. EUR).

1/10007
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 6,2 %)

+ 1 401 959,61 EUR

Mehrausgaben für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds (2,2 Mill. EUR) infolge ursprünglicher Nichtbudgetierung.

Minderausgaben bei Zahlungen für Ruhebezüge nach dem Bezügegesetz (0,7 Mill. EUR).

1/10008
Aufwendungen
(+ 18,3 %)

+ 6 242 879,59 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen (3,5 Mill. EUR) wegen der Sicherstellung der Rundfunkregulierung und zusätzlicher Regie-



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

rungsaufgaben im Jubiläumsjahr sowie für ressortübergreifende Informationsarbeit (3,0 Mill. EUR).

1/1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

1/10048
Aufwendungen
(- 7,8 %)

- 9 985 249,04 EUR

Minderausgaben für EFRE-Mittel für den Programmzeitraum 2000 - 2006 (11,2 Mill. EUR) wegen Verzögerungen in der Programmumsetzung.

Mehrausgaben für EFRE-Mittel für den Programmzeitraum 1995 - 1999 (1,2 Mill. EUR) infolge ursprünglicher Nichtbudgetierung.

1/106 Sportangelegenheiten

1/1060 Sportförderung

1/10604
Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 16,7 %)

+ 6 670 555,75 EUR

Mehrausgaben bei der besonderen Sportförderung aufgrund von Mehreinnahmen bei Lotto & Toto-Mitteln.

1/1064 Fußball EM 2008

1/10646
Förderungen

+ 18 309 303,-- EUR

Mehrausgaben bei Stadionneubauten bzw. Stadionrenovierungen für das Stadion Innsbruck (11,5 Mill. EUR), das Stadion Salzburg (4,0 Mill. EUR) und das Stadion Wien (2,5 Mill. EUR) anlässlich der Fußball-Europameisterschaft 2008.

1/11 Inneres

Mehrausgaben von 127 Mill. EUR betrafen vorwiegend Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung und Integration (zusammen 62 Mill. EUR) sowie die Personalausgaben der Sicherheits-exekutive (zusammen 42 Mill. EUR), der Zentralleitung (3 Mill. EUR), des Bundesasylamts (2 Mill. EUR) und des Einsatzkommandos (2 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entstanden bei den Aufwendungen für Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (5 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen des Bundesasylamts (2 Mill. EUR) und für Förderungen des Zivilschutzes (3 Mill. EUR).

Minderausgaben in Höhe von 34 Mill. EUR betrafen vor allem Anlagen (4 Mill. EUR) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (4 Mill. EUR) der Zentralleitung sowie Aufwendungen (zusammen 6 Mill. EUR) und Anlagen (4 Mill. EUR) der Sicherheitsexekutive. Weitere Minderausgaben entstanden bei den Aufwendungen-Gesetzlichen Verpflichtungen des Zivildienstes



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

(3 Mill. EUR), bei den Förderungen für die Flüchtlingsbetreuung und Integration (3 Mill. EUR) sowie bei den Anlagen des Bundeskriminalamts (2 Mill. EUR).

1/110 Bundesministerium für Inneres

1/1100 Zentraleitung

1/11000

Personalausgaben

(+ 4,6 %)

+ 2 889 927,33 EUR

Mehrausgaben bei den Beamtenbezügen (1,2 Mill. EUR), den Vertragsbedienstetenentgelten/VB I (1,4 Mill. EUR) und den Dienstgeberbeiträgen – Sonstige/VB (0,3 Mill. EUR) durch allgemeine Bezugserhöhungen und den Struktureffekt.

1/11003

Anlagen

(– 33,6 %)

– 4 489 643,67 EUR

Minderausgaben bei den Datenfernübertragungseinrichtungen (DFÜ) (4,1 Mill. EUR) durch vermehrten Austausch von Büroautomations- und Kommunikationssystemgeräten (BAKS) im Jahre 2004, bei den sonstigen technischen Einrichtungen und Geräten (zusammen 1,4 Mill. EUR) und bei der Hardware ADV (0,6 Mill. EUR) aufgrund günstigerer Vertragsgestaltung im Großrechnerbereich.

Mehrausgaben bei der ADV-Betriebsausstattung (1,7 Mill. EUR) aufgrund Ankaufs zusätzlicher Lizenzen im Projekt Erkennungsdienst (ED)-neu.

1/11007

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 32,8 %)

– 4 300 165,40 EUR

Minderausgaben bei den Ersätzen an Gemeinden (4,3 Mill. EUR) aufgrund der mit BGBl. I Nr. 54/2003 eingeführten Regelung, wonach die Pauschalentschädigungen innerhalb von zwei Jahren nach dem jeweiligen Wahltag anzuweisen sind.

1/11008

Aufwendungen

(+ 2,7 %)

+ 1 271 725,48 EUR

Mehrausgaben bei den sonstigen Leistungen (ADV) (8,5 Mill. EUR) aufgrund diverser Outsourcing-Projekte und vermehrter externer Dienstleistungen vor allem in den Projekten ED-neu, Reisepass, Trustcenter (digitale Signatur) und Grundversorgung (GVS), bei den Überweisungen gemäß § 9 Behinderteneinstellungsgesetz (1,0 Mill. EUR), den ADV-Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (zusammen 1,0 Mill. EUR), den Konzepten, Analysen und Gutachten (ADV) - Schengen (0,8 Mill. EUR) sowie bei den sonstigen Leistungen (0,6 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben bei der Programmerstellung (ADV) (3,9 Mill. EUR) durch vermehrte externe Dienstleistungen zu Lasten anderer Verrechnungspositionen des VA-Ansatzes, bei der Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen (ADV) (2,0 Mill. EUR) aufgrund günstigerer Vertragsgestaltung im Großrechnerbereich sowie bei den Konzepten, Analysen und Gutachten (ADV) (1,8 Mill. EUR) durch vermehrte externe Dienstleistungen zu Lasten anderer Verrechnungspositionen des VA-Ansatzes. Weitere Minderausgaben bei den Lizenzgebühren (ADV) (0,9 Mill. EUR), den Energiebezügen (0,5 Mill. EUR) sowie bei den Schadensvergütungen, der Miete von Datenfernübertragungsleitungen (DFÜ), den Leistungen der Post, den Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik-Analysen und bei den Ausgaben für die Sicherheitsverwaltung (zusammen 1,6 Mill. EUR).

1/1101 Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz

1/11018
Aufwendungen
(+ 6,4 %)

+ 4 580 094,01 EUR

Mehrausgaben vor allem durch Erhöhung der Miet- und Betriebskosten im Bereich der Exekutive (zusammen 4,2 Mill. EUR), der Sicherheitsakademie (SIAK) (zusammen 2,6 Mill. EUR) und der Flüchtlingsbetreuung (zusammen 0,9 Mill. EUR) sowie bei der Instandhaltung von Gebäuden der SIAK (1,2 Mill. EUR) durch umfangreiche Umbau- bzw. Sanierungsmaßnahmen.

Minderausgaben bei der Instandhaltung von sonstigen Gebäuden bei der Exekutive (2,2 Mill. EUR), der Zentralleitung (1,3 Mill. EUR) und des Amtsgebäudes Traiskirchen (0,2 Mill. EUR) sowie bei den Normmieten der Zentralleitung und den Mietenvorauszahlungen der Exekutive (zusammen 0,7 Mill. EUR).

1/1103 Zivildienst

1/11037
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(- 5,7 %)

- 2 635 858,43 EUR

Minderausgaben vor allem bei Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe (2,0 Mill. EUR) bedingt durch eine jüngere Altersstruktur der Zivildienstleistenden und für Ersätze gemäß § 28 Abs. 4 ZDG an Rechtsträger von Zivildienststeinrichtungen (0,6 Mill. EUR).

1/1104 KZ-Gedenkstätte Mauthausen (Mauthausen Memorial)

1/11048
Aufwendungen
(+ 98,8 %)

+ 1 111 996,98 EUR

Mehrausgaben bei der Instandhaltung von Straßenbauten (0,5 Mill. EUR) für den Bau eines Parkplatzes beim Besucherzentrum KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

juristischen Personen (0,4 Mill. EUR) für die Dauerausstellung im Besucherzentrum KZ-Memorial Gusen und die internationale Fotoausstellung „Das sichtbare Unsichtbare“.

1/1107

Zivilschutz

1/11076

Förderungen

(+ 293,3 %)

+ 3 499 000,-- EUR

Mehrausgaben für das Österreichische Rote Kreuz (2,5 Mill. EUR) für die Errichtung eines Katastrophenhilfezentrums in Wien und für Subventionen an den Zivilschutzverband (0,9 Mill. EUR).

1/115

Asyl- und Fremdenwesen

1/1150

Flüchtlingsbetreuung und Integration

1/11506

Förderungen

(– 38,2 %)

– 2 589 396,15 EUR

Minderausgaben bei den Projekten des Europäischen Flüchtlingsfonds (zusammen 2,8 Mill. EUR) aufgrund von Verzögerungen bei der Auswahl von Projekten bzw. bei der Überweisung durch die Europäische Kommission.

1/11507

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 48,5 %)

+ 4 169 696,-- EUR

Mehrausgaben bei den Ersätzen an Länder (4,6 Mill. EUR) aufgrund der Abrechnungen für das Jahr 2004 und der Akontierungen des Jahres 2005 zur Grundversorgungsvereinbarung.

1/11508

Aufwendungen

(+ 64,7 %)

+ 57 990 605,46 EUR

Mehrausgaben vor allem bei den Kostenersätzen an die Länder (Grundversorgung) (62,5 Mill. EUR) aufgrund der Abrechnungen für das Jahr 2004 und der Akontierungen des Jahres 2005 zur Grundversorgungsvereinbarung.

Minderausgaben bei den Leistungen an Privatbetreiber (1,8 Mill. EUR) aufgrund des Rückganges von bundesbetreuten Asylwerbern durch vermehrte Übernahme der Länder gemäß Quotenregelung, bei den Beiträgen zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen (1,3 Mill. EUR) aufgrund geringeren Bedarfs gemäß Integrationsvereinbarung, beim Taschengeld für hilfsbedürftige Flüchtlinge (0,8 Mill. EUR), bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (Integration) und den Beiträgen an internationale Organisationen (zusammen 0,6 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1152	Bundesasylamt	
1/11520 Personalausgaben (+ 39,5 %)		+ 2 010 000,-- EUR
	<p>Mehrausgaben bei den Beamtenbezügen (1,0 Mill. EUR), den Vertragsbedienstetenentgelten, den Mehrleistungsvergütungen und den Dienstgeberbeiträgen (1,0 Mill. EUR) aufgrund personeller Aufstockungen sowie durch allgemeine Bezugserhöhungen und den Struktureffekt.</p>	
1/11528 Aufwendungen (+ 31,0 %)		+ 1 792 215,26 EUR
	<p>Mehrausgaben bei den Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (2,2 Mill. EUR) durch vermehrte Einvernahmen bedingt durch die Personalaufstockung zur Reduzierung der offenen Verfahren.</p>	
1/117	Sicherheitsaufgaben	
1/1170	Sicherheitsexekutive	
1/11700 Personalausgaben (+ 3,5 %)		+ 38 995 318,-- EUR
	<p>Mehrausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (30,6 Mill. EUR) aufgrund verstärkter Überwachungstätigkeiten, bei den Beamtenbezügen (15,3 Mill. EUR) durch allgemeine Bezugserhöhungen, den Struktureffekt, Neuaufnahmen und Überleitung von Vertragsbediensteten (VB/S) des Grenzdienstes in das Beamtenschema sowie bei den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (0,6 Mill. EUR).</p>	
	<p>Minderausgaben bei den Nebengebühren (2,2 Mill. EUR) durch Einsparungsmaßnahmen, den Jubiläumszuwendungen (1,7 Mill. EUR) bedingt durch eine jüngere Altersstruktur, den Dienstgeberbeiträgen (1,2 Mill. EUR) und den Entgelten für Vertragsbedienstete (1,5 Mill. EUR) durch die Überleitung der Vertragsbediensteten in das Beamtenschema sowie bei den Dienstgeberbeiträgen-Überweisungsbeträge für Beamte (0,8 Mill. EUR).</p>	
1/11703 Anlagen (- 19,9 %)		- 4 325 409,31 EUR
	<p>Minderausgaben bei den sonstigen Kraftfahrzeugen (2,5 Mill. EUR) durch geringeren Austausch, bei den Fernmeldeeinrichtungen (zusammen 4,2 Mill. EUR) bedingt durch Rückstellungen bei Wartung und Austausch im Zusammenhang mit dem Aufbau des digitalen Funknetzes für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie bei der Bekleidung und Ausrüstung (0,8 Mill. EUR).</p>	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Mehrausgaben beim Erkennungsdienst und bei sonstigen technischen Geräten (zusammen 2,0 Mill. EUR) zur effizienteren Ausstattung der kriminaltechnischen Einrichtungen, bei der Amtsausstattung (zusammen 0,6 Mill. EUR) zur Anpassung an den technischen Standard sowie bei den Sonderanlagen (0,6 Mill. EUR).

1/11707

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(– 6,2 %)

– 1 401 775,34 EUR

Minderausgaben bei den Familienbeihilfen und beim Kinderbetreuungsgeld (zusammen 1,4 Mill. EUR).

1/11708

Aufwendungen

(– 2,0 %)

– 4 368 826,04 EUR

Minderausgaben bei den Entgelten für Flughafenüberwachung (12,3 Mill. EUR), bei den Inlandsreisen (zusammen 3,6 Mill. EUR), bei der Instandhaltung von Kommunikationstechnik (2,8 Mill. EUR), bei der Munition (1,5 Mill. EUR), bei der Instandhaltung von Sonderanlagen (1,3 Mill. EUR), bei den Entgelten für Sicherheitsfachkräfte nach dem B-BSG (1,0 Mill. EUR), bei den Schulungskosten (0,7 Mill. EUR), bei Leistungen der Post und bei den Druckwerken (zusammen 0,7 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den Aufwandsentschädigungen (zusammen 3,5 Mill. EUR), bei den sonstigen Miet- und Pachtzinsen (2,4 Mill. EUR), bei der Instandhaltung von sonstigen Kraftfahrzeugen (zusammen 2,4 Mill. EUR), bei den Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (1,9 Mill. EUR) sowie bei den Entgelten für das Digitalfunkprojekt BOS (1,4 Mill. EUR). Weiters bei der sonstigen Amtsausstattung (1,4 Mill. EUR), bei den Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (1,3 Mill. EUR), bei Bekleidung und Ausrüstung (1,3 Mill. EUR), bei den Mietvorauszahlungen (1,0 Mill. EUR), bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,9 Mill. EUR), bei den Schadensvergütungen (0,7 Mill. EUR), bei den Entgelten für Reinigungen (0,7 Mill. EUR), bei den Schreib-, Zeichen- und sonstigen Büromitteln und bei den Versicherungen (zusammen 0,6 Mill. EUR).

1/1171

Sicherheitsexekutive (zweckgebundene Gebarung)

1/11710

Personalausgaben

(+ 16,2 %)

+ 2 522 554,-- EUR

Mehrausgaben bei den Beamtenbezügen (1,3 Mill. EUR) durch allgemeine Bezugserhöhungen und den Struktureffekt sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (1,2 Mill. EUR) durch verstärkte Überwachungstätigkeiten.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1172	Bundeskriminalamt	
1/11723 Anlagen (- 77,4 %)		- 2 443 956,38 EUR
	Minderausgaben beim Erkennungsdienst (1,6 Mill. EUR), bei den sonstigen Kraftfahrzeugen, bei den Amts- und sonstigen technischen Einrichtungen, Bekleidung und Ausrüstung sowie Ersatzteilen (zusammen 0,8 Mill. EUR) aufgrund von Verzögerungen bei den Beschaffungsverfahren.	
1/1173	Einsatzkommando	
1/11730 Personalausgaben (+ 10,1 %)		+ 1 885 000,-- EUR
	Mehrausgaben bei den Beamtenbezügen (1,2 Mill. EUR), den Mehrleistungsvergütungen und den sonstigen Nebengebühren (zusammen 0,7 Mill. EUR) durch allgemeine Bezugserhöhungen und den Struktureffekt, aufgrund personeller Umstrukturierungen im Bereich des BMI (Eingliederung des Einsatzkommandos Wien aus der Sicherheitsexekutive) sowie aufgrund vermehrter Einsätze im Bereich des Personenschutzes und im operativen Bereich.	
1/1175	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	
1/11753 Anlagen (- 68,8 %)		- 1 035 159,72 EUR
	Minderausgaben bei den sonstigen technischen Geräten (0,5 Mill. EUR) und bei den Ersatzteilen für Luftfahrzeuge (0,5 Mill. EUR) durch Rückstellung von Reparaturen und Grundüberholungen von Hubschraubern.	
1/11758 Aufwendungen (- 36,3 %)		- 1 288 410,50 EUR
	Minderausgaben bei der Instandhaltung von Luftfahrzeugen (zusammen 0,9 Mill. EUR) durch Rückstellung von polizeilichen Sonderausstattungen sowie bei Ersatzteilen für Luftfahrzeuge, bei Miet- und Pachtzinsen, bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen und bei Treibstoffen für Luftfahrzeuge (zusammen 0,4 Mill. EUR).	
1/12	Bildung und Kultur	
	Mehrausgaben von 277 Mill. EUR betrafen vorwiegend Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der allgemeinbildenden Pflichtschulen (202 Mill. EUR), der pädagogischen Institute (2 Mill. EUR) und der pädagogischen Akademien (2 Mill. EUR) sowie gestiegene Personalausgaben der Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, sozial- und wirtschaftliche Berufe (15 Mill. EUR), der allgemein bildenden höheren Schulen (15 Mill. EUR), der Handelsakademien	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

und Handelsschulen (8 Mill. EUR), der technischen und gewerblichen Lehranstalten (5 Mill. EUR) und der Schulaufsichtsbehörden (4 Mill. EUR). Weitere Überschreitungen betrafen höhere Aufwendungen für allgemein-pädagogische Erfordernisse (3 Mill. EUR) und der Museen (2 Mill. EUR) sowie Ausgaben zur Förderung der Erwachsenenbildung (3 Mill. EUR).

Minderausgaben von 40 Mill. EUR entstanden insbesondere durch geringere Aufwendungen für Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (14 Mill. EUR) und der Zentraleitung (10 Mill. EUR) sowie durch Einsparungen bei den Aufwendungen-Gesetzlichen Verpflichtungen für allgemein-pädagogische Erfordernisse (3 Mill. EUR) und bei den Personalausgaben der pädagogischen Akademien (3 Mill. EUR).

1/120 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

1/1200 Zentraleitung (Verwaltungsbereich Bildung)

1/12008

Aufwendungen

(– 10,4 %)

– 9 583 191,38 EUR

Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (zusammen 15,7 Mill. EUR) infolge Ausgabenrückstellungen hauptsächlich für die Qualitätsoffensive, bei Entgelten an die BRZ-GmbH (2,2 Mill. EUR) infolge Verschiebungen von Leistungen auf das Folgejahr sowie bei Mitgliedsbeiträgen (zusammen 1,5 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den Instandhaltungen (zusammen 0,6 Mill. EUR) infolge Notwendigkeit, bei der Schulraumbeschaffung und –bewirtschaftung (8,0 Mill. EUR) wegen vertraglicher Verpflichtungen sowie bei den sonstigen Leistungen (ADV) (1,2 Mill. EUR) zur Durchführung von IT-Projekten.

1/1201 Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz

1/12018

Aufwendungen

(– 4,6 %)

– 13 971 158,07 EUR

Minderausgaben bei Schulraum-Normmieten (0,6 Mill. EUR), bei Zuschlagsmieten (10,9 Mill. EUR) und bei Mieterinvestitionen (8,2 Mill. EUR) infolge Budgetbindung durch den Bundesminister für Finanzen.

Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden (6,2 Mill. EUR) infolge erhöhten Bedarfes.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/122	Bundesministerium; Zweckaufwand	
1/1220	Allgemein-pädagogische Erfordernisse	
1/12207	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 7,4 %)		- 3 493 675,48 EUR
	Minderausgaben bei Schülerbeihilfen (1,2 Mill. EUR) und bei Studienförderungen (2,3 Mill. EUR) infolge geringerer Anzahl von Ansuchen.	
1/12208	Aufwendungen	
(+ 23,6 %)		+ 3 463 130,49 EUR
	Mehrausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden (3,8 Mill. EUR) infolge der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Qualitätsoffensive.	
1/1221	Erwachsenenbildung	
1/12216	Förderungen	
(+ 22,2 %)		+ 2 605 184,84 EUR
	Mehrausgaben für Bildungsmaßnahmen der EU (insgesamt 3,2 Mill. EUR) infolge zusätzlich bereitgestellter Kofinanzierungsmittel durch die EU.	
	Minderausgaben für gemeinnützige Einrichtungen (0,8 Mill. EUR) infolge Einsparungsmaßnahmen.	
1/124	Nachgeordnete Dienststellen	
1/1244	Museen	
1/12448	Aufwendungen	
(+ 6,2 %)		+ 1 750 440,08 EUR
	Mehrausgaben bei laufenden Transferzahlungen (10,8 Mill. EUR), beim Museumsquartier infolge einer Kreditaufnahme wegen Um- bzw. Neubaus (5,4 Mill. EUR), bei Ausstellungen des Bundes durch Beteiligung der Republik an Ausstellungen zum Staatsvertrag (1,0 Mill. EUR) sowie bei den übrigen Gerichtskosten aufgrund der Verhandlungen in der Causa Altmann (0,8 Mill. EUR).	
	Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (16,8 Mill. EUR) infolge Ausgabenrückstellung für Museumsquartier und laufende Transferzahlungen.	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN



1/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
1/1260	Schulaufsichtsbehörden	
1/12600	Personalausgaben (+ 6,7 %)	+ 4 016 704,54 EUR

Mehrausgaben bei den Bezügen für Beamte (zusammen 0,6 Mill. EUR), bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 2,6 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 0,6 Mill. EUR) infolge Ausscheidens von Landesbediensteten, deren Planstellen von Beamten durch Aufrücken in höhere Funktionsgruppen bzw. Neuaufnahmen von Vertragsbediensteten besetzt wurden und infolge vermehrter Verwendung von Vertragslehrern bei den Schulaufsichtsbehörden.

1/127	Allgemein bildende Schulen	
1/1270	Allgemein bildende höhere Schulen	
1/12700	Personalausgaben (+ 1,5 %)	+ 14 757 180,94 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 39,7 Mill. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 11,5 Mill. EUR) infolge verminderter Ernennungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (4,1 Mill. EUR), weil Lehrerstunden nur als Mehrdienstleistungen vergeben werden konnten.

Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (zusammen 36,1 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 3,4 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps sowie bei den Jubiläumszuwendungen (1,7 Mill. EUR) wegen geänderter Frühpensionierungsmöglichkeiten bei Lehrern.

1/12708	Aufwendungen (+ 2,5 %)	+ 1 363 987,03 EUR
---------	---------------------------	--------------------

Mehrausgaben bei geringwertigen Wirtschaftsgütern (0,7 Mill. EUR) für Neueinrichtungen und Ersatzanschaffungen, bei ADV-Verbrauchsgütern (0,8 Mill. EUR) wegen Erweiterungen von Netzwerken, bei Druckwerken (0,7 Mill. EUR) für Ankäufe von Medien für Schulbibliotheken und Infoschriften, bei Mieten von DFÜ-Leitungen (0,5 Mill. EUR) durch gestiegene Standleitungskosten, bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden (1,8 Mill. EUR) infolge vermehrten Einsatzes von Reinigungsfirmen und steigender Anzahl von Reinigungsflächen durch Zubauten.

Minderausgaben bei Auslandszulagen Z (0,9 Mill. EUR) wegen zu hoher Veranschlagung, bei Energiebezügen (1,0 Mill. EUR) durch Verbesserung im energetischen Bereich und gute Wartungen, bei Instandhaltungen von Gebäuden (0,6 Mill. EUR) wegen Ausgabenrückstellungen und bei Miet- und



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Pachtzinsen (0,9 Mill. EUR), da nach Zu- und Umbauten weniger Anmietungen erforderlich waren.

1/1272 Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)

1/12728
Aufwendungen
(+ 77,3 %)

+ 1 253 684,45 EUR

Mehrausgaben bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern für Ersatzanschaffungen von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln, bei Miet- und Pachtzinsen für die Anmietung von Sportstätten und beweglichen Sachen und bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden durch Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten in den zur Verfügung gestellten Objekten (insgesamt 0,7 Mill. EUR).

1/1275 Allgemein bildende Pflichtschulen

1/12757
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 7,7 %)

+ 202 161 189,20 EUR

Mehrausgaben bei laufenden Transferzahlungen gemäß FAG durch den Ausbau der Tagesbetreuung, durch Nachzahlungen für die Schuljahre 2001/02 bis 2003/04, durch zusätzliche Lehrstellen zur Sicherung der Bildungsqualität und wegen der endgültigen Schülerzahlenmeldungen der Länder, durch erhöhte Stellenplanüberschreitung seit September 2005, sowie durch die allgemeine Bezugserhöhung (190,5 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben bei Finanzzuweisungen für Landeslehrer (12,0 Mill. EUR) zur Förderung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen gemäß § 4 Abs. 8 FAG 2005 (BGBl. I Nr. 156/2004).

1/128 Berufsbildende Schulen

1/1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

1/12800
Personalausgaben
(+ 1,3 %)

+ 5 140 541,69 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 17,7 Mill. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 5,5 Mill. EUR) infolge verminderter Ernennungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (0,6 Mill. EUR), weil Lehrerstunden nur als Mehrdienstleistungen vergeben werden konnten.

Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (zusammen 16,5 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 2,1 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/12807
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 19,1 %) + 1 193 411,30 EUR

Mehrausgaben bei sonstigen Ersatzleistungen gemäß Privatschulgesetz (0,6 Mill. EUR) weil Anträge auf Bezugsrefundierung für mitverwendete Landeslehrer zeitlich unterschiedlich vorgelegt wurden sowie bei Prüfungskommissionen (zusammen 0,7 Mill. EUR) infolge Nachverrechnung aus Vorjahren.

1/1281 **Akademien für Sozialarbeit, Lehranstalten für
Tourismus, Sozial- und wirtschaftliche Berufe**

1/12810
Personalausgaben
(+ 5,2 %) + 14 904 200,17 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 12,7 Mill. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 3,9 Mill. EUR) infolge verminderter Ernennungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (1,5 Mill. EUR), weil Lehrerstunden bei fachspezifischen Gegenständen nur als Mehrdienstleistungen vergeben werden konnten.

Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten (zusammen 2,9 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps.

1/1282 **Handelsakademien und Handelsschulen**

1/12820
Personalausgaben
(+ 2,7 %) + 7 863 559,80 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 11,1 Mill. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 3,4 Mill. EUR) infolge verminderter Ernennungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (1,0 Mill. EUR), weil Lehrerstunden bei fachspezifischen Gegenständen nur als Mehrdienstleistungen vergeben werden konnten.

Minderausgaben bei Bezügen von Beamten (zusammen 7,1 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 0,7 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps.

1/1283 **Technische und gewerbliche Lehnanstalten
(zweckgebundene Gebarung)**

1/12838
Aufwendungen
(+ 31,6 %) + 1 384 893,15 EUR

Mehrausgaben bei den Roh- und Hilfsstoffen für den fachpraktischen Unterricht, bei den Werkverträgen wegen vermehrter Prüfungstätigkeit an den Ver-



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

suchsanstalten, bei den Miet- und Pachtzinsen infolge Anmietung beweglicher Sachen für Unterrichtszwecke sowie bei sonstigen Leistungen von Einzelpersonen und von Gewerbetreibenden durch erhöhte Inanspruchnahme Externer zur Gutachtenerstellung und vermehrter Nutzung von schulischen Einrichtungen (zusammen 1,1 Mill. EUR).

1/1285 Berufsbildende Pflichtschulen

1/12857

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 1,1 %)

+ 1 184 734,28 EUR

Mehrausgaben bei laufenden Transferzahlungen gemäß FAG (1,2 Mill. EUR) infolge der allgemeinen Bezugserhöhungen.

1/129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung

1/1290 Pädagogische Akademien

1/12900

Personalausgaben

(- 4,0 %)

- 2 817 288,58 EUR

Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 5,1 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps.

Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 1,5 Mill. EUR) infolge verminderter Ernennungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sowie bei den Mehrleistungsvergütungen (0,6 Mill. EUR), weil kaum Neueinstellungen erfolgten und die Unterrichtsgegenstände in Mehrdienstleistungen vergeben wurden.

1/12907

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 22,1 %)

+ 2 427 394,43 EUR

Mehrausgaben bei den Bediensteten gemäß Punkt 4 (7) Stellenplan (zusammen 1,5 Mill. EUR), bei den Mehrdienstleistungen infolge vermehrter Verwendung in einem befristeten Dienstverhältnis sowie bei den Nebengebühren infolge Nachverrechnung von Prüfungsgebühren aus Vorjahren (zusammen 0,8 Mill. EUR).

1/1291 Bundesanstalt für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

1/12910

Personalausgaben

(+ 2,0 %)

+ 1 102 486,40 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten für Vertragsbedienstete (zusammen 1,8 Mill. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 0,5 Mill. EUR)



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

infolge verminderter Ernennungen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis.

Minderausgaben bei den Bezügen von Beamten und bei den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 1,1 Mill. EUR) infolge des Pragmatisierungsstopps.

1/1294 Pädagogische Institute

1/12947

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 17,0 %)

+ 1 765 607,47 EUR

Mehrausgaben für Bedienstete gemäß Punkt 4 (7) Stellenplan (B/L) und für sonstige Ersatzleistungen gemäß Privatschulgesetz (0,7 Mill. EUR) infolge verspäteter Rechnungslegung einiger Bundesländer sowie für Lehrbeauftragte und Gastvortragende (zusammen 0,9 Mill. EUR) infolge Ausweitung des Fortbildungsangebotes im Rahmen der Qualitätsoffensive.

1/13 Kunst

1/130 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/1305 Kulturelle Schwerpunktprogramme

1/13056

Förderungen

(+ 136,1 %)

+ 1 213 743,26 EUR

Mehrausgaben bei den Zuschüssen an Unternehmungen (0,5 Mill. EUR) sowie für das Jubiläumsjahr (1,6 Mill. EUR).

Minderausgaben bei den kulturellen Schwerpunktprogrammen (0,9 Mill. EUR) aufgrund kultureller Sonderprojekte im Rahmen des Gedenkjahres 2005.

1/14 Wissenschaft

Mehrausgaben von 211 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Aufwendungen (123 Mill. EUR) und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (26 Mill. EUR) der Universitäten, die Aufwendungen-Gesetzlichen Verpflichtungen (23 Mill. EUR) und Aufwendungen (12 Mill. EUR) der hochschulischen Einrichtungen sowie die Aufwendungen der Forschungseinrichtungen (11 Mill. EUR), der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation (6 Mill. EUR), der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute (4 Mill. EUR) und der Ämter der Universitäten (2 Mill. EUR).

Minderausgaben in Höhe von 72 Mill. EUR entstanden hauptsächlich durch geringere Aufwendungen für Kliniken (45 Mill. EUR) und durch gesunkene Personalausgaben der Ämter der Universitäten (21 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/140	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
1/1403	Universitäten; Träger öffentlichen Rechts	
1/14037 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (+ 1,5 %)		+ 25 865 000,-- EUR
	Mehrausgaben beim Globalbetrag gemäß § 141 des Universitätsgesetzes 2002 i.d.F. BGBl. I Nr. 77/2005, aufgrund der tatsächlichen Auswirkungen der allgemeinen Bezugserhöhungen (25,9 Mill. EUR) sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.	
1/14038 Aufwendungen (+ 67,5 %)		+ 122 534 419,26 EUR
	Mehrausgaben beim laufenden klinischen Mehraufwand (82,1 Mill. EUR) infolge der Nachzahlungen auf Basis der letzten vorgelegten Abrechnungen der Krankenanstaltenträger des LKH Graz und des LKH Innsbruck sowie aufgrund der Nachzahlungen für den laufenden klinischen Mehraufwand Wien und der Betriebskostenabrechnung für das EDV-Zentrum Graz. Weitere Mehrausgaben entstanden bei der Universitäts-Infrastruktur III (35,0 Mill. EUR), bei den Vorziehprofessuren (5,1 Mill. EUR) und bei der Universitäts-Infrastruktur II (0,9 Mill. EUR) im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive.	
	Minderausgaben bei der Hochschulraumbeschaffung aufgrund verspäteter Vorlage von Rechnungen (0,5 Mill. EUR).	
1/1404	Klinikaufwendungen	
1/14048 Aufwendungen (- 59,0 %)		- 45 266 665,02 EUR
	Minderausgaben beim klinischen Mehraufwand (Klinikbauten) (37,7 Mill. EUR) und bei der VOEST-Alpine Medizintechnik GesmbH (VAMED) (7,1 Mill. EUR) aufgrund des mangelnden Baufortschrittes einiger Projekte, die dadurch nicht rechtzeitig abgerechnet werden konnten sowie infolge nicht verausgabter Mittel für das LKH Innsbruck, da der Bauvertrag erst im Jänner 2006 abgeschlossen wurde.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/141	Bundesministerium (Zweckaufwand II)	
1/1410	Hochschulische Einrichtungen	
1/14107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(+ 15,7 %)		+ 22 999 999,99 EUR
	Mehrausgaben bei der Studienförderung (23,0 Mill. EUR) aufgrund der steigenden Zahl der Studierenden sowie infolge zu niedriger Veranschlagung.	
1/14108	Aufwendungen	
(+ 33,8 %)		+ 11 974 026,98 EUR
	Mehrausgaben bei den Bildungsmaßnahmen der EU (ESF-Ziel 3) (insgesamt 5,3 Mill. EUR) aufgrund der Fortführung von Programmen, bei der Sozialversicherung für Studierende (3,5 Mill. EUR) infolge der steigenden Zahl der Studierenden, bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (2,4 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Projektaktivitäten, bei den übrigen Gerichtskosten (2,0 Mill. EUR) infolge der Zahlung eines Vergleichsbetrages an die Stadt Salzburg im Zusammenhang mit dem Gebärungsabgang der Universität Mozarteum Salzburg. Weitere Mehrausgaben entstanden bei den fFORTE Universitäten für Programme zur Förderung von Frauen in Forschung und Technologieentwicklung (0,6 Mill. EUR) sowie bei den Miet- und Pachtzinsen (0,5 Mill. EUR) aufgrund zu niedriger Veranschlagung.	
	Minderausgaben bei der Studienunterstützung (2,1 Mill. EUR) infolge geringerer Inanspruchnahme.	
1/1416	Forschungseinrichtungen	
1/14168	Aufwendungen	
		+ 11 347 216,20 EUR
	Mehrausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (11,2 Mill. EUR) für das Genomforschungsprogramm GEN-AU, für das Österreichische Zentrum für Biomodelle und Transgenetik der Veterinärmedizinischen Universität Wien, für die Programme UniINVENT und "Austrian Grid – GRID Computing Infrastruktur Initiative Österreich", für Programme im Bereich fFORTE – Gender IT und für das "Nationale Schwerpunktprogramm GSK" im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1417 **Österreichische Akademie der Wissenschaften
und Forschungsinstitute**

1/14176
Förderungen
(+ 4,0 %)

+ 1 018 579,-- EUR

Mehrausgaben bei den Instituten und Forschungsstellen (9,0 Mill. EUR) und bei den Transferzahlungen an sonstige Träger öffentlichen Rechts (1,7 Mill. EUR) aufgrund der Erhöhung der Förderungen für die Österreichische Akademie der Wissenschaften sowie infolge der Zahlung der letzten Rate für das Programm Austrian Academy Corpus und einer vermehrten Inanspruchnahme von Fördermitteln im Bereich des mittelfristigen Forschungsprogramms im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive.

Minderausgaben bei der Zentrale und für Kommissionen (4,9 Mill. EUR), bei den APART-Stipendien (3,6 Mill. EUR) und beim Investitionsprogramm (0,8 Mill. EUR) aufgrund geringerer Förderungen in diesem Bereich sowie infolge von Einsparungen im Zentralbereich.

1/14178
Aufwendungen
(+ 41,6 %)

+ 4 010 075,-- EUR

Mehrausgaben beim Institut Max von Laue-Paul Langevin (ILL) (5,8 Mill. EUR), beim Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (3,3 Mill. EUR) sowie bei den Transferzahlungen an sonstige Träger öffentlichen Rechts (2,0 Mill. EUR) für Projekte im Rahmen der Grundlagenforschung sowie beim RICAM-Johann Radon Institute for Computation and Applied Mathematics (0,8 Mill. EUR) für die Schaffung eines Forschungsinstitutes auf dem Gebiet der angewandten Mathematik im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive.

Minderausgaben beim Joint Venture (IMP-IMBA) (5,5 Mill. EUR) aufgrund der Umschichtung der Mittel zugunsten des Institutes Max von Laue-Paul Langevin (ILL) als erster Schritt zur Einführung eines „Globalbudgets“ für die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Weitere Minderausgaben entstanden bei einzelnen Forschungseinrichtungen, -projekten und -programmen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, bei der Galerie der Forschung sowie beim Österreichischen Beitrag zur Internationalen Universität infolge zu hoher Veranschlagung (insgesamt 2,2 Mill. EUR).

1/1418 **Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation**

1/14188
Aufwendungen
(+ 60,6 %)

+ 6 238 899,91 EUR

Mehrausgaben bei den Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive (insgesamt 8,7 Mill. EUR) aufgrund laufender Zahlungen für Expertenentsen-



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

dungen sowie infolge eines Teiles der EU-Anbahnungsfinanzierung. Weitere Mehrausgaben entstanden bei den Beiträgen für internationale Organisationen (1,5 Mill. EUR) aufgrund zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben bei der Internationalen Forschungskooperation (1,8 Mill. EUR) und bei der Stimulierung bilateraler Wissenschaftsbeziehungen (1,3 Mill. EUR) aufgrund der Nichtabschließung neuer Abkommen mit bestehenden Partnerinstitutionen. Weitere Minderausgaben entstanden bei den Entgelten an universitäre Einrichtungen (0,9 Mill. EUR), weil weniger Anträge im Ressort einlangten.

1/146	Fachhochschulen	
1/14606	Förderungen	
(+ 0,9 %)		+ 1 289 993,84 EUR

Mehrausgaben bei den laufenden Transferzahlungen an die übrigen Sektoren der Wirtschaft sowie an Kammern (insgesamt 36,0 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben bei den Zuschüssen an Vereine (34,7 Mill. EUR) aufgrund von Zahlungsverzögerungen sowie infolge zu hoher Veranschlagung.

1/149	Ämter	
1/1490	Ämter der Universitäten	
1/14900	Personalausgaben	
(- 3,3 %)		- 21 179 192,57 EUR

Minderausgaben bei den Beamten (7,6 Mill. EUR), bei den Mehrleistungsvergütungen (5,9 Mill. EUR), bei der Amtszulage (5,5 Mill. EUR), bei den Prüfungsentschädigungen (1,8 Mill. EUR), bei den Geldaushilfen (1,6 Mill. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen für Beamte (insgesamt 11,0 Mill. EUR) aufgrund stärkerer Auswirkungen sowohl der Dienstrechts-Novelle 2001 – Universitäten, BGBl. I Nr. 87, als auch des Universitätsgesetzes 2002 i.d.F. BGBl. I Nr. 77/2005, als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwartet.

Mehrausgaben bei den Vergütungen für Nebentätigkeit (zusammen 9,5 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung; weiters bei den Jubiläumsumzuwendungen (1,6 Mill. EUR) und bei den sonstigen Nebengebühren (1,0 Mill. EUR).

1/14908	Aufwendungen	
(+ 15,3 %)		+ 1 656 033,90 EUR

Mehrausgaben bei den Auslands- und Dienstreisen (0,9 Mill. EUR), bei den Aufwandsentschädigungen (0,9 Mill. EUR) sowie bei den freien Dienstverträgen (0,7 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben beim Fahrtkostenzuschuss, bei den Auslandszulagen und bei den Inlandsreisen (insgesamt 0,8 Mill. EUR) aufgrund geringerer Inanspruchnahme und infolge zu hoher Veranschlagung.

1/15 Soziale Sicherheit

Die Mehrausgaben beliefen sich auf 32 Mill. EUR und betrafen vorwiegend gestiegene Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (30 Mill. EUR).

Minderausgaben in Höhe von 23 Mill. EUR entstanden insbesondere bei den Versorgungsgebühren (12 Mill. EUR) sowie durch gesunkene Ausgaben für Heilfürsorge (2 Mill. EUR) im Rahmen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung und durch Einsparungen bei den Maßnahmen für Behinderte (2 Mill. EUR).

1/150 Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

1/1500 Zentraleitung

1/15008
Aufwendungen
(- 7,7 %)

- 1 375 511,64 EUR

Minderausgaben beim ADV-Aufwand (3,6 Mill. EUR) aufgrund der Rückstellung von Vorhaben insbesondere im Bereich der Entwicklung und Implementierung von Fachanwendungen und Geschäftsprozessen und der Integration von Fach- und Querschnittsanwendungen infolge personeller Engpässe sowie aufgrund der verfügbaren Ausgabenbindung des BMF, weiters bei Leistungen von Dritten (0,7 Mill. EUR) aufgrund restriktiver Handhabung der Budgetmittel sowie Zurückstellung von Projekten zugunsten der Öffentlichkeitsarbeit.

Mehrausgaben für Öffentlichkeitsarbeit (2,9 Mill. EUR) infolge des notwendigen weiteren Abbaues des Informationsdefizites der Bevölkerung bei den wichtigen Themen des Ressorts.

1/153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

1/1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)

1/15347
Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz
(+ 2,2 %)

+ 29 997 558,19 EUR

Mehrausgaben für die Pensionsversicherungsanstalt (59,7 Mill. EUR) infolge Auszahlung des Abrechnungsrestes für das Jahr 2004 und aufgrund einer stärkeren Zunahme der Anzahl der Pflegegeldbezieher sowie für die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (19,9 Mill. EUR) aufgrund der Zusammenlegung der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues mit der Versicherungsanstalt der Eisenbahnen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben für die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues (27,8 Mill. EUR) aufgrund der Zusammenlegung dieser Versicherungsanstalt mit der Versicherungsanstalt der Eisenbahnen sowie für die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (15,9 Mill. EUR) und für die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (6,2 Mill. EUR) infolge zu hoher Budgetierung.

1/154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

1/15456

Maßnahmen für Behinderte

(– 3,2 %)

– 2 329 184,78 EUR

Minderausgaben bei der Investitionsförderung für Betriebe (2,6 Mill. EUR) und private Institutionen (1,0 Mill. EUR) sowie bei Subventionen an private Institutionen (1,6 Mill. EUR), an Gemeinden (0,7 Mill. EUR) und an Einzelpersonen (0,5 Mill. EUR) infolge Verzögerungen bei der Durchführung von Projekten.

Mehrausgaben für Zahlungen an Betriebe (3,5 Mill. EUR) infolge verstärkter Auszahlung von Förderungen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Behindertenbereich sowie bei Subventionen an private Institutionen für die persönliche Arbeitsplatzassistenz (0,6 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/157 Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

1/1570 Bundessozialamt

1/15708

Aufwendungen

(– 7,6 %)

– 1 131 378,62 EUR

Minderausgaben beim ADV-Aufwand (2,4 Mill. EUR) infolge von Verzögerungen bei der Rechnungsabwicklung und bei Instandhaltung von Gebäuden (1,0 Mill. EUR) wegen Verzögerungen bei der Umsetzung von Bauvorhaben sowie bei diversen Ausgabenzwecken (0,8 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (2,2 Mill. EUR) infolge erhöhten Aufwandes bei der ärztlichen Begutachtung und bei Entgelten für sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,8 Mill. EUR) aufgrund der Abgeltung der Kernleistungen der Buchhaltungsagentur.

1/15737

Heilfürsorge

(– 23,0 %)

– 1 658 423,46 EUR

Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,0 Mill. EUR) durch geringere Inanspruchnahme von Heilfürsorgeleistungen sowie bei diversen Ausgabenzwecken (0,5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/15767

Versorgungsgebühren

(- 4,5 %)

- 11 680 269,60 EUR

Minderausgaben bei Rentengebühren für Beschädigte (insgesamt 5,6 Mill. EUR) sowie in der Kriegsopferversorgung für Witwen bzw. Witwer (2,8 Mill. EUR) und für Waisen (0,5 Mill. EUR) und beim Sterbegeld (0,5 Mill. EUR), weiters für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (2,0 Mill. EUR) infolge stärkeren Rückganges der Versorgungsberechtigten als angenommen.

1/16

Sozialversicherung

Mehrausgaben von 208 Mill. EUR betrafen vor allem den Bundesbeitrag an die Pensionsversicherungsanstalt (100 Mill. EUR), die Überweisung gemäß § 34 (1) GSVG (80 Mill. EUR), die Ausgleichszulagen an die Pensionsversicherungsanstalt (15 Mill. EUR) und den Betrag gemäß § 31 (2) BSVG (13 Mill. EUR).

Minderausgaben von 112 Mill. EUR betrafen vorwiegend den Bundesbeitrag an die SVA der gewerblichen Wirtschaft (80 Mill. EUR) und an die SVA der Bauern (17 Mill. EUR) sowie die Ausgleichszulagen an die SVA der Bauern (15 Mill. EUR).

1/160

Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

1/16017

Pensionsversicherungsanstalt; Bundesbeitrag

(+ 3,0 %)

+ 99 999 273,76 EUR

Mehrausgaben infolge Begleichung des Abrechnungsrestes aus dem Jahr 2004.

1/16057

Überweisung gemäß § 34 (1) GSVG

(+ 15,2 %)

+ 79 999 534,92 EUR

Mehrausgaben infolge Begleichung des Abrechnungsrestes aus dem Jahr 2004 sowie eines höheren Bedarfs bei der Partnerleistung des Bundes wegen Unterschätzung der Versichertenzahl und der Beitragsgrundlagenentwicklung.

1/16067

SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag

(- 12,1 %)

- 80 000 000,-- EUR

Minderausgaben infolge höherer Beitragseinnahmen wegen Unterschätzung der Versichertenzahl und der Beitragsgrundlagenentwicklung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/16077

Betrag gemäß § 31 (2) BSVG
(+ 6,5 %)

+ 12 999 302,-- EUR

Mehrausgaben infolge Begleichung des Abrechnungsrestes aus dem Jahr 2004 sowie eines höheren Bedarfs bei der Partnerleistung des Bundes wegen Unterschätzung der Versichertenzahl und der Beitragsgrundlagenentwicklung.

1/16087

SVA der Bauern; Bundesbeitrag
(- 1,9 %)

- 17 435 000,-- EUR

Minderausgaben infolge Überschätzung des Pensionsaufwandes und des Aufwandes für die Krankenversicherung der Pensionisten sowie aufgrund höherer Beitragseinnahmen wegen Unterschätzung der Versichertenzahl und der Beitragsgrundlagenentwicklung.

1/161

Bundesministerium; Ausgleichszulagen

1/16117

Pensionsversicherungsanstalt; Ausgleichszulagen
(+ 3,0 %)

+ 14 999 846,99 EUR

Mehrausgaben infolge Begleichung des Abrechnungsrestes aus dem Jahr 2004 sowie Unterschätzung des Aufwandes.

1/16167

SVA der Bauern; Ausgleichszulagen
(- 6,0 %)

- 15 000 000,-- EUR

Minderausgaben infolge Überschätzung des Aufwandes.

1/17

Gesundheit und Frauen

Minderausgaben von 16 Mill. EUR entstanden vor allem durch niedrigere Aufwendungen im Veterinärwesen und für epidemiologische Maßnahmen (zusammen 4 Mill. EUR) sowie durch geringere Ausgaben für die Epizootie (3 Mill. EUR) und durch geringere Förderungen und Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Zentraleitung (zusammen 2 Mill. EUR).

Die Mehrausgaben betragen 13 Mill. EUR und betrafen Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (5 Mill. EUR) sowie höhere Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (3 Mill. EUR) und für den Mutter-Kind-Pass (2 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/170	Bundesministerium für Gesundheit und Frauen	
1/1700	Zentraleitung	
1/17006	Förderungen	
(- 28,8 %)		- 1 182 019,56 EUR
	Minderausgaben beim Aufbau eines flächendeckenden Qualitätssystems im österreichischen Gesundheitswesen infolge Verzögerungen bei den diesbezüglichen Abstimmungsvorgängen, die erst nach Konstituierung der Bundesgesundheitsagentur und der korrespondierenden Institutionen auf Länderebene (Umsetzung der Art. 15a B-VG-Vereinbarung in das jeweilige Landesrecht) gegen Ende des Jahres 2005 in Angriff genommen werden konnten.	
1/17007	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 24,2 %)		- 1 121 048,51 EUR
	Minderausgaben aufgrund des günstigen Dollarkurses für den Mitgliedsbeitrag Österreichs an die WHO (1,0 Mill EUR).	
1/171	Beteiligungen, Abgeltungen	
1/1710	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH	
1/17107	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(+ 10,7 %)		+ 3 000 000,-- EUR
	Mehrbedarf infolge Zahlungen an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) zur Leistung einer Bareinlage bis 31.12.2005 für die Ausgliederung des Bundesinstitutes für Arzneimittel ab 1.1.2006 in die AGES bzw. aufgrund der Erhöhung der Basiszuwendung gemäß § 12 Abs. 3a bzw. Abs. 6 Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz (GESG), BGBl. I Nr. 63/2002 i.d.g.F..	
1/172	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	
1/1720	Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen	
1/17208	Aufwendungen	
(- 9,6 %)		- 1 234 115,83 EUR
	Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen infolge verminderter Inanspruchnahme von Expertenleistungen, da geplante Studien nicht bzw. nicht in dem gewohnten Maße durchgeführt wurden sowie bei Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe aufgrund geringerer Anforderungen der Bundesländer im Rahmen des Impf-	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

konzeptes und aufgrund einer Pönalezahlung eines Impfstofflieferanten (insgesamt 1,3 Mill. EUR).

1/1724 Mutter-Kind-Pass (zweckgebundene Gebarung)

1/17247

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 5,9 %)

+ 1 804 844,51 EUR

Mehrausgaben für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen infolge von Nachzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger betreffend die Vorjahre.

1/173 Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie und Strahlenschutz

1/1731 Veterinärwesen

1/17317

Epizootie

(- 61,6 %)

- 2 880 493,51 EUR

Minderausgaben durch geringere Entschädigungszahlungen nach dem Tiergesundheitsgesetz (1,1 Mill. EUR) für Tierärztekosten und für Wutabschussprämien sowie für Laboruntersuchungskosten (1,0 Mill. EUR), weiters bei diversen Ausgabenzwecken, insbesondere bei der Anschaffung von Tollwutködern für die orale Immunisierung der Füchse infolge der günstigen Tollwutsituation und für Entschädigungszahlungen nach dem Veterinärgesetz (0,8 Mill. EUR).

1/17318

Aufwendungen

(- 36,0 %)

- 3 087 074,14 EUR

Minderausgaben bei sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen infolge von Verzögerungen bei Abrechnungen von Forschungsaufträgen, durch geringere Ausgaben für veterinärmedizinische Maßnahmen sowie im Bereich Tierschutz.

1/174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten

1/17427

Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG)

(+ 1,1 %)

+ 4 513 975,55 EUR

Mehrausgaben infolge des höheren Umsatzsteueraufkommens.

1/19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz

Steigerungen in Höhe von 803 Mill. EUR betrafen Ausgaben für sonstige familienpolitische Maßnahmen (511 Mill. EUR) und für Unterhaltsvorschüsse (4 Mill. EUR), die Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen (249 Mill. EUR) sowie Ausgaben für Familienbeihilfen



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

(26 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entstanden durch vermehrte Aufwendungen für Kinderbetreuungsgeld, den Mutter-Kind-Pass-Bonus und für Kleinkindbeihilfen (7 Mill. EUR) sowie durch höhere Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für Schülerfreifahrten (4 Mill. EUR) und für Schulbücher (3 Mill. EUR).

Minderausgaben in Höhe von 322 Mill. EUR gab es bei den Aufwendungen-Gesetzlichen Verpflichtungen für Kinderbetreuungsgeld, den Mutter-Kind-Pass-Bonus und für Kleinkindbeihilfen (300 Mill. EUR), bei den Schulfahrt- und Lehrlingsfahrtbeihilfen (11 Mill. EUR), beim Ersatz der Heimfahrtbeihilfe für Lehrlinge (5 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen für familien- und seniorenpolitische Aktivitäten (2 Mill. EUR).

1/191 Familien- und seniorenpolitische Maßnahmen

1/1911 Familien- und seniorenpolitische Aktivitäten

1/19117

Ersatz Heimfahrtbeihilfe für Lehrlinge

(– 93,4 %)

– 4 670 067,20 EUR

Minderausgaben für den Ersatz des jährlichen Aufwandes für die Heimfahrtbeihilfe für Lehrlinge gemäß § 39 Abs. 5 lit. f FLAG 1967 i.d.F. BGBl. I Nr. 158/2002 an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen infolge geringerer Inanspruchnahme der Fahrtenbeihilfe gemäß § 30n leg. cit..

1/19118

Aufwendungen

(– 47,3 %)

– 2 145 429,50 EUR

Minderausgaben für Entgelte an Unternehmungen und juristische Personen (2,4 Mill. EUR) im Wesentlichen infolge der Zurückstellung von generationenübergreifenden Projekten.

1/1913 Reservefonds für Familienbeihilfen

1/19137

Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen

(+ 58,5 %)

+ 248 527 877,55 EUR

Mehrausgaben, nachdem der Bund nach Erschöpfung aller Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen gemäß § 40 Abs. 7 FLAG 1967 aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken hatte.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)	
1/19307 Familienbeihilfen (+ 0,9 %)		+ 26 295 246,51 EUR
	Mehrausgaben für Familienbeihilfen (Sektion B) (25,9 Mill. EUR) infolge eines Anstieges der Anzahl der anspruchsvermittelnden Kinder und für Gutachten (0,5 Mill. EUR) infolge einer höheren Inanspruchnahme von ärztlichen Sachverständigengutachten des Bundesamtes für Soziales und Behindertenwesen.	
1/1931	Kinderbetreuungsgeld, Mutter-Kind-Pass-Bonus und Kleinkindbeihilfen	
1/19317 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (– 22,1 %)		– 299 788 294,45 EUR
	Minderausgaben für Überweisungen von Pensionsbeiträgen (319,9 Mill. EUR) im Zusammenhang mit Mehrausgaben beim VA-Ansatz 1/19387, für Überweisungen an die Krankenversicherung (3,3 Mill. EUR) und für Beiträge zur betrieblichen Mitarbeitervorsorge gemäß § 39l FLAG 1967 (3,0 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.	
	Mehrausgaben für Überweisungen an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse für Karenz- und Kinderbetreuungsgeld gemäß § 39j FLAG 1967 (26,6 Mill. EUR) infolge einer höheren Inanspruchnahme.	
1/19318 Aufwendungen (+ 78,1 %)		+ 6 599 090,26 EUR
	Mehrausgaben für Entgelte für Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen (6,8 Mill. EUR) zur Deckung des Aufwandes gemäß § 38 Abs. 3 des Kinderbetreuungsgeldgesetzes (KBGG), BGBl. I Nr. 103/2001 i.d.g.F..	
1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen (– 54,2 %)		– 11 467 712,39 EUR
	Minderausgaben für Schulfahrtbeihilfe gemäß § 30c Abs. 4 FLAG 1967 (6,8 Mill. EUR) und für Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge gemäß § 30n Abs. 2 FLAG 1967 (4,7 Mill. EUR) infolge geringerer Inanspruchnahme.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/1933 Schülerfreifahrten

1/19337

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 1,2 %)

+ 3 738 709,75 EUR

Mehrausgaben für Fahrpreisersätze (ÖBB Postbus GesmbH) und Fahrpreisersätze (ÖBB Schiene) (30,0 Mill. EUR) infolge der Trennung der Verrechnung von Bus und Schiene und für Fahrpreisersätze (Post) (12,5 Mill. EUR), für Fahrpreisersätze an sonstige Verkehrsunternehmungen (5,4 Mill. EUR) und an sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften (1,2 Mill. EUR), für Fahrpreise im Gelegenheitsverkehr (1,1 Mill. EUR) und für Kostenersätze an Schulerhalter oder an Gemeinden (1,1 Mill. EUR) infolge der Valorisierung der Tarife des Linienverkehrs gemäß § 29 des Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrsgesetzes 1999 (ÖPNRV-G 1999), BGBl. I Nr. 204/1999 i.d.g.F. und einer Zunahme der Anzahl der beförderten Kinder.

Minderausgaben für Fahrpreisersätze (ÖBB), die sich zwangsläufig durch die Trennung der Verrechnung von Bus und Schiene ergeben haben (47,5 Mill. EUR).

1/1934 Schulbücher

1/19347

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 2,9 %)

+ 2 811 186,90 EUR

Mehrausgaben für die Einlösung der Schulbuchgutscheine (3,9 Mill. EUR) infolge des Ausbaues der in der Schulbuchaktion angebotenen elektronischen Schulbuchinhalte (SbX) sowie der Erweiterung der Internetanwendung Schulbuchaktion Online.

Minderausgaben für Anschaffungskosten für Schulbücher (1,1 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.

1/1938 Sonstige familienpolitische Maßnahmen

1/19387

Sonstige Maßnahmen

(+ 163,1 %)

+ 510 945 614,48 EUR

Mehrausgaben für Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten (492,0 Mill. EUR) im Zusammenhang mit Minderausgaben beim VA-Ansatz 1/19317, für den Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld (17,2 Mill. EUR), für Überweisungen an das BMGF (Mutter-Kind-Pass) (1,8 Mill. EUR) und für den Beitrag zur In-vitro-Fertilisation (0,5 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

Minderausgaben für Pensionsbeiträge aufgrund eines Wahl- oder Pflegekindes (0,6 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/19389
Unterhaltsvorschüsse
(+ 3,8 %) + 3 726 484,17 EUR

Mehrausgaben für Unterhaltsvorschüsse infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/195 **Konsumentenschutz**

1/19506
Förderungen
(– 32,9 %) – 1 133 923,42 EUR

Minderausgaben für private Institutionen infolge von Einsparungen bei der Förderung des Vereines für Konsumenteninformation.

1/20 **Äußeres**

Die Minderausgaben betragen 22 Mill. EUR und entstanden vorwiegend durch geringere Aufwendungen für die EU-Ratspräsidentschaft (13 Mill. EUR), der Vertretungsbehörden (3 Mill. EUR) und der Zentralleitung (2 Mill. EUR) sowie durch Einsparungen bei den Förderungen der Österreichischen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mbH (2 Mill. EUR).

Mehrausgaben von 21 Mill. EUR betrafen vor allem höhere Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen für Beiträge an internationale Organisationen (11 Mill. EUR), Mehraufwendungen für den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (4 Mill. EUR) sowie gestiegene Ausgaben für Anlagen (2 Mill. EUR) und Personalausgaben (2 Mill. EUR) der Vertretungsbehörden.

1/200 **Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten**

1/2000 **Zentralleitung**

1/20000
Personalausgaben
(+ 3,8 %) + 1 004 225,20 EUR

Mehrausgaben vor allem bei Vertragsbediensteten I Z (0,8 Mill. EUR) infolge befristet aufgenommener Zusatzkräfte für die EU-Ratspräsidentschaft sowie aufgrund der Übertragung von Personalkosten des Bundeskanzleramts im Zusammenhang mit der Umsetzung des Personalplanstellentransfers.

1/20008
Aufwendungen
(– 6,6 %) – 1 907 811,33 EUR

Minderausgaben bei Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (2,6 Mill. EUR) infolge geringerer Auftragsvergaben, bedingt durch die verspätete Übergabe der Objekte Herrngasse 11 und 13, bei der Miete von DFÜ-Leitungen (0,7 Mill. EUR) infolge vermehrter Nutzung adäquater Technologien und bei Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Amtszwecke (0,5 Mill. EUR) infolge verspäteter Übergabe der angemieteten Objekte Minoritenplatz 8 und Herrngasse 13. Weitere Minderausgaben betrafen vor allem



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Auslandreisen/Dienstreisen (EU) und sonstige Transporte (zusammen 0,8 Mill. EUR).

Mehrausgaben vor allem bei der Instandhaltung von Mietobjekten (Herrengasse) (1,1 Mill. EUR) infolge zusätzlicher Erfordernisse sowie einer getätigten Hauptinvestitions-Mietzinszahlung an den Vermieter, bei GASP-Aktionen (EU) (1,0 Mill. EUR) infolge Beitragsleistungen für ESVP-Operationen und bei Auslandsreisen/Dienstreisen (0,5 Mill. EUR) infolge abgerechneter Dienstreisen aus dem Vorjahr.

1/2003 Beiträge an internationale Organisationen

1/20037

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 22,9 %)

+ 11 396 622,01 EUR

Mehrausgaben vor allem beim Beitrag zum Budget der Vereinten Nationen (VN) (2,6 Mill. EUR) infolge des gestiegenen österreichischen Pflichtbeitrages sowie für die Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) (6,0 Mill. EUR), die VN-Operation in Cote d'Ivoire (UNOCI) (2,7 Mill. EUR), die VN-Stabilization Mission in Haiti (MINUSTAH) (2,4 Mill. EUR), die VN-Mission im Sudan (1,7 Mill. EUR) und die VN-Operation in Burundi (ONUB) (1,3 Mill. EUR) infolge Fortsetzung bzw. Erweiterung von friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen.

Minderausgaben vor allem bei der Mission der VN in Haiti (UNMIH) (3,0 Mill. EUR) infolge Beendigung der Mission sowie beim Internationalen Jugoslawientribunal (0,6 Mill. EUR) und der Beobachtermission in Liberia (UNOMIL) (0,5 Mill. EUR) infolge Reduktion von friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen.

1/2005 EU-Ratspräsidentschaft (Zentralbudget)

1/20058

Aufwendungen

(- 84,9 %)

- 12 720 721,77 EUR

Minderausgaben vor allem bei Entgelten an Unternehmungen (7,4 Mill. EUR) und an Einzelpersonen für Werkleistungen (2,0 Mill. EUR) und bei Mieten für bewegliche Sachen (1,0 Mill. EUR) infolge jahresüberschreitender Abrechnung erbrachter Leistungen sowie bei Repräsentationsausgaben (0,7 Mill. EUR) infolge restriktiver Handhabung.

1/2008 Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland

1/20088

Aufwendungen

+ 4 383 000,92 EUR

Mehrausgaben bei Transferzahlungen an das Ausland (4,4 Mill. EUR) infolge erbrachter Hilfeleistungen für die Opfer der am 26. Dezember 2004 eingetretenen Flutwellenkatastrophe im südostasiatischen Raum.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/2009	Österreichische Gesellschaft für Entwicklungs- zusammenarbeit mbH (ADA)	
1/20096 Förderungen (- 1,9 %)		- 1 702 940,-- EUR
	Minderausgaben bei Zuwendungen für operationelle Maßnahmen gemäß § 10 Ziffer 2 EZA-Gesetz (1,7 Mill. EUR) infolge der vom Bundesministerium für Finanzen verfügbaren Ausgabenrückstellung gemäß Art. XIV Abs. 1 Bundesfinanzgesetz 2005.	
1/201	Vertretungsbehörden	
1/20100 Personalausgaben (+ 3,6 %)		+ 1 575 009,04 EUR
	Mehrausgaben vor allem bei den Vertragsbediensteten I/R (Ausland) (0,5 Mill. EUR) infolge der konstant steigenden Kassenstärke des US-Dollars gegenüber dem Euro. Weitere Mehrausgaben betrafen vor allem die Vertragsbediensteten I Z und die Dienstgeberbeiträge infolge der EU-Ratspräsidentschaft sowie Jubiläumszuwendungen (insgesamt 1,0 Mill. EUR).	
1/20103 Anlagen (+ 108,5 %)		+ 2 387 670,28 EUR
	Mehrausgaben vor allem bei Instandsetzung von Gebäuden (1,9 Mill. EUR) infolge unabwieslicher Erfordernisse und bei Amtsausstattung (0,5 Mill. EUR) infolge Ausstattung neuer und sanierter Österreichischer Vertretungen.	
1/20108 Aufwendungen (- 3,0 %)		- 2 569 293,75 EUR
	Minderausgaben vor allem bei Kursdifferenzen aus der Fremdwährungsgebahrung (1,4 Mill. EUR) und bei Auslandzulagen (1,3 Mill. EUR) infolge günstigeren Wechselkurses des Euro zu den wichtigsten Fremdwährungen wie z.B. dem US-Dollar, japanischen Yen und britischen Pfund; ferner Minderausgaben bei Entgelten an Unternehmungen für Werkleistungen (1,1 Mill. EUR), bei einmaligen Ausgaben für die Instandhaltung von Mietobjekten (1,0 Mill. EUR) und von bundeseigenen Gebäuden (0,5 Mill. EUR) infolge Rückstellung von Instandhaltungsprojekten sowie bei sonstigen ADV-Leistungen (0,6 Mill. EUR) infolge geringerer Auftragsvergaben. Weitere Minderausgaben betrafen ua. die Nachrichtenübermittlung durch staatliche Unternehmungen, die Auslandsreisen/Dienstreisen und die Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Wohnzwecke (zusammen 0,9 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben vor allem bei Auslandsreisen/Übersiedlungen (3,4 Mill. EUR) infolge von Personalrotationen, bei Auslandzulagen (0,9 Mill. EUR) infolge	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

vermehrter Entsendungen von Bediensteten anlässlich der bevorstehenden EU-Präsidentschaft sowie gestiegener Wohnungskosten- und Erziehungskostenbeiträge und bei Mieten für Gebäude und Räumlichkeiten für Amtszwecke (0,7 Mill. EUR) infolge Begleichung eines Mietrückstandes von drei Jahren für die Amtsräume der Botschaft Preßburg.

1/30 Justiz

Mehrausgaben in Höhe von 26 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Aufwendungen der Justizanstalten (11 Mill. EUR) sowie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (9 Mill. EUR) und Personalausgaben (2 Mill. EUR) der Justizbehörden in den Ländern.

Die Minderausgaben betragen 13 Mill. EUR und betrafen gesunkene Aufwendungen (6 Mill. EUR) und Ausgaben für Anlagen (2 Mill. EUR) der Justizbehörden in den Ländern, geringere Personalausgaben der Justizanstalten (2 Mill. EUR) und die Aufwendungen des Bundesministeriums für Justiz (2 Mill. EUR).

1/300 Bundesministerium für Justiz

1/30008
Aufwendungen
(- 19,7 %)

- 1 525 000,-- EUR

Minderausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,8 Mill. EUR) insbesondere aufgrund geringerer Vorschriften zur Abgeltung der Kernleistungen der Buchhaltungsagentur des Bundes.

1/302 Justizbehörden in den Ländern

1/30200
Personalausgaben
(+ 0,6 %)

+ 1 699 853,56 EUR

Mehrausgaben bei den Entgelten (2,7 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträgen (0,6 Mill. EUR) für Vertragsbedienstete I aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhungen.

Minderausgaben bei den Beamtenbezügen (1,1 Mill. EUR) wegen der Anwendung der besoldungsrechtlichen Vorschriften für Vertragsbedienstete bei ins öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis übernommenen Rechtspflegern gemäß § 136b Abs. 4 BDG 1979 und bei den Entgelten der Vertragsbediensteten II (0,6 Mill. EUR) aufgrund Nichtnachbesetzung von Reinigungskräften.

1/30203
Anlagen
(- 24,7 %)

- 1 863 605,24 EUR

Minderausgaben insbesondere bei der sonstigen Amtsausstattung (1,0 Mill. EUR) und bei ADV-Hardware (0,4 Mill. EUR) aufgrund der vom Bundesministerium für Finanzen verfügbaren Ausgabenbindungen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/30207

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(+ 9,7 %)

+ 8 869 206,33 EUR

Mehrausgaben vor allem für Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz (1,9 Mill. EUR) infolge vermehrter Inanspruchnahme von Sachverständigen und der nunmehrigen Umsatzsteuerpflicht für Leistungen ärztlicher Sachverständiger, sowie für ersatzpflichtige Entschädigungen nach dem ASGG (12,7 Mill. EUR) infolge der Steigerung von Arbeits- und Sozialrechtsfällen, vermehrter Inanspruchnahme von Sachverständigen und der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen ärztlicher Sachverständiger.

Minderausgaben vor allem bei Bezügen (4,4 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträgen (1,1 Mill. EUR) der Rechtspraktikanten infolge deren geringeren Anzahl.

1/30208

Aufwendungen

(- 3,6 %)

- 5 840 246,01 EUR

Minderausgaben bei sonstiger Amtsausstattung (0,5 Mill. EUR) infolge Zurückstellung von Einrichtungsprojekten, bei Vollzugs- und Wegegebühren (2,9 Mill. EUR) infolge geänderter gesetzlicher Grundlagen, bei Instandhaltung von Gebäuden (1,1 Mill. EUR) infolge Zurückstellung von Instandhaltungsmaßnahmen, bei Postgebühren (3,8 Mill. EUR) infolge geringeren Aufwands für Briefporti und geringerer Zahlungen für Überwachungen nach dem Fernmeldegesetz, bei Schadensvergütungen (0,7 Mill. EUR) infolge geringerer Auszahlungssummen in Einzelfällen. Weitere Minderausgaben bei sonstigen Leistungen (ADV) (1,0 Mill. EUR) wegen der schon im Jahr 2004 vollzogenen Ethernetmigrationen und wegen späterer Realisierung des ADV-Projekts „Voice over IP“, bei Entgelten an die BRZ GmbH (2,9 Mill. EUR) wegen späteren Beginns der für 2005 geplanten Projekte „Grundbuch neu“ und „Urkundenarchiv für Grund- und Firmenbuch“ sowie bei Pauschalvergütungen an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag (0,6 Mill. EUR) wegen geringerer Zahlungen für Leistungen in überdurchschnittlich lang dauernden Verfahren.

Mehrausgaben bei ADV-Gebrauchsgütern (1,7 Mill. EUR) infolge der österreichweiten Ausstattung der Justizdienststellen mit digitalen Diktiergeräten und einer Verschiebung von Anlagen zu Aufwendungen aufgrund von Preissenkungen, bei sonstigen Vollzugs- und Wegegebühren (0,6 Mill. EUR) infolge geänderter gesetzlicher Grundlagen. Weitere Mehrausgaben entstanden bei Entgelten an Gewerbetreibende, Firmen und juristische Personen (1,9 Mill. EUR) insbesondere aufgrund höherer Reinigungsentgelte, gestiegener Kopierkosten und vermehrter therapeutischer Leistungen nach dem Suchtmittelgesetz, bei Vergütungen an Justizanstalten (0,9 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Leistungen für die Justizdienststellen und einer Erhöhung der Tarife für geleistete Arbeitsstunden, bei Bezügen der Rechtspraktikanten (0,6 Mill. EUR) infolge einer größeren Zahl verlängerter Gerichtsausbildungen sowie für diverse Ausgaben (gesamt 3,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/303 Justizanstalten

1/3030 Justizanstalten

1/30300
Personalausgaben
(– 1,3 %)

– 1 740 372,47 EUR

Minderausgaben bei Beamtenbezügen (9,3 Mill. EUR) aufgrund verringerter Zahl von Beamten, weil in Ausbildung befindliche Bedienstete als Vertragsbedienstete entlohnt werden und infolge von Dienstzuteilungen von Vertragsbediensteten des Bundesheeres.

Mehrausgaben bei Entgelten (3,8 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträgen (1,0 Mill. EUR) für Vertragsbedienstete aufgrund von Nachbesetzungen und Neuaufnahmen, bei Mehrleistungsvergütungen (1,0 Mill. EUR) aufgrund vermehrt angefallener Nebengebühren infolge gesteigener Häftlingszahlen und besonderer Vorkommnisse (Fluchten), bei sonstigen Nebengebühren (1,0 Mill. EUR) durch Anhebung der Nachtdienststärke aufgrund der gestiegenen Häftlingszahlen und zur Hebung der Sicherheit in den Justizanstalten.

1/30308
Aufwendungen
(+ 10,7 %)

+ 11 366 626,62 EUR

Mehrausgaben bei sonstigen Roh- und Hilfsstoffen (0,7 Mill. EUR) für Materialien zur Anfertigung von Haftraumeinrichtungen aufgrund der gestiegenen Häftlingszahlen, bei Medikamenten (0,6 Mill. EUR) aufgrund des Gesundheitszustands der Insassen sowie bei Inlandreisen (0,7 Mill. EUR) aufgrund gesteigener Zuteilungsgebühren durch Neuorganisation der E2b-Ausbildung und vermehrter Zuteilungen von Personaleinsatzgruppen. Weitere Mehrausgaben bei Energiebezügen (0,5 Mill. EUR) aufgrund der Errichtung zusätzlicher Haftplätze, bei Vergütungen für Gefangenenarbeiten (3,0 Mill. EUR) und bei Entgelten an Gewerbetreibende, Firmen und juristische Personen (8,5 Mill. EUR) aufgrund gesteigener Krankenhauskosten und durch den gestiegenen Insassenstand und den Gesundheitszustand der Insassen sowie infolge gesteigener Kosten für den Maßnahmenvollzug.

Minderausgaben bei Instandhaltung von Gebäuden (4,3 Mill. EUR) aufgrund teilweiser Verlagerung von Aufwendungen zu Anlagen (im Bau befindliche Gebäude) und von Ausgabenrückstellungen.

1/40 **Militärische Angelegenheiten**

Die Minderausgaben beliefen sich auf 26 Mill. EUR und ergaben sich bei den Aufwendungen (9 Mill. EUR), Personalausgaben (8 Mill. EUR) und Aufwendungen-Gesetzlichen Verpflichtungen (6 Mill. EUR) von Heer und Heeresverwaltung.

Mehrausgaben in Höhe von 13 Mill. EUR betrafen vorwiegend gestiegene Personalausgaben des BMLV (6 Mill. EUR), Aufwendungen für Bauvorhaben (3 Mill. EUR) sowie Ausgaben für Liegen-



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

schaftsankäufe (2 Mill. EUR) und für Soldatenheime (2 Mill. EUR) bei Heer und Heeresverwaltung.

1/400 Bundesministerium für Landesverteidigung

1/40000

Personalausgaben

(+ 13,0 %)

+ 5 823 888,56 EUR

Mehrausgaben entstanden bei den Gehältern der Beamten (3,7 Mill. EUR) und bei den Vertragsbediensteten (1,1 Mill. EUR) durch die Umsetzung der Heeresreform.

Der Minderbedarf bei den Beamten (BB-SozPG) (0,6 Mill. EUR) ergab sich dadurch, dass durch gesetzliche Änderungen das Ende des Vorruhestandes bei einzelnen Bediensteten vorgezogen wurde.

1/40018

Zahlungen im Zusammenhang
mit dem Bundesimmobiliengesetz

(- 38,5 %)

- 1 410 940,41 EUR

Minderausgaben bei den Normmieten (0,4 Mill. EUR) und den Betriebskosten (1,0 Mill. EUR) durch den Verkauf von Wohnungen durch die BIG an Dritte.

1/401 Heer und Heeresverwaltung

1/40100

Personalausgaben

(- 1,0 %)

- 7 924 802,94 EUR

Minderausgaben ergaben sich bei den Beamten (BB-SozPG) (1,9 Mill. EUR) durch das Vorziehen des Endes des Vorruhestandes. Durch einen verminderten Stand an Militärpersonen auf Zeit (15,1 Mill. EUR) und durch die Einhaltung der Vorgaben bei den Mehrleistungsvergütungen (1,5 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträgen (1,8 Mill. EUR) ergab sich ein weiterer Minderbedarf.

Mehrausgaben bei Beamtengehältern (0,8 Mill. EUR) und Dienstgeberbeiträgen (2,2 Mill. EUR) ergaben sich durch eine größere Anzahl von Übernahmen von Militärpersonen auf Zeit zu Berufsmilitärpersonen. Bei den Vertragsbediensteten ergaben sie sich durch die Schaffung des VB-Soldaten sowie durch verminderte Pragmatisierungen und durch die Erhöhung der Lehrlingsanzahl (zusammen 6,7 Mill. EUR). Mehrausgaben bei den sonstigen Nebengebühren ergaben sich durch die Bereitstellungsprämie für VB-Soldaten (KIOP) (1,1 Mill. EUR) und bei den Dienstgeberbeiträgen für Vertragsbedienstete durch die vermehrte Aufnahme von Bediensteten (2,9 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/40103

Liegenschaftsankäufe

(+ 263,5 %)

+ 1 725 726,70 EUR

Mehrausgaben durch den Ankauf der Residenz in Brüssel (1,8 Mill. EUR).

1/40107

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(- 3,5 %)

- 5 782 051,13 EUR

Minderausgaben bei Monatsgeld, Dienstgradzulage (2,4 Mill. EUR) und Grundvergütung (1,7 Mill. EUR) durch einen geringeren Stand an Grundwehrdienern. Weiters ergaben sich Einsparungen durch eine verminderte Inanspruchnahme von Familienbeihilfen (1,8 Mill. EUR) und durch die Verringerung des durchschnittlichen Zeitsoldaten-Standes (2,7 Mill. EUR); sie entstanden bei den Geldleistungen nach dem Auslandseinsatzgesetz (1,8 Mill. EUR) sowie bei Entschädigungen für Waffenübungen (2,9 Mill. EUR).

Mehrausgaben entstanden bei Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe (1,5 Mill. EUR), bei den Entschädigungen für freiwillige Waffenübungen (2,7 Mill. EUR), bei der Fahrtkostenvergütung (0,9 Mill. EUR), beim Entgelt Ausbildungsdienst Z (0,9 Mill. EUR), bei den Heilungskosten für Wehrpflichtige (0,5 Mill. EUR) und bei Geldleistungen für Auslandseinsätze (0,6 Mill. EUR).

1/40108

Aufwendungen

(- 1,3 %)

- 8 938 642,78 EUR

Minderbedarf bei der Erstellung von Grundstückseinrichtungen (5,5 Mill. EUR) durch Verzögerung im Behördenverfahren und bei den Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke (1,7 Mill. EUR) durch zu hohe Veranschlagung. Weitere Minderausgaben entstanden bei chemischen Mitteln (0,5 Mill. EUR), Munition und Nahkampfmitteln (2,4 Mill. EUR), Kraftfahrgerät (0,9 Mill. EUR), Pioniergerät (1,5 Mill. EUR), Sonderanlagen (2,1 Mill. EUR) und bei der Instandhaltung von sonstigen Anlagen (2,5 Mill. EUR) durch die BH-Reform. Sie ergaben sich weiters durch das Vorziehen von Zahlungen bereits im Jahr 2004 beim Luftzeuggerät (20,9 Mill. EUR), bei Waffen (79,9 Mill. EUR) sowie Mieten für sonstige bewegliche Sachen (9,0 Mill. EUR) und bei der Instandhaltung von Luftfahrzeugen (0,8 Mill. EUR), bei Fernmeldegerät (0,7 Mill. EUR) und bei Verpflegungsgerät (2,4 Mill. EUR). Weitere Einsparungen betrafen Mittel zur ärztlichen Betreuung (1,0 Mill. EUR) und Sanitätsgerät (2,3 Mill. EUR), da größere Beschaffungen nicht durchgeführt wurden sowie Handelswaren zur unentgeltlichen Abgabe (2,3 Mill. EUR) und ABC-Brandschutzausstattung (4,5 Mill. EUR) durch eine Beeinspruchung bei der Vergabe. Sie entstanden bei den Entgelten für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (0,9 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Budgetierung; bei Lizenzgebühren (0,9 Mill. EUR) sowie ADV-Leistungen (3,4 Mill. EUR) sind sie auf die Nichtanpassung der Lizenzen zurückzuführen.

Mehrausgaben bei der Bekleidung und Ausrüstung (5,0 Mill. EUR) durch die Bezahlung offener Rechnungen aus dem Jahre 2004 und bei Versuchen und



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Erprobungen auf kriegstechnischem Gebiet (0,5 Mill. EUR) aufgrund vermehrter Erprobungen bei Wirtschaftsgütern und Bekleidung. Die Mehrausgaben bei Treibstoffen für Kraftfahrzeuge (0,6 Mill. EUR) und Luftfahrzeuge (2,7 Mill. EUR) sind auf Preiserhöhungen, bei Kraftfahrgerät (54,3 Mill. EUR) auf die vermehrte Beschaffung von Fahrzeugen und bei Luftzeuggerät (1,6 Mill. EUR) auf die Einführung neuer Systeme zurückzuführen. Sie entstanden bei den sonstigen Einrichtungen (2,8 Mill. EUR) durch die BH-Reform und bei der Instandhaltung von Gebäuden (7,9 Mill. EUR) im Zuge der Sanierungsmaßnahmen für Küchen. Mehrausgaben für ADV-Aufwand (3,9 Mill. EUR) und bei DFÜ-Einrichtungen (1,7 Mill. EUR) entstanden durch die beschleunigte ETHERNET-Umstellung.

Mehrausgaben bei Beobachtungs- und Messgerät (9,8 Mill. EUR), Fernmeldegerät (5,6 Mill. EUR) und Radar (10,5 Mill. EUR) entstanden durch beschleunigte Beschaffungen; bei Reinigungsmitteln (1,6 Mill. EUR), Fahrtkostenzuschüssen (1,2 Mill. EUR), Inlandreisen (3,2 Mill. EUR), Energiebezügen (0,5 Mill. EUR) und Leistungen der Post (1,0 Mill. EUR) sind sie auf zu geringe Budgetierung zurückzuführen. Mehrausgaben für Auslandszulagen (9,8 Mill. EUR) betrafen vermehrte Auslandseinsätze, bei den Transporten durch die Bahn (1,8 Mill. EUR) und sonstigen Transporten (1,1 Mill. EUR) sind sie auf vermehrte Lufttransporte zu Auslandseinsätzen sowie die vermehrte Inanspruchnahme von Bahntransporten zurückzuführen. Überschreitungen bei sonstigen Leistungen von Firmen und Gewerbetreibenden (9,9 Mill. EUR) sind auf die Zahlungen an die Buchhaltungsagentur zurückzuführen, und bei den Überweisungen an das BKA (0,5 Mill. EUR) darauf, dass die Höhe der Ausgleichstaxe bei Beginn der Planung nicht bekannt war.

1/40138

Aufwendungen (Bauvorhaben)

(+ 4,4 %)

+ 2 977 197,78 EUR

Mehrausgaben bei der Erstellung von Straßenbauten (0,6 Mill. EUR) und Instandhaltung von Gebäuden (2,7 Mill. EUR).

Minderausgaben bei den Verbrauchsgütern für innerbetriebliche Leistungen und bei der Erstellung von Gebäuden (0,6 Mill. EUR).

1/402

Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)

1/40208

Soldatenheime

(+ 42,2 %)

+ 1 686 587,16 EUR

Mehrausgaben ergaben sich wegen zu geringer Dotierung dieses zweckgebundenen VA-Ansatzes.

1/50

Finanzverwaltung

Minderausgaben von 274 Mill. EUR betrafen hauptsächlich geringere Ausgaben zur Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen (72 Mill. EUR) sowie geringere Personalausgaben (60 Mill. EUR) und Aufwendungen (5 Mill. EUR) der Ämter gemäß Poststrukturgesetz. Weitere



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben entfielen auf die Personalausgaben (34 Mill. EUR) und die Aufwendungen-Gesetzlichen Verpflichtungen (2 Mill. EUR) der Dienststellen der Zoll- und Abgabenverwaltung, auf Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz (27 Mill. EUR) sowie auf die Aufwendungen (20 Mill. EUR), Personalausgaben (9 Mill. EUR) und Anlagen (3 Mill. EUR) für die Steuer- und Zollkoordination. Geringere Ausgaben für Aufwendungen (19 Mill. EUR) und für die Personalausgaben (6 Mill. EUR) der Zentraleitung, für Aufwendungen der Bundesfinanzakademie (3 Mill. EUR), für sonstige Förderungen (3 Mill. EUR), für Entschädigungszahlungen (3 Mill. EUR) und für die Bundesbeschaffungs GmbH (2 Mill. EUR) führten ebenso zu Einsparungen.

Mehrausgaben von 64 Mill. EUR betrafen gestiegene Aufwendungen im IT-Bereich (29 Mill. EUR), bei den Dienststellen der Zoll- und Abgabenverwaltung (28 Mill. EUR), den Zweckaufwand des BMF für die Zurückstellung von Silbermünzen (4 Mill. EUR) und die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte (2 Mill. EUR).

1/500 Bundesministerium für Finanzen

1/5000 Zentraleitung

1/50000

Personalausgaben

(– 12,2 %)

– 5 789 054,38 EUR

Minderausgaben für Beamte (4,6 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anzahl und für Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten an Mitarbeitervorsorge- und Pensionskassen (1,5 Mill. EUR) sowie für Vertragsbedienstete II (0,6 Mill. EUR) infolge der Verlagerung von Aufgaben an die Steuer- und Zollkoordination des Bundesministeriums für Finanzen (SZK), Region Wien.

Mehrausgaben für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (1,4 Mill. EUR) und für Vertragsbedienstete I (0,9 Mill. EUR).

1/50003

Anlagen

(– 80,9 %)

– 1 326 226,89 EUR

Minderausgaben für Amtsausstattung (1,5 Mill. EUR) infolge der bevorstehenden Renovierung und erforderlichen Übersiedlung.

1/50008

Aufwendungen

(– 25,2 %)

– 19 053 637,53 EUR

Minderausgaben für Entgelte für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (19,4 Mill. EUR), für das Leistungsentgelt an die Buchhaltungsagentur des Bundes (4,0 Mill. EUR), für Druckwerke, Drucksorten und audio-visuelle Medien (2,8 Mill. EUR), für Entgelte für die Schulung und Weiterbildung an juristische und Einzelpersonen (1,6 Mill. EUR), für Entgelte für sonstige Werk-



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

leistungen von Einzelpersonen (1,1 Mill. EUR), für sonstige Nachrichtenübermittlung (1,1 Mill. EUR), für Mitgliedsbeiträge (0,9 Mill. EUR), für laufende Transferzahlungen an die übrigen Sektoren der Wirtschaft (0,8 Mill. EUR), für Leistungen der Post (0,6 Mill. EUR) und für Hotelkosten (Dienstreisen) (0,6 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).

Mehrausgaben für BIG-Mieten (3,8 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Veräußerung der Liegenschaft in 1010 Wien, Himmelfortgasse 4-8, an die Bundesimmobiliengesellschaft, für sonstige Leistungsentgelte (von juristischen Personen) (2,0 Mill. EUR), für Betriebskosten an die BIG (1,4 Mill. EUR), für Öffentlichkeitsarbeiten (von juristischen Personen) (1,1 Mill. EUR), für Schadensvergütungen (Vergleiche und Ähnliches) (1,1 Mill. EUR), für Arbeitsleihe (1,0 Mill. EUR), für sonstige Fremdleistungen für die Infrastruktur (von juristischen Personen) (1,0 Mill. EUR), für Ausgaben aufgrund gesetzlicher Anordnungen (1,0 Mill. EUR), für die Schulung und Weiterbildung (von juristischen Personen) (1,0 Mill. EUR), für Telekommunikationsgebühren (0,6 Mill. EUR) und für Fremdmieten (0,5 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).

1/5002

IT-Bereich

1/50028

Aufwendungen
(+ 26,4 %)

+ 28 536 978,39 EUR

Mehrausgaben für Fremdleistungen für Technologie (von juristischen Personen) (136,5 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).

Minderausgaben für ADV-Entgelte an die BRZ-GmbH (97,5 Mill. EUR), für sonstige ADV-Leistungen von Firmen (8,0 Mill. EUR) und für Entgelte an die BRZ-GmbH (Hausverwaltung) (1,9 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und einer geänderten Buchung einzelner Finanzpositionen.

1/5003

Entschädigungszahlungen

1/50037

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(- 81,8 %)

- 2 699 756,21 EUR

Minderausgaben für Entschädigungen für Vermögensverluste infolge des Ablebens eines Großteiles der Geschädigten.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/5005	Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	
1/50058	Aufwendungen	
(+ 766,3 %)		+ 2 475 156,47 EUR
	Mehrausgaben für Transaktionskosten (Vereinbarung mit BIG, Nachbesserung) (von juristischen Personen) (2,6 Mill. EUR).	
1/501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	
1/50107	Zurückstellung von Silbermünzen	
(+ 67,2 %)		+ 3 910 415,34 EUR
	Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Rückstellung von Silbermünzen gemäß § 21 Abs. 1 des Scheidemünzengesetzes 1988, BGBl. Nr. 597 i.d.g.F..	
1/50138	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen	
(– 70,5 %)		– 72 399 276,27 EUR
	Minderausgaben für Schuldenerleichterungen für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten (HIPC) (71,4 Mill. EUR) und für Länder mit mittlerem Einkommen (1,0 Mill. EUR).	
1/50148	Bundesbeschaffungs GmbH (BB-GmbH)	
(– 29,4 %)		– 1 578 000,-- EUR
	Minderausgaben für Kapitaltransferzahlungen (1,1 Mill. EUR).	
1/502	Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)	
1/50296	Sonstige Förderungen	
(– 27,6 %)		– 2 902 611,67 EUR
	Minderausgaben für die Finanzierung verschiedener Trust Funds der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) (1,9 Mill. EUR) und für das Kooperationsabkommen Global Environment Facility (GEF) (0,9 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für das Kooperationsabkommen Afrikanische Entwicklungsbank (AfEB) (1,0 Mill. EUR) und für das Kooperationsabkommen Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) (0,5 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/504	Zoll- und Abgabenverwaltung	
1/5040	Dienststellen	
1/50400	Personalausgaben	
(- 8,2 %)		- 33 502 327,68 EUR

Minderausgaben für Vertragsbedienstete (Vorruhestandsgeld) (27,1 Mill. EUR) und Vertragsbedienstete II (24,3 Mill. EUR) infolge einer geringeren Anzahl von Karenzierungen nach § 12 des Bundesbediensteten-Sozialplangesetzes (BB-SozPG), BGBl. I Nr. 138/1997 i.d.g.F., für Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten an Mitarbeitervorsorge- und Pensionskassen (12,3 Mill. EUR), für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (6,4 Mill. EUR), für sonstige Nebengebühren (1,5 Mill. EUR), für Leistungsprämien (1,4 Mill. EUR), für Geldaushilfen (1,3 Mill. EUR) und für Beamte (1,1 Mill. EUR).

Mehrausgaben für Vertragsbedienstete I (30,6 Mill. EUR), für sonstige Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Vertragsbediensteten (7,1 Mill. EUR), für Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten (3,5 Mill. EUR) und für Belohnungen (0,5 Mill. EUR).

1/50407	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 16,1 %)		- 1 674 066,61 EUR

Minderausgaben für Familienbeihilfen (1,0 Mill. EUR) und Kinderbetreuungsgeld (0,6 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Reorganisation der Finanz- und Zollverwaltung.

1/50408	Aufwendungen	
(+ 31,8 %)		+ 28 178 531,20 EUR

Mehrausgaben für Instandhaltung von Fremdgebäuden (27,5 Mill. EUR) aufgrund einer Rahmenvereinbarung des BMF mit der BIG und in Entsprechung des Generalplanes 2010, für BIG-Mieten (22,2 Mill. EUR), für Postgebühren (12,2 Mill. EUR), für Inlandreisen (5,9 Mill. EUR), für sonstige Geldverkehrsspesen (4,8 Mill. EUR), für Fremdmieten (4,7 Mill. EUR), für Bauherstellung (Infocenter) (3,6 Mill. EUR), für Reinigung Infrastruktur (von juristischen Personen) (2,7 Mill. EUR), für sonstige Leistungsentgelte (von juristischen Personen) (2,5 Mill. EUR) und für Telekommunikationsgebühren (2,4 Mill. EUR). Ferner für Instandhaltung von BIG-Gebäuden (1,7 Mill. EUR), für Baranweisierungskosten (1,4 Mill. EUR), für Öffentlichkeitsarbeiten (von juristischen Personen) (1,3 Mill. EUR), für Heizung (1,0 Mill. EUR), für Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (0,7 Mill. EUR) sowie für sonstige Nachrichtenübermittlung (0,6 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben für Betriebskosten BIG (19,9 Mill. EUR), für Energiebezüge (7,0 Mill. EUR), für Leistungen der Post (6,8 Mill. EUR), für Instandhaltung von Gebäuden (4,8 Mill. EUR), für Auslandsreisen/Dienstreisen einschließlich Dienstverrichtungen im Grenzbereich (4,1 Mill. EUR), für sonstige Miet- und Pachtzinse (3,8 Mill. EUR), für Reinigung (Firmen) (3,4 Mill. EUR), für Anteil Investitionen BIG Großsanierung (2,7 Mill. EUR), für freiwillige Sozialleistungen (2,5 Mill. EUR), für Inlandreisen (Hausbeschau) (1,7 Mill. EUR) und für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (1,1 Mill. EUR). Ferner für Druckwerke (ÖPSK) (1,0 Mill. EUR), für Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge (1,0 Mill. EUR), für die Schulung und Weiterbildung durch Einzel- und juristische Personen (1,0 Mill. EUR), für sonstige Verbrauchsgüter (0,9 Mill. EUR), für Reinigungsmittel (0,9 Mill. EUR), für Entgelte für sonstige Werkleistungen juristischer Personen (0,7 Mill. EUR), für Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel (0,5 Mill. EUR), für freie Dienstverträge (0,5 Mill. EUR) und für Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen (0,5 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).

1/50428

Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz

(– 100,0 %)

– 27 300 215,77 EUR

Minderausgaben für Zahlungen an die BIG (27,3 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und damit einhergehenden Verrechnung der Mieten und Betriebskosten bei den einzelnen Organisationseinheiten.

1/5043

Steuer- und Zollkoordination

1/50430

Personalausgaben

(– 23,0 %)

– 8 832 205,70 EUR

Minderausgaben für Beamte (6,0 Mill. EUR), für Vertragsbedienstete I (1,8 Mill. EUR), für Leistungsprämien und Geldaushilfen (1,5 Mill. EUR), für Mehrleistungsvergütungen (0,9 Mill. EUR) und für Überweisungsbeträge gemäß § 311 ASVG (0,7 Mill. EUR) infolge der Reorganisation der Finanzverwaltung.

Mehrausgaben für Vertragsbedienstete II (1,3 Mill. EUR).

1/50433

Anlagen

(– 83,4 %)

– 2 927 309,85 EUR

Minderausgaben für Amts- und Betriebsausstattung (2,9 Mill. EUR) infolge der Umstellung auf ein modernes, straffes Regionalmanagement.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/50438

Aufwendungen

(- 58,7 %)

- 20 267 434,53 EUR

Minderausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (11,9 Mill. EUR), für Betriebskosten BIG (11,1 Mill. EUR), für Kostenersätze an Gemeinden für Hilfskräfte der Bodenschätzung (0,7 Mill. EUR), für sonstige Miet- und Pachtzinse (0,6 Mill. EUR) und für Brennstoffe (0,5 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).

Mehrausgaben für BIG-Mieten (5,4 Mill. EUR), für freiwillige Sozialleistungen (1,1 Mill. EUR), für Inlandreisen (0,8 Mill. EUR) und für Druckwerke, Drucksorten und audio-visuelle Medien (0,6 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).

1/507

Sonstige nachgeordnete Dienststellen

1/5072

Bundesfinanzakademie (BFA)

1/50728

Aufwendungen

(- 46,6 %)

- 3 081 199,56 EUR

Minderausgaben für Betriebskosten BIG (3,1 Mill. EUR) und für Energiebezüge (0,9 Mill. EUR) infolge der umfassenden Neuordnung der Bildungslandschaft mit 1. Mai 2004.

Mehrausgaben für BIG-Mieten (1,5 Mill. EUR) infolge der umfassenden Neuordnung der Bildungslandschaft mit 1. Mai 2004.

1/508

Unternehmungen mit Bundesbediensteten

1/5083

Ämter gemäß Poststrukturgesetz

1/50830

Personalausgaben

(- 7,1 %)

- 59 554 603,62 EUR

Minderausgaben für Beamte (41,9 Mill. EUR), für Beamte im Vorruhestand und Beamte (BGBl. I Nr. 95/2000) (37,1 Mill. EUR), für Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten (BGBl. I Nr. 95/2000) und zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Beamte des Vorruhestandes und Beamte (BGBl. I Nr. 95/2000) (19,6 Mill. EUR), für Jubiläumswendungen (BGBl. I Nr. 95/2000) (6,3 Mill. EUR), für sonstige Nebengebühren (BGBl. I Nr. 95/2000) (6,0 Mill. EUR) und für Mehrleistungsvergütungen



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

(BGBl. I Nr. 95/2000) (4,5 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Pensionsreform 2000.

Mehrausgaben für Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen für Beamte (26,7 Mill. EUR), für Dienstgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der Beamten (22,7 Mill. EUR), für sonstige Nebengebühren (4,5 Mill. EUR) und für Mehrleistungsvergütungen (1,8 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/50838
Aufwendungen
(– 10,3 %)

– 5 101 099,87 EUR

Minderausgaben für Auslandzulagen (8,5 Mill. EUR) und für Inlandreisen (2,0 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der Pensionsreform 2000.

Mehrausgaben für Aufwandsentschädigungen (5,5 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

1/51 **Kassenverwaltung**

Mehrausgaben von 972 Mill. EUR betrafen die Zuführungen an die besondere Rücklage (666 Mill. EUR), an die zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (158 Mill. EUR) und an die besondere Einnahmen-Rücklage (54 Mill. EUR), an die besondere Aufwendungen-Rücklage (53 Mill. EUR), an die allgemeine Rücklage (37 Mill. EUR) sowie an die Rücklage für die Flexibilisierungsklausel (6 Mill. EUR).

Minderausgaben von 535 Mill. EUR entfielen hauptsächlich auf Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen (125 Mill. EUR) und Aufwendungen (123 Mill. EUR) bei den Pauschalvorsorgen für Sachausgaben sowie auf Förderungen (100 Mill. EUR) und Aufwendungen (100 Mill. EUR) bei den Pauschalvorsorgen für Forschungs-Offensivprogramme. Weitere Minderausgaben betrafen gesunkene Förderungen im Rahmen der Sonderdotierung für Forschung (50 Mill. EUR), Aufwendungen für die Siedlungswasserwirtschaft (32 Mill. EUR) und entstanden beim Geldverkehr des Bundes infolge geringerer Ausgaben für Kursverluste (4 Mill. EUR).

1/510 **Geldverkehr des Bundes**

1/51038
Kursverluste
(– 99,1 %)

– 3 615 464,12 EUR

Minderausgaben durch geringere Kursverluste.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/511	Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)	
1/5111	Siedlungswasserwirtschaft	
1/51118	Aufwendungen	
(- 12,6 %)		- 32 239 794,95 EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.	
1/512	Rücklagen	
	Die Zuführung nicht in Anspruch genommener Teile von Ausgabenvoranschlagsansätzen sowie solcher von zweckgebundenen Einnahmen und Einnahmen aus EU-Rückflüssen an Haushaltsrücklagen gemäß den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 und des Bundesfinanzgesetzes 2005 erfolgt durch buchmäßige Ausweisung von Mehrausgaben in entsprechender Höhe bei den nachstehenden Voranschlagsansätzen der Kassenverwaltung (Titel 1/512). Diesen Mehrausgaben stehen als Bedeckung einzelne Ausgabenersparungen und zweckgebundene Mehreinnahmen sowie Reste von nicht in Anspruch genommenen Rücklagenentnahmen bei den in Frage kommenden Voranschlagsansätzen gegenüber.	
1/51219	Zuführung an allgemeine Rücklage	+ 36 630 208,-- EUR
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/51229	Zuführung an Rücklage (Flexibilisierungsklausel)	+ 5 511 611,95 EUR
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/51249	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	+ 157 739 313,56 EUR
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	
1/51269	Zuführung an besondere Rücklage	+ 665 531 294,-- EUR
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/51279

Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage

+ 53 839 860,05 EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/51289

Zuführung an besondere Aufwendungen-Rücklage

+ 52 731 900,-- EUR

Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage.

1/518

Sonstige Pauschalvorsorgen

1/5181

Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Diese Pauschalvorsorge für Sachausgaben war zur Bedeckung der bei den einzelnen anweisenden Organen tatsächlich anfallenden unaufschiebbaren Mehrausgaben, insbesondere solcher für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen, für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland sowie für die Durchführung von unvorhersehbaren Reise- und Repräsentationsaufwendungen vorgesehen.

1/51816

Förderungen

(- 100,0 %)

- 1 017 000,-- EUR

Minderausgaben bedingt durch die Nichtinanspruchnahme der Pauschalvorsorge.

1/51817

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

(- 100,0 %)

- 124 719 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 3,2 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für die Bezahlung der Ausgleichstaxe 2004 (2,2 Mill. EUR) sowie für Hilfsmaßnahmen anlässlich der Flutkatastrophe in Südostasien (1,0 Mill. EUR) gebunden.

1/51818

Aufwendungen

(- 100,0 %)

- 123 389 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 1,7 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im Ausland (0,5 Mill. EUR) und für Reise- und Repräsentationsverpflichtungen des Bundespräsidenten (1,2 Mill. EUR) gebunden.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/5183 Pauschalvorsorge für Forschungs-Offensivprogramm

Diese Pauschalvorsorge für das Forschungs-Offensivprogramm war zur Bedeckung der Mehrausgaben für die Finanzierung des Forschungs-Offensivprogramms der Bundesregierung vorgesehen.

1/51836
Förderungen
(– 100,0 %)

– 100 000 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 17,0 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für die Finanzierung der Förderungen im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive der Bundesregierung gebunden.

1/51838
Aufwendungen
(– 100,0 %)

– 100 000 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 74,7 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für die Finanzierung diverser Maßnahmen im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive der Bundesregierung gebunden.

1/5184 Sonderdotierung für Forschung

Diese Sonderdotierung für Forschung war zur Bedeckung der Mehrausgaben für die Sonderdotierung „Forschung“ (Forschungsanleihe) der Bundesregierung vorgesehen.

1/51846
Förderungen
(– 100,0 %)

– 50 000 000,-- EUR

Bei diesem Voranschlagsansatz wurden insgesamt 50,0 Mill. EUR zur Bedeckung von Mehrausgaben für die Sonderdotierung „Forschung“ (Forschungsanleihe) der Bundesregierung gebunden.

1/53 Finanzausgleich

Die Mehrausgaben betragen 178 Mill. EUR und betrafen Bedarfszuweisungen an die Länder (99 Mill. EUR) und an die Gemeinden (22 Mill. EUR), Zahlungen gemäß Hochwasseropfer-Entschädigungs- und Wiederaufbaugesetz (HWG) 2005 (34 Mill. EUR), Aufwendungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Katastrophenfonds (17 Mill. EUR), Finanzzuweisungen für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (3 Mill. EUR) sowie Zuschüsse für Krankenanstalten (2 Mill. EUR) und solche aufgrund von Sondergesetzen (2 Mill. EUR).

Minderausgaben von 14 Mill. EUR betrafen vor allem den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder (5 Mill. EUR), Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz (4 Mill. EUR), Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten (2 Mill. EUR) sowie Förderungen im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Katastrophenfonds (2 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/530 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/53007

Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder

(- 4,9 %)

- 5 261 249,-- EUR

Minderausgaben, weil der aus Bundesmitteln zu leistende Kopffquotenausgleich, der von jeder Änderung des örtlichen Aufkommens an gemeinschaftlichen Bundesabgaben abhängt, schwer abschätzbar ist.

1/53027

Bedarfszuweisung an Länder

(+ 12,6 %)

+ 99 247 555,-- EUR

Mehrausgaben entsprechend dem höheren Aufkommen an den für die Bemessung der Bedarfszuweisung maßgeblichen Abgaben (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Wohnbauförderungsbeitrag) in den Monaten Oktober 2004 bis September 2005 (77,7 Mill. EUR) und durch die Gewährung einer weiteren Bedarfszuweisung gemäß § 23a Abs. 1 FAG 2005 (BGBl. I Nr. 105/2005) aufgrund einer Senkung des Steuersatzes der Spielbankabgabe (21,5 Mill. EUR).

1/53047

Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen

(+ 3,3 %)

+ 2 907 823,-- EUR

Mehrausgaben infolge des höheren Aufkommens an den Abgaben mit einheitlichem Schlüssel gemäß § 9 Abs. 1 FAG 2005 in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum entsprechend dem FAG 2005.

1/53057

Bedarfszuweisung an Gemeinden

(+ 18,2 %)

+ 21 664 990,-- EUR

Mehrausgaben aufgrund einer weiteren Bedarfszuweisung gemäß § 23a Abs. 1 FAG 2005 (BGBl. I Nr. 105/2005) aufgrund einer Senkung des Steuersatzes der Spielbankabgabe.

1/53097

Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten

(- 1,0 %)

- 2 215 597,02 EUR

Minderausgaben bei den Zuweisungen nach § 20 Abs. 4 FAG (3,1 Mill. EUR) aufgrund des niedrigeren Aufkommens an Mineralölsteuer.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/532 Zweckzuschüsse des Bundes I

1/53207

Zuschüsse für Krankenanstalten

(+ 1,8 %)

+ 2 027 267,-- EUR

Mehrausgaben aufgrund des höheren Aufkommens an Umsatzsteuer in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum entsprechend dem FAG 2005.

1/53217

Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

(- 16,2 %)

- 3 721 761,49 EUR

Minderausgaben bei den Zuschüssen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 (1,1 Mill. EUR) und dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1983 (2,6 Mill. EUR) infolge niedrigerer Anforderung von Bundeszuschüssen zu den von den Ländern zur Verfügung gestellten Mitteln.

1/533 Zweckzuschüsse des Bundes II

1/53307

Zuschüsse aufgrund von Sondergesetzen

+ 1 999 000,-- EUR

Mehrausgaben infolge eines Zweckzuschusses an das Land Kärnten gemäß BGBl. I Nr. 160/2005, anlässlich der 85. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung.

1/534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/53406

Förderungen

(- 13,0 %)

- 1 822 550,-- EUR

Minderausgaben für Hagelversicherungsprämien, da weniger neue Versicherungsverträge abgeschlossen wurden als erwartet.

1/53408

Aufwendungen

(+ 7,0 %)

+ 16 657 238,07 EUR

Mehrausgaben für Überweisungen an das BMLFUW für Schäden im Vermögen des Bundes (3,4 Mill. EUR), für Schäden im Vermögen privater Personen (11,9 Mill. EUR), für Schäden im Vermögen der Länder (3,1 Mill. EUR), für Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren (1,8 Mill. EUR) sowie für Schäden im Vermögen der Gemeinden (3,6 Mill. EUR).

Minderausgaben infolge geringerer Anforderungen von Bundesmitteln durch das BMVIT für Schäden im Vermögen des Bundes (3,0 Mill. EUR) sowie für Zwecke der Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden (4,2 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/536 Katastrophenfonds

1/53608

Zahlungen gemäß HWG 2005

+ 33 700 100,-- EUR

Mehrausgaben für Überweisungen an das BMLFUW für Schäden im Vermögen des Bundes (13,6 Mill. EUR) und für Schäden im Vermögen privater Personen (20,1 Mill. EUR) infolge der Hochwasserkatastrophe 2005.

54 Bundesvermögen

Minderausgaben von 567 Mill. EUR betrafen vorwiegend Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (zweckgebundene Gebarung) (369 Mill. EUR) und die Nebengebarung (AFG) (zweckgebundene Gebarung) (132 Mill. EUR) sowie die Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen (26 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B) (Übrige Gebarung) (21 Mill. EUR), den Kostenersatz an das IAKW (17 Mill. EUR), Förderungen für sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen (12 Mill. EUR) sowie die Abgeltung an Donaukraftwerke für den Aufwand im öffentlichen Interesse (2 Mill. EUR).

Mehrausgaben in Höhe von 51 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Zahlungen an internationale Finanzinstitutionen (33 Mill. EUR) sowie gestiegene Aufwendungen für sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen (11 Mill. EUR) und für unbewegliches Bundesvermögen (6 Mill. EUR).

1/540 Kapitalbeteiligung

1/54052

Internationale Finanzinstitutionen

(+ 30,1 %)

+ 33 151 240,94 EUR

Mehrausgaben beim Europäischen Entwicklungsfonds aufgrund des höheren Abrufs des österreichischen Beitrags (22,7 Mill. EUR) sowie beim Afrikanischen Entwicklungsfonds (10,0 Mill. EUR) und der Asiatischen Entwicklungsbank (1,0 Mill. EUR) infolge höherer Einlösung von Bundesschatzscheinen.

1/546 Unbewegliches Bundesvermögen

1/54608

Aufwendungen

(+ 249,7 %)

+ 6 241 472,77 EUR

Mehrausgaben für die an die BIG zu leistenden Transaktionskosten im Zusammenhang mit den Nachbesserungen anlässlich des Verkaufs von Liegenschaften (7,9 Mill. EUR).

Minderausgaben hauptsächlich aufgrund geringerer Provisions- und Zinszahlungen an die BIG (1,7 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/547	Haftungsübernahmen des Bundes	
1/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)	
1/54708	Nebengebarung (AFG)	
(- 62,9 %)		- 132 020 384,22 EUR
	Minderausgaben bei den Kosten gemäß § 7 Abs. 2 AFG insbesondere im Zusammenhang mit der Zinssatzreduktion Polen (126,0 Mill. EUR) und bei der Kursrisikogarantie (3,5 Mill. EUR) in Ermangelung von Anlassfällen. Weitere Minderausgaben beim Bankanteil an Haftungsentgelten (von juristischen Personen) (2,5 Mill. EUR).	
1/54709	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)	
(- 61,4 %)		- 368 991 745,13 EUR
	Minderausgaben wegen geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG (372,7 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben aus Wechselbürgschaften gemäß § 2 AFG (3,7 Mill. EUR).	
1/5471	Sonstige Finanzhaftungen	
1/54718	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	
(- 20,0 %)		- 12 638 981,86 EUR
	Minderausgaben bei der Kursrisikogarantie (AFFG) (zw) (23,6 Mill. EUR) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Euro und ausländischen Währungen sowie bei Zahlungen an die Wirtschaftsservice Austria GmbH (2,1 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben bei der Kursrisikogarantie (AFFG) (13,0 Mill. EUR) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Euro und ausländischen Währungen.	
1/5472	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)	
1/54729	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (B)	
(- 100,0 %)		- 20 873 000,-- EUR
	Minderausgaben infolge geringeren Anfalls von Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen gemäß § 1 AFG.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

548	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/5482	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	
1/54826	Kostenersatz an IAKW (– 32,4 %)	– 17 048 000,-- EUR
	Minderausgaben insbesondere infolge geringerer Kostenersatzzahlungen im Rahmen der Asbestsanierung im Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (17,1 Mill. EUR).	
1/54838	Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse (– 3,8 %)	– 1 500 453,-- EUR
	Minderausgaben für das Kraftwerk Greifenstein aufgrund von Verzögerungen der Großreparaturen an Kraftwerken (18,8 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für das Kraftwerk Freudenua zufolge einer Umschichtung der Rückzahlungen für die Vorfinanzierung der Kraftwerksbauten vom Kraftwerk Greifenstein auf das Kraftwerk Freudenua (17,3 Mill. EUR).	
5484	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/54846	Förderungen (– 64,0 %)	– 12 164 029,41 EUR
	Minderausgaben hauptsächlich für Zahlungen an das Ausland wegen des Ausbleibens von Zahlungsbilanzkrisen, welche österreichische Beiträge zu international koordinierten Maßnahmen erfordert hätten, weiters wegen der Unterschreitung des maximalen Ausgabenrahmens für Einzelprojekte aufgrund der aktuellen Identifikation zweckmäßiger Unterstützungsprojekte sowie wegen geringerer Dotierung der Shelter Funds.	
1/54848	Aufwendungen (+ 280,2 %)	+ 11 433 820,57 EUR
	Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen mit Bundesbeteiligung infolge der Übertragung der IMS-Geschäftsanteile an die HBB (100 %-Tochter der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws)), im Zuge derer auch die vorhandene Garantie bei der aws gelöscht wurde (12,4 Mill. EUR).	
	Minderausgaben für laufende Transferzahlungen an den Tiroler Flughafen betreffend das Projekt "Innverdrängung" infolge Bauverzögerung (1,0 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/55 Pensionen

Die Minderausgaben betragen 277 Mill. EUR und betrafen Ruhebezüge (147 Mill. EUR), Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung der RuhestandsbeamtenInnen (17 Mill. EUR), Versorgungsbezüge (9 Mill. EUR) und Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (2 Mill. EUR) der Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes. Weitere Minderausgaben entstanden bei den Aufwendungen-Gesetzlichen Verpflichtungen der Österreichischen Bundesbahnen (64 Mill. EUR) und der Ämter gemäß Poststrukturgesetz (32 Mill. EUR) sowie bei den Ruhebezügen der Bediensteten der ausgegliederten Institutionen (4 Mill. EUR).

Die Mehrausgaben beliefen sich auf 5 Mill. EUR.

1/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

1/55000
Ruhebezüge
(– 6,1 %) – 146 632 299,90 EUR

Minderausgaben durch einen wesentlich geringeren Zugang an Ruhebezugsempfängern.

1/55010
Versorgungsbezüge
(Witwer/en und Waisenpension)
(– 1,7 %) – 8 543 608,-- EUR

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl an anspruchsberechtigten Versorgungsbeziehern (Witwer/en und Waisen), als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

1/55030
Dienstgeberbeiträge zur KV der
RuhestandsbeamtenInnen
(– 16,2 %) – 16 848 421,35 EUR

Minderausgaben infolge einer geringeren Anzahl an Ruhebezugsempfängern, für die der Dienstgeber einen Beitrag in Höhe von 3,15 % zur Kranken- und Unfallversicherung leisten muss.

1/55057
Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz
(– 4,3 %) – 1 909 416,80 EUR

Minderausgaben infolge einer geringen Anzahl an Anspruchsberechtigten, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/551	Ersätze an Länder	
1/55107	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	
(+ 0,6 %)		+ 5 408 981,67 EUR
	Mehrausgaben (5,9 Mill. EUR), da die in den Jahren 2003 und 2004 erstmals zuerkannten Pensionen im Durchschnitt erheblich höher waren, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
	Minderausgaben (0,5 Mill. EUR) aufgrund eines geringeren Zugangs von Empfangsberechtigten beim Pflegegeld, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
1/552	Sonstige Bedienstete (ausgliederte Institutionen)	
1/55200	Ruhebezüge	
(- 6,2 %)		- 4 440 455,40 EUR
	Minderausgaben infolge eines deutlich geringeren Zugangs bei den Ruhebezugsempfängern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
1/55257	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz	
(- 40,2 %)		- 1 161 557,70 EUR
	Minderausgaben infolge einer deutlich geringeren Anzahl an Anspruchsberechtigten, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
1/555	Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBF)	
1/5550	Österreichische Bundesbahnen	
1/55507	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 3,5 %)		- 64 265 328,13 EUR
	Minderausgaben infolge einer deutlich geringeren Anzahl an Neupensionierungen, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	
1/5551	Ämter gemäß Poststrukturgesetz	
1/55517	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	
(- 2,7 %)		- 32 214 217,60 EUR
	Minderausgaben infolge einer deutlich geringeren Anzahl an Neupensionierungen, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

Minderausgaben von 24 329 Mill. EUR betrafen vor allem die Tilgung in heimischer (8 859 Mill. EUR) und in fremder (7 843 Mill. EUR) Währung, Verzinsung und Aufgeld (57 Mill. EUR) in heimischer Währung sowie Aufwendungen (B) aus Devisentermingeschäften (4 626 Mill. EUR) bei kurzfristigen Verpflichtungen. Weiters ergaben sich Minderausgaben bei der Tilgung (1 704 Mill. EUR) und bei Verzinsung und Aufgeld (628 Mill. EUR) für Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (Pauschalvorsorge), beim Erwerb von Wertpapieren mit Gegenposition im Rahmen der sonstigen Wertpapiergebarung (207 Mill. EUR) sowie bei der Tilgung von Bundesschatzscheinen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (206 Mill. EUR). Einsparungen ergaben sich ebenso bei der Tilgung von Anleihen (47 Mill. EUR) und von Bundesobligationen und Schuldverschreibungen (40 Mill. EUR) (titrierte Finanzschuld in fremder Währung) sowie bei den Ausgaben aus der Tilgung von Währungstauschverträgen in heimischer (45 Mill. EUR) und in fremder (24 Mill. EUR) Währung.

Mehrausgaben von 8 288 Mill. EUR entstanden hauptsächlich bei der Tilgung (3 405 Mill. EUR) sowie bei Verzinsung und Aufgeld (34 Mill. EUR) von kurzfristigen Verpflichtungen mit Gegenposition in fremder Währung, bei der Kapitalauszahlung von Währungstauschverträgen in fremder Währung (2 352 Mill. EUR) und bei Verzinsung und Aufgeld (901 Mill. EUR) sowie bei der Tilgung (207 Mill. EUR) von Anleihen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung). Weitere Mehrausgaben betrafen die Tilgung (650 Mill. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld (45 Mill. EUR) von Krediten und Darlehen (nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung), Aufwendungen mit Gegenposition beim Titel 589 „Sonstiger Aufwand“ (183 Mill. EUR), Verzinsung und Aufgeld bei Währungstauschverträgen in heimischer Währung (139 Mill. EUR) sowie sonstige Aufwendungen mit Gegenposition bei kurzfristigen Verpflichtungen (92 Mill. EUR). Verzinsung und Aufgeld von Anleihen (titrierte Finanzschuld in fremder Währung) (84 Mill. EUR), gestiegene Aufwendungen (B) aus Devisentermingeschäften (81 Mill. EUR) und die Tilgung von Bundesschatzscheinen (titrierte Finanzschuld in fremder Währung) (77 Mill. EUR) führten ebenso zu Mehrausgaben.

580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

5800 Anleihen

1/58008

Verzinsung und Aufgeld

(+ 17,5 %)

+ 901 281 921,75 EUR

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen bzw. der Übernahme von Kreditoperationen aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (891,3 Mill. EUR); weitere Mehrausgaben für Stückzinsenzahlungen beim Erwerb von Bundestiteln (23,4 Mill. EUR).

Minderausgaben aufgrund des Verkaufs von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (10,0 Mill. EUR) und infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung (3,4 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

7/58009
Tilgung
(+ 1,4 %)

+ 207 483 260,73 EUR

Mehrausgaben durch die Übernahme einer Kreditoperation aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (153,5 Mill. EUR) sowie beim Erwerb von Bundstiteln (54,0 Mill. EUR).

5801 Bundesobligationen und Schuldverschreibungen

1/58018
Verzinsung und Aufgeld
(+ 20,9 %)

+ 13 092 926,57 EUR

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen und der Übernahme einer Kreditoperation aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003.

5802 Bundesschatzscheine

1/58028
Verzinsung und Aufgeld
(– 33,7 %)

– 8 912 435,50 EUR

Minderausgaben für Zinsenaufwand aufgrund günstiger variabler Zinssatzentwicklung (7,4 Mill. EUR) sowie infolge geringeren Verkaufs von Bundesschatzen (1,6 Mill. EUR).

7/58029
Tilgung
(– 24,1 %)

– 205 791 116,99 EUR

Minderausgaben beim Erwerb von Bundstiteln.

581 Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

5810 Kredite und Darlehen

1/58108
Verzinsung und Aufgeld
(+ 5,4 %)

+ 45 163 457,92 EUR

Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen bzw. der Übernahme von Kreditoperationen aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (55,3 Mill. EUR).

Minderausgaben infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung (7,1 Mill. EUR) sowie aufgrund der vorzeitigen Tilgung einer Kreditoperation im Wege der Konversion (2,5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

7/58109
Tilgung
(+ 34,3 %) + 650 465 720,29 EUR

Mehrausgaben infolge Tilgung von nach Voranschlagserstellung begebenen Kreditoperationen (600,0 Mill. EUR) sowie durch die Übernahme von Kreditoperationen aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (50,9 Mill. EUR).

582 **Titrierte Finanzschuld in fremder Währung**

5820 **Anleihen**

1/58208
Verzinsung und Aufgeld
(+ 14,2 %) + 84 052 867,62 EUR

Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen bzw. der Übernahme von Kreditoperationen aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (94,3 Mill. EUR).

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse (10,2 Mill. EUR).

7/58209
Tilgung
(- 4,0 %) - 47 093 405,30 EUR

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.

5821 **Bundesobligationen und Schuldverschreibungen**

1/58218
Verzinsung und Aufgeld
(- 4,1 %) - 2 023 727,83 EUR

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse (1,2 Mill. EUR) sowie aufgrund der bereits im Jahr 2004 erfolgten Inanspruchnahme von Call-Optionen bei Kreditoperationen (0,8 Mill. EUR).

7/58219
Tilgung
(- 100,0 %) - 39 851 000,-- EUR

Minderausgaben infolge der bereits im Jahr 2004 erfolgten Inanspruchnahme (22,6 Mill. EUR) bzw. durch Nichtinanspruchnahme (17,3 Mill. EUR) von Call-Optionen bei Kreditoperationen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

5822	Bundesschatzscheine	
7/58229 Tilgung		+ 76 596 004,21 EUR
	Mehrausgaben infolge Tilgung einer nach Voranschlagserstellung begebenen Kreditoperation.	
583	Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung	
5830	Kredite und Darlehen	
7/58309 Tilgung (– 3,4 %)		– 5 131 251,25 EUR
	Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.	
584	Ausgaben aus Währungstauschverträgen	
5840	In heimischer Währung	
1/58408 Verzinsung und Aufgeld (+ 13,6 %)		+ 139 306 650,22 EUR
	Mehrausgaben für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (171,0 Mill. EUR).	
	Minderausgaben infolge günstiger variabler Zinssatzentwicklung (31,2 Mill. EUR) sowie aufgrund der bereits im Jahr 2004 erfolgten Inanspruchnahme von Call-Optionen bei Kreditoperationen (0,5 Mill. EUR).	
7/58409 Tilgung (– 100,0 %)		– 44 983 000,-- EUR
	Minderausgaben infolge der bereits im Jahr 2004 erfolgten Inanspruchnahme (25,2 Mill. EUR) bzw. durch Nichtinanspruchnahme (19,8 Mill. EUR) von Call-Optionen bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen.	
5841	In fremder Währung	
1/58418 Verzinsung und Aufgeld (+ 3,2 %)		+ 6 739 533,25 EUR
	Mehrausgaben vor allem für Zinsenaufwand infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen bzw. der Übernahme von Kreditoperationen aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

7/58419
Tilgung
(- 4,4 %) - 23 906 638,29 EUR

Minderausgaben infolge günstiger Devisenkurse.

7/5843 In fremder Währung

7/58439
Kapitalauszahlung + 2 352 316 064,64 EUR

Mehrausgaben infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (2 246,1 Mill. EUR) sowie der Übernahme einer Kreditoperation aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (106,2 Mill. EUR).

585 Kurzfristige Verpflichtungen

5850 In heimischer Währung

1/58508
Verzinsung und Aufgeld
(- 95,0 %) - 57 026 569,51 EUR

Minderausgaben für Zinsen infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen bzw. aufgrund des bei Gegenposition verrechneten Zinsenaufwandes; siehe auch VA-Ansatz 1/58548.

7/58509
Tilgung
(- 88,6 %) - 8 859 133 000,-- EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

5851 In fremder Währung

1/58518
Verzinsung und Aufgeld
(+ 34,8 %) + 10 426 674,86 EUR

Mehrausgaben infolge höherem Zinsenaufwand bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

7/58519
Tilgung
(- 98,0 %) - 7 843 469 933,66 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme bzw. aufgrund der bei Gegenposition verrechneten Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen; siehe auch VA-Ansatz 7/58559.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

5852 Devisentermingeschäfte

1/58528
Aufwendungen
(– 88,6 %)

– 8 862 857,01 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufschläge bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.

7/58529
Aufwendungen (B)
(– 57,8 %)

– 4 626 276 917,10 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte in heimischer Währung.

5854 Gegenposition in heimischer Währung

1/58548
Verzinsung und Aufgeld

+ 3 847 913,47 EUR

Mehrausgaben für Zinsenaufwand bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen.

5855 Gegenposition in fremder Währung

1/58558
Verzinsung und Aufgeld

+ 34 378 956,41 EUR

Mehrausgaben für Zinsenaufwand bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen.

7/58559
Tilgung

+ 3 405 474 845,54 EUR

Mehrausgaben infolge höherer Aufnahme von bei Gegenposition verrechneten kurzfristigen Verpflichtungen.

1/5859 Gegenposition sonstiger Aufwand

1/58598
Aufwendungen

+ 92 355 869,54 EUR

Mehrausgaben für Kursverluste bei der Begebung von kurzfristigen Verpflichtungen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

587 Ausgaben mit Gegenposition

5870 Sonstige Wertpapiergebarung

1/58708

Stückzinsen mit Gegenposition

+ 2 015 160,69 EUR

Mehrausgaben für Stückzinsen beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (1,3 Mill. EUR) sowie infolge der Verrechnung von Stückzinsen in heimischer Währung bei der Begebung von Kreditoperationen (0,7 Mill. EUR).

7/58709

Erwerb von Wertpapieren mit Gegenposition

(– 10,4 %)

– 207 002 000,-- EUR

Minderausgaben beim Erwerb von Bundstiteln in heimischer Währung (364,0 Mill. EUR).

Mehrausgaben infolge des Transfers von Bundstiteln in den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (157,0 Mill. EUR).

588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

5881 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV)

Bei diesem Paragraphen wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die im Vorjahr nach der Erstellung des Voranschlags durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen mit Zinsenverpflichtungen im selben Jahr pauschal veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen sachlich zugeordnet werden können, dient die pauschale Vorsorge bei diesem Paragraphen der Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 BHG bzw. Art. V Abs. 3 BFG 2005.

1/58818

Verzinsung und Aufgeld

(– 100,0 %)

– 627 603 000,-- EUR

Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen beim sachlich in Betracht kommenden VA-Ansatz 1/58008.

7/58819

Tilgung

(– 100,0 %)

– 1 704 001 000,-- EUR

Minderausgaben aufgrund der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Zahlungen bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 7/58009, 7/58109 und 7/58829.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

5882 Devisentermingeschäfte

7/58829

Aufwendungen (B)

+ 80 672 692,62 EUR

Mehrausgaben infolge der Tilgung einer Kreditoperation, in deren Zusammenhang ein Devisentermingeschäft abgeschlossen wurde.

1/589 Sonstiger Aufwand

1/58908

Aufwendungen

(- 14,1 %)

- 16 941 213,13 EUR

Minderausgaben infolge geringerer Emissionsdisagios bei Kreditoperationen in heimischer Währung (60,0 Mill. EUR) sowie geringerer Provisionen und Entgelte in heimischer Währung (6,1 Mill. EUR).

Mehrausgaben infolge höherer Disagios in heimischer Währung beim An- und Verkauf von Wertpapieren (33,3 Mill. EUR) sowie aufgrund der Verrechnung von Collateralentgelt (Entgelt für Barsicherheiten) bei Währungstauschverträgen (13,6 Mill. EUR); weitere Mehrausgaben aufgrund höherer Provisionen und Entgelte in fremder Währung (1,6 Mill. EUR) und höherer Entgelte für sonstige Leistungen bei Kreditoperationen in heimischer Währung (0,5 Mill. EUR).

1/58918

Aufwendungen mit Gegenposition

+ 182 547 719,52 EUR

Mehrausgaben infolge höherer Disagios in heimischer Währung beim An- und Verkauf von Wertpapieren (58,6 Mill. EUR) sowie aufgrund der Verrechnung von Emissionsdisagios bei Kreditoperationen in heimischer (53,0 Mill. EUR) und fremder (6,7 Mill. EUR) Währung; weitere Mehrausgaben für Provisionen und Entgelte in fremder (22,1 Mill. EUR) und heimischer (15,4 Mill. EUR) Währung und für die Verrechnung von Emissionsdisagios bei der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (16,9 Mill. EUR) sowie für Disagios in heimischer Währung beim An- und Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (10,0 Mill. EUR).

1/60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Mehrausgaben von 286 Mill. EUR betrafen vorwiegend Marktordnungsmaßnahmen, wie EAGFL-Garantie/Ackerkultur, Zucker und Textilpflanzen (226 Mill. EUR) und den Bundesanteil zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (4 Mill. EUR), gestiegene Aufwendungen (7 Mill. EUR) und Personalausgaben (3 Mill. EUR) der landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten sowie Ausgaben für Bau-, Projektierungskosten und Gefahrenzonenpläne im Bereich der Interessentengewässer (7 Mill. EUR) und der Bundesflüsse (4 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben entfielen auf Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen im Rahmen der Wildbach- und La-



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

winenverbauung (4 Mill. EUR), auf gestiegene Personalausgaben der Zentralleitung (4 Mill. EUR) sowie auf die Anlagen (3 Mill. EUR) für öffentliches Wassergut. Höhere Aufwendungen des Wildbach- und Lawinenverbauungsdienstes (2 Mill. EUR), für agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen (2 Mill. EUR) und die Aufwendungen im Zusammenhang mit Beteiligungen und Abgeltungen (2 Mill. EUR) führten ebenso zu Mehrausgaben.

Minderausgaben von 44 Mill. EUR betrafen hauptsächlich Förderungen für land- und forstwirtschaftliche Kredite (9 Mill. EUR), Ausgaben für betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen (9 Mill. EUR) sowie für qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (7 Mill. EUR), gesunkene Aufwendungen der Zentralleitung (6 Mill. EUR) sowie Einsparungen beim Bundesanteil für nationale Marktordnungsausgaben und Maßnahmen zur Erzeugung und Vermarktung von Honig (3 Mill. EUR).

1/600 **Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft**

1/6000 **Zentralleitung**

1/60000

Personalausgaben

(+ 7,3 %)

+ 4 400 782,83 EUR

Den Mehrausgaben bei den Beamten (2,8 Mill. EUR) aufgrund Versetzung und Dienstzuteilung der Beamten des Bundesamtes für Wald zur Zentralleitung, bei den Beamten (Bundesbediensteten-Sozialplangesetz) (1,7 Mill. EUR) und VB I Z (0,9 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung stehen Minderausgaben bei Dienstgeberbeiträgen (0,7 Mill. EUR) gegenüber.

1/60008

Aufwendungen

(- 31,6 %)

- 6 348 100,56 EUR

Minderausgaben bei Normmieten (BIG) (3,4 Mill. EUR), Betriebskosten (BIG) (0,6 Mill. EUR) und Instandhaltung von Gebäuden (2,9 Mill. EUR) sind auf die Zahlungsumbuchung zu den nachgeordneten Dienststellen zurückzuführen.

Mehrausgaben bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen (0,5 Mill. EUR) aufgrund jährlicher Preiserhöhungen bei Reinigungsarbeiten, Überwachungsdienst und sonstigen Dienstleistungen.

1/6002 **Beteiligungen, Abgeltungen**

1/60028

Aufwendungen

(+ 347,8 %)

+ 1 634 888,26 EUR

Mehrausgaben bei laufenden Transferzahlungen an die Österreichische Ernährungsagentur GmbH (0,9 Mill. EUR) infolge Erhöhung der Bundesmittel und bei Zahlungen an die Buchhaltungsagentur (0,8 Mill. EUR), die nicht veranschlagt waren.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6003	Agrar- und forstpolitische sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen	
1/60038 Aufwendungen (+ 8,0 %)		+ 1 670 567,48 EUR
	Mehrausgaben entstanden beim Lagebericht gemäß § 9 des LWG bei Entgelten an Unternehmungen (0,8 Mill. EUR) für die Erhebung und Verarbeitung von Daten über die Einkommenssituation der Bauern in Österreich und für Planungen und Untersuchungen (0,8 Mill. EUR) für die Erstellung des Wasserinformationssystems Austria (WISA) gemäß WRG 2003.	
1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben (+ 55,4 %)		+ 1 443 753,65 EUR
	Mehrausgaben bei Entgelten an Unternehmungen (0,7 Mill. EUR) für Information und Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Initiative „Genuss Region Österreich“ und für Studien und Veranstaltungen (0,6 Mill. EUR).	
1/601	Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)	
1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung) (+ 16,9 %)		+ 1 251 615,78 EUR
	Mehrausgaben betrafen die Intensivierung der forstlichen Maßnahmen vor allem in den Bundesländern Salzburg und Tirol (0,6 Mill. EUR).	
1/60136 Förderung der Weinwirtschaft (– 53,5 %)		– 1 390 630,01 EUR
	Minderausgaben entstanden bei Förderungen gemäß § 72 Weingesetz (1,4 Mill. EUR) aufgrund der Ausgabenbindung gemäß Art. XIV Abs. 1 BFG 2005 zur Bedeckung des Mehrbedarfs im Bereich der Tierzucht.	
1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen (– 33,4 %)		– 7 209 613,15 EUR
	Minderausgaben für Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung (2,8 Mill. EUR) wurden für die Bedeckung von Mehrausgaben im Bereich der Sonderausgaben, nachgeordnete Dienststellen und Zentraleitung verwendet. Weitere Minderausgaben entstanden bei der Förderung landtech-	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

nischer Maßnahmen – LWK (2,1 Mill. EUR) aufgrund geringerer Antragstellung und bei Energie aus Biomasse (insgesamt 4,5 Mill. EUR), da die Errichtung von Biomasse-Heizanlagen verstärkt durch EU-kofinanzierte Förderungen im Rahmen der ländlichen Entwicklung finanziert wurde.

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der BSE-Krise (0,6 Mill. EUR) für die Abrechnung der Maßnahmen und bei Qualitätsverbesserung in der Tierhaltung – Institutionen (0,8 Mill. EUR) für die verstärkte Förderung von bundesländerübergreifenden Organisationen sowie bei Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung (0,5 Mill. EUR) zum Abbau der Schulden im Rahmen der Hochlagen- und Schutzwaldsanierungsprojekte.

1/60156

Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen

(– 79,2 %)

– 8 872 701,91 EUR

Minderausgaben entstanden bei der Verkehrserschließung ländlicher Gebiete (4,7 Mill. EUR) und bei landwirtschaftlichen baulichen Investitionen (4,3 Mill. EUR), da Neuprojekte nur mehr im Rahmen des Programms „Ländliche Entwicklung“ gefördert und ausfinanziert wurden.

1/60166

Absatz- und Verwertungsmaßnahmen

(– 25,1 %)

– 1 004 977,-- EUR

Minderausgaben entstanden bei Werbung und Markterschließung – LWK (1,1 Mill. EUR), da diese Förderungen durch EU-kofinanzierte Maßnahmen im Rahmen der „Ländlichen Entwicklung“ finanziert wurden.

1/6018

Land- und forstwirtschaftliche Kredite

1/60186

Förderungen

(– 46,6 %)

– 9 405 000,-- EUR

Minderausgaben entstanden bei Zinsenzuschüssen für Konsolidierungskredite ab 1995 (3,8 Mill. EUR), für land- und forstwirtschaftliche Investitions-Kredite (AIK, ASK) ab 1995 (7,5 Mill. EUR), für land- und forstwirtschaftliche Investitions-Kredite/BSF ab 1995 (1,2 Mill. EUR) sowie für das EU-Fitnessprogramm ab 1995 (0,6 Mill. EUR) aufgrund der günstigen Zinsentwicklung im Jahr 2005, des Auslaufens von Maßnahmen und zu hoher Veranschlagung.

Mehrausgaben entstanden bei Zinsenzuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitions-Kredite (AIK und ASK) bis 1994 (3,6 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/60198

Forschungs- und Versuchswesen

(+ 45,9 %)

+ 1 147 258,25 EUR

Mehrausgaben entstanden bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmen (Landwirtschaft) (0,8 Mill. EUR) aufgrund relevanter Forschungsvorhaben in den Bereichen Biologische Landwirtschaft und Ernährungssicherheit für eine nachhaltige Entwicklung und deren Bewertung.

1/602

Agrarische Strukturförderung

1/60206

Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen

(EAGFL-Ausrichtung)

(- 5,3 %)

- 1 006 357,85 EUR

Minderausgaben entstanden bei sonstigen Maßnahmen für die ländliche Entwicklung, Ziel 1 (0,8 Mill. EUR) aufgrund eines geänderten Antragsverhaltens.

1/603

Marktordnungsmaßnahmen

1/60304

EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker und
Textilpflanzen) Überweisung an die AMA

(+ 67,9 %)

+ 225 978 907,71 EUR

Mehrausgaben bei der einheitlichen Betriebsprämie (199,4 Mill. EUR) aufgrund der Auszahlung des gesamten Betrages im Antragsjahr sowie bei Ackerkulturen (insgesamt 1,8 Mill. EUR) aufgrund der großen Interventionsmenge bei Getreide. Weitere Mehrausgaben bei Zucker für die Verwendung in der chemischen Industrie (26,9 Mill. EUR) durch den Umstieg der Verarbeitungsindustrie von Stärke auf Zucker. Mehrausgaben bei Ausgleichszahlungen an Erzeuger (0,9 Mill. EUR) aufgrund der guten Ernte.

Minderausgaben bei Erstattungen zur Erzeugung von Kartoffelstärke (1,2 Mill. EUR) aufgrund der Rückbuchung von Zahlungen, bei Erstattungen zur Erzeugung von Maisstärke (0,5 Mill. EUR) aufgrund des Rückganges der Mengen und bei Beihilfen für Energiepflanzen (0,6 Mill. EUR) aufgrund geringerer Antragsstellung.

1/60314

EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und
sonstige pflanzliche Erzeugnisse)

(+ 7,9 %)

+ 1 055 492,13 EUR

Mehrausgaben bei Obst und Gemüse für Beihilfen an anerkannte Erzeugerorganisationen (2,0 Mill. EUR) aufgrund der gestiegenen Umsatzentwicklung und bei Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen (0,7 Mill. EUR) aufgrund des genehmigten kofinanzierten Absatzförderungsprogramms.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben bei Umstellung und Umstrukturierung im Weinbau (1,0 Mill. EUR) aufgrund Reduzierung der Ausgaben für diese Maßnahme gemäß Entscheidung der Kommission vom 6.10.2004.

1/60324

EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse),
Überweisung an die AMA
(– 0,3 %)

– 1 061 993,01 EUR

Minderausgaben bei der Einlagerung von Magermilchpulver (0,5 Mill. EUR), da kein Magermilchpulver in die öffentliche Lagerhaltung eingelagert wurde, bei Butter und Rahm (1,5 Mill. EUR), da keine Butter in die öffentliche Lagerhaltung eingelagert wurde sowie bei Milchprämien (6,0 Mill. EUR), da von einigen Milcherzeugern entweder keine Milchprämie beantragt bzw. die erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt wurden. Weitere Minderausgaben bei Milchprämien-Ergänzungszahlungen (5,0 Mill. EUR), da für die Milchprämien-Ergänzungszahlungen ein Maximalbetrag von € 20,180.000,-- zur Verfügung stand, bei Prämien für Mutterkühe (4,6 Mill. EUR) aufgrund rückläufiger Anträge, bei Maßnahmen zur Förderung des Absatzes und Verbrauches von Rindfleisch (0,5 Mill. EUR), da keine Maßnahmen durchgeführt wurden, bei Interventionen bei Schweinefleisch (0,5 Mill. EUR), da diese Maßnahme im Jahr 2005 bereits abgeschlossen war, und bei Prämien für Mutterschafe und -ziegen (insgesamt 5,5 Mill. EUR) aufgrund der Entkoppelung dieser Prämien ab 2005 und Einbeziehung in die Auszahlung der einheitlichen Betriebsprämie.

Mehrausgaben bei Sonderprämien (7,0 Mill. EUR) und Extensivierungsprämien (2,4 Mill. EUR) aufgrund höherer Antragszahlen und bei Schlachtprämien (14,8 Mill. EUR) aufgrund zu geringer Veranschlagung.

1/60346

Maßnahmen zur Erzeugung und Vermarktung von Honig
(EAGFL-Garantie)
(– 71,5 %)

– 1 001 000,-- EUR

Minderausgaben bei Maßnahmen zur Erzeugung und Vermarktung von Honig (1,0 Mill. EUR) aufgrund geringer Antragsteller.

1/60356

Nationale Marktordnungsausgaben und Maßnahmen zur
Erzeugung und Vermarktung von Honig, Bundesanteil
(– 37,8 %)

– 2 626 560,33 EUR

Minderausgaben bei Mutterkuhprämien (0,6 Mill. EUR) aufgrund geringerer Antragsteller, bei den Kosten für die Lagerhaltung von Fleisch (1,5 Mill. EUR) und bei Ankaufaktionen für Rinder über 30 Monate (0,9 Mill. EUR), da diese Maßnahmen im Jahr 2005 nicht weitergeführt wurden.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/60366

Förderungen der Entwicklung des ländlichen Raumes,

EAGFL-Garantie

(+ 0,2 %)

+ 1 001 000,-- EUR

Mehrausgaben entstanden bei Agrarumweltmaßnahmen (5,4 Mill. EUR) aufgrund von Antragsänderungen im ÖPUL (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft) sowie bei Forstmaßnahmen (1,9 Mill. EUR), da die Mittel für „Sonstige Maßnahmen des Österreichischen Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums“ den Ländern anteilig zugeteilt wurden und über die Höhe des Forstanteils das jeweilige Bundesland entscheidet (unterliegt der Durchlässigkeit).

Minderausgaben entstanden bei Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten (4,3 Mill. EUR), bei sonstigen Maßnahmen ländlicher Entwicklung (1,1 Mill. EUR) sowie bei Erzeugergemeinschaften (0,9 Mill. EUR) aufgrund geringerer Antragstellung.

1/60376

Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes,

Bundesanteil

(+ 1,1 %)

+ 4 000 000,-- EUR

Mehrausgaben entstanden bei Agrarumweltmaßnahmen (6,5 Mill. EUR) aufgrund von Antragsänderungen im ÖPUL sowie bei Forstmaßnahmen (1,3 Mill. EUR), da die Mittel für „Sonstige Maßnahmen des Österreichischen Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums“ den Ländern anteilig zugeteilt wurden und über die Höhe des Forstanteils das jeweilige Bundesland entscheidet (unterliegt der Durchlässigkeit).

Minderausgaben entstanden bei Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten (3,0 Mill. EUR) sowie bei Erzeugergemeinschaften (0,8 Mill. EUR) aufgrund geringerer Antragstellung.

1/605

Lehr- und Versuchsanstalten

1/6050

Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

1/60500

Personalausgaben

(+ 8,4 %)

+ 3 020 568,57 EUR

Mehrausgaben vorwiegend bei den VB I L Z (1,4 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/60503
Anlagen
(+ 99,6 %) + 1 226 938,17 EUR

Mehrausgaben entstanden für im Bau befindliche Anlagen an den HBLA Raumberg und Klosterneuburg sowie für Labor- und sonstige Betriebsausstattung infolge zu geringer Veranschlagung.

1/60508
Aufwendungen
(+ 103,9 %) + 6 958 615,34 EUR

Mehrausgaben entstanden bei der Instandhaltung von Gebäuden (1,7 Mill. EUR), bei Mieten (BIG) (1,7 Mill. EUR), bei Betriebskosten (BIG) (0,6 Mill. EUR) sowie bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen (1,0 Mill. EUR) infolge zu geringer Veranschlagung.

1/607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und
Ausbildungswesens

1/6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und
landwirtschaftliche Fachschulen

1/60717
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(+ 3,0 %) + 1 000 000,-- EUR

Mehrausgaben entstanden bei laufenden Transferzahlungen für Personalaufwandskosten (1,0 Mill. EUR) aufgrund der Erhöhung des Bundesanteiles für die Finanzierung der Besoldungskosten des landwirtschaftlichen Schulwesens.

1/608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und
Lawinenverbauung

1/6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

1/60808
Aufwendungen
(+ 132,2 %) + 2 380 034,94 EUR

Mehrausgaben bei der Instandhaltung von Gebäuden aufgrund der Refundierung von Zahlungen für Instandhaltungsmaßnahmen (1,5 Mill. EUR) und bei Mieten (BIG) (0,5 Mill. EUR) aufgrund von Mietzinszahlungen an die Bundsimmobiliengesellschaft mbH.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6081	Öffentliches Wassergut	
1/60813 Anlagen		+ 2 996 354,86 EUR
	Mehrausgaben entstanden beim Erwerb von Grund und Boden (unbebaut) in Kärnten (3,0 Mill. EUR) aufgrund der Ankäufe von Grundflächen in den Gemeinden Vellach, Ossiach, Steindorf und Stiegl.	
1/6083	Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung) (+ 7,1 %)		+ 4 211 583,70 EUR
	Mehrausgaben bei Wildbachverbauung gemäß Hochwasseropfer-Entscheidungs- und Wiederaufbaugesetz (HWG) 2005 (6,4 Mill. EUR) zur Beseitigung der Hochwasserschäden. Weitere Mehrausgaben aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Sanierung von geschädigten Wäldern mit Schutzwirkung (2,5 Mill. EUR), bei Wildbachverbauungen (4,8 Mill. EUR), beim Rettenbach (0,5 Mill. EUR) und der Breitlehnerlawine (0,6 Mill. EUR).	
	Minderausgaben bei Lawinenverbauungen (10,7 Mill. EUR) und beim Gaisbach (0,5 Mill. EUR) aufgrund der Verlagerung des Schwerpunkts von der Prävention vor Lawinen hin zur Beseitigung von Hochwasserschäden.	
1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinenverbauungen (zweckgebundene Gebarung) (+ 41,2 %)		+ 1 084 504,79 EUR
	Mehrausgaben entstanden bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmen (1,1 Mill. EUR) für die Beschaffung von Grundlegendaten für die Gefahrenzonenplanung.	
1/6085	Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/60858 Bau-, Projektierungskosten, Gefahrenzonenpläne (zweckgebundene Gebarung) (+ 16,8 %)		+ 3 998 999,97 EUR
	Mehrausgaben entstanden beim Rheintalinnenkanal (0,6 Mill. EUR) aufgrund der Beschleunigung einer Bauphase, verbunden mit mittelfristigen Kosteneinsparungen, bei sonstigen Vorhaben (2,9 Mill. EUR) und bei Hochwasserschutz - Behebungen gemäß HWG 2005 (4,0 Mill. EUR) aufgrund dringend notwendiger Maßnahmen infolge der Hochwasserereignisse 2005.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

Minderausgaben entstanden bei Grenzgewässern (1,9 Mill. EUR) aufgrund erforderlicher Umschichtungen für Hochwasser-Schadensbehebungen, bei der Traunregulierung Bad Ischl (0,6 Mill. EUR) aufgrund der Baueinstellung seitens der Behörde und bei der Rheinregulierung (1,1 Mill. EUR) aufgrund der Nichtumsetzung des Bauprogramms.

1/6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

1/60876

Bundeszuschüsse für Bau-, Projektkosten, Gefahrenzonenpläne
(zweckgebundene Gebarung)

(+ 28,1 %)

+ 6 500 000,-- EUR

Mehrausgaben entstanden bei Hochwasserschutz – Behebungen gemäß HWG 2005 (6,5 Mill. EUR) aufgrund der Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden infolge der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2005.

1/6093 Bundesgärten

1/60938

Aufwendungen

(+ 40,4 %)

+ 1 131 846,69 EUR

Mehrausgaben entstanden vor allem bei sonstiger Betriebsausstattung, Verbrauchsgütern, Energiebezügen sowie bei Miet- und Pachtzinsen aufgrund von Preiserhöhungen und zu geringer Veranschlagung.

1/61 Umwelt

Minderausgaben in Höhe von 41 Mill. EUR betrafen vorwiegend geringere Aufwendungen für das JI/CDM-Programm (16 Mill. EUR), für die Altlastensanierung im zweckgebundenen Gebarungsbereich (9 Mill. EUR) und für sonstige Umweltmaßnahmen (2 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben entstanden durch gesunkene Förderungen der Siedlungswasserwirtschaft im zweckgebundenen Gebarungsbereich (7 Mill. EUR) und von umweltpolitischen Maßnahmen (4 Mill. EUR).

Die Mehrausgaben betragen 8 Mill. EUR.

1/612 Umweltschutz

1/6120 Umweltpolitische Maßnahmen

1/61206

Förderungen

(– 32,8 %)

– 4 403 240,-- EUR

Minderausgaben bei den Subventionen an sonstige private Institutionen, da diese Mittel im Kapitel 60 für Biomassezahlungen im Rahmen der Klimastrategie benötigt wurden.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6122	Altlastensanierung (zweckgebundene Gebarung)	
1/61226 Förderungen (+ 16,2 %)		+ 7 707 868,20 EUR
	Mehrausgaben bei den Investitionszuschüssen für die Altlastensanierung, weil die Auszahlungen entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten.	
1/61228 Aufwendungen (- 69,2 %)		- 8 651 463,51 EUR
	Minderausgaben bei den sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (6,7 Mill. EUR) sowie bei den Entgelten an Unternehmungen (zusammen 1,9 Mill. EUR), weil die Auszahlungen nur entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten.	
1/6123	Siedlungswasserwirtschaft (zweckgebundene Gebarung)	
1/61236 Förderungen (- 2,5 %)		- 7 305 530,48 EUR
	Minderausgaben bei den Investitionsförderungen, weil die Auszahlungen nur entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten.	
1/6124	Sonstige Umweltmaßnahmen	
1/61248 Aufwendungen (- 27,4 %)		- 2 333 904,86 EUR
	Minderausgaben bei den Entgelten an Unternehmungen aufgrund verminderter Aufträge im Bereich klima:aktiv und der Regionalförderung (2,9 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für Abwicklungskosten durch erhöhten Abwicklungsaufwand (0,6 Mill. EUR).	
1/6127	JI/CDM-Programm	
1/61278 Aufwendungen (- 65,0 %)		- 15 599 138,25 EUR
	Minderausgaben bei den Entgelten an Unternehmungen aufgrund der späteren Fälligkeit der eingegangenen Verpflichtungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/63 Wirtschaft und Arbeit

Minderausgaben in Höhe von 329 Mill. EUR betrafen vor allem Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG (228 Mill. EUR), den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (63 Mill. EUR), geringere Förderungen (D) (5 Mill. EUR) und Förderungen (3 Mill. EUR) für die unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG, Förderungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) (4 Mill. EUR) sowie die Überweisungen an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG (4 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben resultierten aus Einsparungen beim Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung (3 Mill. EUR) sowie aus geringeren Aufwendungen der Zentralleitung (3 Mill. EUR) und der Liegenschaftsverwaltung (2 Mill. EUR). Bei den Personalausgaben der Burghauptmannschaft Österreich (2 Mill. EUR) und den Anlagen des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (2 Mill. EUR) konnten ebenso Minderausgaben erreicht werden.

Mehrausgaben von 252 Mill. EUR betrafen vorwiegend Leistungen nach dem AIVG (190 Mill. EUR), Förderungen (18 Mill. EUR) und Aufwendungen (7 Mill. EUR) im Rahmen der Wirtschaftsförderungen, Ausgaben für Anlagen der Kulturbauten (15 Mill. EUR) sowie Förderungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (6 Mill. EUR). Weitere Überschreitungen gab es bei den Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) (5 Mill. EUR), beim Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (3 Mill. EUR) und bei den Aufwendungen für Zahlungen im Zusammenhang mit der EU (2 Mill. EUR).

1/630 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

1/6300 Zentralleitung

1/63008

Aufwendungen

(– 13,3 %)

– 2 743 595,-- EUR

Minderausgaben bei den Mieten von DFÜ-Leitungen (0,6 Mill. EUR) und den Lizenzgebühren durch geänderten Verrechnungsmodus (0,7 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen sowie der ARGE ELAK (ADV) aufgrund geringeren Bedarfs (insgesamt 3,2 Mill. EUR).

Mehrausgaben aufgrund der Zahlungen an die Buchhaltungsagentur (1,2 Mill. EUR) sowie für SAP-Lizenzen an die Bundesrechenzentrum GmbH (ADV) (0,6 Mill. EUR).

1/6309 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

1/63093

Anlagen

(– 48,4 %)

– 1 530 936,88 EUR

Minderausgaben bei der Hardware (ADV) infolge geringeren Bedarfs (1,8 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

1/6315 Wirtschaftsförderungen

1/63156
Förderungen
(+ 22,2 %)

+ 17 651 930,94 EUR

Mehrausgaben bei den Programmen der F&E Offensive für die Durchführung technologiepolitisch relevanter Maßnahmen des Forschungsförderungsfonds (17,0 Mill. EUR), des ERP-Fonds (1,6 Mill. EUR), für Zuschüsse an Institutionen (5,2 Mill. EUR) und zur Förderung von Institutionen (5,7 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben bei der Gewerbestrukturverbesserungsaktion (2,5 Mill. EUR), dem Grenzlandförderungsprogramm Steiermark (0,5 Mill. EUR), dem Förderungsbeitrag (nicht Investitionen) (1,5 Mill. EUR) und den Zuschüssen an Institutionen (nicht Investitionen) (0,7 Mill. EUR) sowie der TOP-Tourismus-Förderung (ERP) (7,5 Mill. EUR) und der Österreich Werbung (Internationalisierungsoffensive) (1,5 Mill. EUR) infolge gestiegenen Antragseinganges.

Bei den Zuschüssen an die Wirtschaftskammer Österreich (Offensivprogramm) (2,0 Mill. EUR), den Zuschüssen an die Wirtschaft (8,3 Mill. EUR), den Förderungen Technologie und Innovation (1,7 Mill. EUR), der Jungunternehmer-Förderungsaktion (3,3 Mill. EUR), den Zuschüssen an die Spanische Hofreitschule Bundesgestüt Piber (1,8 Mill. EUR) sowie für den Verein Museum der Moderne am Mönchsberg (0,7 Mill. EUR), bei der Tourismus-Infrastruktur-Förderung (0,8 Mill. EUR) und LEADER INTERREG II (0,8 Mill. EUR) ergeben sich Minderausgaben durch geringeren Antragseingang und aufgrund von Einsparungen zugunsten anderer Förderungsmaßnahmen. Bei den Zinsenzuschüssen (Top-Aktion) (8,0 Mill. EUR) ergeben sich infolge der Verbuchung von Rückzahlungen Minderausgaben.

1/63158
Aufwendungen
(+ 25,1 %)

+ 7 333 385,37 EUR

Mehrausgaben bei den Aufwendungen für Programme im Bereich Technologie (0,7 Mill. EUR) für die Durchführung technologiepolitisch relevanter Maßnahmen. Weitere Mehrausgaben für die EXPO-Japan (1,6 Mill. EUR), für die Schönbrunner Tiergarten GmbH (1,0 Mill. EUR) und für Investitionen in den Marchfeldschlössern (1,3 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben für Zahlungen an die Innovationsagentur (1,3 Mill. EUR) und für sonstige Werkleistungen (4,3 Mill. EUR).

Bei den Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (0,7 Mill. EUR) und den Werkleistungen im Rahmen der Exportoffensive (3,0 Mill. EUR) ergeben sich Minderausgaben durch geringeren Bedarf.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/632	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	
1/6320	Burghauptmannschaft Österreich	
1/63200	Personalausgaben	
(- 21,6 %)		- 1 701 411,30 EUR

Minderausgaben vorwiegend bei den Vertragsbediensteten II (1,1 Mill. EUR) infolge Aufnahmesperre und den Dienstgeberbeiträgen/B (0,7 Mill. EUR) infolge Fehleinschätzung.

Mehrausgaben bei den Beamtengehältern (1,6 Mill. EUR) aufgrund der allgemeinen Lohnerhöhung und dem Struktureffekt.

1/6323	Kulturbauten	
1/63233	Anlagen	
(+ 52,4 %)		+ 15 341 744,18 EUR

Mehrausgaben infolge zügigen Baufortschritts beim Museum für Völkerkunde (2,9 Mill. EUR), beim Kongresszentrum in der Hofburg (Kesselhaushof) (5,8 Mill. EUR), dem Ausbau und der Generalsanierung der Kartause Mauerbach (2,0 Mill. EUR), für die Alte Universität (4,5 Mill. EUR), für die Generalsanierung des Amtsgebäudes in der Himmelfortgasse/Johannesgasse (2,0 Mill. EUR), für die Generalsanierung des Regierungsgebäudes am Stubenring (0,6 Mill. EUR), für die Generalsanierung des Amtsgebäudes Wallnerstraße für die OSZE (4,3 Mill. EUR) sowie durch die Zahlung an die HAKOAH (4,3 Mill. EUR) gemäß dem Washingtoner Abkommen vom 23.01.2001, verlautbart im BGBl. III Nr. 121/2001. Weitere Mehrausgaben für nicht einzeln auszuweisende Vorhaben (gesamt 8,6 Mill. EUR).

Minderausgaben für die Generalsanierung des Kunsthistorischen Museums (3,5 Mill. EUR), des Naturhistorischen Museums (2,0 Mill. EUR), der Albertina (1,8 Mill. EUR) sowie für die Generalsanierung und Erweiterung des Technischen Museums (1,5 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben aufgrund der Zurückstellung von Leistungen bei Brandschutzeinrichtungen in Kulturbauten (1,6 Mill. EUR), beim Wiederaufbau der Hofburg (1,0 Mill. EUR), beim Tiergarten Schönbrunn (1,4 Mill. EUR), beim Naturhistorischen Museum (Außenfassade Sanierung) (1,2 Mill. EUR), bei der Gedenkstätte Mauthausen (0,5 Mill. EUR), für die Generalsanierung des Amtsgebäudes in der Himmelfortgasse/Johannesgasse (2,0 Mill. EUR) sowie für den Umbau und die Generalsanierung des Pressezentrum Wallnerstraße (1,0 Mill. EUR). Minderausgaben weiters für nicht einzeln auszuweisende Vorhaben (2,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6324	Liegenschaftsverwaltung	
1/63248 Aufwendungen (- 54,2 %)		- 2 306 157,01 EUR
	Minderausgaben auf diversen Aufwendungskonten (gesamt 3,2 Mill. EUR) infolge geringeren Bedarfs.	
	Dagegen Mehrausgaben bei Werkleistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen (1,0 Mill. EUR), weil aufgrund der Personalknappheit verstärkt Arbeiten an Dritte vergeben werden müssen.	
1/635	Arbeitsmarktpolitik (I)	
1/6350	Ämter des AMS	
1/63500 Personalausgaben (+ 2,4 %)		+ 1 125 541,60 EUR
	Mehrausgaben aufgrund geringerer Zahl von Übertritten von Beamten in den Ruhestand sowie höherer Mehrleistungsvergütungen.	
1/6351	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	
1/63516 Förderungen (+ 1,0 %)		+ 5 991 327,27 EUR
	Mehrausgaben an Gemeinden (2,8 Mill. EUR), Betriebe (33,0 Mill. EUR), Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (0,6 Mill. EUR) sowie für Investitionen (3,4 Mill. EUR).	
	Minderausgaben aufgrund geringerer Inanspruchnahme durch Länder (0,6 Mill. EUR), Gemeindeunternehmungen (0,7 Mill. EUR), Kammern (3,1 Mill. EUR), Sozialversicherungsträger (4,5 Mill. EUR), Berufsförderungsinstitute (3,3 Mill. EUR), private Institutionen (8,9 Mill. EUR) sowie Einzelpersonen (12,9 Mill. EUR).	
1/63547	Sonderunterstützung	
(+ 2,4 %)		+ 1 049 831,12 EUR
	Mehrausgaben aufgrund des nur verlangsamten Rückganges von Anspruchsberechtigten (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues), die in von Betriebseinschränkung oder Betriebsstilllegung betroffenen Betrieben beschäftigt waren (1,0 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6355 Arbeitsmarktpolitische Leistungen gemäß AIVG

1/63557

Leistungen nach dem AIVG

(+ 5,6 %)

+ 190 432 548,82 EUR

Mehrausgaben aufgrund höherer Arbeitslosigkeit, insbesondere bei der Leistung Notstandshilfe (69,7 Mill. EUR), beim Krankengeldaufwand (84,2 Mill. EUR) und beim Übergangsgeld nach Altersteilzeit (1,7 Mill. EUR), analog dazu Anstieg des Aufwands für die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge insbesondere für Unfallversicherungsbeiträge für Bezieher von AIG/Arbeitsstiftung (1,8 Mill. EUR) sowie aufgrund der Pensionsharmonisierung (Verlagerung von VA-Ansatz 1/63567 zu 1/63557 in Höhe von 231,3 Mill. EUR gemäß § 6 (2) AMPFG).

Minderausgaben aufgrund der konjunkturellen Situation für die Leistung Arbeitslosengeld (47,7 Mill. EUR) und Verlagerung zur Notstandshilfe. Minderausgaben beim Übergangsgeld (54,8 Mill. EUR) und dem Altersteilzeitgeld (25,6 Mill. EUR) aufgrund verlangsamter Inanspruchnahme auf Basis der gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Minderausgaben bei der Krankenversicherung für Arbeitslosengeld-Bezieher (64,6 Mill. EUR) und der Krankenscheingebühr (e-card) (2,3 Mill. EUR) sowie dem Beitrag für Bezieher von Not- und Sondernotstandshilfe (3,3 Mill. EUR).

1/63567

Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG

(- 100,0 %)

- 228 000 000,-- EUR

Minderausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der Pensionsharmonisierung (§ 6 (2) AMPFG) (228,0 Mill. EUR).

1/6357 Überweisung an das AMS

1/63578

Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG

(- 1,3 %)

- 3 557 414,08 EUR

Minderausgaben aufgrund einer Kostenersatz-Rückzahlung aus dem Vorjahr (2,6 Mill. EUR) sowie partiellem Ausgleich der geänderten Verteilung der Personalausgaben (Beamte zu Kollektivvertragsbediensteten) (1,0 Mill. EUR).

1/63587

Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

(- 11,9 %)

- 3 248 299,-- EUR

Minderausgaben aufgrund Senkung des Beitrages gemäß Index des Hauptverbandes (3,2 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/63597		
Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (+ 89,4 %)		+ 3 247 372,47 EUR
	Mehrausgaben aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen 2005 im Sachbereich Schlechtwetter in der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (3,2 Mill. EUR).	
1/636	Arbeitsmarktpolitik (II)	
1/6363	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU)	
1/63636		
Förderungen (- 5,3 %)		- 3 605 857,42 EUR
	Minderausgaben aufgrund geänderter Auszahlungstermine für Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds (Gemeinschaftsinitiative EQUAL und Ziel-3-Österreich) (3,6 Mill. EUR).	
1/63638		
Aufwendungen (+ 12,4 %)		+ 4 516 440,33 EUR
	Mehrausgaben aufgrund beschleunigter Programmumsetzung der Endbegünstigten in den Zielprogrammen des Europäischen Sozialfonds (4,5 Mill. EUR).	
1/6366	Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG	
1/63665		
Förderungen (D) (- 100,0 %)		- 5 000 000,-- EUR
	Minderausgaben infolge Nichtinanspruchnahme von Darlehen (5,0 Mill. EUR).	
1/63666		
Förderungen (- 13,7 %)		- 3 110 695,03 EUR
	Minderausgaben bei den betrieblichen Förderungen, weil Abrechnungen zu Förderungsprojekten nicht rechtzeitig vorgelegt wurden (3,1 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/637	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	
1/6370	Zahlungen im Zusammenhang mit der EU	
1/63708	Aufwendungen	+ 2 400 189,73 EUR

Mehrausgaben aufgrund des durch die Europäische Kommission erfolgten Abschlusses von Strukturfondsprogrammen der Periode 95 - 99 und daraus resultierenden Zahlungen an die Endbegünstigten (2,4 Mill. EUR).

1/63727	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (- 15,3 %)	- 63 383 529,73 EUR
---------	---	---------------------

Minderausgaben aufgrund eines geringeren Bedarfs zur Abdeckung des Abgangs der Gebarung Arbeitsmarktpolitik (63,4 Mill. EUR).

1/65 Verkehr, Innovation und Technologie

Minderausgaben von 300 Mill. EUR betrafen vorwiegend geringere Kosten für die Eisenbahn-Infrastruktur (116 Mill. EUR), die Ausgaben für gemeinwirtschaftliche Leistungen (105 Mill. EUR), Aufwendungen (15 Mill. EUR) und Personalausgaben (2 Mill. EUR) der Wasserstraßendirektion sowie Ausgaben für Förderungen des Wasserbaus (Mittel des Katastrophenfonds) (12 Mill. EUR) sowie Förderungen im Rahmen der Innovationsförderung (9 Mill. EUR) und an Privatbahnen (6 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben entstanden im zweckgebundenen Gebarungsbereich des Donau-Hochwasserschutzes (6 Mill. EUR), für gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen) (6 Mill. EUR) sowie bei den Aufwendungen der wissenschaftlichen/FWF Technologie- und Forschungsförderung (3 Mill. EUR) und für post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten (2 Mill. EUR). Geringere Zahlungen für den allgemeinen Verkehr (2 Mill. EUR) und für luftfahrtbehördliche Tätigkeiten (2 Mill. EUR) führten ebenso zu Einsparungen.

Mehrausgaben von 245 Mill. EUR entfielen hauptsächlich auf Anlagen der Bundesstraßen A und S (76 Mill. EUR), auf Aufwendungen (48 Mill. EUR) und Förderungen (28 Mill. EUR) der Forschungsförderung GmbH sowie auf die Förderungen der wissenschaftlichen/FWF Technologie- und Forschungsförderung (25 Mill. EUR). Weitere Mehrausgaben betrafen Kapitalbeteiligungen (18 Mill. EUR), die Aufwendungen der via donau - ÖWG (zusammen 13 Mill. EUR) sowie Aufwendungen-Gesetzliche Verpflichtungen der Eisenbahnen (10 Mill. EUR) und der Post und Telekom (2 Mill. EUR). Überschreitungen bei den Förderungen (6 Mill. EUR) und Aufwendungen (4 Mill. EUR) für Sondervorhaben-Technologie sowie bei den Aufwendungen für den Wasserbau (Mittel des Katastrophenfonds) (3 Mill. EUR), für den Katastrophenfonds (zur Beseitigung von Schäden) (2 Mill. EUR) und für den Forschungs- und Technologietransfers (2 Mill. EUR) führten ebenso zu Mehrausgaben wie gestiegene Personalausgaben des Amtes der Wasserstraßendirektion (2 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/650	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	
1/6500	Zentraleitung	
1/65008 Aufwendungen (- 7,2 %)		- 1 134 265,53 EUR
	Minderausgaben wegen geringerer Zahlungen für Arbeitsleihverträge (1,0 Mill. EUR) und für sonstige ADV-Leistungen (0,5 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben bei der Inanspruchnahme von Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,4 Mill. EUR).	
1/6502	Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten	
1/65028 Aufwendungen (- 30,4 %)		- 1 872 977,51 EUR
	Minderausgaben bei der Inanspruchnahme von Leistungen von Dritten, sonstigen ADV-Leistungen und Leistungen der Post (zusammen 1,2 Mill. EUR) sowie von sonstigen Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (0,6 Mill. EUR).	
1/651	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/65118 Allgemeiner Verkehr (- 30,5 %)		- 2 125 742,82 EUR
	Minderausgaben für Sicherheitsarbeit im Bereich des Straßenverkehrs, für sonstige Verkehrsprojekte und für Grundlagenuntersuchungen im Bereich Schiene (zusammen 1,0 Mill. EUR) sowie für die Unfallforschung (0,5 Mill. EUR), für spezifische Luftfahrtangelegenheiten (0,5 Mill. EUR) und für sonstige ADV-Leistungen (0,5 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für sonstige Leistungen am Eisenbahnsektor (0,5 Mill. EUR).	
1/65133 Kapitalbeteiligungen		+ 18 286 000,-- EUR
	Mehrausgaben für die höhere notwendige Kapitalzufuhr bei der Raab-Ödenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG (18,3 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6514	Eisenbahnen	
1/65147	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 10 496 342,67 EUR
	Mehrausgaben aufgrund erhöhter laufender Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger (10,5 Mill. EUR).	
1/65148	Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur (- 11,5 %)	- 115 844 000,-- EUR
	Minderausgaben bei den Kapitaltransferzahlungen an die ÖBB (119,3 Mill. EUR) und für sonstige Rechts- und Beratungskosten (1,1 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben beim Infrastrukturbeitrag Brenner Basistunnel AG (4,5 Mill. EUR).	
1/65158	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (- 16,8 %)	- 104 604 488,-- EUR
	Minderausgaben bei den Leistungen für den Personenverkehr (112,1 Mill. EUR) und bei den Leistungen gemäß dem Privatbahngesetz (4,4 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben bei den Leistungen für den Güterverkehr (12,3 Mill. EUR).	
1/6517	Post und Telekom	
1/65177	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 2 000 000,-- EUR
	Mehrausgaben zur Erfüllung der Aufgaben der RTR – Rundfunk und Telekom Regulierungs GmbH (2,0 Mill. EUR).	
1/65178	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen) (- 11,7 %)	- 6 256 732,45 EUR
	Minderausgaben bei der Telefonentgeltbefreiung (6,6 Mill. EUR).	
1/65198	Zahlungen für luftfahrtbehördliche Tätigkeiten (- 28,7 %)	- 1 579 000,-- EUR
	Minderausgaben bei Entgelten für luftfahrtbehördliche Tätigkeiten (1,6 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/652	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/6524	Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen	
1/65246 Förderungen (– 25,8 %)		– 1 038 714,97 EUR
	Minderausgaben für Investitionsförderungsbeiträge an die Kremser Hafen- und Industriebahn GmbH und für sonstige Subventionen (zusammen 0,9 Mill. EUR) sowie für das Programm Kombiniertes Güterverkehr (0,6 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für Investitionsförderungsbeiträge an die Ennshafen GmbH (0,7 Mill. EUR).	
1/65266 Förderungen an Privatbahnen (– 19,9 %)		– 5 652 557,-- EUR
	Minderausgaben für Investitionsförderungsbeiträge an die Raab-Ödenburg-Ebenfurter Eisenbahn AG (2,4 Mill. EUR), an die AG der Wiener Lokalbahnen (1,3 Mill. EUR), an die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH (1,2 Mill. EUR), für Transferleistungen an die Graz-Köflacher Bahn und Busbetriebs GmbH (0,7 Mill. EUR), für Investitionsförderbeiträge an die Salzburger Lokalbahn der Salzburg AG (0,6 Mill. EUR) und für die Schienenverbindung Innsbruck/Hall in Tirol (0,5 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben bei den Investitionsförderungsbeiträgen an die Graz-Köflacher Bahn und Busbetriebs GmbH für Sonderanlagen (0,9 Mill. EUR) und an die Linzer Lokalbahn AG (0,8 Mill. EUR).	
1/653	Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie	
1/6532	Technologie- und Forschungsförderung (wissenschaftlich)/FWF	
1/65326 Förderungen (+ 61,9 %)		+ 25 263 006,82 EUR
	Mehrausgaben im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive für die wissenschaftliche Forschung (28,0 Mill. EUR) und für wissenschaftliche Programmabwicklungen (10,0 Mill. EUR).	
	Minderausgaben betreffend den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung für die Stimulierung der europäischen Forschungskooperation (8,0 Mill. EUR) und für Spezialforschungsbereiche (4,7 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/65328
Aufwendungen
(– 93,2 %) – 2 861 332,69 EUR

Minderausgaben für Programmabwicklungen im Rahmen der Förderung der wissenschaftlichen Forschung (3,1 Mill. EUR).

1/6533 **Forschungs- und Technologietransfer**

1/65337
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)
(– 6,7 %) – 1 363 422,13 EUR

Minderausgaben beim ESA-Mitgliedsbeitrag (2,5 Mill. EUR).

Mehrausgaben beim EUMET SAT-Mitgliedsbeitrag (1,1 Mill. EUR).

1/65338
Aufwendungen
(+ 21,0 %) + 1 863 812,66 EUR

Mehrausgaben für Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (insgesamt 5,5 Mill. EUR).

Minderausgaben für Technologieschwerpunkte (1,6 Mill. EUR) und Forschungsschwerpunkte (1,6 Mill. EUR) bei den Unternehmungen.

1/6534 **Sondervorhaben - Technologie**

1/65346
Förderungen
+ 6 073 869,63 EUR

Mehrausgaben im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive beim ERP-Fonds (4,7 Mill. EUR) und für Zahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligungen (1,2 Mill. EUR).

1/65348
Aufwendungen
+ 4 321 909,90 EUR

Mehrausgaben im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive für Leistungen von Gewerbebetrieben, Firmen und juristischen Personen (3,5 Mill. EUR) und für Zahlungen an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung (0,7 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6535	Forschungsunternehmungen	
1/65356 Förderungen (– 3,0 %)		– 1 292 000,-- EUR
	Minderausgaben beim ARC – Infrastrukturkostenzuschuss (1,3 Mill. EUR).	
1/6537	Innovationsförderung	
1/65376 Förderungen (– 74,3 %)		– 9 382 841,45 EUR
	Minderausgaben für Technologieschwerpunkte (6,2 Mill. EUR) und für Forschungsschwerpunkte (3,2 Mill. EUR) bei den Unternehmungen.	
1/65378 Aufwendungen (– 6,4 %)		– 1 232 869,09 EUR
	Minderausgaben für die ESA-Wahlprogramme ARTES, ERS 1, CRV und PSDE (8,2 Mill. EUR).	
	Mehrausgaben für die ESA-Wahlprogramme EOEP, GalileoSat, GSTP, ELIPS und Earth Watch GMES (6,8 Mill. EUR).	
1/6538	Forschungsförderungs GmbH (FFG)	
1/65386 Förderungen		+ 28 191 452,33 EUR
	Mehrausgaben im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive für die Österreichische Forschungsförderungs GmbH (FFG) (28,5 Mill. EUR).	
1/65388 Aufwendungen (+ 82,8 %)		+ 47 730 651,89 EUR
	Mehrausgaben aufgrund einer FFG-Forschungsanleihe (25,0 Mill. EUR), für die FFG-Programmabwicklung (19,4 Mill. EUR) sowie für Leistungen des Bundes an die FFG im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsoffensive (3,7 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/654	Wasserbauverwaltung	
1/6541	Wasserstraßendirektion	
1/65410	Personalausgaben (– 87,6 %)	– 2 279 771,70 EUR
	Minderausgaben, weil aufgrund des Inkrafttretens des Wasserstraßengesetzes Personalausgaben zu den VA-Ansätzen des Amtes der Wasserstraßendirektion, via donau – ÖWG, umgeschichtet wurden (1,2 Mill. EUR).	
1/65418	Aufwendungen (– 100,0 %)	– 14 605 438,94 EUR
	Minderausgaben, weil aufgrund des Inkrafttretens des Wasserstraßengesetzes Aufwendungen zu den VA-Ansätzen des Amtes der Wasserstraßendirektion, via donau – ÖWG, umgeschichtet wurden (13,6 Mill. EUR).	
1/6542	Amt der Wasserstraßendirektion, via donau – ÖWG	
1/65420	Personalausgaben (+ 128,6 %)	+ 1 886 856,62 EUR
	Mehrausgaben durch Umschichtungen aufgrund des Inkrafttretens des Wasserstraßengesetzes (1,5 Mill. EUR).	
1/65448	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung) (– 66,8 %)	– 6 308 000,-- EUR
	Minderausgaben für vorbeugende Maßnahmen aus Mitteln des Katastrophenfonds (6,3 Mill. EUR).	
1/6546	Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/65466	Förderungen (– 40,3 %)	– 12 083 847,59 EUR
	Minderausgaben für Hochwasserschutzbauten im Raum von Wien (7,0 Mill. EUR), für vorbeugende Maßnahmen der Länder (2,8 Mill. EUR) und der Gemeinden (2,7 Mill. EUR), für Instandhaltungsmaßnahmen von Wien (1,0 Mill. EUR) und der Gemeinden (1,0 Mill. EUR), für Strengberg, Wallsee und Ardagger (0,6 Mill. EUR), für Instandhaltungsmaßnahmen der Länder (0,5 Mill. EUR), für den Hochwasserschutz Tullnerfeld-Nord (1. Bauabschnitt)	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

(0,5 Mill. EUR) sowie Krems-Stein (0,5 Mill. EUR) und Machland Nord (Detailplanung) (0,5 Mill. EUR).

Mehrausgaben bei den Absiedlungsprojekten Machland Nord (4,9 Mill. EUR).

1/65468
Aufwendungen

+ 3 257 177,-- EUR

Mehrausgaben für vorbeugende Maßnahmen und für Beseitigung von Schäden infolge der Neugründung der via donau - ÖWG im Zuge des Wasserstraßengesetzes (3,3 Mill. EUR).

1/6549 via donau – ÖWG

1/65497
Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

+ 6 858 183,-- EUR

Mehrausgaben für Zahlungen gemäß § 18 (1) (4,9 Mill. EUR) und § 18 (2) (2,0 Mill. EUR) Wasserstraßengesetz zur Durchführung im öffentlichen Interesse gelegener Betriebszwecke.

1/65498
Aufwendungen

+ 5 776 266,-- EUR

Mehrausgaben für Zahlungen gemäß § 18 (3) Wasserstraßengesetz (Flussbau-liches Gesamtprojekt) (5,8 Mill. EUR).

1/656 Bundesstraßenverwaltung

1/6563 Bundesstraßen A + S

1/65633
Anlagen

+ 76 135 683,96 EUR

Mehrausgaben für Liegenschaftserwerbe der ASFINAG (76,1 Mill. EUR).

1/6565 Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen
(zweckgebundene Gebarung)

1/65658
Aufwendungen
(– 100,0 %)

– 1 000 000,-- EUR

Minderausgaben bei den Überweisungen an die Straßengesellschaften für Lawinenschutzbauten (1,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN AUSGABEN-ABWEICHUNGEN

1/6566	Katastrophenfonds – Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)	
1/65668	Aufwendungen	+ 2 075 000,24 EUR
	Mehrausgaben bei den Überweisungen an die Straßengesellschaften für die Beseitigung von Schäden (2,1 Mill. EUR).	
1/657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/65707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 1 394 359,18 EUR
(+ 78,2 %)		
	Mehrausgaben bei den Überweisungen an Länder gemäß § 131a (5) KFG für die Verlängerung der Wunschkennzeichen (1,5 Mill. EUR).	
1/65708	Aufwendungen	+ 1 329 613,26 EUR
(+ 232,9 %)		
	Mehrausgaben für sonstige Leistungen von Gerwerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen (1,3 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

4.3 Ansatzweise Erläuterungen zu den Einnahmen

2/10 Bundeskanzleramt

Mindereinnahmen in Höhe von 12 Mill. EUR betrafen vorwiegend geringere erfolgswirksame Einnahmen der Zentraleitung (11 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen beliefen sich auf 2 Mill. EUR.

2/100 Bundeskanzleramt

2/1000 Zentraleitung

2/10004

Erfolgswirksame Einnahmen

(– 82,5 %)

– 11 108 013,61 EUR

Mindereinnahmen bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen (9,4 Mill. EUR) wegen überhöhter Budgetierung, erfolgter Gegenverrechnungen und einem anhängigen Gerichtsverfahren, bei Kostenersätzen für die Benutzung des zentralen Ausweichsystems (0,8 Mill. EUR) wegen noch ausstehender Forderungen sowie bei den Vergütungen von Bundesorganen (0,6 Mill. EUR) aufgrund zu hoher Budgetierung.

2/10005

Sonstige Einnahmen

+ 1 970 594,09 EUR

Mehreinnahmen bei den Überweisungen von Bundesdienststellen für Ausgleichsabgaben an den Ausgleichstaxfonds 2002 - 2004.

2/11 Inneres

2/115 Asyl- und Fremdenwesen

2/1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

2/11500

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(– 58,2 %)

– 1 222 594,17 EUR

Mindereinnahmen bei den Kostenersätzen der EU (1,2 Mill. EUR) durch Zahlungsverzögerungen der Europäischen Kommission.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/117	Sicherheitsaufgaben	
2/1170	Sicherheitsexekutive	
2/11700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 10,6 %)	+ 2 958 153,37 EUR
	Mehreinnahmen aus Strafgeldern gemäß § 100 Abs. 10 StVO (2,9 Mill. EUR) infolge vermehrter Anzeigen.	
2/11704	Erfolgswirksame Einnahmen (- 6,0 %)	- 2 102 896,55 EUR
	Mindereinnahmen bei den Transferzahlungen von Ländern für Schubhäftlinge (1,1 Mill. EUR) durch Änderungen im Fremdenrecht, bei den Kostenbeiträgen für sonstige hoheitliche Leistungen, den Kostenersätzen gemäß § 4 Abs. 5b StVO, bei den Personalkostenersätzen von Ländern, bei den Transferzahlungen von Ländern gemäß § 15 Fahrprüfungsverordnung und bei Einziehungen zum Bundesschatz (zusammen 0,9 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen bei den Bundes-Kommissions- und Bundes-Überwachungsgebühren (0,8 Mill. EUR) durch vermehrte Beauftragung privater Sicherheitsfirmen für Überwachungen und bei den Einnahmen von Dienstküchen (0,2 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen bei Geldstrafen-Organmandate (0,9 Mill. EUR).	
2/12	Bildung und Kultur	
	Die Mindereinnahmen betragen 12 Mill. EUR und betrafen hauptsächlich die erfolgswirksamen Einnahmen der Schulaufsichtsbehörden (7 Mill. EUR) sowie der Anstalten öffentlichen Rechts (2 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen in Höhe von 11 Mill. EUR entstanden vorwiegend aus den erfolgswirksamen Einnahmen aus der Erwachsenenbildung (4 Mill. EUR) und aus den zweckgebundenen erfolgswirksamen Einnahmen der allgemein bildenden höheren Schulen (2 Mill. EUR).	
2/120	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
2/1205	Anstalten öffentlichen Rechts	
2/12054	Erfolgswirksame Einnahmen (- 18,7 %)	- 2 451 230,50 EUR
	Mindereinnahmen bei den Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten (insgesamt 2,5 Mill. EUR) aufgrund nicht vorhersehbarer Übertritte von Beamten in den Ruhestand an den wissenschaftlichen Anstalten.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/122	Bundesministerium; Zweckaufwand	
2/1221	Erwachsenenbildung	
2/12214	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 3 834 323,53 EUR
	Mehreinnahmen bei den Überweisungen vom BMWA (ESF-Mittel) (3,8 Mill. EUR) infolge Überweisung von EU-Projektfinanzierungsmitteln.	
2/124	Nachgeordnete Dienststellen	
2/1248	Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung)	
2/12480	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 43,0 %)	+ 1 090 370,14 EUR
	Mehreinnahmen bei Spenden (0,9 Mill. EUR) aufgrund unerwartet hoher Spendeneingänge.	
2/126	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
2/1260	Schulaufsichtsbehörden	
2/12604	Erfolgswirksame Einnahmen (- 40,3 %)	- 6 672 514,51 EUR
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen der Länder (6,7 Mill. EUR), weil eine Zahlung des Amtes der Wiener Landesregierung nicht rechtzeitig geleistet wurde.	
2/127	Allgemein bildende Schulen	
2/1272	Allgemein bildende höhere Schulen (zweckgebundene Gebarung)	
2/12720	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 67,8 %)	+ 1 597 745,65 EUR
	Mehreinnahmen vor allem bei den sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (1,3 Mill. EUR) durch vermehrte Inanspruchnahme von schulischen Einrichtungen durch Dritte.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/128	Berufsbildende Schulen	
2/1283	Technische und gewerbliche Lehranstalten (zweckgebundene Gebarung)	
2/12830	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 25,6 %)	+ 1 380 134,90 EUR

Mehreinnahmen vor allem bei sonstigen Gebühren und Kostenersätzen (1,0 Mill. EUR) infolge vermehrter Inanspruchnahme von schulischen Einrichtungen durch Dritte.

2/14 Wissenschaft

Die Mindereinnahmen in Höhe von 33 Mill. EUR entfielen vor allem auf geringere erfolgswirksame Einnahmen der Ämter der Universitäten (26 Mill. EUR), der Universitäten; Träger öffentlichen Rechts (4 Mill. EUR), und entstanden im Zusammenhang mit den Klinikaufwendungen (2 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen beliefen sich auf 4 Mill. EUR.

2/140	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
2/1400	Bundesministerium (Zweckaufwand I) (Verwaltungsbereich Wissenschaft)	
2/14009	Bezugsvorschussersätze (- 68,4 %)	- 1 189 822,20 EUR

Mindereinnahmen bei den sonstigen Bezugsvorschussersätzen sowie bei den Bezugsvorschussersätzen für Wohnbauzwecke (insgesamt 1,2 Mill. EUR), weil die Anzahl von gewährten Bezugsvorschüssen schwer abschätzbar ist sowie infolge zu hoher Veranschlagung.

2/1403	Universitäten; Träger öffentlichen Rechts	
2/14034	Erfolgswirksame Einnahmen (- 100,9 %)	- 3 592 559,14 EUR

Mindereinnahmen beim Anteil des Landes Oberösterreich (1,8 Mill. EUR) sowie beim Anteil der Stadt Linz (1,8 Mill. EUR) infolge Nichteinhaltung von vereinbarten Zahlungsverpflichtungen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/1404 **Klinikaufwendungen**

2/14044

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 57,7 %)

- 2 124 283,87 EUR

Mindereinnahmen beim aliquoten Vorsteueranteil der VAMED (2,1 Mill. EUR), weil im Jahr 2005 nicht alle Projekte verwirklicht wurden. Aufgrund der geringeren Zahlungen reduzierte sich auch der zurückzuzahlende Vorsteueranteil.

2/141 **Bundesministerium (Zweckaufwand II)**

2/1410

Hochschulische Einrichtungen

2/14104

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 23,0 %)

+ 3 348 448,82 EUR

Mehreinnahmen bei den Überweisungen vom BMWA (ESF-Mittel der EU) (2,9 Mill. EUR) sowie bei den Miet- und Pachtzinsen (0,5 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.

2/149 **Ämter**

2/1490 **Ämter der Universitäten**

2/14904

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 4,0 %)

- 25 641 661,91 EUR

Mindereinnahmen bei den Ersätzen der Universitäten (25,7 Mill. EUR) aufgrund stärkerer Auswirkungen sowohl der Dienstrechts-Novelle 2001 – Universitäten, BGBl. I Nr. 87, als auch des Universitätsgesetzes 2002 i.d.F. BGBl. I Nr. 77/2005, als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung erwartet.

2/15 **Soziale Sicherheit**

Die Mehreinnahmen betragen 26 Mill. EUR und betrafen erfolgswirksame Einnahmen aus der Pflegevorsorge (Kostenersatz) (26 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen beliefen sich auf 1 Mill. EUR.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/153	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	
2/1534	Pflegevorsorge (Kostenersatz)	
2/15344	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 168,8 %)		+ 25 662 723,42 EUR

Mehreinnahmen infolge der Rückzahlung überhöhter Vorschüsse der Sozialversicherungsträger für das Jahr 2003 und aufgrund der Zahlungen der Ersatzbeiträge gemäß Einbeziehungsverordnung.

2/16 Sozialversicherung

Mehreinnahmen in Höhe von 97 Mill. EUR entstanden bei den erfolgswirksamen Einnahmen des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung (91 Mill. EUR), bei den Ausgleichszulagen (5 Mill. EUR) sowie bei den Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (2 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen betragen lediglich 827 EUR.

2/160	Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	
2/16004	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 33,9 %)		+ 90 915 042,35 EUR

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Jahr 2004 geleisteten Vorschüssen.

2/161	Bundesministerium; Ausgleichszulagen	
2/16104	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 19,9 %)		+ 4 650 356,21 EUR

Mehreinnahmen infolge Rückersatzes von im Jahr 2004 geleisteten Vorschüssen.

2/165	Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)	
2/16504	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 15,3 %)		+ 1 924 404,58 EUR

Mehreinnahmen infolge höherer Beitragseinnahmen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/17 **Gesundheit und Frauen**

2/172 **Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge**

2/1724 **Mutter-Kind-Pass (zweckgebundene Gebarung)**

2/17240

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(+ 5,9 %)

+ 1 804 844,51 EUR

Mehreinnahmen infolge von höheren Überweisungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen infolge Mehrbedarfs für Nachzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger betreffend die Vorjahre.

2/174 **Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten**

2/17494

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 77,7 %)

+ 3 670 518,06 EUR

Mehreinnahmen bei Entgelten für Leistungen nach dem AMG infolge der vermehrten Durchführung nationaler, zentraler und dezentraler Zulassungs- und Änderungsverfahren, für die seitens der Pharmafirmen Gebühren zu entrichten und teilweise auch Gutachtertätigkeiten zu ersetzen sind (1,9 Mill. EUR). Weiters bei Beiträgen der EU für Gesundheitsbelange, die seitens der EMEA (Europäische Zulassungsbehörde in London) für zentrale Verfahren geleistet werden (1,6 Mill. EUR).

2/175 **Leistungen zur Krankenversicherung und sonstige Leistungen zur Sozialversicherung**

2/17514

Leistungen zur Sozialversicherung

+ 2 483 869,78 EUR

Mehreinnahmen infolge der Abrechnung des Bundesbeitrages zur Unfallversicherung der Sozialversicherungsanstalt der Bauern für das Geschäftsjahr 2004 gemäß § 31 Abs. 4 des Bauernsozialversicherungsgesetzes (BSVG).

2/19 **Familie, Generationen, Konsumentenschutz**

Die Mehreinnahmen betragen 270 Mill. EUR und betrafen vor allem den Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen (249 Mill. EUR) und den höheren Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer (20 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen in Höhe von 29 Mill. EUR entstanden vorwiegend bei den Dienstgeberbeiträgen (Sektion A) (24 Mill. EUR) und beim Ersatz der Heimfahrtbeihilfe für Lehrlinge (5 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/193	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)	
2/19300	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)	
(– 0,7 %)		– 23 792 653,34 EUR
	Mindereinnahmen infolge niedrigerer Bruttoarbeitslöhne.	
2/19310	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	
(+ 5,0 %)		+ 20 124 781,05 EUR
	Die Mehreinnahmen entsprechen dem Abgabenaufkommen.	
2/19341	Ersatz Heimfahrtbeihilfe für Lehrlinge	
(– 93,4 %)		– 4 670 067,20 EUR
	Mindereinnahmen aus dem Ersatz des jährlichen Aufwandes für die Heim- fahrtbeihilfe für Lehrlinge gemäß § 39 Abs. 5 lit. f FLAG 1967 aus allgemeinen Budgetmitteln infolge geringerer Inanspruchnahme.	
2/19382	Unterhaltsvorschüsse	
(+ 2,9 %)		+ 1 199 220,10 EUR
	Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/19390	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen	
(+ 58,5 %)		+ 248 528 877,55 EUR
	Der Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen war um 248 528 877,55 EUR höher als erwartet.	
2/20	Äußeres	
2/200	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten	
2/2000	Zentraleitung	
2/20009	Darlehensrückzahlungen	
(– 95,2 %)		– 2 072 085,37 EUR
	Mindereinnahmen vor allem bei sonstigen Investitionsdarlehen (Ausland) (EZA) (2,0 Mill. EUR) infolge unterbliebener Rückzahlungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/30 Justiz

Die Mindereinnahmen betragen 24 Mill. EUR und betrafen geringere erfolgswirksame Einnahmen der Justizbehörden in den Ländern (23 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen betragen 6 Mill. EUR.

2/302 Justizbehörden in den Ländern

2/30204

Erfolgswirksame Einnahmen

(– 3,4 %)

– 23 269 826,24 EUR

Mindereinnahmen bei Vollzugs- und Wegegebühren (3,5 Mill. EUR) infolge geänderter gesetzlicher Grundlagen und bei Gebühren und bei Ersätzen in Rechtssachen (22,6 Mill. EUR) infolge eines geringeren Anstiegs als bei der Voranschlagserstellung angenommen.

Mehreinnahmen bei Strafgeldern (2,7 Mill. EUR) infolge verstärkter Hereinbringung von Geldstrafen.

2/303 Justizanstalten

2/3030 Justizanstalten

2/30304

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 8,6 %)

+ 3 859 919,32 EUR

Mehreinnahmen bei Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen im Strafvollzug (2,1 Mill. EUR) überwiegend bei den Vollzugskostenbeiträgen gemäß § 32 StVG infolge gestiegener Häftlingszahlen, bei Vergütungen der Justizverwaltung (0,6 Mill. EUR) infolge vermehrter Leistungen für Justizdienststellen und der Erhöhung der Tarife für geleistete Arbeitsstunden sowie bei Ersätzen von Ländern (3,9 Mill. EUR) infolge von Nachzahlungen der Länder für das Jahr 2004 aufgrund der Art. 15a B-VG-Vereinbarung über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen für Insassen von Justizanstalten in öffentlichen Krankenanstalten.

Mindereinnahmen bei den Betrieben der Justizanstalten (1,1 Mill. EUR) und aus der Erbringung von Nebenleistungen (1,7 Mill. EUR) insbesondere bei Ersätzen für die ärztliche Betreuung der Insassen.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/40	Militärische Angelegenheiten	
2/400	Bundesministerium für Landesverteidigung	
2/40004	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 13,0 %)		+ 1 590 488,53 EUR
	Die Mehreinnahmen ergaben sich vorwiegend aus Naturalwohnungsvergütungen.	
2/401	Heer und Heeresverwaltung	
2/40104	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 25,8 %)		- 5 840 895,29 EUR
	Mindereinnahmen bei Veräußerung von Anlagen (0,7 Mill. EUR), bei sonstigen verschiedenen Einnahmen (2,9 Mill. EUR) und bei den Kostenersätzen für Auslandseinsätze durch die Vereinten Nationen (5,7 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen bei Veräußerungen von Altmaterial (0,6 Mill. EUR), Pönalzahlungen (0,4 Mill. EUR) und Verpflegsgeldersatz (1,8 Mill. EUR).	
2/40115	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen	
		+ 2 019 714,06 EUR
	Die Mehreinnahmen ergaben sich aufgrund der Veranstaltung AIRPOWER 2005.	
2/402	Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)	
2/40200	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)	
(+ 42,2 %)		+ 1 686 587,16 EUR
	Mehreinnahmen aus der Veräußerung von Lebensmitteln und Getränken.	
2/50	Finanzverwaltung	
	Mehreingänge von 95 Mill. EUR betrafen hauptsächlich gestiegene erfolgswirksame Einnahmen der Zentraleitung (35 Mill. EUR) und der Dienststellen der Zoll- und Abgabenverwaltung (23 Mill. EUR), sonstige bestandswirksame Einnahmen aus der Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte (23 Mill. EUR), Einhebungsvergütungen (8 Mill. EUR) sowie Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen (4 Mill. EUR).	
	Mindereingänge von 93 Mill. EUR entstanden vor allem bei den erfolgswirksamen Einnahmen der Ämter nach dem Poststrukturgesetz (70 Mill. EUR) sowie bei der Steuer- und Zollkoordination im Zusammenhang mit der Zoll- und Abgabenverwaltung (20 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/500	Bundesministerium für Finanzen	
2/5000	Zentraleitung	
2/50004	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 25,8 %)		+ 34 664 878,22 EUR
	<p>Mehreinnahmen aus Transferzahlungen vom Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (Lehrlingausbildungsprämien) (33,3 Mill. EUR) gemäß § 12 Abs. 8 des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 324/1977 i.d.g.F., aus Gebühren für hoheitliche Leistungen (3,8 Mill. EUR) im Zusammenhang mit Rundfunk- und Fernsehgebühren und aus Pönalezinsen (0,8 Mill. EUR) gemäß § 97 Abs. 1 des Bankwesengesetzes, BGBl. 532/1993 i.d.g.F..</p> <p>Mindereinnahmen aus Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen (4,3 Mill. EUR) gemäß § 5 Abs. 4 Rundfunkgebührengesetz, BGBl. I Nr. 159/1999 i.d.g.F..</p>	
2/5001	Einhebungsvergütung gemäß Art. II Abs. 3 Eigenmittelbeschluss	
2/50014	Einhebungsvergütungen	
(+ 14,3 %)		+ 7 837 565,62 EUR
	<p>Mehreinnahmen infolge höherer Einnahmen aus Zoll-, Agrar- und Zuckerabgaben.</p>	
2/5005	Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	
2/50058	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	
		+ 23 416 789,84 EUR
	<p>Mehreinnahmen aus der Veräußerung bebauter Grundstücke sowie von Nachbesserungszahlungen (18,0 Mill. EUR) und aus Veräußerungen von bebauten Grundstücken (5,4 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der 5. BIGG-Novelle.</p>	
2/501	Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)	
2/50100	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	
		+ 3 910 615,34 EUR
	<p>Mehreinnahmen aus Einschmelzerlösen aus zurückgestellten Silbermünzen (3,9 Mill. EUR).</p>	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/504 Zoll- und Abgabenverwaltung

2/5040 Dienststellen

2/50404

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 161,7 %)

+ 23 331 249,53 EUR

Mehreinnahmen aus Überweisungen vom FLAF (20,0 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM), aus Einhebungsvergütungen von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (11,8 Mill. EUR) und aus Kostenbeiträgen für hoheitliche Leistungen (1,1 Mill. EUR).

Mindereinnahmen aus Einhebungsvergütungen von Landwirtschaftskammern und Sozialversicherungsträgern (2,2 Mill. EUR), aus laufenden Transferzahlungen von Gemeinden (1,9 Mill. EUR), aus Geldstrafen (1,9 Mill. EUR) mangels Inkrafttretens der geplanten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit, aus Vergütungen vom BMI, BMSGK und BMLFW (1,6 Mill. EUR) und aus Transferzahlungen vom AMS (1,2 Mill. EUR) im Zusammenhang mit der verminderten Inanspruchnahme der "Altersteilzeitregelung" mittels Abschlusses eines Sondervertrages gemäß § 36 Abs. 2 VBG 1948.

2/5043 Steuer- und Zollkoordination

2/50434

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 98,9 %)

- 19 796 779,81 EUR

Mindereinnahmen aus Überweisungen vom FLAF (20,0 Mill. EUR) infolge der mit Februar 2004 eingeleiteten Finanzreform und der damit einhergehenden völligen Neuordnung der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation der österreichischen Finanz- und Zollverwaltung nach den Grundsätzen des New Public Management (NPM).

2/508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

2/5083 Ämter gemäß Poststrukturgesetz

2/50834

Erfolgswirksame Einnahmen

(- 7,9 %)

- 69 548 125,90 EUR

Mindereinnahmen aus Ersätzen der Post und Telekom Austria AG im Zusammenhang mit den Minderausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50830 und 1/50838.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/51 Kassenverwaltung

Mehreingänge von 811 Mill. EUR betrafen hauptsächlich die nicht veranschlagten Entnahmen aus der besonderen Rücklage (256 Mill. EUR), aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (112 Mill. EUR), aus der allgemeinen Rücklage (70 Mill. EUR), aus der Ausgleichsrücklage (39 Mill. EUR), aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage (10 Mill. EUR), aus der Flexibilisierungsklausel-Rücklage (2 Mill. EUR) sowie Erträge aus der Auflösung von Rücklagen (35 Mill. EUR). Weiters betrafen die Mehreingänge Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes (156 Mill. EUR), erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition (22 Mill. EUR) und Kursgewinne (2 Mill. EUR). Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2000 – 2006) betreffend EAGFL/Garantie (EU) (59 Mill. EUR), betreffend Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (34 Mill. EUR), EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU) (2 Mill. EUR) sowie Zahlungen von der EU betreffend Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (10 Mill. EUR) führten ebenfalls zu Mehreinnahmen.

Die Mindereinnahmen beliefen sich auf 3 Mill. EUR.

2/510 Geldverkehr des Bundes

2/51034

Kursgewinne

+ 1 572 423,01 EUR

Mehreinnahmen aufgrund sachgerechter Verrechnung von unmittelbar zusammenhängenden Ausgaben im Kapitel 58 (1/585).

2/51044

Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr

(+ 221,0 %)

+ 156 459 355,86 EUR

Mehreinnahmen an Zinsen aus der Veranlagung von höheren Kassenbeständen.

2/5106

Einnahmen mit Gegenposition

2/51064

Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition

+ 22 251 360,82 EUR

Mehreinnahmen aufgrund sachgerechter Verrechnung von unmittelbar zusammenhängenden Ausgaben im Kapitel 58 (1/585).

2/512

Rücklagen

Die Entnahmen von Rücklagen hängen vom Bedarf der anweisenden Organe ab. Auflösungen von Rücklagen sind dann vorzunehmen, wenn die seinerzeitige Zweckbestimmung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt. Dies kann zum Zeitpunkt der Veranschlagung nicht vorausgesehen werden.

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/51217

Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)

+ 70 086 083,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der allgemeinen Haushaltsrücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51227

Entnahme aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel)

(nicht veranschlagt)

+ 2 257 866,49 EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der Rücklage (Flexibilisierungsklausel) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51247

Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage

(nicht veranschlagt)

+ 112 204 858,53 EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen in der Höhe von 97,7 Mill. EUR aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben sowie Mehreinnahmen infolge von Entnahmen gemäß § 53 Abs. 6 BHG in der Höhe von 14,5 Mill. EUR.

2/51257

Entnahme aus Ausgleichsrücklage

+ 39 226 636,92 EUR

Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gemäß § 53 Abs. 3 BHG.

2/51267

Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)

+ 255 596 502,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.

2/51287

Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage

(nicht veranschlagt)

+ 9 811 578,-- EUR

Mehreinnahmen infolge von Entnahmen aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/51297 Auflösung von Rücklagen (+ 168,9 %)		+ 34 660 244,31 EUR
	Mehreinnahmen durch Rücklagenauflösungen gemäß § 17a Abs. 5 BHG (0,9 Mill. EUR) zum Ausgleich des Negativsaldos bei den Flexi-Einheiten und gemäß § 53 Abs. 7 BHG (33,8 Mill. EUR) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	
2/513	Zahlungen von der EU	
2/51305 Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik)		+ 10 030 141,77 EUR
	Mehreinnahmen, da die Europäische Kommission Restzahlungen aus der Periode 1994 bis 1999, die im Budget 2002 veranschlagt waren, im Jahr 2005 überwies.	
2/51306 Europäischer Regionalfonds (EU)		+ 1 031 459,30 EUR
	Mehreinnahmen, da die Europäische Kommission Restzahlungen aus der Periode 1994 bis 1999, die im Budget 2002 veranschlagt waren, im Jahr 2005 überwies.	
2/514	Zahlungen aus den EU-Fonds (Periode 2000 – 2006)	
2/51405 Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) (+ 32,4 %)		+ 34 037 369,92 EUR
	Mehreinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.	
2/51415 Europäischer Regionalfonds (EU) (– 2,0 %)		– 2 589 751,51 EUR
	Mindereinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/51425
EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)
(+ 9,6 %) + 1 902 440,71 EUR

Mehreinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten.

2/51426
EAGFL/Garantie (EU)
(+ 5,0 %) + 59 477 523,21 EUR

Mehreinnahmen, weil die tatsächlichen Rückflüsse aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen erfolgten (Mehreinnahmen im Bereich „Marktordnung“ und „ländliche Entwicklung“).

2/52 Öffentliche Abgaben

Der Bund verzeichnete vor Abzug der Überweisungen Mehreinnahmen von 1 798 Mill. EUR (günstiger) und Mindereinnahmen von 952 Mill. EUR (ungünstiger). Unter Berücksichtigung der Mehrüberweisungen von 384 Mill. EUR (ungünstiger) und der Minderüberweisungen von 92 Mill. EUR (günstiger), die bei den Titeln 2/528 und 2/529 als Abzugsposten verrechnet werden, lag der Bundesanteil an öffentlichen Abgaben in Höhe von 38 038 Mill. EUR somit um 554 Mill. EUR (günstiger) über der Voranschlagsannahme von 37 483 Mill. EUR.

Die Mehreinnahmen von 1 890 Mill. EUR entfielen hauptsächlich auf die Körperschaftsteuer (818 Mill. EUR), die Umsatzsteuer (342 Mill. EUR), Kapitalertragsteuer (262 Mill. EUR), die veranlagte Einkommensteuer (139 Mill. EUR), die Grunderwerbsteuer (58 Mill. EUR), auf Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben (47 Mill. EUR), auf die motorbezogene Versicherungssteuer (35 Mill. EUR), auf die Energieabgabe (35 Mill. EUR), auf Kapitalverkehrsteuern (21 Mill. EUR), auf die Sicherheitsabgabe (15 Mill. EUR), die Kraftfahrzeugsteuer (15 Mill. EUR), die Konzessionsabgabe (4 Mill. EUR) und auf die Biersteuer (3 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen in Höhe von 1 336 Mill. EUR entfielen vorwiegend auf die Kapitalertragsteuer auf Zinsen (270 Mill. EUR), auf Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben (184 Mill. EUR), auf die Spielbankabgabe (165 Mill. EUR), die Mineralölsteuer (135 Mill. EUR), auf die Lohnsteuer (70 Mill. EUR), die Versicherungssteuer (34 Mill. EUR), auf die zweckgebundenen Einnahmen des Altlastenbeitrags (24 Mill. EUR), auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer (20 Mill. EUR), auf Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben (17 Mill. EUR), auf die zweckgebundenen Einnahmen der Kraftfahrzeugsteuer (12 Mill. EUR), die Tabaksteuer (10 Mill. EUR), auf die Normverbrauchsabgabe (4 Mill. EUR), auf den Wohnbauförderungsbeitrag (3 Mill. EUR) sowie auf die Alkoholsteuer (2 Mill. EUR) und auf die Werbeabgabe (2 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/520 Einkommen- und Vermögensteuern

2/52004

Veranlagte Einkommensteuer

(+ 5,8 %)

+ 139 494 458,04 EUR

Mehreinnahmen infolge zu geringer Veranschlagung. Die Prognosedaten zum Zeitpunkt der Veranschlagung lagen unter der tatsächlichen Entwicklung im Jahr 2005.

2/52014

Lohnsteuer

(- 0,4 %)

- 69 641 989,92 EUR

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/52024

Kapitalertragsteuer

(+ 49,4 %)

+ 261 683 053,32 EUR

Mehreinnahmen bei Kapitalertragsteuer überwiegend aufgrund der guten Ertragslage sowie der forcierten Pflege des Shareholder Value.

2/52025

Kapitalertragsteuer auf Zinsen

(- 17,4 %)

- 269 545 470,57 EUR

Mindereinnahmen bei Kapitalertragsteuer auf Zinsen, da ein nochmaliger Rückgang des Zinsniveaus zum Zeitpunkt der Veranschlagung nicht absehbar war.

2/52034

Körperschaftsteuer

(+ 22,7 %)

+ 818 442 217,80 EUR

Mehreinnahmen bei Körperschaftsteuer, da weniger Herabsetzungen der Vorauszahlungen erfolgten als zum Zeitpunkt der Veranschlagung angenommen werden konnte.

2/52066

Erbschafts- und Schenkungssteuer

(- 12,7 %)

- 20 343 208,90 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung. Ein Rückgang in dieser Größenordnung war im Zeitpunkt der Veranschlagung nicht absehbar.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52086
Wohnbauförderungsbeitrag
(- 0,4 %) - 2 895 051,31 EUR

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/522 Umsatzsteuer

2/52204
Umsatzsteuer
(+ 1,8 %) + 342 000 927,05 EUR

Mehreinnahmen, überwiegend bedingt durch den bis zum Ablauf der Verjährungsfrist rückwirkenden Wegfall der Steuerbefreiung für Geldspielautomaten in konzessionierten Spielbanken nach dem Ausspielungsbesteuerungsänderungsgesetz, BGBl. I Nr. 105 vom 26. August 2005, zur Umsetzung des Urteils des EuGH vom 17. Februar 2005, C-453/02 und C-462/02. Siehe dazu auch Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe.

2/523 Ein- und Ausfuhrabgaben

2/52304
Zölle, Ein- und Ausfuhrabgaben
(+ 26,1 %) + 46 966 434,94 EUR

Mehreinnahmen bei EU-Zöllen aufgrund zu geringer Veranschlagung, bedingt durch die Annahme zum Zeitpunkt der Veranschlagung, dass durch den Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten die Abwicklung der Zollverfahren vermehrt in diesen erfolgen würde.

2/524 Verbrauchsteuern

2/52404
Tabaksteuer
(- 0,8 %) - 10 330 011,41 EUR

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/52414
Biersteuer
(+ 1,5 %) + 3 061 043,21 EUR

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52444 Mineralölsteuer (– 3,6 %)		– 134 651 744,36 EUR
	Mindereinnahmen bei Mineralölsteuer aufgrund von Verbrauchsrückgängen bei Treibstoffen.	
2/52464 Alkoholsteuer (– 1,9 %)		– 2 256 919,67 EUR
	Mindereinnahmen aufgrund von Verbrauchsrückgängen. Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.	
2/525	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	
2/52514 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben (– 2,0 %)		– 16 541 612,63 EUR
	Mindereinnahmen bei den Gebühren aus dem Glücksspielmonopol (8,1 Mill. EUR) sowie bei den in Stempelmarken entrichteten Gebühren (185,1 Mill. EUR) infolge zu hoher Veranschlagung.	
	Mehreinnahmen bei den sonstigen Gebühren (176,7 Mill. EUR) infolge zu niedriger Veranschlagung.	
2/526	Verkehrsteuern	
2/52604 Kapitalverkehrsteuern (+ 35,1 %)		+ 21 034 160,64 EUR
	Mehreinnahmen bei Kapitalverkehrsteuern, bedingt durch die nur sehr schwer planbare Entwicklung der Gesellschaftsteuer.	
2/52605 Sicherheitsabgabe (+ 43,5 %)		+ 15 232 397,27 EUR
	Mehreinnahmen bei Sicherheitsabgabe, bedingt durch ein stark gestiegenes Passagieraufkommen sowie durch die Annahme, dass sich die Flughäfen einen höheren Kostenanteil für die Durchführung der Sicherungsmaßnahmen einbehalten würden als sie dies tatsächlich taten.	
2/52606 Werbeabgabe (– 2,2 %)		– 2 242 775,46 EUR
	Die Mindereinnahmen liegen innerhalb des Rundungsintervalles der Schätzung.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52614
Punzierungskontrollgebühr

+ 1 200 734,37 EUR

Mehreinnahmen bei Punzierungskontrollgebühren aufgrund zu geringer Veranschlagung.

2/52615
Energieabgabe
(+ 4,7 %)

+ 34 929 041,82 EUR

Mehreinnahmen bei Energieabgaben aufgrund von Verbrauchszuwächsen.

2/52624
Normverbrauchsabgabe
(- 0,8 %)

- 3 865 080,66 EUR

Eine Abweichung vom Voranschlag in dieser Größenordnung ist nicht abschätzbar.

2/52634
Grunderwerbsteuer
(+ 11,9 %)

+ 58 161 254,03 EUR

Mehreinnahmen, bedingt durch vermehrte Transaktionen.

2/52644
Versicherungssteuer
(- 3,4 %)

- 33 657 138,03 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung.

2/52645
Motorbezogene Versicherungssteuer
(+ 2,7 %)

+ 35 231 549,92 EUR

Die Abweichung vom Voranschlag bewegt sich innerhalb des Schätzungsspielraumes.

2/52661
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)
(- 13,9 %)

- 12 294 551,30 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung. Siehe dazu auch Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer. Die Festlegung des Ertragsanteiles des Bundes erfolgte mit Verordnung des Bundesministers für Finanzen, BGBl. II Nr. 301 vom 14. September 2005.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52664
Kraftfahrzeugsteuer
(+ 29,2 %)

+ 15 115 893,23 EUR

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung. Siehe dazu auch Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen). Die Festlegung des Ertragsanteiles des Bundes erfolgte mit Verordnung des Bundesministers für Finanzen, BGBl. II Nr. 301 vom 14. September 2005.

2/52674
Spielbankabgabe
(– 143,3 %)

– 164 772 974,18 EUR

Mindereinnahmen durch die rückwirkende Verringerung des Steuersatzes für Geldspielautomaten in konzessionierten Spielbanken nach dem Ausspielungsbesteuerungsänderungsgesetz, BGBl. I Nr. 105 vom 26. August 2005, zur Umsetzung des Urteils des EuGH vom 17. Februar 2005, C-453/02 und C-462/02. Siehe dazu auch Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer.

2/52675
Konzessionsabgabe
(+ 1,8 %)

+ 3 547 365,58 EUR

Mehreinnahmen bei Konzessionsabgaben infolge nicht abschätzbaren Spielverhaltens.

2/52690
Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)
(– 34,9 %)

– 24 460 794,44 EUR

Mindereinnahmen beim Altlastenbeitrag infolge zu hoher Veranschlagung, da aufgrund von höchstgerichtlichen Entscheidungen mit höheren Einnahmen als in der Vorperiode gerechnet wurde.

2/52704
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben
(– 123,0 %)

– 184 468 917,34 EUR

Mindereinnahmen infolge zu hoher Veranschlagung insbesondere der Abgabenguthaben (206,6 Mill. EUR) aufgrund von abgerufenen Abgabenguthaben.

Mehreinnahmen infolge zu niedriger Veranschlagung von sonstigen Abgaben (4,5 Mill. EUR), von Geldstrafen (3,7 Mill. EUR) sowie von Einkommen- und Vermögensteuern (13,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/528 Ab Überweisungen (I)

2/52804

Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

(– 2,6 %)

– 345 472 928,-- EUR

Mehrüberweisungen aus Einkommen- und Vermögensteuern an Länder (102,4 Mill. EUR) sowie aus sonstigen Steuern an Länder (73,3 Mill. EUR) und Gemeinden (205,8 Mill. EUR). Mehrüberweisungen auch beim nicht veranschlagten Kunstförderungsbeitrag an Gemeinden (0,9 Mill. EUR).

Minderüberweisungen aus Einkommen- und Vermögensteuern an Gemeinden (35,9 Mill. EUR) und aus dem Kunstförderungsbeitrag an Länder (1,0 Mill. EUR), da die Zahlungen abhängig von der Entwicklung der zugrunde liegenden Abgaben sind.

2/52805

Steueranteil für Krankenanstaltenfinanzierung

(– 1,8 %)

– 2 027 267,-- EUR

Mehrüberweisungen entsprechend dem höheren Aufkommen an Umsatzsteuer in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum, der sich aus den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 2005 ergibt.

2/52825

Für Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz

(+ 1,3 %)

+ 19 523 401,43 EUR

Minderüberweisungen an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger (15,3 Mill. EUR) sowie an das Rote Kreuz (5,5 Mill. EUR), weil das Ausmaß der Beihilfen und Ausgleichszahlungen schwer abschätzbar ist. Minderüberweisungen gemäß § 447a ASVG (1,0 Mill. EUR). Die Verrechnung erfolgte zu Lasten des VA-Ansatzes 2/52826.

Mehrüberweisungen an Länder (2,2 Mill. EUR).

2/52826

Überweisung gemäß § 447a ASVG

– 2 198 793,34 EUR

Nicht veranschlagte Mehrüberweisungen, weil dieser Voranschlagsansatz erst mit der BFG-Novelle 2005, BGBl. I Nr. 17/2005, eröffnet wurde (siehe VA-Ansatz 2/52825).

2/52874

An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)

(– 5,0 %)

– 20 124 781,05 EUR

Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den FLAF abzuziehen sind.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/52894

An den Katastrophenfonds

(- 5,5 %)

- 13 755 370,-- EUR

Mehrüberweisungen infolge Mehreinnahmen bei den Steuern, von denen Anteile für den Katastrophenfonds abzuziehen sind.

2/529

Ab Überweisungen (II)

2/52904

Beitrag zur Europäischen Union

(+ 3,0 %)

+ 72 443 911,17 EUR

Minderüberweisungen aufgrund geringerer Eigenmittelabrufe seitens der Kommission. Der per Saldo gegenüber dem EU-Budget verringerte Eigenmittelbedarf der Gemeinschaft resultiert aus der Abrechnung des Europäischen Haushaltssaldos 2004 und acht Berichtigungshaushalten zum Europäischen Haushalt 2005.

2/53

Finanzausgleich

Die Mehreinnahmen in Höhe von 17 Mill. EUR entstanden aus der Dotierung des Katastrophenfonds (15 Mill. EUR) und aus den Überweisungen für die Krankenanstaltenfinanzierung (2 Mill. EUR).

Die Mindereinnahmen beliefen sich auf 3 Mill. EUR.

2/532

**Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen,
Beiträge und Ersätze**

2/53205

Überweisung für Krankenanstaltenfinanzierung

(+ 1,8 %)

+ 2 027 267,-- EUR

Mehreinnahmen aufgrund des höheren Aufkommens an Umsatzsteuer in dem für die Berechnung maßgeblichen Zeitraum entsprechend dem FAG 2005.

2/534

Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

2/53400

Dotierung des Katastrophenfonds

(+ 5,9 %)

+ 14 834 688,07 EUR

Mehreinnahmen aufgrund eines höheren Aufkommens von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer (13,7 Mill. EUR) und aus der nutzbringenden Veranlagung von Fondsmitteln (1,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/53904

Einnahmen aus Abfuhren gemäß Katastrophenfondsgesetz

(- 99,6 %)

- 2 987 284,49 EUR

Mindereinnahmen gemäß BGBl. I Nr. 130/1997 infolge geringerer Mittelabschöpfungen gemäß dem Katastrophenfondsgesetz 1996 aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2005.

2/54

Bundesvermögen

Mindereingänge von 579 Mill. EUR betrafen hauptsächlich geringere zweckgebundene bestandswirksame (386 Mill. EUR) und erfolgswirksame (97 Mill. EUR) Einnahmen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz im Rahmen der Haftungsübernahmen des Bundes, bestandswirksame Einnahmen aus Veräußerungserlösen (55 Mill. EUR) sowie zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) im Rahmen der sonstigen Finanzhaftungen (24 Mill. EUR) und Veräußerungserlöse von militärischen Liegenschaften (17 Mill. EUR).

Mehreingänge von 246 Mill. EUR entfielen vorwiegend auf Fruchtgenussentgelte (76 Mill. EUR), auf allgemeine Einnahmen (50 Mill. EUR), zweckgebundene Einnahmen (20 Mill. EUR) und sonstige Einnahmen (2 Mill. EUR) aus Veräußerungserlösen sowie auf erfolgswirksame Einnahmen im Rahmen der sonstigen Finanzhaftungen (50 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen betrafen erfolgswirksame Einnahmen der Elektrizitätswirtschaft (16 Mill. EUR), der Oesterreichischen Nationalbank (7 Mill. EUR) und der Erlöse aus Kapitalbeteiligungen (2 Mill. EUR), sonstige Einziehungen zum Bundesschatz (11 Mill. EUR) sowie Erträge von der Österreichischen Industrieholding AG (5 Mill. EUR). Die Rückzahlung der Darlehen von sonstigen Unternehmungen (3 Mill. EUR) und aus dem Ausland (2 Mill. EUR) führten ebenfalls zu Mehreinnahmen.

2/540

Kapitalbeteiligung (Erträge)

2/54014

Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

(+ 2,0 %)

+ 5 000 000,-- EUR

Mehreinnahmen aus einer höheren Dividendenleistung seitens der ÖIAG.

2/5404

Elektrizitätswirtschaft

2/54044

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 50,0 %)

+ 15 718 600,-- EUR

Mehreinnahmen aus einer höheren Dividendenleistung seitens der Verbundgesellschaft.

2/5407

Oesterreichische Nationalbank

2/54074

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 2,7 %)

+ 6 971 898,29 EUR

Mehreinnahmen aus der Gewinnabfuhr seitens der OeNB.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/541	Kapitalbeteiligung (Erlöse)	
2/54104	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 2 149 980,59 EUR
	Mehreinnahmen aus dem Verkauf der Bundeswohnbaugesellschaften und aus dem Verkauf der Ländenrechte der DDSG an das Land Niederösterreich.	
2/5418	Veräußerungserlöse	
2/54187	Bestandswirksame Einnahmen	- 55 490 550,-- EUR
	(- 14,7 %)	
	Mindereinnahmen infolge geringeren Erlöses aus dem Verkauf der Bundeswohnbaugesellschaften, weil im Zuge der Verkaufsverhandlungen eine höhere 1. Kaufpreisrate im Jahr 2004 zu Lasten des Jahres 2005 vereinbart wurde (62,0 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen aus dem Verkauf der Flughafen Linz GmbH (6,5 Mill. EUR).	
2/542	Bundesarlehen	
2/5425	Sonstige Unternehmungen	
2/54259	Darlehensrückzahlungen	+ 2 577 757,82 EUR
	(+ 120,1 %)	
	Mehreinnahmen vor allem aufgrund der Rückzahlung des Darlehens seitens der Flughafen Linz GmbH (1,5 Mill. EUR) und infolge verstärkter Tilgungszahlungen für Bundeswohnbaudarlehen durch die ÖBB (1,0 Mill. EUR) sowie verschiedene Wohnbaugesellschaften (0,7 Mill. EUR).	
2/5428	Ausland	
2/54289	Darlehensrückzahlungen	+ 1 771 898,40 EUR
	(+ 500,5 %)	
	Mehreinnahmen hauptsächlich, weil der im Jahr 1994 zwischen Österreich und Kasachstan abgeschlossene Kreditvertrag, der die Rückzahlung ursprünglich in den Jahren 2001 bis 2010 in gleichen jährlichen Raten vorsah, auf Antrag von Kasachstan im Jahr 2005 vorzeitig getilgt wurde.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/545	Einziehungen zum Bundesschatz	
2/5451	Einziehungen aufgrund besonderer Bestimmungen	
2/54514	Sonstige Einziehungen	
(+ 39,1 %)		+ 11 455 843,82 EUR
	Mehreinnahmen insbesondere aus der Präklusion von Banknoten gemäß § 63 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984 (7,7 Mill. EUR), weiters aus erblosen Nachlässen aufgrund zufallsbedingter Schwankungen im Rahmen von Erbschaftsverfahren (2,6 Mill. EUR) und aus Abgabenüberzahlungen, weil deren Höhe durch die Finanzämter nicht vorhersehbar ist (1,1 Mill. EUR).	
2/546	Unbewegliches Bundesvermögen	
2/54602	Veräußerungen (zweckgebundene Einnahmen)	
		+ 20 243 750,28 EUR
	Mehreinnahmen vor allem aus den nichtveranschlagten Veräußerungen der Bundesgebäude Riemergasse und Kärntnerstraße in Wien (1. Rate) (19,7 Mill. EUR).	
2/54607	Veräußerungen	
		+ 50 478 762,82 EUR
	Mehreinnahmen hauptsächlich aus den Veräußerungen bebauter Liegenschaften an sonstige Interessenten durch die BIG gemäß der 5. BIG-Gesetz-Novelle (25,5 Mill. EUR), aus den Nachbesserungen für Veräußerungen bebauter Liegenschaften durch die BIG (25,1 Mill. EUR) und aus den Veräußerungen unbebauter Liegenschaften im Tauschweg (0,7 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen überwiegend infolge unterbliebener Veräußerungen bebauter Liegenschaften gemäß § 14 des BIG-Gesetzes, BGBl. I Nr. 141/2002 (1,5 Mill. EUR).	
2/54608	Veräußerungen (sonstige)	
		+ 2 028 742,38 EUR
	Mehreinnahmen aus den Veräußerungen von Liegenschaften des BMA im Ausland.	
2/54617	Militärische Liegenschaften (Veräußerungen)	
(- 69,0 %)		- 17 250 542,-- EUR
	Mindereinnahmen, weil bei den Veräußerungen bebauter militärischer Liegenschaften geringere Erlöse erzielt wurden.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/54624 Fruchtgenussentgelte und Abgeltung (+ 14,4 %)	+ 1 072 704,83 EUR
Mehreinnahmen aus Vermietung und Verpachtung aufgrund höherer Fruchtgenussentgeltzahlungen seitens der ÖBF AG und der Schloß Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft mbH (1,5 Mill. EUR).	
2/54626 Fruchtgenussentgelt	+ 76 135 683,96 EUR
Mehreinnahmen infolge höherer Fruchtgenussentgeltzahlungen seitens der ASFINAG.	
2/547	Haftungsübernahmen des Bundes
2/5470	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgebundene Gebarung)
2/54700 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (- 33,5 %)	- 97 130 249,65 EUR
Mindereinnahmen infolge geringeren Anfalls an Haftungsentgelten aus Garantien gemäß AFG (72,3 Mill. EUR) und bei den sonstigen Einnahmen (AFG) (31,0 Mill. EUR) aufgrund verminderten Anfalls an Verzugszinsen und Kosten im AFG-Verfahren.	
Mehreinnahmen aufgrund höheren Anfalls an Haftungsentgelten bei den Wechselbürgschaften (3,8 Mill. EUR) sowie bei den sonstigen Zinsen zu dem höheren Guthaben bei der Oesterreichischen Kontrollbank AG gemäß § 7 AFG (2,3 Mill. EUR).	
2/54702 Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen (- 73,4 %)	- 385 610 739,67 EUR
Mindereinnahmen bei Rückersätzen aus Haftungsinanspruchnahmen von Garantien (380,3 Mill. EUR) infolge geringeren Anfalls und durch geringere Rückersätze aus Wechselbürgschaften (5,3 Mill. EUR).	
2/5471	Sonstige Finanzhaftungen
2/54710 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) (- 98,3 %)	- 23 588 951,75 EUR
Mindereinnahmen bei der Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie (AFFG) aufgrund des nicht abschätzbaren Austauschverhältnisses zwischen Euro und ausländischen Währungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/54714
Erfolgswirksame Einnahmen
(+ 119,8 %) + 49 629 304,62 EUR

Mehreinnahmen an Haftungsentgelten (37,4 Mill. EUR) sowie an Haftungsentgelten (AFFG) (12,3 Mill. EUR) aufgrund höherer Haftungsübernahmen.

2/55 Pensionen

Die Mindereinnahmen betragen 48 Mill. EUR und entfielen auf geringere Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten (20 Mill. EUR), auf die Deckungsbeiträge der Österreichischen Bundesbahnen (18 Mill. EUR) und der Unternehmungen mit Bundesbediensteten (4 Mill. EUR), auf Überweisungen von Pensionsträgern (4 Mill. EUR) sowie auf den geringeren Pensionsversicherungsbeitrag gemäß § 13a PG (2 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen beliefen sich auf 3 Mill. EUR.

2/550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

2/55006
Deckungsbeitrag von Unternehmungen mit Bundesbediensteten
(- 3,0 %) - 3 587 894,41 EUR

Mindereinnahmen infolge einer geringeren Anzahl von aktiven Beamten, für die ein Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes zu leisten ist.

2/551 Ersätze von Ländern

2/55104
Pensionsversicherungsbeiträge von Landeslehrern gemäß § 107a LDG
(+ 6,4 %) + 2 128 879,91 EUR

Mehreinnahmen infolge vermehrter Pensionierungen.

2/555 Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBF)

2/5550 Österreichische Bundesbahnen

2/55504
Deckungsbeitrag der Österreichischen Bundesbahnen
(- 4,0 %) - 18 018 912,38 EUR

Mindereinnahmen infolge einer geringeren Anzahl von aktiven Beamten, die einen Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes leisten (150,6 Mill. EUR).

Mehreinnahmen beim Pensionsversicherungsbeitrag der Aktiven (116,7 Mill. EUR) durch eine Änderung in der Verrechnung gemäß § 52 (3a) Bundesbahngesetz. Weitere Mehreinnahmen beim Pensionsversicherungsbeitrag der Pensionisten (15,9 Mill. EUR) infolge einer höheren Anzahl an Pensionisten.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/55604

Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten

(- 3,5 %)

- 20 010 707,50 EUR

Mindereinnahmen bei den Pensionsbeiträgen infolge einer geringeren Anzahl von aktiven Beamten, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

2/55614

Überweisungen von Pensionsträgern

(- 23,5 %)

- 3 973 210,43 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Überweisungen von den Pensionsversicherungsträgern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

2/55615

Pensionssicherungsbeitrag
gemäß § 13a PG (Pensionisten)

(- 1,9 %)

- 2 388 044,19 EUR

Mindereinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag PTA infolge einer geringeren Anzahl an Ruhegenussempfängern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde (12,2 Mill. EUR).

Mehreinnahmen bei den Pensionssicherungsbeiträgen Bund (8,1 Mill. EUR) und Bundestheater (1,7 Mill. EUR) infolge einer höheren Anzahl an Ruhegenussempfängern, als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde.

58

Finanzierungen, Währungstauschverträge

Die Mindereinnahmen betragen 44 696 Mill. EUR und entstanden vor allem beim Ansatz 8/58809 „Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG“ (23 071 Mill. EUR), bei den Erlösen in heimischer (8 859 Mill. EUR) und fremder (4 757 Mill. EUR) Währung sowie bei den bestandswirksamen Einnahmen aus Devisentermingeschäften (7 713 Mill. EUR) von kurzfristigen Verpflichtungen. Weitere Mindereinnahmen entstanden bei den Erlösen von Bundesschatzscheinen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (222 Mill. EUR) und beim Kapital aus Währungstauschverträgen in fremder Währung (72 Mill. EUR).

Die Mehreinnahmen betragen 28 309 Mill. EUR. Sie entstanden insbesondere bei den Erlösen (13 177 Mill. EUR) und den erfolgswirksamen Einnahmen (362 Mill. EUR) aus Anleihen (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung), bei den Erlösen aus Krediten und Darlehen (nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung) (4 475 Mill. EUR) sowie bei den bestandswirksamen (3 275 Mill. EUR) und erfolgswirksamen (16 Mill. EUR) Einnahmen aus Devisentermingeschäften mit Gegenposition von kurzfristigen Verpflichtungen. Weitere Mehreinnahmen betrafen Erlöse/Schulden aus Währungstauschverträgen in heimischer (2 241 Mill. EUR) und in fremder (109 Mill. EUR) Währung, Kapitalaufnahmen (2 036 Mill. EUR) und Stückzinsen (67 Mill. EUR) mit Gegenposition im Rahmen der sonstigen Wertpapiergebarung sowie Erlöse aus Bundesobligationen und Schuldverschreibungen (1 439 Mill. EUR) (titrierte Finanzschuld in heimischer Währung). Erfolgswirksame Einnahmen (492 Mill. EUR) und erfolgswirksame Einnahmen mit

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



Gegenposition (117 Mill. EUR) bei den sonstigen Einnahmen sowie Erlöse mit Gegenposition bei kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung (130 Mill. EUR) führten ebenso zu Mehreinnahmen wie Zinsen und Aufgeld bei Währungstauschverträgen in heimischer (106 Mill. EUR) und in fremder (69 Mill. EUR) Währung. Außerdem ergaben sich Mehreinnahmen durch die erfolgswirksamen Einnahmen beim sonstigen Aufwand mit Gegenposition (91 Mill. EUR) und bei den Devisentermingeschäften (28 Mill. EUR) von kurzfristigen Verpflichtungen und durch die bestandswirksamen Einnahmen aus Devisentermingeschäften (77 Mill. EUR).

580 Titrierte Finanzschuld in heimischer Währung

5800 Anleihen

2/58004

Erfolgswirksame Einnahmen

(+ 127,0 %)

+ 362 154 372,66 EUR

Mehreinnahmen bei der Verrechnung von Stückzinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen sowie beim Verkauf von Bundstiteln (266,4 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen für im Bundesbesitz befindliche (76,5 Mill. EUR) und verliehene (19,1 Mill. EUR) Bundstitel.

8/58009

Erlöse – Anleihen

(+ 516,4 %)

+ 13 177 473 748,99 EUR

Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen (14 308,5 Mill. EUR) sowie aufgrund der Übernahme einer Kreditoperation aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (10,0 Mill. EUR); dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.

Mindereinnahmen bei der Entnahme aus dem Bundesbesitz
(1 141,0 Mill. EUR).

5801 Bundesobligationen und Schuldverschreibungen

8/58019

Erlöse – Bundesobligationen und Schuldverschreibungen

+ 1 438 998 000,-- EUR

Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.

5802 Bundesschatzscheine

8/58029

Erlöse – Bundesschatzscheine

(– 74,1 %)

– 222 443 363,15 EUR

Mindereinnahmen bei der Entnahme aus dem Bundesbesitz.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

581	Nicht titrierte Finanzschuld in heimischer Währung	
5810	Kredite und Darlehen	
8/58109	Erlöse – Kredite und Darlehen	+ 4 474 999 000,-- EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.	
584	Einnahmen aus Währungstauschverträgen	
5840	In heimischer Währung	
2/58404	Zinsen und Aufgeld (+ 10,8 %)	+ 105 797 135,78 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen bzw. der Übernahme von Kreditoperationen aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (130,5 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen infolge ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (24,6 Mill. EUR).	
5841	In fremder Währung	
2/58414	Zinsen und Aufgeld (+ 14,3 %)	+ 69 407 619,28 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Zinsen infolge der Begebung von Kreditoperationen bzw. der Übernahme von Kreditoperationen aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) aufgrund des Bundesbahnstrukturgesetzes 2003 (88,1 Mill. EUR).	
	Mindereinnahmen infolge ungünstiger variabler Zinssatzentwicklung bzw. ungünstiger Devisenkurse (17,9 Mill. EUR) sowie aufgrund der bereits im Jahr 2004 erfolgten Inanspruchnahme von Call-Optionen bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen (0,8 Mill. EUR).	
8/58419	Kapital (– 18,3 %)	– 72 361 158,71 EUR
	Mindereinnahmen infolge der bereits im Jahr 2004 erfolgten Inanspruchnahme (22,6 Mill. EUR) bzw. durch Nichtinanspruchnahme (17,3 Mill. EUR) von Call-Optionen bei Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen sowie aufgrund ungünstiger Devisenkurse (32,5 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

8/5842 In heimischer Währung

8/58429

Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen

+ 2 240 836 037,09 EUR

Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen; dem gegenüber Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58809.

8/5843 In fremder Währung

8/58439

Erlöse – Schulden aus Währungstauschverträgen

+ 109 362 814,95 EUR

Mehreinnahmen aufgrund der Übernahme einer Kreditoperation mit Währungstauschvertrag aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56).

585 Kurzfristige Verpflichtungen

5850 In heimischer Währung

8/58509

Erlöse

(- 88,6 %)

- 8 859 133 000,-- EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

5851 In fremder Währung

8/58519

Erlöse

(- 59,5 %)

- 4 756 771 917,10 EUR

Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.

5852 Devisentermingeschäfte

2/58524

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 28 036 093,-- EUR

Mehreinnahmen an Zinsen in fremder Währung (16,5 Mill. EUR) sowie aufgrund der Verrechnung von Abschlägen in heimischer Währung (11,6 Mill. EUR) infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

8/58529	Bestandswirksame Einnahmen (- 96,4 %)	- 7 712 974 933,66 EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte in heimischer Währung (7 869,5 Mill. EUR).	
	Mehreinnahmen bei der Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte in fremder Währung (156,5 Mill. EUR).	
5855	Gegenposition in fremder Währung	
8/58559	Erlöse	+ 130 499 000,-- EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.	
5856	Gegenposition Devisentermingeschäfte	
2/58564	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 16 067 049,66 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Verrechnung von Abschlägen in heimischer Währung infolge der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte.	
8/58569	Bestandswirksame Einnahmen	+ 3 274 969 845,54 EUR
	Mehreinnahmen bei der Tilgung in fremder Währung infolge höherer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen und der damit verbundenen Devisentermingeschäfte.	
2/5859	Gegenposition sonstiger Aufwand	
2/58594	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 90 816 982,41 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund von Kursgewinnen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

587 Einnahmen mit Gegenposition

5870 Sonstige Wertpapiergebarung

2/58704

Stückzinsen mit Gegenposition

+ 67 326 000,78 EUR

Mehreinnahmen infolge der Verrechnung von Stückzinsen bei der Begebung von Kreditoperationen in heimischer (63,3 Mill. EUR) und fremder (2,6 Mill. EUR) Währung sowie beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (1,4 Mill. EUR).

8/58709

Kapitalaufnahmen mit Gegenposition

(+ 101,8 %)

+ 2 035 948 249,69 EUR

Mehreinnahmen infolge der Begebung von Kreditoperationen in fremder (2 136,8 Mill. EUR) und heimischer (1 636,0 Mill. EUR) Währung sowie aufgrund des Verkaufs von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (157,0 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen aufgrund der Übernahme einer Kreditoperation aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (106,2 Mill. EUR).

Mindereinnahmen bei der Entnahme von Bundstiteln in heimischer Währung aus dem Bundesbesitz (2 000,0 Mill. EUR).

588 Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte

8/58809

Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG

(– 100,0 %)

– 23 071 418 000,-- EUR

Den Mindereinnahmen von 23 071,4 Mill. EUR stehen auf den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen 8/58009, 8/58019, 8/58109 und 8/58429 verteilt Mehreinnahmen von zusammen 22 473,3 Mill. EUR sowie die bei 8/58709 verrechneten Eigenquoten des Bundes in Höhe von 1 636,0 Mill. EUR gegenüber. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Finanzschulden wurde um die Ausnützung von in Art. II und VII BFG 2005 ausgesprochenen Ermächtigungen im Ausmaß von 2 848,2 Mill. EUR erhöht. Im Ausmaß von 1 810,3 Mill. EUR wurde von der diesem VA-Ansatz zugrundeliegenden Schuldaufnahmeermächtigung nicht Gebrauch gemacht.



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

5882 Devisentermingeschäfte

8/58829

Bestandswirksame Einnahmen

+ 76 594 004,21 EUR

Mehreinnahmen infolge der Tilgung einer Kreditoperation, in deren Zusammenhang ein Devisentermingeschäft abgeschlossen wurde.

2/589 Sonstige Einnahmen

2/58904

Erfolgswirksame Einnahmen

+ 491 521 812,25 EUR

Mehreinnahmen aufgrund von Emissionsagios in heimischer Währung (367,8 Mill. EUR) sowie infolge der Verrechnung von Agios in heimischer Währung beim Kauf bzw. Verkauf von Wertpapieren (58,8 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen infolge Emissionsdisagios (56,0 Mill. EUR), Provisionen (4,7 Mill. EUR) und sonstiger Einnahmen (3,3 Mill. EUR) bei der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen sowie für Leihentgelte von im Bundesbesitz befindlichen Bundstiteln (0,7 Mill. EUR).

2/58914

Erfolgswirksame Einnahmen mit Gegenposition

+ 117 235 879,43 EUR

Mehreinnahmen bei den sonstigen Einnahmen (58,2 Mill. EUR), Provisionen (27,4 Mill. EUR) und Emissionsdisagios (6,7 Mill. EUR) infolge der Begebung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen sowie bei der Verrechnung von Agios in heimischer Währung beim Verkauf von Wertpapieren für den Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (10,0 Mill. EUR); weitere Mehreinnahmen aufgrund von Emissionsagios bei der Begebung von Kreditoperationen in fremder (8,4 Mill. EUR) und heimischer (0,6 Mill. EUR) Währung sowie durch die Verrechnung eines Emissionsagios bei der Übernahme einer Kreditoperation aus dem Sonderverrechnungskreis „Rechtsträgerfinanzierung“ (ehemaliges Kap. 56) (5,8 Mill. EUR).

2/60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Mindereingänge von 46 Mill. EUR betrafen hauptsächlich geringere erfolgswirksame Einnahmen der Zentralleitung (42 Mill. EUR) sowie solche im Zusammenhang mit öffentlichem Wassergut (2 Mill. EUR).

Die Mehreingänge betragen 41 Mill. EUR und betrafen Marktordnungsmaßnahmen: Zucker (EU-Eigenmittel) (17 Mill. EUR) und erfolgswirksame Einnahmen (2 Mill. EUR) sowie die zweckgebundenen Einnahmen aus den Mitteln des Katastrophenfonds (17 Mill. EUR).

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/600	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	
2/6000	Zentralleitung	
2/60004 Erfolgswirksame Einnahmen (– 57,6 %)		– 41 818 688,60 EUR
	Mindereinnahmen vor allem bei Erträgen aus Kapitalbeteiligung aufgrund der Verzögerung des beabsichtigten Liegenschaftsverkaufs (22,2 Mill. EUR), beim Kostenersatz für die Überlassung von Bediensteten (Ernährungsagentur) (0,6 Mill. EUR) infolge Pensionierungen, bei den Kostenersätzen der EU (Dienstreisen) (0,5 Mill. EUR) aufgrund der Änderung der Rückerstattung für EU-Ratsreisen sowie bei den Zinsen aus dem Geldverkehr (1,6 Mill. EUR) und bei den sonstigen verschiedenen Einnahmen (16,7 Mill. EUR) aufgrund überhöhter Veranschlagung.	
2/603	Marktordnungsmaßnahmen	
2/60304 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 418,1 %)		+ 2 228 733,12 EUR
	Mehreinnahmen bei Einbehaltung von Sicherstellungen (1,9 Mill. EUR) aufgrund der Änderung des Exporterstattungssystems für Verarbeitungserzeugnisse durch die EU.	
2/60305 Zucker, EU-Eigenmittel (+ 205,8 %)		+ 17 370 567,29 EUR
	Mehreinnahmen bei Produktionsabgaben (17,4 Mill. EUR), da die niedrigen Weltmarktpreise eine Erhöhung der Erstattungssätze für die Zuckerverarbeitung in der chemischen Industrie und den Export von Quotenzucker bedingten.	
2/608	Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	
2/6081	Öffentliches Wassergut	
2/60814 Erfolgswirksame Einnahmen (– 69,2 %)		– 2 455 776,13 EUR
	Mindereinnahmen bei Miet- und Pachtzinsen (2,1 Mill. EUR) durch die bereits im Jahr 2001 erfolgte Übertragung der Seen des öffentlichen Wassergutes an die Österreichische Bundesforste AG.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/60890

Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

(+ 14,6 %)

+ 16 998 000,-- EUR

Mehreinnahmen bei Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (1,6 Mill. EUR) aufgrund der Intensivierung der Maßnahmen vor allem in den Bundesländern Salzburg und Tirol, bei Projektierungskosten (1,1 Mill. EUR) aufgrund der Beschaffung von Grundlagendaten für die Gefahrenzonenplanung sowie für die Wildbach- und Lawinenverbauung (6,5 Mill. EUR) und beim Schutzwasserbau (10,5 Mill. EUR) aufgrund der Beseitigung der Schäden, die durch das Hochwasser 2005 entstanden sind.

Mindereinnahmen bei Wildbach- und Lawinenverbauung, Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (2,7 Mill. EUR) aufgrund der Verlagerung des Schwerpunktes von der Prävention vor Lawinen hin zur Beseitigung von Hochwasserschäden.

2/61

Umwelt

2/612

Umweltschutz

2/6123

Siedlungswasserwirtschaft (zweckgebundene Gebarung)

2/61230

Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

(- 2,6 %)

- 7 883 315,38 EUR

Mindereinnahmen bei der Überweisung von Steueranteilen und Zinsen (Sonderkonto) aufgrund geringeren zweckgebundenen Liquiditätsbedarfs beim korrespondierenden Ausgabenansatz sowie Verschiebungen zulasten des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds gemäß Aufteilungsschlüssel (32,2 Mill. EUR).

Mehreinnahmen bei Überweisungen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) (Sondertranchen) aufgrund eines jährlich aktualisierten Aufteilungsschlüssels zwischen Sonderkonto und UWF (24,8 Mill. EUR).

2/63

Wirtschaft und Arbeit

Die Mindereinnahmen in Höhe von 153 Mill. EUR entstanden vor allem beim Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (63 Mill. EUR), bei den Erträgen aus Kapitalbeteiligungen (55 Mill. EUR) sowie durch gesunkene erfolgswirksame Einnahmen der Zentralleitung (27 Mill. EUR) und des Amtes der Bundesimmobilien (3 Mill. EUR).

Mehreinnahmen in Höhe von 37 Mill. EUR betrafen vorwiegend zweckgebundene Einnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (22 Mill. EUR), zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG (8 Mill. EUR) sowie die erfolgswirksamen Einnahmen der Liegenschaftsverwaltung (3 Mill. EUR).

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/630	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	
2/6300	Zentraleitung	
2/63004	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 41,5 %)		- 26 790 356,76 EUR
	Mindereinnahmen bei den schwer abzuschätzenden Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen (24,7 Mill. EUR) sowie bei den hoheitlichen Leistungen BTX (1,9 Mill. EUR) aufgrund eines geänderten Verrechnungsmodus.	
2/6301	Kapitalbeteiligungen	
2/63014	Erträge	
(- 91,7 %)		- 55 001 000,-- EUR
	Mindereinnahmen bei den privaten Dienstleistungen (einschließlich Handel) (55,0 Mill. EUR), da die Gewinnausschüttung der BIG nicht in der prognostizierten Höhe erfolgte.	
2/6309	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesens	
2/63094	Erfolgswirksame Einnahmen	
(- 5,3 %)		- 1 201 603,42 EUR
	Mindereinnahmen bei den Eich- und Prüfgebühren (3,2 Mill. EUR), den Vermessungsgebühren und den Verkaufspreisen gemäß § 48 VermG (zusammen 0,9 Mill. EUR) infolge geringerer Nachfrage.	
	Mehreinnahmen bei den Erlösen aus der Grundstücksdatenbank (3,4 Mill. EUR) aufgrund verstärkter Inanspruchnahme.	
2/631	Bundesministerium Zweckaufwand	
2/6315	Wirtschaftsförderungen	
2/63154	Erfolgswirksame Einnahmen	
(+ 374,1 %)		+ 1 096 119,41 EUR
	Mehreinnahmen für Akkreditierung (0,8 Mill. EUR) und bei den refundierbaren Sachverständigengutachten (0,6 Mill. EUR) aufgrund gestiegenen Antragseingangs für Akkreditierungen.	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/63159 Darlehensrückzahlungen (- 94,1 %)		- 1 047 722,38 EUR
	Mindereinnahmen bei der gemeinsamen Kreditaktion mit Ländern und den Kammern der gewerblichen Wirtschaft (1,0 Mill. EUR) aufgrund von Fehleinschätzung.	
2/632	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	
2/6324	Liegenschaftsverwaltung	
2/63244 Erfolgswirksame Einnahmen (+ 63,9 %)		+ 2 653 446,92 EUR
	Aufgrund vermehrt abgeschlossener Überlassungsverträge ergeben sich Mehreinnahmen bei den Miet- und Pachtzinsen (3,6 Mill. EUR).	
2/633	Verschiedene Dienststellen Bereich Wirtschaft	
2/6332	Amt der Bundesimmobilien	
2/63324 Erfolgswirksame Einnahmen (- 17,6 %)		- 2 811 271,34 EUR
	Mindereinnahmen bei den Personalkostensätzen des Amtes der Bundesimmobilien (2,8 Mill. EUR) infolge geringeren Personalstandes.	
2/635	Arbeitsmarktpolitik (I)	
2/6351	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	
2/63510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (+ 158,2 %)		+ 7 922 801,12 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Überweisung gemäß § 6 (3) AMPFG aus den für Zwecke der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung nicht verwendeten Mitteln (7,9 Mill. EUR).	
2/63580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgebundene Einnahmen) (+ 0,5 %)		+ 22 038 197,86 EUR
	Höhere Einnahmen aufgrund steigender arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse (22,0 Mill. EUR).	

ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN



2/63591
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik
(– 15,3 %) – 63 383 529,73 EUR

Mindereinnahmen bezüglich Abdeckung des Abgangs der Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 (4) AMPFG (63,4 Mill. EUR).

2/65 Verkehr, Innovation und Technologie

Mindereinnahmen in Höhe von 24 Mill. EUR betrafen hauptsächlich zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen für vorbeugende Maßnahmen bei Wasserbauten (6 Mill. EUR) und zweckgebundene Einnahmen der Wasserstraßendirektion (6 Mill. EUR) (beide: Mittel des Katastrophenfonds) sowie gesunkene erfolgswirksame Einnahmen (TKG) aus post- und fernmeldebehördlichen Tätigkeiten (6 Mill. EUR) und erfolgswirksame Einnahmen der Schifffahrtsaufsicht (2 Mill. EUR).

Mehreingänge von 22 Mill. EUR betrafen vorwiegend die zweckgebundenen Einnahmen von Mitteln des Katastrophenfonds für den Wasserbau (6 Mill. EUR), erfolgswirksame Einnahmen bei der Bundesstraßenverwaltung (6 Mill. EUR) und der via donau – ÖWG (2 Mill. EUR) sowie zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen der Zentralleitung (2 Mill. EUR) und bestandswirksame Einnahmen im Rahmen der Innovationsförderung (2 Mill. EUR).

2/650 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

2/6500 Zentralleitung

2/65000
Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen + 1 724 915,29 EUR

Mehreinnahmen bei den Verwaltungsstrafen im Zusammenhang mit dem Ökopunktesystem (1,7 Mill. EUR).

2/6501 Schifffahrtsaufsicht

2/65014
Erfolgswirksame Einnahmen
(– 96,7 %) – 1 911 223,60 EUR

Mindereinnahmen beim Kostenersatz gemäß § 39 Schifffahrtsgesetz aufgrund der Änderung des Wasserstraßengesetzes (1,9 Mill. EUR).

2/6502 Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten

2/65025
Erfolgswirksame Einnahmen (TKG)
(– 100,0 %) – 6 048 000,-- EUR

Mindereinnahmen beim Frequenznutzungsentgelt nach dem Telekommunikationsgesetz (6,0 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/653	Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie	
2/6536	Bundesamt FPZ Arsenal	
2/65364	Erfolgswirksame Einnahmen (- 34,0 %)	- 1 073 546,20 EUR
	Mindereinnahmen bei den Ersätzen der ÖFPZ Arsenal GmbH (1,1 Mill. EUR).	
2/6537	Innovationsförderung	
2/65379	Bestandswirksame Einnahmen	+ 1 710 280,86 EUR
	Mehreinnahmen infolge höherer Darlehensrückzahlungen für Projekte (1,7 Mill. EUR).	
2/654	Wasserbauverwaltung	
2/6541	Wasserstraßendirektion	
2/65410	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) (- 100,0 %)	- 5 987 000,-- EUR
	Mindereinnahmen bei den Überweisungen vom Katastrophenfonds für vorbeu- gende Maßnahmen (3,0 Mill. EUR) und für die Beseitigung von Schäden (3,0 Mill. EUR) aufgrund des Wasserstraßengesetzes.	
2/6542	Amt der Wasserstraßendirektion, via donau – ÖWG	
2/65424	Erfolgswirksame Einnahmen (+ 79,7 %)	+ 1 422 710,74 EUR
	Mehreinnahmen aufgrund des Inkrafttretens des Wasserstraßengesetzes (1,4 Mill. EUR).	
2/6544	Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgebundene Gebarung)	
2/65440	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen für vorbeugende Maßnahmen (- 66,8 %)	- 6 308 000,-- EUR
	Mindereinnahmen bei den Überweisungen vom Katastrophenfonds (6,3 Mill. EUR).	



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/65460
Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds
(zweckgebundene Einnahmen)
(+ 20,5 %) + 6 137 000,-- EUR

Mehreinnahmen aufgrund des Wasserstraßengesetzes bei den Überweisungen für die Beseitigung von Schäden (3,0 Mill. EUR) und für vorbeugende Maßnahmen (3,0 Mill. EUR).

2/6549 via donau – ÖWG

2/65494
Erfolgswirksame Einnahmen + 1 963 988,96 EUR

Mehreinnahmen beim Kostenersatz gemäß § 39 Schifffahrtsgesetz (2,0 Mill. EUR).

2/656 Bundesstraßenverwaltung

2/65604
Erfolgswirksame Einnahmen
(+ 16,2 %) + 5 509 091,40 EUR

Mehreinnahmen bei Geldstrafen (5,5 Mill. EUR).

2/65650
Katastrophenfonds – Vorbeugende Maßnahmen
(zweckgebundene Einnahmen)
(– 100,0 %) – 1 000 000,-- EUR

Mindereinnahmen bei den Überweisungen für Bundesstraßen B/S/A (1,0 Mill. EUR).

2/657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds
(zweckgebundene Gebarung)

2/65700
Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
(+ 44,4 %) + 1 495 977,01 EUR

Mehreinnahmen bei den Abgaben gemäß § 48a (3) KFG für die Verlängerung der Wunschkennzeichen (1,9 Mill. EUR).



ANSATZWEISE ERLÄUTERUNGEN EINNAHMEN-ABWEICHUNGEN

2/658 Einrichtungen des Patentwesens

2/6580 Österreichisches Patentamt

2/65804

Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz

(+ 4,9 %)

+ 1 361 126,18 EUR

Mehreinnahmen bei den europäischen Patentgebühren (1,8 Mill. EUR), bei den Patentgebühren (0,7 Mill. EUR) und bei den Markengebühren (0,7 Mill. EUR).

Mindereinnahmen bei den Veröffentlichungsgebühren (2,0 Mill. EUR).



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

5. ERLÄUTERUNGEN DER VERÄNDERUNGEN DES VERMÖGENS UND DER SCHULDEN IN DER JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 2005 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahre 2004 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Kapitalausgleichs) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AKTIVA

I. ANLAGEVERMÖGEN

3. Grundstückseinrichtungen + 374 585 220,24 EUR

Die Zugänge im Bereich BMVIT (374,6 Mill. EUR) bei den baulichen Anlagen fertig gestellter Bundesstraßen der ASFINAG resultierten aus einer vom RH veranlassten Mängelbehebung betreffend Grund- und Herstellungskosten sowie aus Grundstücksankäufen durch die ASFINAG.

4. Gebäude + 12 775 345,95 EUR

Zugänge im Bereich BMWA (11,7 Mill. EUR) ergaben sich durch Generalsanierungsmaßnahmen im Bundeshochbau.

6. Maschinen und maschinelle Anlagen – 7 419 856,81 EUR

Abgänge im Bereich BMI (6,7 Mill. EUR) entstanden durch die im Jahr 2004 verstärkte Anschaffung von DFÜ-Einrichtungen.

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung + 19 898 215,26 EUR

Zugänge im Bereich BMBWK (8,2 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch Neu- und Ersatzanschaffungen von diversen Bundesanstalten, im Bereich BMI (7,4 Mill. EUR) durch Mehrausgaben für Fernmeldeeinrichtungen und technische Amtsausstattung.

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen + 29 043 326,24 EUR

Zugänge im Bereich Bundesgesetzgebung (11,6 Mill. EUR) standen mit der Generalsanierung der Parlamentsrampe im Zusammenhang, im Bereich BMJ (10,5 Mill. EUR) sind sie vor allem auf Zahlungen für Bauinvestitionen der Justizanstalten zurückzuführen.

15. Beteiligungen – 1 819 484 387,76 EUR

Abgänge im Bereich BMVIT (1 857,4 Mill. EUR) sind im Wesentlichen auf Fusionierungen (Österreichische Bundesbahnen-Holding AG) sowie auf die Aktualisierung von Kapitalherabsetzungen, vor allem bei ASFINAG und Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH zurückzuführen.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Zugänge im Bereich BMF (40,0 Mill. EUR) betrafen die Beteiligungen an der Internationalen Entwicklungsorganisation sowie am Afrikanischen Entwicklungsfonds.

II. UMLAUFVERMÖGEN

3. Erzeugnisse - 6 574 785,15 EUR

Abgänge im Bereich BMLFUW (5,7 Mill. EUR) entstanden durch eine geänderte Darstellungsweise des Werts der Botanischen Sammlung und der Handelswaren.

5. Guthaben bei der ÖPSK + 81 643 637,71 EUR

Zugänge im Bereich BMF (60,9 Mill. EUR) entstanden durch höhere Guthaben-Stände, im Bereich BMWA (17,9 Mill. EUR) durch noch nicht aufgeteilte Zahlungen der EU.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen + 516 564 577,43 EUR

Zugänge im Bereich BMF (516,2 Mill. EUR) betrafen höhere Guthaben-Stände bei verschiedenen Banken und Gesellschaften sowie höhere Rückstellungen bei der OeKB.

8. Schwebende Geldgebarungen - 502 670 809,62 EUR

Verminderungen im Bereich BMWA (510,8 Mill. EUR) ergaben sich durch die Umstellung der Verrechnung des AMS auf SAP R/3 und dem damit verbundenen geänderten Verrechnungsmodus, im Bereich BMI (9,9 Mill. EUR) durch Ende 2005 erfolgte Anweisungen von Beträgen auf diverse Scheckevidenzkonten, die erst 2006 vollzogen wurden.

Zugänge im Bereich BMA (25,7 Mill. EUR) betrafen die Ausbuchung der durch die Trennung der Kapitel 10 und 20 im Jahr 2004 entstandenen Saldenstände.

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen + 48 398 915,22 EUR

Zugänge im Bereich BMF (49,4 Mill. EUR) entstanden durch höhere Forderungen gegenüber der BIG sowie aus der Applikation Zoll, im Bereich BMWA (6,9 Mill. EUR) ergaben sie sich durch die Erhöhung von Forderungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik.

12. Forderungen aus Darlehen - 7 309 306,26 EUR

Abgänge hauptsächlich im Bereich BMF (5,2 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch die Tilgung von Darlehen sowie durch geringere Forderungen gegenüber sonstigen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung.

13. Fällige Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen + 92 846 582,69 EUR

Die Steigerungen im Bereich BMF (92,8 Mill. EUR) ergaben sich durch höhere Forderungen aus Rückersätzen von Haftungsinanspruchnahmen gemäß AFG.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

14.	Fällige Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen	+ 52 498 777,70 EUR
-----	--	---------------------

Zugänge vor allem im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (51,6 Mill. EUR) entstanden durch die Zunahme der Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen im Bereich sonstiger familienpolitischer Maßnahmen.

17.	Forderungen aus gegebenen Anzahlungen	+ 19 785 609,72 EUR
-----	---------------------------------------	---------------------

Zugänge im Bereich BMLV (60,4 Mill. EUR) betrafen Anzahlungen, die – bedingt durch Lieferverzögerungen – noch nicht abgerechnet worden waren.

Abgänge im Bereich BMF (42,0 Mill. EUR) resultierten aus der Abrechnung der Anzahlung für den Schuldenbeitrag Madagaskar VIII im Rahmen der HIPC-Initiative.

18.	Nicht fällige Forderungen aus Währungs- tauschverträgen	+ 3 301 613 094,66 EUR
-----	--	------------------------

Vermehrungen entstanden im Bereich BMF (3 301,6 Mill. EUR) durch neue Vertragsabschlüsse für Währungstauschverträge und durch die günstigere Devisenkursentwicklung; dem standen geringere Tilgungen aus Währungstauschverträgen und weniger Vorlauffinanzierungen gegenüber.

20.	Sonstige Forderungen	+ 1 667 212 807,63 EUR
-----	----------------------	------------------------

Steigerungen im Bereich BMF (871,1 Mill. EUR) ergaben sich durch eine Zunahme von Wertpapieren im Bundesbesitz, aus Bilanzabgrenzungsbuchungen, aus höheren sonstigen Forderungen aus den Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden sowie aus höheren Forderungen aus den Einlageverträgen der 0 %-Französische-Francs-Schuldverschreibungen 1991-2006; gleichzeitige Verminderungen sind auf geringere Forderungen im Bereich der Finanzämter zurückzuführen. Zugänge im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (665,6 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die höhere Forderung an den Reservefonds für Familienbeihilfen zur Abgangsdeckung 2005. Die Steigerungen im Bereich BMJ (106,4 Mill. EUR) sind auf den Anstieg fälliger Forderungen bei Strafgeldern zurückzuführen, im Bereich BMWA (38,6 Mill. EUR) entstanden sie durch die Erhöhung von fälligen sonstigen Forderungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik. Die Erhöhungen im Bereich BMVIT (16,2 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch diverse Bilanzabgrenzungsbuchungen/Bilanzsplitting im Wesentlichen bei den ÖBB, im Bereich BMLV (6,4 Mill. EUR) durch die vermehrte Gewährung von Bezugsvorschüssen.

Verminderungen im Bereich BMI (34,4 Mill. EUR) betrafen geringere fällige sonstige Forderungen gegenüber 2004.

21.	Haushaltsrücklagen	+ 279 326 101,36 EUR
-----	--------------------	----------------------

Siehe die gleichbezeichnete Position unter Passiva.

III.	AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	- 1 070 561 492,57 EUR
-------------	-----------------------------------	-------------------------------

Abgänge im Bereich BMF (823,1 Mill. EUR) ergaben sich durch weniger Begebungen und durch die Begleichung von Forderungen aus der Finanzschuld (Begebung 2004 – Fälligkeit 2005), im Bereich BMSG (268,8 Mill. EUR) entstanden sie durch eine Verminderung der Vorlaufaufgaben



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

im Bereich der Sozialversicherung im Zusammenhang mit der Erhöhung der sonstigen Schulden, im Bereich BMLFUW (5,2 Mill. EUR) betrafen sie den Wegfall der 2004 dargestellten Vorlaufzahlungen für die Bezüge der Landeslehrer.

Zugänge im Bereich BMBWK (12,6 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die Anweisung der Beamtenbezüge bei den Ämtern der Universitäten im Vorlaufzeitraum, im Bereich BMJ (7,4 Mill. EUR) sind die Steigerungen auf eine gegenüber dem Vorjahr höhere Übertragung der Unterhaltsvorschusserläge durch den Präsidenten des OLG Innsbruck zurückzuführen.

IV. KAPITALAUSGLEICH

Der negative schließliche Kapitalausgleich betrug 119 446,0 Mill. EUR. Er verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2 835,6 Mill. EUR. Auf die Ausführungen unter TZ 3.3.1 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA

I. RÜCKLAGEN

1.	Haushaltsrücklagen	+ 279 326 101,36 EUR
----	--------------------	----------------------

Bei den im Bereich des BMF verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 2005 erfolgten Zuführungen und Inanspruchnahmen (Entnahmen bzw. Auflösungen). Einzelheiten sind der TZ 3.10 dieses Berichtes zu entnehmen.

III. SCHULDEN

1.	Schulden aus Lieferungen und Leistungen	- 5 371 114 797,34 EUR
----	---	------------------------

Abgänge im Bereich BMVIT (5 393,9 Mill. EUR) entstanden durch die Ausbuchungen der Vorbelastungen der ÖBB als Forderungen und der SCHIG als Verbindlichkeiten des Bundes, da diese lediglich Haftungen darstellen.

Zugänge im Bereich BMWA (8,6 Mill. EUR) entstanden im Bereich der Zentraleitung aufgrund von Verzögerungen bei der Rechnungsprüfung, im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (6,5 Mill. EUR) durch gestiegene fällige und nicht fällige Schulden. Steigerungen im Bereich BMLV (5,3 Mill. EUR) betrafen höhere fällige Lieferschulden.

2.	Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen	- 1 083 420 891,01 EUR
----	--	------------------------

Abgänge im Bereich BMF (1 083,8 Mill. EUR) resultierten aus geringeren Wertpapierpensionsgeschäften, bei gleichzeitig erhöhten Cash-Collateral-Barsicherheiten, im Bereich BMLFUW (8,2 Mill. EUR) entstanden sie durch verminderte Außenstände bei Interessentenbeiträgen für die Wildbach- und Lawinenverbauung in Tirol, im Bereich BMLV (7,6 Mill. EUR) vorwiegend durch periodengerechte Steuerabfuhr.

Zugänge im Bereich BMWA (12,3 Mill. EUR) ergaben sich mangels der rechtzeitigen Zuordnung noch ungeklärter Einnahmen im Auslaufzeitraum.



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

5. Nicht fällige Schulden aus Währungstauschverträgen + 1 462 162 471,37 EUR

Vermehrungen entstanden im Bereich BMF (1 462,2 Mill. EUR) durch Neuabschlüsse von Währungstauschverträgen; gleichzeitige Abgänge aufgrund der Tilgung von Währungstauschverträgen sowie durch weniger Vorlauffinanzierungen.

6. Sonstige Schulden - 2 314 620 939,35 EUR

Verminderungen im Bereich BMVIT (1 922,3 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch diverse Bilanzabgrenzungsbuchungen/Bilanzsplitting im Wesentlichen bei den ÖBB. Im Bereich BMF (801,4 Mill. EUR) ergaben sie sich durch Privatisierungsgewinne und Umschuldungen der ÖIAG, durch geringere Schulden aus den Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden sowie an den Europäischen Entwicklungsfonds und durch Bilanzabgrenzungsbuchungen; gleichzeitige Erhöhungen entstanden bei der OeNB für die Zurückstellung von Silbergedenkmünzen. Abgänge im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (89,6 Mill. EUR) betrafen die nichtfälligen sonstigen Schulden an Karenzgeld, Teilzeitbeihilfe, Krankenversicherung etc., im Bereich BKA (86,7 Mill. EUR) bewirkte das Mängelbehebungsverfahren des RH eine Korrektur der sonstigen Schulden. Im Bereich BMBWK (29,1 Mill. EUR) resultierten sie aus einer geänderten Darstellungweise der Schulden, in den Bereichen BMLV (17,9 Mill. EUR) und BMI (11,0 Mill. EUR) aus einer Verringerung der fälligen und nicht fälligen Schulden.

Die Erhöhungen im Bereich BMWA (331,0 Mill. EUR) entstanden durch die Darstellung von Verpflichtungen aus Förderungsvereinbarungen, deren Auszahlungstermin nicht abschätzbar ist und die daher in der gesamten Förderungshöhe erfasst, aber erst in kommenden Jahren zur Auszahlung gelangen werden. Im Bereich BMSG (301,5 Mill. EUR) kam es durch die Umstellung der Verrechnung auf SAP im Bereich der Sozialversicherung zu Erhöhungen, im Bereich BMA (12,8 Mill. EUR) durch eine veränderte Darstellung der Fälligkeitstermine, welche ebenfalls durch die Einführung von SAP bedingt ist.

7. Finanzschulden + 8 255 381 166,13 EUR

Die Zugänge im Bereich BMF ergaben sich im Zusammenhang mit der Aufnahme neuer Finanzschulden, durch die Devisenkursentwicklung und durch sonstige Wertberichtigungen; gleichzeitige Verminderungen betrafen die Tilgung von Finanzschulden, Vorlauffinanzierungen sowie die sonstigen Finanzierungen für die Länder.

V. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG - 992 240 175,74 EUR

Die Verminderungen im Bereich BMF (842,3 Mill. EUR) entstanden durch die geringere Begebung von Anleihen und Schuldverschreibungen sowie durch geringere Einnahmen aus Finanzschulden und Schulden aus Währungstauschverträgen und durch die Verrechnung von Anleihen und Schuldverschreibungen in fremder Währung im Auslaufzeitraum. In den Bereichen BMVIT (178,7 Mill. EUR), BKA (39,7 Mill. EUR), BMWA (22,3 Mill. EUR) und BMJ (7,1 Mill. EUR) betrafen sie vorwiegend geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum, im Bereich BMLV (52,8 Mill. EUR) entstanden sie ebenso durch geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum aufgrund frühzeitiger Rechnungslegung.

Zugänge im Bereich Bundesgesetzgebung (53,4 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus der im Auslaufzeitraum erfolgten Zuwendung an den Allgemeinen Entschädigungsfonds, im Bereich BMI (50,6 Mill. EUR) aus höheren Zahlungen im Auslaufzeitraum. Steigerungen im Bereich



JAHRESBESTANDSRECHNUNG

BMBWK (47,3 Mill. EUR) entstanden durch Nachzahlungen bei den laufenden Transferzahlungen gemäß FAG für die Schuljahre 2001/02 bis 2003/04.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

6. ERLÄUTERUNGEN DER VERÄNDERUNGEN DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE IN DER JAHRESERFOLGSRECHNUNG

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahreserfolgsrechnung 2005 (siehe Band 2, Tabelle B.4) gegenüber dem Jahre 2004 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen bereichsweise gegliedert aufgezeigt. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Vermögensabgangs) im Band 2, Tabellen B.5.1 (Aufwendungen) und B.5.2 (Erträge) nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

AUFWENDUNGEN

I. AUFWAND FÜR BEDIENSTETE

1. Aktivitätsaufwand + 136 372 618,81 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMI (60,4 Mill. EUR) betrafen Geldbezüge und Mehrleistungsvergütungen der Bediensteten, im Bereich BMBWK (49,8 Mill. EUR) ergaben sie sich durch Gehaltserhöhungen und Vorrückungen, gleichzeitige Verringerungen durch das Auslaufen von befristeten Dienstverhältnissen. Im Bereich BMJ (19,7 Mill. EUR) sind Mehraufwendungen auf die mit 1. Jänner 2005 wirksam gewordene Bezugsregelung und auf Personalstruktureffekte zurückzuführen, im Bereich BMLV (15,7 Mill. EUR) ergaben sie sich dadurch, dass vermehrt Militärpersonen als Vertragsbedienstete aufgenommen wurden und dadurch Bereitstellungsprämien ausgezahlt werden mussten.

Gesunkene Aufwendungen im Bereich BMF (16,6 Mill. EUR) entstanden durch geringere Aktivbezüge bei ÖPSK und Österreichische Münze AG sowie durch die Versetzung der Zollwachebediensteten ins BMI.

2. Pensionsaufwand + 27 373 061,77 EUR

Höhere Aufwendungen entstanden vorwiegend im Bereich BMF (27,3 Mill. EUR) durch eine höhere Anzahl an Ruhebezugsempfängern.

3. Gesetzlicher Sozialaufwand + 30 966 264,76 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMBWK (16,6 Mill. EUR) entstanden analog zum Aktivitätsaufwand für die Dienstgeberbeiträge, im Bereich BMF (7,0 Mill. EUR) betrafen sie höhere Dienstgeberbeiträge der Österreichischen Post AG, Telekom Austria AG und im Finanzbereich sowie einen höheren Pensionsaufwand für Bedienstete der Hoheitsverwaltung. Im Bereich BMLV (5,0 Mill. EUR) betrafen die Steigerungen Dienstgeberbeiträge und Überweisungsbeträge für die Bediensteten.

II. ÖFFENTLICHE ABGABEN – 19 090 820,77 EUR

Abgänge vorwiegend im Bereich BMVIT (18,3 Mill. EUR), da die Zahlung der Kommunalsteuerschuld für den Zeitraum 1994 bis 1996 aufgrund einer Entscheidung der Abgabenberufungskommission nur im Jahr 2004 einmalig zu leisten gewesen war.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

III. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN

1. Anlagevermögen - 25 466 663,78 EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMVIT (32,4 Mill. EUR) wurden durch die im Jahr 2005 nicht mehr stattgefundenen Abschreibungen im Bereich der Straßenverwaltung, bei gleichzeitiger 50 %-Abschreibung der Grund- und Herstellkosten bei den baulichen Anlagen fertiggestellter Bundesstraßen – ASFINAG, infolge einer vom RH veranlassten Mängelbehebung, verursacht. Im Bereich BMSG (7,5 Mill. EUR) entstanden sie durch die bereits im Jahr 2004 erfolgte Bereinigung der Abschreibungen.

Gestiegene Aufwendungen im Bereich BMWA (12,5 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus Fertigstellungen im Bereich aktivierungspflichtiger Baumaßnahmen.

2. Umlaufvermögen - 39 197 603,80 EUR

Minderaufwendungen im Bereich BMF (192,0 Mill. EUR) entstanden vor allem durch den Wegfall der Abschreibungen aus dem Verkauf der Wohnbaurdarlehen von Wohnbaugesellschaften und der ehemaligen Deutschen Bau- und Bodenbank sowie von uneinbringlichen Forderungen im Bereich des AFG; gleichzeitige Steigerungen entstanden durch erstmalige Abschreibungen von uneinbringlichen Forderungen aus Steuern.

Mehraufwendungen im Bereich BMJ (132,6 Mill. EUR) resultierten aus höheren Abschreibungen von Forderungen bei Geldstrafen durch die Einbringungsstelle in Wien, im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (13,3 Mill. EUR) betrafen sie erhöhte Forderungs-Abschreibungen betreffend Dienstgeberbeiträge und Familienbeihilfen.

IV. ÜBRIGE AUFWENDUNGEN

5. Aufwandsentschädigungen + 11 755 604,80 EUR

Mehraufwendungen vorwiegend im Bereich BMLV (6,8 Mill. EUR) entstanden durch vermehrte Auslands- und Katastropheneinsätze.

9. Instandhaltung durch Dritte + 29 156 265,85 EUR

Höhere Aufwendungen im Bereich BMF (31,3 Mill. EUR) betrafen Anzahlungen für Mieterinvestitionen für Baumaßnahmen der BIG sowie höhere Ausgaben für die Erstellung von Infocentern.

10. Transporte durch Dritte + 11 461 431,30 EUR

Zugänge vor allem im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (5,4 Mill. EUR) entstanden durch Mehraufwendungen für Transporte durch die Bahn, insbesondere für Schüler- und Lehrlingsfreifahrten; gleichzeitige Abgänge durch gesunkene Aufwendungen für sonstige Transporte.

11. Zinsenaufwand + 910 701 239,02 EUR

Gestiegene Aufwendungen vorwiegend im Bereich BMF (910,7 Mill. EUR) standen im Zusammenhang mit der Schuldenübernahme durch Forderungsverzicht gemäß Bundesbahnstrukturgesetz 2003.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

13. Sonstige Aufwendungen – 7 663 418 428,50 EUR

Abgänge im Bereich BMF (6 819,5 Mill. EUR) entstanden aus dem Wegfall der im Jahr 2004 ausgewiesenen Schulden (ÖBB und SCHIG) sowie aus Gebührenrichtigstellungen durch die Wechselkursentwicklung und beim Geldverkehrsaufwand durch geringeres Emissionsdisagio bei Schulden in heimischer und fremder Währung; gleichzeitige Steigerungen aus höheren Aufwendungen bei der Zurückstellung von Silbergedenkmünzen und durch ein höheres Disagio für Schulden in heimischer Währung und für Rechtsträger. Verminderungen im Bereich BMVIT (950,1 Mill. EUR) entstanden vorwiegend wegen geringerer Zahlungen gemäß § 3 Bundesbahngesetz 1992 an die ÖBB für gemeinwirtschaftliche Leistungen.

Zugänge im Bereich BMJ (26,9 Mill. EUR) betrafen hauptsächlich gestiegene Ausgaben für Sachverständige, für Miet- und Pachtzinszahlungen und für die Entgelte der BRZ GmbH, im Bereich BMLV (24,1 Mill. EUR) vorwiegend Mehrausgaben für Auslandseinsätze. Im Bereich BMI (19,4 Mill. EUR) ergaben sie sich aus Gebührenrichtigstellungen und Mehraufwendungen für Leistungen der Post bei gleichzeitig gesunkenen Ausgaben für die Flüchtlingsbetreuung. Im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (10,4 Mill. EUR) standen die Mehrausgaben mit Leistungen der Post betreffend Schüler- und Lehrlingsfreifahrten bzw. Leistungen von Einzelpersonen, Firmen und juristischen Personen im Zusammenhang, im Bereich BMA (9,1 Mill. EUR) entstanden sie vorwiegend durch Mietzahlungen für Amtsgebäude im In- und Ausland. Steigerungen im Bereich BKA (8,1 Mill. EUR) betrafen Entgelte für Werkleistungen zur Sicherstellung der Rundfunkregulierung sowie für Projekte im Rahmen des Jubiläumsjahres 2005, im Bereich BMSG (7,2 Mill. EUR) betrafen sie höhere Entgelte für sonstige Leistungen von Firmen, juristischen Personen und von Einzelpersonen, im Bereich BMGF (5,7 Mill. EUR) höhere Ausgaben für sonstigen Mehraufwand, an die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie an die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit.

14. Vergütungen und Überweisungen an Organe des Bundes – 212 913 622,55 EUR

Niedrigere Aufwendungen im Bereich BMWA (207,9 Mill. EUR) entstanden durch einen geringeren Bedarf im Bereich Arbeitsmarkt, im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (6,9 Mill. EUR) standen sie mit gesunkenen Aufwendungen betreffend Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen im Zusammenhang.

15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres – 15 522 799,95 EUR

Geringere Aufwendungen im Bereich BMLV (15,5 Mill. EUR) resultierten aus Minderausgaben für die Erstellung von Grundstückseinrichtungen sowie für den Erwerb von Maschinen, von Radar und Waffen.

V. BESTANDSMINDERUNGEN + 1 888 192 403,77 EUR

Steigerungen im Bereich BMVIT (1 877,7 Mill. EUR) betreffend Anlagevermögen resultierten aus einer Aktualisierung der Bestände und aus Buchungen infolge von Kapitalherabsetzungen und Unternehmensverschmelzungen bei den Kapitalbeteiligungen des BMVIT von diversen Aktiengesellschaften und GesmbH. Im Bereich BMLFUW (8,9 Mill. EUR) entstanden sie durch eine geänderte Darstellungsweise des Werts der Botanischen Sammlung und der Handelswaren.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

VI. TRANSFERS

+ 2 688 610 122,91 EUR

Zugänge im Bereich BMF (683,5 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus höheren Bedarfszuwendungen an Länder und Gemeinden, aus der Berichtigung infolge Privatisierungsgewinnen und Umschuldungsmaßnahmen der ÖIAG, aus höheren Zuschüssen in Nahverkehrsangelegenheiten und für Polizeikostensätze sowie aus höheren Zuschüssen infolge Schuldenstreichungen HIPC; gleichzeitige Abgänge aus der geringeren Kursrisikogarantie AFFG und geringeren Schulden an CGIAR und Globale Umweltfazilität. Höhere Aufwendungen im Bereich BMSG (577,6 Mill. EUR) betrafen gestiegene Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger; gleichzeitige Verminderungen entstanden bei den Transferzahlungen an die Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung. Mehraufwendungen im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (533,5 Mill. EUR) betrafen den gestiegenen Aufwand für Ersatzzeiten der Kindererziehung, die Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen sowie erhöhte Familienbeihilfen; gleichzeitige Verminderungen betrafen die Transferzahlungen an Sozialversicherungsträger für Pensionsbeiträge, für familienpolitische Maßnahmen und für Krankenversicherungsbeiträge sowie die Überweisungen für das Kinderbetreuungsgeld. Steigerungen im Bereich BMWA (248,1 Mill. EUR) ergaben sich im Wesentlichen durch einen höheren Bedarf im Bereich Arbeitslosenunterstützung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik. Im Bereich BMBWK (199,9 Mill. EUR) entstanden sie bei den Transferzahlungen gemäß FAG, an Fachhochschulbetreiber, bei den Studienförderungen sowie bei den Zuweisungen an die Universitäten.

Höhere Aufwendungen im Bereich BMLFUW (199,8 Mill. EUR) ergaben sich durch höhere Transferzahlungen für Marktordnungsmaßnahmen, wie etwa die Betriebsprämie; gleichzeitige Minderaufwendungen durch den Wegfall der Hektarbeihilfen. Im Bereich BMI (118,5 Mill. EUR) entstanden die Mehraufwendungen vorwiegend durch gestiegene Kostensätze an die Länder für die Flüchtlingsbetreuung und bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Steigerungen im Bereich Bundesgesetzgebung (53,3 Mill. EUR) ergaben sich aus höheren Zuwendungen an den Allgemeinen Entschädigungsfonds, im Bereich BMVIT (30,8 Mill. EUR) entstanden sie durch Transferzahlungen an sonstige Unternehmungen mit Bundesbeteiligung und an die ÖBB für diverse Infrastrukturförderungen. Zugänge im Bereich BMA (28,6 Mill. EUR) entstanden im Wesentlichen durch Zahlungen im Zusammenhang mit der Tsunami-Katastrophe und durch die Beitragsleistungen an die Vereinten Nationen. Die Steigerungen im Bereich BMGF (11,9 Mill. EUR) entstanden durch die Erhöhung des Bundesbeitrages an die Bundesgesundheitsagentur; gleichzeitige Abgänge durch geringere Zahlungen an den Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger. Zugänge im Bereich BMJ (7,5 Mill. EUR) sind auf höhere Subventionszahlungen an den Verein für Sachwalterschaft und Patientenanzwaltschaft und auf die Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag zurückzuführen.

Abgänge im Bereich BKA (5,6 Mill. EUR) ergaben sich im Bereich der EU-Strukturfonds und bei den Zuschüssen an Unternehmungen durch Verzögerungen in der Programmumsetzung und geringere Budgetierung; gleichzeitige Steigerungen entstanden durch die Sanierung des Festspielhauses Bregenz und für die Sportförderung.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

ERTRÄGE

I. HAUPTERTRÄGE

3. Gebühren und Kostenbeiträge + 9 887 316,20 EUR

Steigerungen im Bereich BMJ (24,1 Mill. EUR) sind auf gestiegene Gebühren und Ersätze in Rechtssachen zurückzuführen.

Abgänge im Bereich BMF (13,0 Mill. EUR) standen mit geringeren Haftungsentgelten gemäß AFGG und AFG (Garantien und Wechselbürgschaften), bei gleichzeitig gestiegenem Aufwandsersatz an die Buchhaltungsagentur im Zusammenhang.

4. Vergütungen und Überweisungen - 181 155 412,02 EUR

Abgänge im Bereich BMWA (163,2 Mill. EUR) entstanden vor allem infolge gesunkener Leistungen im Bereich Arbeitsmarkt bei gleichzeitigen Mehrüberweisungen des Familienlastenausgleichsfonds, im Bereich BMBWK (12,4 Mill. EUR) durch eine Verminderung der Überweisungen der Beiträge der EU für den Europäischen Sozialfonds (ESF) vom BMWA, im Bereich BMGF (6,9 Mill. EUR) entstanden sie durch verminderte Einzahlungen vom BMSG für den Mutter-Kind-Pass.

Mehrerträge im Bereich BMVIT (6,2 Mill. EUR) ergaben sich durch höhere Vergütungen im Wege des Katastrophenfonds für vorbeugende Maßnahmen und für Schäden.

6. Indirekte Abgaben + 2 281 336 530,26 EUR

Mehrerträge im Bereich BMF (2 272,7 Mill. EUR) entstanden hauptsächlich aus dem nominellen Wachstum der indirekten Abgaben, im Bereich BMLFUW (8,6 Mill. EUR) resultierten sie aus den Mehreinnahmen bei Produktionsabgaben (Zucker, EU-Eigenmittel), da die niedrigen Weltmarktpreise eine Erhöhung der Erstattungssätze für die Zuckerverarbeitung in der chemischen Industrie bedingten.

IV. ÜBRIGE ERTRÄGE

1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter - 8 491 174,10 EUR

Abgänge vor allem im Bereich BMF (8,9 Mill. EUR) resultierten aus geringeren Erlösen der Münze Österreich AG für Silbermünzen.

2. Zinsenerträge + 1 041 777 630,36 EUR

Die gestiegenen Erträge vorwiegend im Bereich BMF (1 040,6 Mill. EUR) resultierten aus höheren Zinseinnahmen aus Forderungen in heimischer Währung und aus dem Geldverkehr durch höheres Emissionsagio bei Schulden in heimischer und fremder Währung, aus Forderungen in fremder Währung, aus der Veranlagung von Kassenmitteln sowie aus dem Bundesbesitz und aus den jährlichen Depotzahlungen zu den FRF-Schuldverschreibungen 1991 - 2006/I und III.



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

3. Erträge aus Beteiligungen + 70 963 937,37 EUR

Höhere Erträge im Bereich BMVIT (112,6 Mill. EUR) entstanden durch Korrekturbuchungen bei den Forderungen an die ÖBB im Zusammenhang mit der Umstellung auf SAP.

Verminderungen im Bereich BMWA (22,5 Mill. EUR) entstanden durch eine geringere Gewinnausschüttung der BIG, im Bereich BMLFUW (22,2 Mill. EUR) durch den Wegfall der einmaligen zusätzlichen Gewinnausschüttung der Österreichischen Bundesforste AG im Finanzjahr 2004.

5. Aufwandsberichtigungen + 211 221 174,18 EUR

Steigerungen vorwiegend im Bereich BMSG (210,7 Mill. EUR) resultierten aus der Erhöhung der Rückersätze nicht absetzbarer Aufwendungen im Bereich der Sozialversicherung sowie im Bereich der Pflegevorsorge.

6. Sonstige Erträge + 6 419 771 122,97 EUR

Zugänge im Bereich BMVIT (7 321,9 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch die Ausbuchung der Forderungen von SCHIG und ÖBB an den Bund. Zugänge im Bereich BKA (88,2 Mill. EUR) resultierten aus Korrekturbuchungen im Rahmen der Mängelbehebung des RH bei den Transferzahlungen.

Verminderungen im Bereich BMF (984,7 Mill. EUR) entstanden aus der Änderung von Schulden durch die Wechselkursentwicklung (Gebührenrichtigstellungen) sowie aus dem Wegfall von Veräußerungserlösen von diversen Wohnbaugesellschaften; gleichzeitige Zugänge durch das höhere Fruchtgenussentgelt der ASFINAG.

VI. BESTANDSMEHRUNGEN - 5 909 837,06 EUR

Abgänge vorwiegend im Bereich BMLFUW (6,4 Mill. EUR) entstanden durch eine geänderte Darstellung des Werts der Botanischen Sammlung und der Handelswaren.

VII. TRANSFERS + 540 771 713,78 EUR

Gestiegene Erträge im Bereich BMSG/Familie, Generationen, Konsumentenschutz (533,0 Mill. EUR) entstanden durch den höheren Abgang des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und durch die höhere Rückzahlung des Reservefonds für Familienbeihilfen, im Bereich BMJ (238,6 Mill. EUR) durch die Erhöhung fälliger Forderungen bei Strafgebern. Im Bereich BMLFUW (20,1 Mill. EUR) entstanden sie durch den erhöhten Liquiditätsbedarf bei Investitionsförderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds. Mehrerträge im Bereich BMLV (6,2 Mill. EUR) betrafen vorwiegend höhere Kostenersätze der UNO für Auslandseinsätze.

Abgänge im Bereich BMF (177,1 Mill. EUR) ergaben sich vorwiegend durch höhere EU-Beitragszahlungen und fällige Schulden an die EU, durch geringere Einnahmen aus dem Aktivitätsaufwandsersatz durch die ÖBB und durch die geringere Erstattung von Erträgen aus der Kursrisikogarantie AFFG; gleichzeitige Zugänge durch höhere Einnahmen aus dem Pensionssicherungsbeitrag der ÖBB, durch die Einmalzahlung der Österreichischen Bundesforste sowie durch höhere Rückflüsse aus der EU. Mindererträge im Bereich BMWA (47,2 Mill. EUR) entstanden vorwiegend durch geringere Einnahmen vom AMS und vom Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds sowie durch geringere Beiträge Dritter zu Bauvorhaben des Bundes, im Bereich BMI (28,6 Mill. EUR) resultierten sie aus Gebührenrichtigstellungen im Zusammenhang mit den Geldstrafen. Abgänge im Bereich



JAHRESERFOLGSRECHNUNG

BMBWK (8,6 Mill. EUR) entstanden durch geringere Ersätze der Universitäten und betrafen die Refundierung der Beamtenbezüge.

IX. VERMÖGENSZUGANG

Der schließliche Vermögenszugang betrug 2 863,0 Mill. EUR. Im Vorjahr war ein Vermögensabgang in Höhe von 9 751,9 Mill. EUR zu verzeichnen gewesen.

7. BERICHT ZUR FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS UND ZUM STAND DER BUNDESSCHULDEN

7.1 Allgemeines

Gemäß § 9 RHG 1948 hat der Rechnungshof den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und zugleich dem Nationalrat jährlich einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. Der folgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzierung des Bundeshaushaltes. Einzelheiten dazu enthalten die Tabellen C.1.1 bis C.7.7.3 im Band 2. Weiters werden Besonderheiten des Berichtsjahrs erläutert.

Zusammen mit dem vom Staatsschuldenausschuss zu verfassenden Bericht über die öffentlichen Finanzen 2005 ist damit eine umfassende Information gewährleistet; allenfalls auftretende Unterschiede oder Besonderheiten in der Darstellung werden im Anlassfall gesondert erläutert. So ist vorab darauf hinzuweisen, dass im Bericht über die öffentlichen Finanzen 2005 der Saldo aus den Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen dem Finanzschuldenstand sowie den Summen der Finanzschuldenaufnahmen und Tilgungen zugeschlagen bzw. davon abgezogen wird. Die Werte des BRA folgen hingegen dem Bruttogrundsatz gemäß § 75 Abs. 1 BHG und der Bestimmung des § 65 Abs. 1 BHG, wonach Schulden aus Währungstauschverträgen keine Finanzschulden begründen. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Endbestand an nichtfälligen Finanzschulden gemäß BHG ("Finanzschulden im engeren Sinn") und den "Finanzschulden im weiteren Sinn" wird in TZ. 7.6.2 erläutert.

Gemäß § 65c Z. 1 BHG sind Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger nicht als Finanzschulden des Bundes zu behandeln. Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die Gebarung gemäß § 65c BHG (Finanzierung für sonstige Rechtsträger oder für Länder) von der Einnahmen-/Ausgabenveranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis zu erfassen. Die durch den Bund vorgenommene Finanzierung für Rechtsträger und Länder wird daher in TZ. 7.9 gesondert beschrieben.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die Definitionen für den naturgemäß auf den Stand der Bundesschulden Einfluss nehmenden Finanzierungssaldo bzw. für das Defizit des Bundeshaushaltes – für die Zwecke des Bundesrechnungsabschlusses, für jene der Notifizierung („Maastricht-Kriterien“) und für die Ermittlung des Stabilitätsbeitrages im Sinne des österreichischen Stabilitätspaktes – voneinander abweichen und daher jeweils unterschiedliche Ergebnisse zufolge haben. Für den Bundesrechnungsabschluss ist die Definition der Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz maßgeblich, während für EUROSTAT mehr wirtschaftliche Kriterien als formale gesetzliche Definitionen im Vordergrund stehen. Beim österreichischen Stabilitätspakt sind für die Ermittlung der Höhe des Finanzierungssaldos auch die ausgelagerten Rechtsträger zu berücksichtigen.

Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden (einschließlich Verwaltungsschulden) werden in TZ. 7.2 nachgewiesen.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



7.2 Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden

Gemäß § 9 Abs. 2 RHG ist dem Nationalrat jährlich ein Nachweis über den Stand der Bundesschulden vorzulegen. In Übersicht 19 werden die Finanzschulden sowie die sonstigen Schulden ("Verwaltungsschulden") in fällige und nichtfällige Schulden unterschieden.

Unter den sonstigen nichtfälligen Schulden finden sich vor allem die Schulden zu Lasten künftiger Jahre für Aufwendungen an die ÖIAG aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen des Bundes in Höhe von 0,762 Mrd. EUR (VA-Ansatz 7/54847). Im Zusammenhang mit diesen Schulden, die aus den der ÖIAG gewährten Krediten resultieren, sind die nichtfälligen Verpflichtungen (Zinsenleistung zu den Krediten) in Höhe von 0,190 Mrd. EUR (VA-Ansatz 1/54847) zu sehen.

Weiters werden unter den nichtfälligen Schulden insbesondere jene an Internationale Finanzinstitutionen von insgesamt 2,068 Mrd. EUR (VA-Ansatz 1/54052) nachgewiesen.

Übersicht 19

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Millionen EUR (Index 1996 = 100)									
1. Voranschlagswirksam verrechnete Schulden:										
1.1 Finanzschulden und Rechtsträgerschulden (Tilgung):										
Fällige (Bund) *)	0,6 (100)	0,6 (100)	0,5 (83)	0,5 (83)	0,5 (83)	172,8 (28.800)	0,5 (83)	0,5 (83)	0,5 (83)	0,5 (83)
Nichtfällige (Bund)	102.907,9 (100)	108.817,8 (106)	114.016,3 (111)	122.658,4 (119)	127.010,7 (123)	129.349,6 (126)	131.653,9 (128)	134.685,4 (131)	142.818,9 (139)	151.074,3 (147)
Nichtfällige (Rechtsträger)	-	-	2.209,7	5.508,7	8.014,9	-	-	-	-	-
Summe 1.1	102.908,5 (100)	108.818,4 (106)	116.226,5 (113)	128.167,6 (125)	135.026,1 (131)	129.522,4 (126)	131.654,4 (128)	134.685,9 (131)	142.819,4 (139)	151.074,8 (147)
1.2 Sonstige voranschlagswirksame Schulden:										
Fällige	969,2 (100)	341,6 (35)	1.480,2 (153)	1.667,6 (172)	1.776,0 (183)	2.091,8 (216)	1.939,8 (200)	494,7 (51)	365,2 (38)	238,6 (25)
Nichtfällige	31.460,5 (100)	16.931,3 (54)	17.234,8 (55)	24.067,7 (77)	26.555,3 (84)	26.264,7 (83)	28.793,4 (92)	30.872,0 (98)	32.442,8 (103)	26.326,8 (84)
Summe 1.2	32.429,7 (100)	17.272,9 (53)	18.715,0 (58)	25.735,3 (79)	28.331,3 (87)	28.356,5 (87)	30.733,2 (95)	31.366,7 (97)	32.808,0 (101)	26.565,4 (82)
Summe 1	135.338,2 (100)	126.091,3 (93)	134.941,5 (100)	153.902,9 (114)	163.357,4 (121)	157.878,9 (117)	162.387,6 (120)	166.052,6 (123)	175.627,4 (130)	177.640,1 (131)
2. Voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	2.128,9 (100)	1.510,9 (71)	439,3 (21)	2.718,2 (128)	3.525,6 (166)	4.498,2 (211)	2.992,2 (141)	3.570,7 (168)	5.541,0 (260)	4.511,3 (212)
Gesamtsumme	137.467,1 (100)	127.602,2 (93)	135.380,8 (98)	156.621,1 (114)	166.883,0 (121)	162.377,1 (118)	165.379,8 (120)	169.623,3 (123)	181.168,4 (132)	182.151,4 (133)

*) Im Jahr 2001 waren neben den fälligen Finanzschulden von 0,5 Mill. EUR auch 172,3 Mill. EUR Schulden aus Swap-Collateralgeschäften (d.s. Sicherheitenverträge zur Verringerung des Kreditrisikos aus Finanztermingeschäften) ausgewiesen, die im Jahr 2002 ausgebucht wurden.



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

7.3 Gliederung des Ausgleichshaushalts

Der Gesamthaushalt wird gemäß § 16 Abs. 1 BHG aus dem Haushalt der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben (Allgemeiner Haushalt) und dem Ausgleichshaushalt gebildet. Der Ausgleichshaushalt wird durch Finanzschuldenaufnahmen, Währungstauschverträge und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangene Geldverbindlichkeiten finanziert; im Zusammenhang mit diesen Finanzierungen werden auch Devisentermingeschäfte abgewickelt. Der Überschuss des Ausgleichshaushaltes dient zum Ausgleich des Abgangs des Allgemeinen Haushalts.

Zusammengefasst zeigt der Ausgleichshaushalt für 2005 folgendes Bild:

	Voranschlag	Zahlungen	Unterschied Günstiger (+) Ungünstiger (-)
	Mrd. EUR		
1. Finanzschulden (Kapitel 58)			
1.1 Ausgaben	20,513	19,446	+ 1,067
1.2 Einnahmen	25,954	21,751	- 4,203
2. Währungstauschverträge (Kapitel 58)			
2.1 Ausgaben	0,591	2,875	- 2,284
2.2 Einnahmen	0,601	2,879	+ 2,278
3. Wertpapiergebarung (Kapitel 58)			
3.1 Ausgaben	2,000	1,793	+ 0,207
3.2 Einnahmen	2,000	4,036	+ 2,036
4. Devisentermingeschäfte (Kapitel 58)			
4.1 Ausgaben	0,000	0,081	- 0,081
4.2 Einnahmen	0,000	0,077	+ 0,077
5. Kurzfristige Verpflichtungen zur Kassenstärkung (Kapitel 58)			
5.1 Ausgaben	18,000	4,703	+ 13,297
5.2 Einnahmen	18,000	4,515	- 13,485
6. Devisentermingeschäfte (Kapitel 58)			
6.1 Ausgaben	8,000	3,374	+ 4,626
6.2 Einnahmen	8,000	3,562	- 4,438
7. Tilgung für ÖIAG (Kapitel 54)			
7.1 Ausgaben	0,000	0,000	0,000
8. Summen			
8.1 Ausgaben	49,104	32,271	+ 16,833
8.2 Einnahmen	54,555	36,819	- 17,736
9. Überschuss	5,451	4,548	- 0,903

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



7.4 Finanzschulden

7.4.1 Ausnützung des Ermächtigungsrahmens

Gemäß Art. II BFG 2005 wurde der Ermächtigungsrahmen mit 23,654 Mrd. EUR festgelegt, der sich durch den An- und Verkauf von Wertpapieren und der Eigenquoten auf 25,920 Mrd. EUR erhöhte. Die Ausnützung des Rahmens für die Bedeckung des Abgangs im Allgemeinen Haushalt und für die Tilgung von Schulden unter Einbeziehung des Saldos aus der Gebarung mit Währungstauschverträgen betrug 24,109 Mrd. EUR.

Die Ermächtigung gemäß Art. II Abs. 2 Z. 2 BFG 2005 (Deckung von Ausgabenüberschreitungen) sowie die Ermächtigungen gemäß Art. III BFG 2005 (Einnahmenausgleich und Erhöhung der EG-Beitragsverpflichtung) wurden im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht in Anspruch genommen.

7.4.2 Aufnahme nach Schuldgattungen

Von den gemäß Art. II BFG 2005 durchgeführten Kreditoperationen im Ausmaß von 24,109 Mrd. EUR wurden 24,111 Mrd. EUR Finanzschulden – unter Einbeziehung von Schuld- aufnahmen für die Wertpapiergebarung – aufgenommen. Die Differenz von 0,002 Mrd. EUR ergibt sich insbesondere aus der Anrechnung des Saldos aus den Währungstauschverträgen und des Saldos aus den Kreditoperationen zur Kassenstärkung. Die Aufnahme von Finanzschulden einschließlich jener für die Wertpapiergebarung verteilte sich auf die einzelnen Schuldgattungen wie folgt (siehe Band 2, Tabelle C.4):

	In heimischer Währung	In Fremdwährung	Summe	
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	%
Anleihen	15,955	1,919	17,874	(74,1)
Schuldverschreibungen	1,439	0,323	1,762	(7,3)
Darlehen, Kredite	4,475	-	4,475	(18,6)

Insgesamt wurde der Finanzierungsbedarf im Jahr 2005 von 24,111 Mrd. EUR zu 90,7 % (21,869 Mrd. EUR) in heimischer Währung und zu 9,3 % (2,242 Mrd. EUR) in fremder Währung bedeckt. 2004 betrug bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 19,688 Mrd. EUR der Anteil der Schuld in heimischer Währung 84,7 % und jener der Fremdwährungsschuld 15,3 %.

7.4.3 Tilgung

Für die planmäßige Tilgung von Finanzschulden waren im Kapitel 58 20,513 Mrd. EUR und für die Tilgung betreffend Wertpapiergebarung 2,000 Mrd. EUR (zusammen 22,513 Mrd. EUR) veranschlagt.

Tatsächlich wurden 21,239 Mrd. EUR an Ausgabenzahlungen geleistet, von denen 1,793 Mrd. EUR der Wertpapiergebarung zuzuordnen sind, während 19,446 Mrd. EUR zur Tilgung von Finanzschulden verwendet wurden.

Die Differenz aus den veranschlagten (22,513 Mrd. EUR) und den tatsächlich verwendeten (21,239 Mrd. EUR) Tilgungsbeträgen zeigt saldomäßige Minderausgaben von 1,274 Mrd. EUR; diese sind teils auf geringere Wertpapierkäufe einschließlich der Eigenquote bei Bundesanleihen, teils auf günstige Wechselkurse zurückzuführen (siehe TZ. 4.2, ansatzweise Erläuterung zu den Ausgaben 7/58009 und 7/58109).

7.4.4 Zinsendienst und sonstiger Aufwand

Die Ausgaben für die Verzinsung und für den sonstigen Aufwand zu Finanzschulden, wie Aufgeld, Provisionen, Entgelte und Spesen, waren im Allgemeinen Haushalt zu veranschlagen und zu verrechnen (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

Im Finanzjahr 2005 waren für Verzinsung einschließlich Aufgeld und sonstige Aufwendungen für Finanzschulden 8,053 Mrd. EUR an Ausgaben zu leisten. Die Zahlungen überschritten den veranschlagten Rahmen von 7,481 Mrd. EUR um 0,572 Mrd. EUR.

Vom Gesamtbetrag dienten 0,286 Mrd. EUR für die mit der Begebung von Finanzschulden einhergehenden Kosten (z.B. Provisionen, Emissionsverluste). Diesen Kosten standen Emissionsgewinne, Einnahmen aus dem Abschluss von Währungstauschverträgen und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,609 Mrd. EUR und Einnahmen aus Stückzinsen aus der Aufstockung von Bundesanleihen sowie Zinseinnahmen aus den im Bundesbesitz befindlichen Anleihen des Bundes von insgesamt 0,720 Mrd. EUR (zusammen 1,329 Mrd. EUR) gegenüber.

7.4.5 Entwicklung und Stand der Finanzschulden sowie der diesbezüglichen Zinsen

Der Gesamtbestand an Finanzschulden des Bundes erhöhte sich im Finanzjahr 2005 von 142,819 Mrd. EUR auf 151,075 Mrd. EUR oder um 5,8 % (im Jahr 2004: + 6,0 %) (siehe Band 2, Tabelle C.7.1.1).

Die im Gesamtstand enthaltenen fälligen Finanzschulden blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert (0,51 Mill. EUR). Als fällig gelten jene Finanzschulden, die der Bund mangels Vorlage der Anleihewertpapiere durch die Gläubiger nach Ende ihrer Laufzeit im Finanzjahr 2005 nicht tilgen konnte (Gläubigerverzug).

Der Stand an nichtfälligen Finanzschulden zum Jahresbeginn 2005 im Ausmaß von 142,819 Mrd. EUR erhöhte sich durch Schuldaufnahmen in der Höhe von 24,111 Mrd. EUR und durch den Saldo aus Kurswertveränderungen in Höhe von 2,035 Mrd. EUR.

Vermindert wurde der nichtfällige Finanzschuldenstand hingegen durch Schuldtilgungen im Ausmaß von 17,297 Mrd. EUR, den Saldo der Konversionen und Prolongationen in Höhe von 0,215 Mrd. EUR und durch den Saldo gemäß § 65a BHG in der Höhe von 0,221 Mrd. EUR.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



Schließlich wirkte sich die gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 BHG von der Veranschlagung auszunehmende Verrechnung der Gebarung für Rechtsträger in der Höhe von 0,157 Mrd. EUR vermindern aus.

Die nichtfälligen Finanzschulden wuchsen demnach im Finanzjahr 2005 um 8,255 Mrd. EUR oder 5,8 % und betragen somit am 31. Dezember 2005 151,074 Mrd. EUR. Die nichtfälligen Finanzschulden in Fremdwährung erhöhten sich um 14,7 %, die in heimischer Währung um 4,6 %.

Die Verpflichtungen aus Zinsenzahlungen einschließlich Aufgeld mit Fälligkeit in künftigen Jahren, die im Allgemeinen Haushalt ausgewiesen werden, beliefen sich zum Jahresende 2005 auf 57,969 Mrd. EUR. Das entspricht einem Anteil an den nichtfälligen Finanzschulden (151,074 Mrd. EUR) von 38,4 % (2004: 35,1 %).

Der nach Höhe und Fälligkeit gegliederte Zinsendienst der einzelnen Schuldverträge ist in Band 2, Tabelle C.3.1.1 dargestellt.

Übersicht 20

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Milliarden EUR (Index 1996 = 100)									
Nichtfällige Finanzschulden (ohne Währungstauschverträge)	102,908 (100)	108,818 (106)	114,016 (111)	122,658 (119)	127,011 (123)	129,350 (126)	131,654 (128)	134,685 (131)	142,819 (139)	151,074 (147)
Verpflichtungen (Zinsen, Aufgeld) für nichtfällige Finanzschulden	45,156 (100)	45,125 (100)	44,226 (98)	45,621 (101)	46,411 (103)	45,146 (100)	44,273 (98)	45,748 (101)	50,081 (111)	57,969 (128)
<i>Anteil der Verpflichtungen an den nichtfälligen Finanzschulden in %</i>	43,9	41,5	38,8	37,2	36,5	34,9	33,6	34,0	35,1	38,4



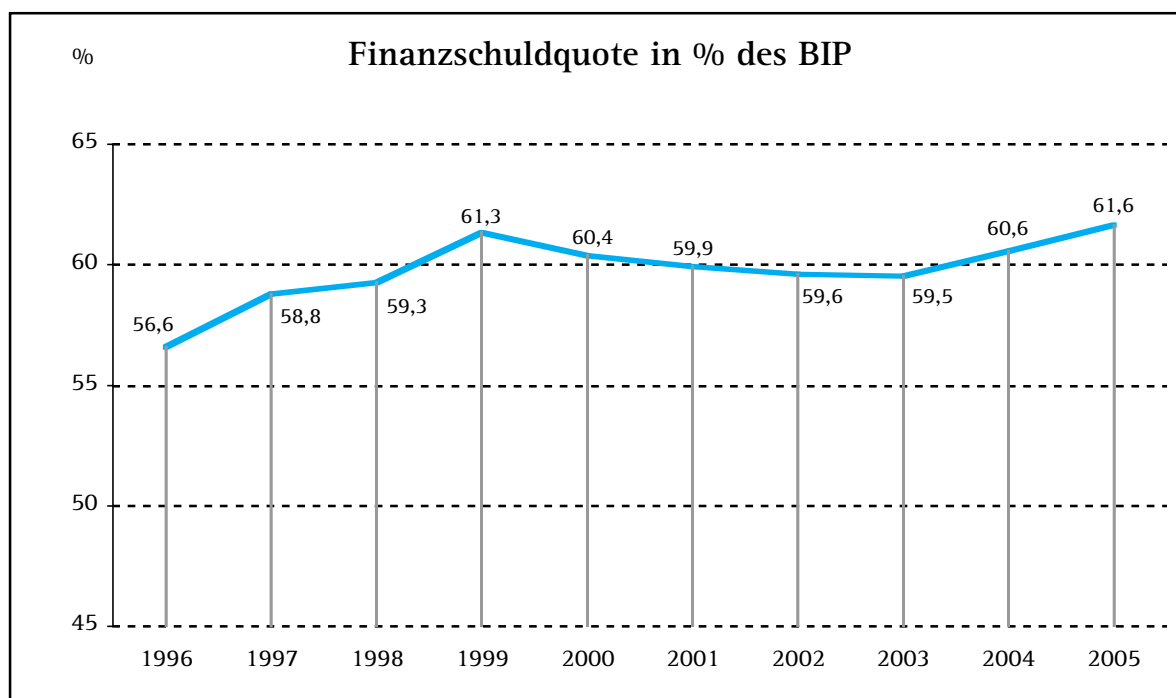
FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

7.4.6 Finanzschuldquote

Gemessen an der für 2005 vorläufigen Höhe des Brutto-Inlandsproduktes (245,103 Mrd. EUR) erreichte der Bestand an Finanzschulden (151,074 Mrd. EUR) einen Anteil von 61,6 % (2004: 60,6 %). Setzt man die Nettoveränderung der nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 2005 (8,255 Mrd. EUR) mit dem Brutto-Inlandsprodukt in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 3,4 % (2004: 3,5 %).

Übersicht 21

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Milliarden EUR									
Finanzschulden	102,908	108,818	114,017	122,659	127,011	129,350	131,654	134,686	142,819	151,074
Brutto-Inlandsprodukt	181,872	185,141	192,384	200,025	210,392	215,878	220,841	226,243	235,819	245,103
Finanzschuldquote in %	56,6	58,8	59,3	61,3	60,4	59,9	59,6	59,5	60,6	61,6



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



7.5 Währungstauschverträge

7.5.1 Kapitaltausch und Verzinsung

Die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen sind – soweit sie den Kapitaltausch betreffen – im Ausgleichshaushalt brutto zu veranschlagen und zu verrechnen.

Für 2005 waren 0,601 Mrd. EUR in Einnahme und 0,591 Mrd. EUR in Ausgabe veranschlagt. Tatsächlich wurden 2,879 Mrd. EUR aus Währungstauschverträgen eingenommen und 2,875 Mrd. EUR ausgegeben. Der wesentliche Vorteil der Währungstauschverträge liegt in der günstigeren Verzinsung.

Für Aufgeld und Verzinsung der ausgetauschten Fremdwährungsbeträge waren im Finanzjahr 2005 Einnahmen von 1,463 Mrd. EUR und Ausgaben von 1,235 Mrd. EUR veranschlagt. Tatsächlich wurden 1,638 Mrd. EUR an Einnahmen erzielt und 1,381 Mrd. EUR an Ausgaben geleistet. Die erwarteten "Nettoeinnahmen" (veranschlagte Einnahmen abzüglich veranschlagte Ausgaben) von 0,229 Mrd. EUR aus der Verzinsung der Währungstauschgeschäfte wurden somit von den tatsächlichen "Nettoeinnahmen" (erhaltene Einnahmen abzüglich geleistete Ausgaben) in Höhe von 0,258 Mrd. EUR um 0,029 Mrd. EUR überschritten (siehe Band 2, Tabelle C.2.1).

7.5.2 Entwicklung und Stand der Währungstauschverträge sowie der diesbezüglichen Zinsen

Währungstauschverträge waren gemäß § 65b Abs. 4 Z. 3 BHG mit den letztlich erhaltenen Fremdwährungsbeträgen auf die Obergrenzen für Kreditoperationen anzurechnen. Entsprechend der regelmäßigen Vertragsgestaltung, wonach die Vertragspartner Beträge in verschiedenen Währungen gegenseitig austauschen und sich zu einem Rücktausch dieser Fremdwährungsbeträge zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt verpflichten, stehen einander Forderungen und Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen gegenüber. Die Entwicklung dieser Bestände ist in Band 2, Tabellen C 7.2.1 und C 7.3.1 dargestellt; zusammengefasst ergab sich für das Finanzjahr 2005 folgendes Bild:

	Anfangsbestand 2005	Endbestand 2005
	Mrd. EUR	
Kapitalforderungen	18,476	22,048
Kapitalschulden	- 20,816	- 22,279
Überhang aus den Kapitalschulden	- 2,070	- 0,231
Überhang aus den Kapitalforderungen	-	-

Der Überhang aus den Kapitalschulden von 0,231 Mrd. EUR lässt noch keine endgültigen Aussagen über den wirtschaftlichen Erfolg der Währungstauschgebarung zu. Dieser wird wesentlich



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

vom Verhältnis der Wechselkurse zueinander und zur heimischen Währung im Zeitpunkt des vereinbarten Rücktausches mitbestimmt.

Die Bestände an Schulden und an Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) erhöhten sich im Jahresabstand zu den Bewertungsstichtagen 31. Dezember 2004 bzw. 2005 wie folgt (siehe Band 2, Tabellen C.7.2.1 und C.7.3.1):

	Schulden	Forderungen
	Mrd. EUR	
Anfangsbestand	20,816	18,746
Erhöhung durch Aufnahme von WTV	+ 2,350	+ 2,352
Saldo aus Konversionen	+ 0,000	- 0,215
Saldo aus Devisentermingeschäften	- 0,386	- 0,381
Saldo aus nachträglichen WTV	- 0,117	- 0,112
Saldo aus Kurswertänderungen	- 0,020	+ 2,033
Abgang durch Tilgungen von WTV	- 0,364	- 0,375
Endbestand	22,279	22,048

Übersicht 22 bietet eine Zeitreihe über die in den letzten zehn Jahren ausgewiesenen Stände an Schulden und Forderungen aus Währungstauschgeschäften.

Übersicht 22

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Milliarden EUR (Index 1996 = 100)									
Forderungen aus Währungstauschverträgen	7,903 (100)	7,640 (97)	6,995 (89)	9,528 (121)	10,897 (138)	13,956 (177)	14,009 (177)	17,149 (217)	18,746 (237)	22,048 (279)
Schulden aus Währungstauschverträgen	7,982 (100)	7,518 (94)	7,285 (91)	9,706 (122)	10,869 (136)	13,505 (169)	14,542 (182)	18,414 (231)	20,816 (261)	22,279 (279)
Forderungen abzüglich Schulden	- 0,079	+ 0,122	- 0,290	- 0,177	+ 0,028	+ 0,451	- 0,533	- 1,265	- 2,070	- 0,231

Währungstauschgeschäfte dienen insbesondere der Erzielung günstigerer Zinssatzbedingungen. Die nichtfälligen Verpflichtungen zu bzw. Forderungen aus der Zinsenleistung nahmen im Berichtsjahr folgende Entwicklung (siehe Band 2, Tabellen C.3.2.1 und C.3.3.1):

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



	Anfangsbestand 2005	Endbestand 2005
	Mrd. EUR	
Zinsenforderungen	10,379	15,531
Zinsenverpflichtungen	- 8,370	- 12,880
Überhang aus den Zinsenforderungen	2,009	2,651

Vom Überhang der höheren Zinsenforderungen gegenüber den Zinsenverpflichtungen aus Währungstauschverträgen (2,651 Mrd. EUR) ist unter Beachtung der Wechselkurse der Schuldenüberhang (0,231 Mrd. EUR) abzuziehen, der sich aus den Beständen an Kapitalschulden und -forderungen ergibt. Demnach verbleibt mit Ende 2005 ein "künftiger Gewinn" von 2,420 Mrd. EUR, dessen Realisierung allerdings von der weiteren Entwicklung der Wechselkurse abhängt.

7.6 Netto-Gesamtbetrachtung der Finanzschulden einschließlich der Währungstauschverträge

7.6.1 Nettozinsenaufwand

Werden die im Jahr 2005 geleisteten Nettozinsen in Höhe von 6,466 Mrd. EUR, d.h. der Nettoaufwand für die Verzinsung der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, zum Nettoabgabenerfolg des Bundes (38,038 Mrd. EUR) in Beziehung gesetzt, so ergibt dies eine Zinsen-Steuer-Quote von 17,0 % (2004: 16,5 %).

7.6.2 Nettostand

Aus der Bruttodarstellung der Finanzschulden und Währungstauschverträge lässt sich der Finanzschuldenstand "netto" zum Jahresende 2005 wie folgt ableiten:

	Mrd. EUR
nichtfälliger Finanzschuldenstand	151,074
zuzüglich Schulden aus WTV	+ 22,279
abzüglich Forderungen aus WTV	- 22,048
"Nettoschuld" ⁷⁾	151,305

Auf die gleiche Weise lassen sich auch die Zinsenverpflichtungen darstellen:

	Mrd. EUR
Zinsenstand zu den nichtfälligen Finanzschulden	57,969
zuzüglich Zinsenverpflichtungen zu WTV	+ 12,880
abzüglich Zinsenforderungen zu WTV	- 15,531
"Nettozinsen"	55,318

⁷⁾ Siehe dazu den Bericht über die öffentlichen Finanzen 2005, Tabelle 17.

Der unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen dargestellte Nettostand der Finanzschulden war gegenüber dem Bruttostand der nichtfälligen Finanzschulden um 0,231 Mrd. EUR oder 0,2 % höher. Den Zinsenverpflichtungen aus den brutto dargestellten Finanzschulden standen um 2,651 Mrd. EUR oder 4,6 % niedrigere künftige Nettoszinsenverpflichtungen gegenüber.

Der durchschnittliche Zinssatz für die Nettoschuld betrug 4,6 % (2004: 4,8 %). Er wurde durch die aufgrund von Währungstauschgeschäften erzielte geringere Fremdwährungsverzinsung von durchschnittlich 2,6 % (2004: 2,8 %) erreicht, während die Schulden in heimischer Währung mit durchschnittlich 4,8 % (2004: 5,0 %) verzinst waren.

7.7 Kreditoperationen zur Kassenstärkung

Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung, die noch im Jahr ihrer Aufnahme getilgt werden, zählen gemäß § 65 Abs. 2 BHG nicht zu den Finanzschulden. Sie bedürfen zu ihrer Aufnahme auch keiner bundesgesetzlichen Ermächtigung i.S.d. Art. 42 Abs. 5 B-VG; wohl aber besteht eine betragliche Bindung an Voranschlagsansätze.

Im Kapitel 58 waren zunächst je 18,000 Mrd. EUR für Ausgaben und Einnahmen als Rahmen veranschlagt. Die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenstärkern einschließlich Gegenposition wurde im Ausmaß von 4,515 Mrd. EUR genutzt. Die Einnahmen und Ausgaben zu jenen Kassenstärkern, deren Erlöse bis zum Zeitpunkt der Rückzahlung veranlagt werden, sind gemäß § 16 Abs. 2 Z. 16 BHG von der Veranschlagung ausgenommen.

Die Aufnahme der veranschlagten Kassenstärker erfolgte teils in heimischer Währung (1,141 Mrd. EUR) und teils in Fremdwährung (3,374 Mrd. EUR). Bei der Rückzahlung dieser Kassenstärker (in Summe 4,703 Mrd. EUR) kam es bei jenen in Fremdwährung (3,562 Mrd. EUR) zu einem Kursverlust von 0,188 Mrd. EUR. Dieser Kursverlust wurde durch den aus den Devisentermingeschäften (Aufnahme 3,562 Mrd. EUR, Rückzahlung 3,374 Mrd. EUR) erzielten Gewinn von 0,188 Mrd. EUR ausgeglichen.

An Ausgaben für die Verzinsung der Kassenstärkerkredite waren 0,100 Mrd. EUR veranschlagt. Tatsächlich wurden jedoch für die Kassenstärkerkreditaufnahmen Zinsenzahlungen in der Höhe von 0,175 Mrd. EUR geleistet. Aus den Einnahmen und Ausgaben aus Devisentermingeschäften zu Zinsen wurde ein Verlust von 0,043 Mrd. EUR geschrieben, so dass die Zinsenleistungen insgesamt ein Ausmaß von 0,132 Mrd. EUR ergaben.

7.8 Nicht voranschlagswirksam zu verrechnende Kreditoperationen

7.8.1 Umwandlung von Finanzschulden

Der Bundesminister für Finanzen ist gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. a bzw. lit. b BHG ermächtigt, bis zu 20 % der zu Beginn des vorangegangenen Finanzjahres bestehenden Verpflichtungen des Bundes aus Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge zu prolongieren bzw. zu konvertieren.

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS



In allen Fällen hatte die Höhe der zu konvertierenden Schuldverpflichtung der Höhe der neuen Schuldaufnahme zu entsprechen, wobei die Obergrenzen mit 27,190 Mrd. EUR vorgegeben waren.

Die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und Währungstauschverträgen im Rahmen einer Konversion oder Prolongation waren nicht zu veranschlagen. Die Ermächtigung zur Prolongation wurde nicht genutzt. Die Konversionen sind in Band 2, Tabelle C.5.1 dargestellt.

Die im Jahr 2005 vollzogenen Konversionen umfassten hinsichtlich Aufnahme von Finanzschulden ein Ausmaß von 2,567 Mrd. EUR und hinsichtlich Zahlungen aus Finanzschulden für die vorzeitige Tilgung im selben Jahr 2,782 Mrd. EUR. Es entstand somit eine buchmäßige Differenz von 0,215 Mrd. EUR.

Hinsichtlich Konversion von Währungstauschverträgen wurden 1,509 Mrd. EUR aufgenommen und 1,294 Mrd. EUR ausgegeben. Die sich daraus ergebende buchmäßige Differenz von 0,215 Mrd. EUR wird durch oben genannte Differenz ausgeglichen.

7.8.2 Kreditoperationen gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c BHG

Wie auch Prolongationen und Konversionen sind gemäß § 65b Abs. 3 Z. 1 lit. c BHG durchgeführte Kreditoperationen für Rückkauffinanzierungen von Wertpapieren und für die nachträgliche Veränderung bestehender Verpflichtungen aus Finanzschulden und Währungstauschgeschäften nicht voranschlagswirksam zu verrechnen. Die aus Währungstauschverträgen herangezogenen Beträge zur nachträglichen Veränderung bestehender Verpflichtungen mit 9,447 Mrd. EUR auf der Einnahmenseite und 9,447 Mrd. EUR auf der Ausgabenseite ergaben ein ausgeglichenes Ergebnis. Die Einnahmen und Ausgaben aus den Asset-Swaps waren ebenfalls ausgeglichen (siehe Band 2, Tabelle C.5.2).

7.9 Rechtsträgerfinanzierung

Gemäß § 65c BHG darf der Bundesminister für Finanzen Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger und für Länder durchführen bzw. Währungstauschverträge abschließen. Aus diesen Mitteln sind den betreffenden Rechtsträgern bzw. Ländern Finanzierungen zu gewähren. Als sonstige Rechtsträger bestimmt das BHG jene Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien übernommen hat.

Gemäß § 16 Abs. 2 Z. 15 i.V.m. § 81 Abs. 4 BHG ist die vom Bund für die Rechtsträger und Länder durchgeführte Schuldengedarung von der Veranschlagung ausgenommen und in einem gesonderten Verrechnungskreis erfasst. Den Nachweis über die vom Bund vorgenommenen Kreditoperationen enthalten die mit K56.C bezeichneten Tabellen in Band 2.

Im Jahr 2005 wurden Kreditoperationen (Schuldaufnahmen, Währungstauschverträge, Devisentermingeschäfte und kurzfristige Verpflichtungen) im Ausmaß von 2,817 Mrd. EUR durch den Bund aufgenommen und vorwiegend an die Länder weitergeleitet (siehe Band 2, Tabel-



FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS

le K56.C.2.2). Die den Kreditoperationen entsprechenden Zinsenleistungen einschließlich des sonstigen Aufwandes betragen 0,757 Mrd. EUR (siehe Band 2, Tabelle K56.C.2.1). Die Ausgeglichenheit der Gebarung wurde beim Kapital und bei den Zinsenleistungen durch jeweils gleich hohe Beträge auf der Ausgaben- und Einnahmenseite bestätigt.

Die Entwicklung der Rechtsträger- und Länderfinanzierung im Jahr 2005 stellte sich, wie folgt, dar (siehe Band 2, Entwicklung der Schulden in Tabelle K56.C.7.1.1 sowie der Forderungen in Tabelle K56.C.7.2.1):

Der Anfangsbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden in Höhe von 6,457 Mrd. EUR wurde durch Schuldaufnahmen im Ausmaß von 0,452 Mrd. EUR und Kurswertänderungen von netto 0,144 Mrd. EUR erhöht. Schuldtilgungen im Ausmaß von 1,021 Mrd. EUR verminderten den Schuldenstand. Aufgrund dieser Entwicklung betrug der Endbestand an nichtfälligen Rechtsträger- und Länder-Schulden 6,032 Mrd. EUR (dies entspricht 4,0 % des Endbestandes der nichtfälligen Finanzschulden im Ausmaß von 151,074 Mrd. EUR; 2004: 4,5 %).

Die nichtfälligen Forderungen des Bundes an die Rechtsträger und Länder betragen zu Jahresbeginn 2005 6,472 Mrd. EUR. Sie erhöhten sich durch weitere, unterjährige Zugänge an Forderungen um 0,452 Mrd. EUR und dem Saldo aus Erhöhungen und Verminderungen der Fremdwährungskurse im Ausmaß von 0,132 Mrd. EUR, während die Begleichung von Forderungen in Höhe von 1,024 Mrd. EUR den Stand der Forderungen verminderten. Der Endbestand an nichtfälligen Forderungen betrug somit 6,032 Mrd. EUR.

Der Bund schloss für die Finanzierung der Rechtsträger und Länder Währungstauschverträge ab, wobei mit Jahresende 2005 den Schulden aus Währungstauschverträgen in Höhe von 9,199 Mrd. EUR (Ende 2004: 6,650 Mrd. EUR) Forderungen in Höhe von 9,199 Mrd. EUR (Ende 2004: 6,635 Mrd. EUR) gegenüber standen (siehe Band 2, Tabellen K56.C.7.3.1 und K56.C.7.4.1).



BUNDESHAFTUNGEN

8. BERICHT ZU DEN BUNDESHAFTUNGEN

8.1 Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem hierbei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt (siehe Band 2, Tabelle C.8.3). Desgleichen haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Übersicht 23

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Millionen EUR (Index 1996 = 100)									
Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden	56.523,91 (100)	58.982,73 (104)	59.336,79 (105)	61.391,47 (109)	60.197,60 (106)	63.285,18 (112)	56.604,86 (100)	57.855,91 (102)	61.848,59 (109)	67.704,19 (120)
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1)	15.941,80 (100)	17.881,51 (112)	19.010,27 (119)	20.446,79 (128)	20.192,80 (127)	10.946,35 (69)	7.352,51 (46)	6.101,18 (38)	5.645,33 (35)	5.314,72 (9)

1) Bereinigt um die Guthabenbestände des Bundes.

Haftungsübernahmen, die sich auf Fremdwährungsbeträge beziehen, wurden mit den zum 31. Dezember 2005 gültigen Devisenmittelkursen in Euro umgerechnet und daraus das gesamte zu diesem Stichtag bestehende Haftungsobligo des Bundes ermittelt.

Zum Jahresende 2005 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 67,704 Mrd. EUR (2004: 61,849 Mrd. EUR); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand um 9,5 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 22,913 Mrd. EUR und durch Verminderungen von 17,021 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich verminderten Kurswertänderungen – insbesondere des USD – die Haftungen in fremder Währung um 0,037 Mrd. EUR (siehe Band 2, Tabellen C.8.1 und C.8.2.2 bis C.8.2.4).

Bei Haftungen zu Gunsten der Exportförderung war eine Nettoerhöhung von 2,566 Mrd. EUR zu verzeichnen. Durch Kurswertänderungen erhöhten sich die Haftungen in Fremdwährung um 0,005 Mrd. EUR auf 2,571 Mrd. EUR. Die Haftungen zu Gunsten der ASFINAG erhöhten sich um 1,774 Mrd. EUR und durch die Kursbewertung um 0,012 Mrd. EUR auf 1,786 Mrd. EUR. Einzelheiten dazu sind in Band 2, Tabellen C.8.2.1 und C.8.2.2 dargestellt.



BUNDESHAFTUNGEN

Die Haftung des Bundes für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse sank gegenüber dem Jahr 2004 um 0,331 Mrd. EUR oder 5,9 %. Da der Bund nicht für jenen Teil der in der Bilanz der Österreichischen Postsparkasse ausgewiesenen Verbindlichkeiten haftet, der seinen diesbezüglichen Guthabenbeständen entspricht, wurden diese in die Berechnung des Haftungsrahmens nicht miteinbezogen.

8.2 Schadenszahlungen zu und Rückersätze aus Haftungsübernahmen

Aus den Haftungsübernahmen erwuchsen dem Bund für Schadenszahlungen und sonstige Kosten Ausgaben von 0,364 Mrd. EUR; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 0,424 Mrd. EUR gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 0,060 Mrd. EUR (siehe TZ. 4.2 und 4.3 der Erläuterungen zu Ausgaben-Titel 1/547 und Einnahmen-Titel 2/547). In der nachstehenden Zeitreihe sind die Schadenszahlungen zu und die Rückersätze aus Haftungsübernahmen einander gegenübergestellt, wobei diese Beträge beinahe zur Gänze dem Bereich der Exportförderung entstammen. Kosten bzw. Entgelte sind in den Beträgen nicht enthalten.

Übersicht 24

Bezeichnung	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Millionen EUR (Index 1995 = 100)									
Schadenszahlungen ohne sonstige Kosten	545,99 (100)	450,14 (82)	361,62 (66)	406,10 (74)	419,10 (77)	361,69 (66)	390,85 (72)	275,78 (51)	234,90 (43)	232,44 (43)
Rückersätze ohne Entgelte	336,84 (100)	496,79 (147)	283,50 (84)	326,81 (97)	339,96 (101)	322,81 (96)	287,44 (85)	196,43 (58)	187,33 (56)	139,52 (41)

Für das Jahr 2004 bestanden Zusagen zu Umschuldungskrediten in Höhe von 0,002 Mrd. EUR. Kredite dieser Art werden in Einzelfällen bestimmten Schuldnerländern zur Begleichung bundesgarantierter Forderungen gewährt. Zusagen zu Forderungsankäufen durch die Oesterreichische Kontrollbank AG wurden im Jahr 2005 keine abgegeben (Quelle: Oesterreichische Kontrollbank AG, Exportservice Jahresbericht 2005). Die Einnahmen aus Rückersätzen (ohne Entgelte), in die unter anderen auch die Einnahmen aus den Umschuldungskrediten und den Forderungsankäufen einfließen, erreichten im Jahr 2005 ein Ausmaß von 0,140 Mrd. EUR.

GEGENBEMERKUNGEN DES RECHNUNGSHOFES



9. BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

9.1 Allgemeines

Der RH veröffentlicht die Abschlussrechnungen der mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Einrichtungen, die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind. Form und Gliederung der Abschlussrechnungen entsprechen grundsätzlich den bundeseinheitlichen Bestimmungen (siehe dazu Band 2, Tabellen D).

Gemäß den §§ 14 Abs. 3 und 32 Abs. 3 des Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes, BGBl. Nr. 11/1975, sind die Stiftungs- und Fondsorgane verpflichtet, der Stiftungs- oder Fondsbehörde bis Ende Juni eines jeden Jahres einen Rechnungsabschluss über das abgelaufene Kalenderjahr vorzulegen.

Gemäß den Richtlinien über die Rechnungslegung 2005 wären diese Abschlussrechnungen bis 5. Juli 2006 geprüft und genehmigt dem RH vorzulegen gewesen.

9.2 Ausstehende Abschlussrechnungen

9.2.1 Die Abschlussrechnungen des "Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds" (KRAZAF) ab dem Jahr 1978 können nicht veröffentlicht werden, weil diese von den Fondsorganen noch nicht oder nur vorbehaltlich der Klärung offener Fragen genehmigt wurden.

Der RH verweist in diesem Zusammenhang auf seine nicht verwirklichte Empfehlung zur Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Endabrechnungen und zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung für die Erstellung der Rechnungsabschlüsse des KRAZAF sowie zu seiner Auflösung (siehe Wahrnehmungsbericht des RH über den KRAZAF und das Allgemeine Krankenhaus Wien, Reihe Bund 1995/6; nicht verwirklichte Empfehlungen Nr. 29 sowie Wahrnehmungsbericht des RH über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, Weitere Feststellungen, Reihe Bund 2000/4).

Aufgrund der bereits ratifizierten Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung, BGBl. I Nr. 60/2002, könnte eine Endabrechnung des KRAZAF erfolgen, sobald sich die Vertragsparteien über ihre gegensätzlichen Standpunkte betreffend allfällige Nachzahlungen geeinigt bzw. die noch offenen Fragen geklärt haben.

Laut Mitteilung des BMGF (Schreiben vom 17. Juni 2005 – Stellungnahme zu den unerledigten Empfehlungen) wären die Vertragsparteien (Bund/Länder) übereingekommen, dass ihre gegensätzlichen Standpunkte zu allfälligen Nachzahlungen unverändert aufrecht bleiben und bis 31. Dezember 2008 nicht zur Diskussion stehen.



ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER

9.2.2 Die Abschlussrechnungen des Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes, des Unterstützungsinstituts der Bundespolizei, des Künstlerhilfe-Fonds, der Buchhaltungsagentur des Bundes sowie der Bundesgesundheitsagentur (Strukturfonds) für das Jahr 2005 werden nicht veröffentlicht, da auf Grund verfahrens- oder verrechnungstechnischer bzw. personeller Probleme formal richtige Jahresabschlüsse nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten.

9.3 Reservfonds für Familienbeihilfen

Die Mittel des Reservfonds für Familienbeihilfen sollen betragsmäßig einem Drittel des Gesamtaufwandes des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im letztabgelaufenen Jahr entsprechen (§ 40 Abs. 2 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, in der geltenden Fassung).

Aufgrund des Ergebnisses der Bereichs-Voranschlagsvergleichsrechnung des Kapitels 19 "Familie, Generationen, Konsumentenschutz" für das Jahr 2005 wurden im Jahre 2005 insgesamt rd. 5,41 Mrd. EUR aufgewendet; ein Drittel dieses Aufwandes beträgt somit rd. 1,80 Mrd. EUR. Das Eigenkapital des Reservfonds für Familienbeihilfen betrug zum 31. Dezember 2005 85,03 EUR.

Demnach lagen die Mittel des Reservfonds für Familienbeihilfen um rd. 1,80 Mrd. EUR (2004: 1,68 Mrd. EUR) unter der im Gesetz geforderten Betragsgrenze.

Die Verbindlichkeiten des Reservfonds für Familienbeihilfen gegenüber dem Bund betragen aus der Gebarung des Jahres 2005 rd. 673,6 Mill. EUR.

9.4 Erstmals veröffentlichte Abschlussrechnungen

Erstmals veröffentlicht wird der Jahresabschluss 2004 der Buchhaltungsagentur des Bundes, die im Jahr 2004 mit dem Zweck eingerichtet wurde, die Buchführung für die Organe des Bundes und die vom Bund verwalteten Rechtsträger durchzuführen. Da eine zeitgerechte Übermittlung formal richtiger Jahresabschlüsse verfahrenstechnisch unrealistisch ist, werden diese um ein Jahr zeitversetzt veröffentlicht.

9.5 Nachträglich veröffentlichte Abschlussrechnungen

Die bisher nicht rechtzeitig vorgelegten Abschlussrechnungen des Österreichischen Integrationsfonds, des Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes sowie der Buchhaltungsagentur des Bundes für das Jahr 2004 werden nunmehr im BRA 2005 veröffentlicht.

9.6 Agrarmarkt Austria (AMA)

Die Jahresbestandsrechnung 2005 der Agrarmarkt Austria (AMA) umfasst den Haushaltsbereich (Verwaltung) und den Zweckbereich (Zahlungen an die Begünstigten), die Jahreserfolgsrechnung 2005 hingegen ausschließlich den Haushaltsbereich.

GEGENBEMERKUNGEN DES RECHNUNGSHOFES



Zur besseren Veranschaulichung der Bedeutung der AMA, die im Zweckbereich überwiegend als EU-Marktordnungs- und Förderungsabwicklungsstelle tätig ist, wird der Gesamtumfang der abgewickelten Maßnahmen wie folgt dargestellt:

Von der AMA abgewickelte Maßnahmen

	2004 in Mill. EUR	2005 in Mill. EUR
Pflanzlicher Bereich	1 404,48	1 570,53
Tierische Maßnahmen	312,10	337,14
Sonstige Maßnahmen der ländlichen Entwicklung	116,24	109,11
Sonstige Maßnahmen	–	0,30
Summe der von der AMA abgewickelten Maßnahmen	1 832,82	2 017,08

Quelle: AMA-Geschäftsbericht 2005, Einnahmen-Ausgabenrechnung. Bereich EU, Ausgaben (ohne Bankspesen, Kapitalertragsteuer und überwiesene Bankzinsen).

Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgte mit (vom Bund vorfinanzierten) EU-, Bundes- und Ländermitteln. Die Bundesanteile (Zahlungen an die AMA) sind im Bundesrechnungsabschluss bei Kap. 60 "Land-, Forst- und Wasserwirtschaft" unter den folgenden Titeln erfasst worden:

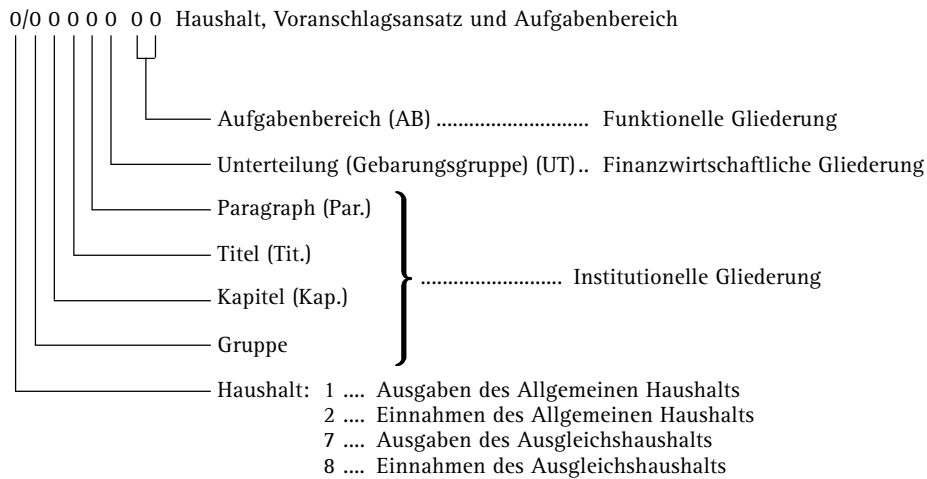
1/602.....Agrarische Strukturförderung

1/603.....Marktordnungsmaßnahmen

1/6008...Sonstige Aufgaben

Gliederung der voranschlagswirksamen Verrechnung

Gliederung nach Haushalten, Voranschlagsansätzen und Aufgabenbereichen



Die 5. Dekade (Unterteilung) dient der finanzwirtschaftlichen Gliederung und kennzeichnet folgende Gebarungsgruppen:

Ausgaben

Personalausgaben:

0 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben

Sachausgaben:

2 Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)

3 Anlagen (Ermessensausgaben)

4 Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

5 Förderungen – Darlehen (Ermessensausgaben)

6 Förderungen – Zuschuss (Ermessensausgaben)

7 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben

8 Aufwendungen – erfolgswirksam (Ermessensausgaben)

9 Aufwendungen – bestandswirksam (Ermessensausgaben)

Einnahmen

0–1 Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksam)

2–3 Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksam)

4–6 Sonstige Einnahmen (erfolgswirksam)

7–9 Sonstige Einnahmen (bestandswirksam)

Die Aufgabenbereichs-Kennziffer dient der funktionellen Gliederung:

11 Erziehung und Unterricht (EU)

12 Forschung und Wissenschaft (FW)

13 Kunst (Kn)

14 Kultus (Kl)

21 Gesundheit (Gh)

22 Soziale Wohlfahrt (SW)

23 Wohnungsbau (Wb)

32 Straßen (St)

33 Sonstiger Verkehr (Vk)

34 Land- und Forstwirtschaft (LF)

35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) (En)

36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) (IG)

37 Öffentliche Dienstleistungen (ÖD)

38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) (PD)

41 Landesverteidigung (Lv)

42 Staats- und Rechtssicherheit (SR)

43 Übrige Hoheitsverwaltung (Hv)

Verzeichnis der Abkürzungen

A/I.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAG.....	Bundesamtsgebäude
A/I L.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAKS	Büroautomations- und Kommunikationssystem
A/II.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAO.....	Bundesabgabenordnung
A/II L.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BAWAG.....	Bank für Arbeit und Wirtschaft AG
A/JAL.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BB.....	Bundesbetriebe
A/R.....	Ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BBA.....	Bundes-Bildungsanstalt
AB.....	Aufgabenbereich	BBG.....	Bundesbahngesetz
ABGB.....	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	BDG.....	Beamten-Dienstrechtsgesetz
Abs.....	Absatz	Bds. Inst.	Bundesinstitut
ADV.....	Automationsunterstützte Datenverarbeitung	BEA.....	Bundeserziehungsanstalt
AFFG.....	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz	BER.....	Bestands- und Erfolgsrechnung
AFG.....	Ausfuhrförderungsgesetz	BEV.....	Bestands- und Erfolgsverrechnung
AG.....	Aktiengesellschaft	BFG.....	Bundesfinanzgesetz
AHF.....	Außenhandelsförderung	BFPZ.....	Bundesforschungs- und Prüfzentrum
AHS.....	Allgemeinbildende Höhere Schule	BFR.....	belgische Francs
AIVG.....	Arbeitslosenversicherungsgesetz	BFS.....	Bundesfachschule
AMA.....	Agrarmarkt Austria	BG.....	Bundesgendarmarie, Bundesgymnasium
AMFG.....	Arbeitsmarktförderungsgesetz	BGBI.....	Bundesgesetzblatt
AMPFG.....	Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz	BHAG.....	Buchhaltungsagentur
AMS.....	Arbeitsmarktservice	BHG.....	Bundeshaushaltsgesetz
AMSG.....	Arbeitsmarktservicegesetz	BHS.....	Berufsbildende höhere Schule
AMV.....	Arbeitsmarktverwaltung	BHV.....	Bundeshaushaltsverordnung
AO.....	Amtsorgane	BIG.....	Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.
ArbVermG....	Arbeitsvermittlungsgesetz	BKA.....	Bundeskanzleramt
Art.....	Artikel	B-KUVG.....	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz
ASFINAG.....	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	B-KVG.....	Bauern-Krankenversicherungsgesetz
ASGG.....	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz	BLA.....	Bundeslehranstalt
ASTP.....	Advanced System Technology Program	BLVA.....	Bundeslehr- und Versuchsanstalt
ASVG.....	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	BM.....	Bundesministerium
ATB.....	Austrian Treasury Bills	BMA.....	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
ATF.....	Ausgleichstaxfonds	BMBWK.....	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
ATS.....	Österreichische Schilling	BMF.....	Bundesministerium für Finanzen
AUA.....	Austrian Airlines Group	BMGF.....	Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
AUD.....	Australische Dollar	BMI.....	Bundesministerium für Inneres
Ausf.VKG....	Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut	BMJ.....	Bundesministerium für Justiz
B/I.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema I des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMLFUW.....	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
B/I L.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema I L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMLV.....	Bundesministerium für Landesverteidigung
B/II.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschema II des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMSG.....	Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
B/II L.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete (Lehrer) nach Entlohnungsschema II L des Vertragsbedienstetengesetzes 1948	BMVIT.....	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
B/JAL.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete, die als jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte oder Lehrlinge entschädigt werden	BMWA.....	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
B/R.....	Nicht ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete nach Entlohnungsschemen aufgrund anderer Rechtsvorschriften (zB Kollektivverträge)	BP.....	Bundespolizei
BA.....	Bundesanstalt	B-PVG.....	Bauern-Pensionsversicherungsgesetz
		BRA.....	Bundesrechnungsabschluss
		BRAG.....	Bundesrechenamtsgesetz
		BRD.....	Bundesrepublik Deutschland
		BRG.....	Bundesrealgymnasium
		BRL.....	Brasilianische Real
		BRZ GmbH ..	Bundesrechenzentrum GmbH
		BSF.....	Besitzstrukturfonds
		BStG.....	Bundesstraßengesetz
		BSVG.....	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
		BThV.....	Bundestheaterverband
		BUAK.....	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
		BUWOG.....	Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, GesmbH
		BVA.....	Bundesvoranschlag
		BVFA.....	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt
		B-VG.....	Bundes-Verfassungsgesetz
		bzw.....	beziehungsweise
		CA.....	Creditanstalt AG
		CAD.....	Kanadische Dollar
		CEPT.....	Conference europeene des administrations des postes et des telecommunications
		CERN.....	Conseil europeen pour la recherche nucleaire

CHF	Schweizer Franken	HBLVA	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt
Co.	Compagnon	HDG	Heeresdisziplargesetz
Corp.	Corporation	HeimAG	Heimarbeitsgesetz
CPVF	Counterpart-Verwendungsfonds	hfl.	holländische Gulden
CZK	Tschechische Kronen	HKG	Handelskammergesetz
		HLA	Höhere Lehranstalt
D.	Darlehen	HTBLA	Höhere Technische Bundeslehranstalt
DDSG	Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft	HTL	Höhere Technische Lehranstalt
DEM	Deutsche Mark	HUF	Ungarische Forint
DFÜ	Datenfernübertragungseinrichtungen	HVG	Heeresversorgungsgesetz
dgl.	dergleichen		
DRTM	Data Relay Satellite and Technology Mission	i. Liqu.	in Liquidation
DVA	Datenverarbeitungsanlage	IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
		IAKW	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	i.d.F.	in der Fassung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	i.d.g.F.	in der geltenden Fassung
EDVA	Elektronische Datenverarbeitungsanlage	IESG	Insolvenz-Entgeltssicherungsgesetz
EE	Entwicklung und Erneuerung	IF	Investitionsförderung
EFTA	European Free Trade Association	IMB	Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz		
EG	Europäische Gemeinschaft	inkl.	inklusive
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	inländ.	inländisch
EOESP, EÖSPC	Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG	InvEG	Invalideneinstellungsgesetz
EP	Europaparlament	INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen
ERP	European Recovery Program		
ESA	European Space Agency	IPU	Interparlamentarische Union
ESP	Spanische Peseten	ISK	Isländische Kronen
EStG	Einkommensteuergesetz	IT	Informations-Technologie
EU	Europäische Union	ITF	Innovations- und Technologiefonds
EUR	Euro	ITFG	Innovations- und Technologiefondsgesetz
EURES	Europaweite Arbeitskräftevermittlung	ITL	Italienische Lire
EUROFIMA ...	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	i.V.m.	in Verbindung mit
		IWF	Internationaler Währungsfonds
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	i.w.S.	im weiteren Sinne
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum		
		JGG	Jugendgerichtsgesetz
Fa.	Firma	JPY	Japanische Yen
FAG	Finanzausgleichsgesetz		
FAO	Food and Agriculture Organization	Kap.	Kapitel
FB	Familienbeihilfen	Kat. F.	Katastrophenfonds
FFF	Forschungsförderungsfonds	KAVA	Konjunkturausgleich-Voranschlag
FinStrG	Finanzstrafgesetz	KEST	Kapitalertragsteuer
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds	KFB	Kunstförderungsbeitrag
FLAG	Familienlastenausgleichsgesetz	KFG	Kraftfahrzeuggesetz
FLD	Finanzlandesdirektion	KFZ	Kraftfahrzeug
FMG	Fernmeldeinvestitionsgesetz	KGG	Karenzgeldgesetz
FOG	Forschungsorganisationsgesetz	KHVG	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz
ForstG	Forstgesetz	KOVG	Kriegsopferversorgungsgesetz
FRE	Fondsrechnungseinheiten	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
FRF	Französische Francs		
FRN	Floating Rate Notes	Kto.	Konto
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz	KVSG	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung	Kz.	Kennzahl
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	LA	Lehranstalt
GBI	Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen GmbH	LB	Landesbedienstete
		leg. cit.	legis citatae
GBP, Gbp	Britische Pfund	LFG	Luftfahrtgesetz
gem.	gemäß	LIÄ	Landesinvalidenämter
gemeinn.	gemeinnützige	lit.	litera
Ger. Bez.	Gerichtsbezirk	Lit	Italienische Lire
GesmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	LKW	Lastkraftwagen
GG	Gehaltsgesetz	LSR	Landesschulrat
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Ltd	Limited
GOG	Geschäftsordnungsgesetz	LUF	Luxemburgische Francs
GSBG	Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	LuftVG	Luftverkehrsgesetz
GSPVG	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz	LWG	Landwirtschaftsgesetz
		LWK	Landwirtschaftskammer
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz		
GÜG	Gehaltsüberleitungsgesetz	m. b. H.	mit beschränkter Haftung
GWF	Getreidewirtschaftsfonds	MFRM	Multilateral Forces Reduction Measures
		Mill.	Millionen
H.	Haben (vor Beträgen in Tabellen)	MOEL	mittel- und osteuropäische Länder
HAK	Handelsakademie	MOG	Marktordnungsgesetz
HBLA	Höhere Bundeslehranstalt	Mrd.	Milliarden

MXN	Mexikanischer Peso	StVG.....	Strafvollzugsgesetz
MRG.....	Mietrechtsgesetz	StVO.....	Straßenverkehrsordnung
NLG.....	Niederländische Gulden	SUG.....	Sonderunterstützungsgesetz
NOK.....	Norwegische Kronen	SVA	Sozialversicherungsanstalt
NÖ	Niederösterreich	SZR	Sonderziehungsrechte
Nr	Nummer	TB.....	Tätigkeitsbericht
NSchG.....	Nachtschwerarbeitsgesetz	TGM	Technologisches Gewerbe-Museum
N.SWAP.....	Nachtrags-SWAP	TNF	Technisch-naturwissenschaftliche Fakultät
NUS.....	Neue unabhängige Staaten	Tr.....	Tranche
NZD.....	Neuseeland Dollar	TRY	Neue Türkische Lira
ÖAF.....	Österreichische Automobilfabrik	TU.....	Technische Universität
ÖBB.....	Österreichische Bundesbahnen	TZ.....	Textzahl
ÖBF.....	Österreichische Bundesforste AG	u.ä.....	und ähnliches
ÖBFA.....	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	UAE.....	UAE-Dirham
OECD.....	Organization for Economic Cooperation and Development	udgl.....	und dergleichen
OeKB.....	Österreichische Kontrollbank	Ugl.....	Untergliederung
OeNB.....	Österreichische Nationalbank	UIT	Union Internationale des Telecommunications
ÖFEG.....	Österreichische Fernmeldetechnische Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H.	UN	United Nations
OFG.....	Opferfürsorgegesetz	UNESCO.....	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
OFZS.....	Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
ÖIAG.....	Österreichische Industrieholding AG	UNIDO.....	United Nations Industrial Development Organization
OKA.....	Oberösterreichische Kraftwerke AG	UNO	United Nations Organization
ÖMIG.....	Österreichische Milchinformationsgesellschaft	UOG	Universitäts-Organisationsgesetz
OÖ.....	Oberösterreich	US.....	United States
OPEC.....	Organization of Petroleum Exporting Countries	USA.....	United States of America
ÖPSK.....	Österreichische Postsparkasse AG	USD.....	US-Dollar
ORE.....	Office de recherches et d'essais de l'UIC	usw.....	und so weiter
ORF.....	Österreichischer Rundfunk	UT.....	Unterteilung
ÖS.....	Österreichische Schilling	UWF, UWWF	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
ÖSTAT.....	Österreichisches Statistisches Zentralamt	VA	Voranschlag, Versicherungsanstalt
ÖWuV.....	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	VAMED.....	VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft m. b. H.
Par.....	Paragraph	VAP	Voranschlagspost
PG.....	Pensionsgesetz	VB	Vertragsbediensteter
Pkt.....	Punkt	VBG.....	Vertragsbedienstetengesetz
PLZ.....	Polnische Zloty	VfGG.....	Verfassungsgerichtshofgesetz
PRÄKO.....	Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs	VfGH.....	Verfassungsgerichtshof
PRODEX.....	Programme for the development of scientific experiments	vgl.....	vergleiche
PSK.....	Postsparkasse	VIAG.....	Vorarlberger Illwerke AG
Ptas.....	Spanische Peseten	VIBOR.....	Vienna Interbank Offered Rate
PTA.....	Post und Telekom Austria AG	VMW.....	Vereinigte Metallwerke AG
PVA.....	Pensionsversicherungsanstalt	VStG.....	Verwaltungsstrafgesetz
rd.....	rund	VVG.....	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
RE.....	Rechnungseinheiten	VVR.....	Voranschlagsvergleichsrechnung
reg. Gen.....	registrierte Genossenschaft	VWG.....	Viehwirtschaftsgesetz
RGBL.....	Reichsgesetzblatt	VwGG.....	Verwaltungsgerichtshofgesetz
RGV.....	Reisegebührenvorschrift	VwGH.....	Verwaltungsgerichtshof
RH.....	Rechnungshof	VWV.....	voranschlagswirksame Verrechnung
RHG.....	Rechnungshofgesetz	W.....	Währung
RLV.....	Rechnungslegungsverordnung	WBFG.....	Wohnbauförderungsgesetz, Wasserbautenförderungsgesetz
RM.....	Reichsmark	WBF-ZG.....	Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetz
RT-Schuld....	Rechtsträgerschuld(en)	WEG.....	Wohnungseigentumsgesetz
S.....	Soll (vor Beträgen in Tabellen)	WG.....	Weinggesetz
SA.....	Societe Anonyme	WRG.....	Wasserrechtsgesetz
SAC.....	Surplus Agriculture Commodities	WSchG.....	Währungsschutzgesetz
SAL.....	Strategic Arms Limitation	WSD.....	Wasserstraßendirektion
SCHIG.....	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft mbH	WTV.....	Währungstauschverträge
SEK.....	Schwedische Kronen	WW-Fonds...	Wohnhaus Wiederaufbaufonds
sfr.....	Schweizer Franken	ZAR.....	Südafrikanische Rand
SFzG.....	Sonderfinanzierungsgesetz	zB.....	zum Beispiel
SKK.....	Slowakische Kronen	ZDG.....	Zivildienstgesetz
skr.....	Schwedische Kronen	ZEDVA.....	Zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage
StbG.....	Staatsbürgerschaftsgesetz	Zl.....	Zahl
STEWEAG....	Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG	ZOR.....	Zentral- und Osteuropäische Republiken
StG.....	Strafgesetz	zw.....	zweckgebunden
StPO.....	Strafprozessordnung		